G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Atomkrieg auf deutschem Boden?
General Günter Vollmer im Gespräch mit Karl D. Bredthauer über Alternativen deutscher Sicherheitspolitik

Harold Rasch
Aufruf zum Widerstand

Oskar Lafontaine
Null-Option, Gleichgewicht und unterschiedliche Sicherheitsinteressen

Werner Glinga
Die politische Lage in Großbritannien

Czeslaw Sawicki
Die Entwicklung der „Solidarność"-Bewegung in Polen

Klaus Dörre
Jugendprotest und Jugendpolitik

Günter Neuberger
CIA in Afrika

11'81

November 1981 Einzelheft 6,00 DM Im Abonnement 4,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 4,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

November 1981

CHRONIK DES MONATS OKTOBER 1981 1281

KOMMENTARE UND BERICHTE

Legitimität und Unterwerfung
Zum BVG-Urteil gegen Hans Peter ..... *Norman Paech* 1284

Lücken und Lückenbüßer ..... *Joachim Eisbach* 1285

US-Kirchen im Widerstand gegen Atomwaffen ..... *Barbara Jentzsch* 1287

Regierungswechsel in Griechenland ..... *Heinz-Jürgen Axt* 1288

HAUPTAUFSÄTZE

Atomkrieg auf deutschem Boden?
Atomwaffen, Bundeswehr und mögliche Alternativen deutscher Sicherheitspolitik ..... *Generalmajor a.D. Günter Vollmer im Gespräch mit Karl D. Bredthauer* 1293

Aufruf zum Widerstand ..... *Harold Rasch* 1314

Die Begriffe der heutigen Sicherheitspolitik stimmen nicht mehr
Über Null-Option, Gleichgewicht und die unterschiedlichen Sicherheitsinteressen von Amerikanern und Europäern ..... *Oskar Lafontaine* 1323

Dichtung und Wahrheit
Zu den Rüstungsvergleichen des Londoner „Internationalen Instituts für Strategische Studien" ..... *Nino Pasti* 1328

Die politische Lage in Großbritannien zur Halbzeit der Regierung Thatcher ..... *Werner Glinga* 1337

Die Entwicklung der „Solidarność"-Bewegung in Polen ..... *Czeslaw Sawicki* 1354

Jugendprotest und Jugendpolitik
Zur Reaktion der Bundestagsparteien ..... *Klaus Dörre* 1369

CIA in Afrika ..... *Günter Neuberger* 1382

MEDIENKRITIK

Entwicklungshilfe ..... *Günter Giesenfeld* 1395

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Die Empfänger von Sozialleistungen ..... *Jörg Goldberg* 1396

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

„. . . ohne daß eine der beiden Führungsmächte auf den Knopf drücken würde"
US-Präsident Reagans Äußerungen vom 16. Oktober 1981 über die Möglichkeit eines begrenzten Atomkrieges und erste Stellungnahmen 1399

Dokumente zur Demonstration und Kundgebung am 10. Oktober 1981 in Bonn „Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen – Für Abrüstung und Entspannung in Europa": Erklärung von AGDF und Aktion Sühnezeichen zur Demonstration am 10. 10. 1981 vom 13. 10. 1981 (Wortlaut); Reden auf der Abschlußkundgebung im Bonner Hofgarten am 10. 10. 1981 von Erhard Eppler, Heinrich Albertz, William Borm, Alfred Mechtersheimer, Helmut Gollwitzer, Uta Ranke-Heinemann, Petra K. Kelly, Gert Bastian und Helmut Ridder (Auszüge) 1401

Legitimität und Unterwerfung

Zum BVG-Urteil gegen Hans Peter

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 29. Oktober 1981 gegen den technischen Fernmeldehauptsekretär Hans Peter, mit dem es diesen wegen Verstoßes gegen die beamtenrechtliche Treuepflicht aus dem öffentlichen Dienst entfernt hat, kommt nicht ganz überraschend. Das Gericht sah sich nach eigenen Worten an den Beschluß des Bundesverfassungsgerichts v. 22. Mai 1975 gebunden, in dem dieses die Mitgliedschaft in einer sog. verfassungsfeindlichen Organisation oder Partei als Indiz für mangelnde Verfassungstreue und damit als mögliche Verletzung der beamtenrechtlichen Treuepflicht ansah.

Übergehen wir einmal das Faktum, daß sich das Bundesverfassungsgericht damals schon ein beträchtliches Stück von Norm und Inhalt des Grundgesetzes entfernt hat (Aushöhlung des Parteienprivilegs des Art. 21 GG, Einführung der verfassungsrechtlich unzulässigen Kategorie der „Verfassungsfeindlichkeit"), so hat sich nun der 1. Disziplinarsenat des Bundesverwaltungsgerichts um ein weiteres Stück vom Beschluß des Bundesverfassungsgerichts entfernt: legale, von der Verfassung garantierte Aktivitäten für eine nicht verbotene Partei sind in jedem Fall ein schweres Dienstvergehen, wenn sie als Mitglied der DKP unternommen werden. Selbst die für das Bundesverfassungsgericht noch entscheidende Einzelprüfung der Persönlichkeit ist ohne Einfluß.

Der Disziplinarsenat hätte ganz anders entscheiden können. Daß er so entschieden hat, dafür ist wohl nicht so sehr das Bild verantwortlich, welches die DKP bei den obersten Gerichten ja nicht erst seit jüngster Zeit hat, sondern eher der Zustand der Republik. Denn dieser hat sich in letzter Zeit erheblich verschlechtert.

Man mag über den Mangel an Liberalität, Moral und Toleranz, ja selbst an juristischer Redlichkeit einer solchen Justiz klagen, man sollte aber nüchtern sehen, daß es auf diesem Schauplatz trotz aller juristischen Kulissen um die ernstesten Fragen der Gesellschaft geht: um die Macht und die Zukunft. Weder Gerechtigkeit noch Pluralismus, sondern Privileg und Herrschaft, weder Wahrheit noch Humanität, sondern Legitimität und Unterwerfung werden hier verhandelt. „Wo nicht mehr das Handeln einzelner Individuen, sondern die Treue der Massen zum Streitobjekt wird, ist das logische Ziel nicht Vergeltung, sondern Sicherung äußerer Fügsamkeit. Das regierende System muß auf die Weise in Gang gehalten oder vielleicht gestärkt werden, daß die Masse der Andersdenkenden wirksamer Antriebe zum Angriff auf das Regime beraubt und das ‚Fußvolk' im gegnerischen Lager verleitet wird, in der Passivität zu verharren. Dazu kann eine Politik gestaffelter Benachteiligungen und Belohnungen mit demonstrativen Unterwerfungsakten einzelner Gegner oder Gruppen von Gegnern beitragen" (Otto Kirchheimer, Politische Justiz).

Wir leben nicht mehr in den Zeiten des Tudor-Königs Heinrich VIII., der aus dem Versäumnis der Königsgattinnen, auf den vorehelichen Verlust der jungfräulichen Keuschheit hinzuweisen, ein Hochverratsdelikt machte. Heute sind aber die Privatheit der politischen Meinung und die ja sehr begrenzte Öffentlichkeit ihrer Betätigung dem krisengeschüttelten Staat in dem Maße bedrohlich, in dem der Herrschaftsanspruch nicht mehr erblich sanktioniert, ja nicht einmal mehr durch

den sicheren Rhythmus der vierjährigen Wahlperiode gesichert, sich fast täglich neu legitimieren muß. Unabhängig vom Wahlergebnis ist der Machtstatus derart labil geworden, daß der Staat selbst auf den entferntesten Feldern den Zweifelnden, Ängstlichen und vielleicht Schwankenden immer wieder das Zeremoniell der Staatssicherung bieten muß – in diesem Rahmen spielt das Forum des Gerichtsverfahrens für den Zweck der inneren Mobilisierung eine wichtige Rolle.

Die Justiz ist also allemal weder unabhängig noch politisch isoliert; das Maß ihrer politischen Instrumentalisierung als herrschaftssichernde Instanz ist jedoch abhängig von der Verfassung der Gesellschaft. Die Schärfe des Berufsverbots-Urteils, das weit hinter das Maß der z. Z. in den unteren Instanzen erreichten Liberalisierung zurückfällt, ist ein sicheres Indiz für das Ausmaß der allgemeinen Krise, in der dieses System inmitten ökonomischer Rezession, Arbeitslosigkeit und Hochrüstung um seine Legitimation ringt. Die Mobilisierung der demokratischen Gesellschaft in zentralen Lebenfragen fordert den Herrschaftsapparat heraus. Und wenn eine Gesellschaft ihre Energien darauf konzentriert, Unzufriedene zu belangen und zu knebeln, statt die Lebensprobleme der Menschen zu lösen, lockern sich die „Bindegewebe der demokratischen Institutionen" (O. Kirchheimer) und entarten zu mehr oder weniger offenen Unterdrückungsmaßnahmen.

Auf diesem Wege hat das Bundesverwaltungsgericht offensichtlich die derzeit letzte mögliche Stufe erreicht, wie die offene Kritik aus der Regierungskoalition zeigt. Die Angst vor der weiteren gesellschaftlichen Polarisierung, die Sorge davor, daß dieses Urteil der außerparlamentarischen Bewegung erneuten Auftrieb gibt und die internationale Lage – deretwegen ein offenes Verbot der DKP derzeit nicht möglich ist – lassen nicht jede Form juristischer Gewaltausübung gegen den inneren Gegner zu. Deshalb der Ruf nach dem Bundesverfassungsgericht, von dem man zwar keine andere Entscheidung, doch aber ein höheres Maß der Authentifizierung staatlichen Tuns erhofft.

In der Krise muß der Staat alle institutionellen Register seines Gewaltapparates ziehen, wenn ihm Lösungsmöglichkeiten für die Krise fehlen. Aber er kann sie nicht wahl- und grenzenlos ziehen. Delegiert er die Aufgabe an den Richter, muß sich dieser bewußt sein, daß seine Entscheidung, wenn sie akzeptiert werden soll, dem labilen gesellschaftlichen Kräfteverhältnis Rechnung trägt. Dieses ist z. Z. zwar von einer restaurativen und insbes. antikommunistischen Offensive gekennzeichnet, aber auch von einer anwachsenden demokratischen Bewegung, an der die Kommunisten wesentlichen Anteil haben. Diese Bewegung ist derzeit nicht stark genug gewesen, ein solches Urteil zu verhindern, sie muß sich aber als stark genug erweisen, den an das Urteil zweifellos anknüpfenden Versuch, verlorenes Gelände rückwärts wieder zu besetzen, zu verhindern.

Norman Paech

Lücken und Lückenbüßer

Waren es nun falsche Schätzungen der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 1982 oder war es Absicht, aufgrund derer sich im Oktober eine neuerliche Haushaltslücke auftat? Haben Bundesregierung und Steuerschätzer übersehen, daß Staatsausgabenkürzungen die wirtschaftliche Krise vertiefen und damit Steuerausfälle auf der einen und zusätzliche Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung auf der anderen Seite bewirken, oder hat man es darauf abgesehen?

In seiner Haushaltsrede vom 16. Septem-

den sicheren Rhythmus der vierjährigen Wahlperiode gesichert, sich fast täglich neu legitimieren muß. Unabhängig vom Wahlergebnis ist der Machtstatus derart labil geworden, daß der Staat selbst auf den entferntesten Feldern den Zweifelnden, Ängstlichen und vielleicht Schwankenden immer wieder das Zeremoniell der Staatssicherung bieten muß – in diesem Rahmen spielt das Forum des Gerichtsverfahrens für den Zweck der inneren Mobilisierung eine wichtige Rolle.

Die Justiz ist also allemal weder unabhängig noch politisch isoliert; das Maß ihrer politischen Instrumentalisierung als herrschaftssichernde Instanz ist jedoch abhängig von der Verfassung der Gesellschaft. Die Schärfe des Berufsverbots-Urteils, das weit hinter das Maß der z. Z. in den unteren Instanzen erreichten Liberalisierung zurückfällt, ist ein sicheres Indiz für das Ausmaß der allgemeinen Krise, in der dieses System inmitten ökonomischer Rezession, Arbeitslosigkeit und Hochrüstung um seine Legitimation ringt. Die Mobilisierung der demokratischen Gesellschaft in zentralen Lebenfragen fordert den Herrschaftsapparat heraus. Und wenn eine Gesellschaft ihre Energien darauf konzentriert, Unzufriedene zu belangen und zu knebeln, statt die Lebensprobleme der Menschen zu lösen, lockern sich die „Bindegewebe der demokratischen Institutionen" (O. Kirchheimer) und entarten zu mehr oder weniger offenen Unterdrückungsmaßnahmen.

Auf diesem Wege hat das Bundesverwaltungsgericht offensichtlich die derzeit letzte mögliche Stufe erreicht, wie die offene Kritik aus der Regierungskoalition zeigt. Die Angst vor der weiteren gesellschaftlichen Polarisierung, die Sorge davor, daß dieses Urteil der außerparlamentarischen Bewegung erneuten Auftrieb gibt und die internationale Lage – deretwegen ein offenes Verbot der DKP derzeit nicht möglich ist – lassen nicht jede Form juristischer Gewaltausübung gegen den inneren Gegner zu. Deshalb der Ruf nach dem Bundesverfassungsgericht, von dem man zwar keine andere Entscheidung, doch aber ein höheres Maß der Authentifizierung staatlichen Tuns erhofft.

In der Krise muß der Staat alle institutionellen Register seines Gewaltapparates ziehen, wenn ihm Lösungsmöglichkeiten für die Krise fehlen. Aber er kann sie nicht wahl- und grenzenlos ziehen. Delegiert er die Aufgabe an den Richter, muß sich dieser bewußt sein, daß seine Entscheidung, wenn sie akzeptiert werden soll, dem labilen gesellschaftlichen Kräfteverhältnis Rechnung trägt. Dieses ist z. Z. zwar von einer restaurativen und insbes. antikommunistischen Offensive gekennzeichnet, aber auch von einer anwachsenden demokratischen Bewegung, an der die Kommunisten wesentlichen Anteil haben. Diese Bewegung ist derzeit nicht stark genug gewesen, ein solches Urteil zu verhindern, sie muß sich aber als stark genug erweisen, den an das Urteil zweifellos anknüpfenden Versuch, verlorenes Gelände rückwärts wieder zu besetzen, zu verhindern.

Norman Paech

Lücken und Lückenbüßer

Waren es nun falsche Schätzungen der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 1982 oder war es Absicht, aufgrund derer sich im Oktober eine neuerliche Haushaltslücke auftat? Haben Bundesregierung und Steuerschätzer übersehen, daß Staatsausgabenkürzungen die wirtschaftliche Krise vertiefen und damit Steuerausfälle auf der einen und zusätzliche Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung auf der anderen Seite bewirken, oder hat man es darauf abgesehen?

In seiner Haushaltsrede vom 16. Septem-

ber 1981 beschwor Finanzminister Matthöfer die Glaubwürdigkeit und Verläßlichkeit der Finanzpolitik. „Deshalb muß schon die Planung alle berechenbaren Risiken für die Ausgabenentwicklung nach Möglichkeit berücksichtigen. Auf der anderen Seite kann und darf die Haushaltsplanung aber nicht alle vielleicht möglichen oder sogar nur vermuteten negativen Entwicklungen vorwegnehmen wollen. . . . Es ist durchaus möglich, daß schon bei der nächsten Steuerschätzung die Erwartungen für die Steuereinnahmen des nächsten Jahres weiter nach unten korrigiert werden, ohne daß wir dann wirklich schon wüßten, wie sich die Steuereinnahmen im nächsten Jahr tatsächlich entwickeln. Aber ich sähe es nicht als die bestmögliche Finanzplanung an, im Hinblick auf höchst ungewisse Risiken schon heute weitere Ausgabenkürzungen oder Veränderungen auf der Deckungsseite vornehmen zu wollen. Dies könnte bekanntlich dazu beitragen, Entwicklungen hervorzurufen, die man gerade vermeiden will, und dies wäre unverantwortlich. . . . Zudem wird es sich – gewiß zum Ärger unserer Kritiker – im Laufe des Jahres, vielleicht auch schon vorher, zeigen, daß auf der Einnahmenseite und auf der Ausgabenseite des Haushalts durchaus auch positive Entwicklungen zu erwarten sind."

Diese Erwartungen werden sich nicht erfüllen, wie dem Finanzminister bereits einen Monat später klar geworden sein dürfte – und dies keineswegs zur Freude seiner Kritiker. Schon vorsichtiger geworden sagt Matthöfer, nachdem die jüngste Haushaltslücke geschlossen worden ist, Ende Oktober vor dem Bundestag, daß es nun nicht dazu kommen dürfe, daß „eine nicht mehr abreißende Abfolge von immer neuen Deckungslükken in öffentlichen Haushalten nachhaltig Verunsicherung verbreiten und sich schädlich auf das Wirtschaftsgeschehen auswirken könnte." Also: es werden sich neue Haushaltslücken auftun, aber zu einer durch sie ausgelösten Verunsicherung werde es die Bundesregierung nicht kommen lassen. Das „Vertrauen" erhält die Bundesregierung nämlich dadurch, daß sie die künftigen Deckungslücken nicht über eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme zu finanzieren beabsichtigt. Was dann aber bleibt, sind Einnahmeerhöhungen, die, da sie vorwiegend Arbeitnehmerhaushalte treffen, zu Einschränkungen der Massenkaufkraft führen, oder weitere Ausgabenkürzungen, die wiederum zu Steuerausfällen und Ausgabenerhöhungen für Unterstützungsmaßnahmen führen, wodurch die nächste Haushaltslücke und damit ein erneuter Kürzungsanlaß vorprogrammiert ist. Zweifellos erwirbt man sich so das Vertrauen der Privatwirtschaft, der das „soziale Netz" schon immer entschieden zu dicht gewebt war.

Offensichtlich sind im Finanzministerium die wiederholten Erfolge, die das Verteidigungsministerium im Einsatz von „Lücken" hatte[1]), nicht ohne Eindruck geblieben. Die Anwendung der „Lücke" in der Finanzpolitik setzt darauf, daß der durch die Haushaltslücke repräsentierte „Sachzwang" eventuell aufkommende soziale Bedenken erschlägt und Ausgabenkürzungen leichter, ohne viel wenn und aber – schließlich muß die da klaffende Lücke irgendwie geschlossen werden – durchzusetzen sind. Eine restriktive Haushaltspolitik schafft sich so ihre eigenen Durchsetzungsmechanismen. War im September noch umstritten, ob die seinerzeitigen Haushaltsbeschlüsse der Bundesregierung die „Wende" darstellen, so zeigt sich nun, daß die „Wende" vermittels der Fähigkeit der Lücke, neue Lücken aufzureißen, vollzogen wird. Ein Vorteil dieses Verfahrens ist – was von denen, die gesellschaftspolitisch Tacheles hören wollten, verkannt wird –, daß es den Koalitionspartnern belassen bleibt, die jeweiligen Kürzungen mit „Siegergeläut, schon befinde die Republik sich mit-

1) Vgl. J. Huffschmid, Vom Sozialstaat zum Rüstungsstaat, in: „Blätter", 1/1981, S. 12ff.

ten in der ‚Wende'"[2]) zu begleiten oder als in dieser Situation unausweichlichen Schritt auszugeben.

Unabhängig davon, welche Interpretation den zur Beseitigung der Haushaltslücken ergriffenen Maßnahmen gegeben wird, die „Lückenbüßer" sind allemal die abhängig Beschäftigten, Arbeitslosen und Rentner. Daß aufgrund der restriktiven Geldpolitik die an den Bund abzuführenden Bundesbankgewinne hoch sind, und damit auch die Bundesbank zur Stopfung von Löchern herangezogen wird, die sie mitverursacht hat, dürfte als wenig tröstlich empfunden werden.

Joachim Eisbach

US-Kirchen im Widerstand gegen Atomwaffen

Leroy Mathiessen, einen 60jährigen katholischen Bischof aus Amarillo im US-Bundesstaat Texas – den kannte bis vor kurzem nur seine Gemeinde. Das sind hartgesottene konservative Rinderfarmer und ein paar tausend in der Industrie Beschäftigte. Eine einzige Predigt von Mathiessen holte ihn und 2400 seiner Schäfchen jetzt aus der Anonymität: „Legt eure Arbeit nieder", predigte Mathiessen diesen Leuten, „sucht euch einen anderen Job". Die so Angesprochenen sind Angestellte des in der Nähe von Amarillo gelegenen Pantex-Werkes. Pantex operiert unter größter Geheimhaltung und im Auftrag des US-Energieministeriums. Bei Pantex werden sämtliche Atomwaffen Amerikas zusammengesetzt – und gegenwärtig rollt die Neutronenbombe vom Band! „Das", sagt Bischof Mathiessen, „ist die jüngste tragische Entscheidung unserer Regierung, die sich gegen das menschliche Leben richtet".

So gezielt wie Mathiessen reagieren auf einmal erstaunlich viele amerikanische Kirchenführer. Jahrelang hatten sie sich damit begnügt, von der Kanzel aus nukleare Aufrüstung und atomares Wettrüsten zu verurteilen, aber jetzt haben sie anscheinend eingesehen, daß Dissens ohne Aktion als Protest nicht ausreicht, daß, wie die Brüder Berrigan es seit Jahren schon vormachen, der gewaltlose zivile Ungehorsam mehr bewirken kann.

Außer Mathiessen in Texas rief auch Bischof Raymond Hunthausen in Seattle, an der Westküste, zur Aktion auf: Christen sollten 50% ihrer bundesstaatlichen Einkommensteuer zurückhalten, empfahl Hunthausen – als Symbol gewaltlosen Widerstands gegen „nuklearen Mord und Selbstmord". In New York tat sich die Aktion Sühnezeichen mit vier anderen religiösen Gruppen zusammen. Sie gründeten eine Organisation, die sich „Neue Abolitionisten" nennt – die „alten" Abolitionisten kämpften als Erste für die Sklavenbefreiung – und sie erarbeiteten ein Aktionsprogramm, das einzig dem Ziel dienen soll, die amerikanischen Kirchen für den Widerstand zu aktivieren.

In Indianapolis beschloß die „Conference of Women Religious", in der 80% aller amerikanischen Nonnen vertreten sind, aktiv gegen MX-Raketen, die Neutronenbombe und Atomwaffen generell zu kämpfen. Und in San Francisco rief Erzbischof John Quinn seine katholischen Glaubensbrüder Anfang Oktober zur konzertierten politischen Aktion gegen die Entwicklung und Lagerung jeglicher Atomwaffen auf. Quinn ging sogar ins Detail. Er rief katholische Krankenhäuser zum Widerstand gegen einen jüngst bekanntgewordenen Pentagon-Plan auf, der vorsieht, daß Militär- und Zivil-Hospitäler einen gemeinsamen Bettenplan für plötzlich anfallende Atomkriegsopfer aus Übersee erarbeiten . . .

2) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 31. 10. 1981.

ten in der ‚Wende'"[2]) zu begleiten oder als in dieser Situation unausweichlichen Schritt auszugeben.

Unabhängig davon, welche Interpretation den zur Beseitigung der Haushaltslücken ergriffenen Maßnahmen gegeben wird, die „Lückenbüßer" sind allemal die abhängig Beschäftigten, Arbeitslosen und Rentner. Daß aufgrund der restriktiven Geldpolitik die an den Bund abzuführenden Bundesbankgewinne hoch sind, und damit auch die Bundesbank zur Stopfung von Löchern herangezogen wird, die sie mitverursacht hat, dürfte als wenig tröstlich empfunden werden.

Joachim Eisbach

US-Kirchen im Widerstand gegen Atomwaffen

Leroy Mathiessen, einen 60jährigen katholischen Bischof aus Amarillo im US-Bundesstaat Texas – den kannte bis vor kurzem nur seine Gemeinde. Das sind hartgesottene konservative Rinderfarmer und ein paar tausend in der Industrie Beschäftigte. Eine einzige Predigt von Mathiessen holte ihn und 2400 seiner Schäfchen jetzt aus der Anonymität: „Legt eure Arbeit nieder", predigte Mathiessen diesen Leuten, „sucht euch einen anderen Job". Die so Angesprochenen sind Angestellte des in der Nähe von Amarillo gelegenen Pantex-Werkes. Pantex operiert unter größter Geheimhaltung und im Auftrag des US-Energieministeriums. Bei Pantex werden sämtliche Atomwaffen Amerikas zusammengesetzt – und gegenwärtig rollt die Neutronenbombe vom Band! „Das", sagt Bischof Mathiessen, „ist die jüngste tragische Entscheidung unserer Regierung, die sich gegen das menschliche Leben richtet".

So gezielt wie Mathiessen reagieren auf einmal erstaunlich viele amerikanische Kirchenführer. Jahrelang hatten sie sich damit begnügt, von der Kanzel aus nukleare Aufrüstung und atomares Wettrüsten zu verurteilen, aber jetzt haben sie anscheinend eingesehen, daß Dissens ohne Aktion als Protest nicht ausreicht, daß, wie die Brüder Berrigan es seit Jahren schon vormachen, der gewaltlose zivile Ungehorsam mehr bewirken kann.

Außer Mathiessen in Texas rief auch Bischof Raymond Hunthausen in Seattle, an der Westküste, zur Aktion auf: Christen sollten 50% ihrer bundesstaatlichen Einkommensteuer zurückhalten, empfahl Hunthausen – als Symbol gewaltlosen Widerstands gegen „nuklearen Mord und Selbstmord". In New York tat sich die Aktion Sühnezeichen mit vier anderen religiösen Gruppen zusammen. Sie gründeten eine Organisation, die sich „Neue Abolitionisten" nennt – die „alten" Abolitionisten kämpften als Erste für die Sklavenbefreiung – und sie erarbeiteten ein Aktionsprogramm, das einzig dem Ziel dienen soll, die amerikanischen Kirchen für den Widerstand zu aktivieren.

In Indianapolis beschloß die „Conference of Women Religious", in der 80% aller amerikanischen Nonnen vertreten sind, aktiv gegen MX-Raketen, die Neutronenbombe und Atomwaffen generell zu kämpfen. Und in San Francisco rief Erzbischof John Quinn seine katholischen Glaubensbrüder Anfang Oktober zur konzertierten politischen Aktion gegen die Entwicklung und Lagerung jeglicher Atomwaffen auf. Quinn ging sogar ins Detail. Er rief katholische Krankenhäuser zum Widerstand gegen einen jüngst bekanntgewordenen Pentagon-Plan auf, der vorsieht, daß Militär- und Zivil-Hospitäler einen gemeinsamen Bettenplan für plötzlich anfallende Atomkriegsopfer aus Übersee erarbeiten . . .

2) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 31. 10. 1981.

All diese Aktivitäten erfährt man nur bruchstückweise und mit Verspätung aus der amerikanischen Presse, das Fernsehen ignoriert die religiöse Widerstandsszene total. „Das tun sie ganz bewußt", sagt Reverend Phil Berrigan im Gefängnis von Camp Hill, Pennsylvania, „sie versuchen, uns totzuschweigen".

Berrigan und 14 andere Friedensaktivisten sitzen zur Zeit für ihren Protest gegen Kernkraft und Atomwaffen im Gefängnis. Zum Teil wurden sie zu jahrelangen Haftstrafen verurteilt. Amerikas Kirchenführer nehmen das nun nicht mehr länger als gegeben hin. Mit ihrem Aufruf zum zivilen Ungehorsam folgen sie den Berrigans, und immer mehr sind auch bereit, für ihre Überzeugung ins Gefängnis zu gehen.

Weil es in den USA politische Gefangene nicht geben darf, verurteilt man sie dann wegen Einbruchs oder Hausfriedensbruch – aber natürlich *sind* es politische Gefangene. Darüber kann auch kein US-Außenminister hinwegtäuschen, der in Berlin ganz großzügig Voltaire und „die Freiheit der Andersdenkenden" zitiert.

Barbara Jentzsch, Arlington

Regierungswechsel in Griechenland

Zumindest zweierlei hat beim Ausgang der Wahlen in Griechenland vom 18. Oktober überrascht: Erstens die Höhe des Sieges der „Panhellenischen Sozialistischen Bewegung" (PASOK) unter Andreas Papandreou und der eindeutige Verlust, ja Niedergang der seit 1974 regierenden „Neuen Demokratie" (ND) von Georgios Rallis; zweitens die Tatsache, daß die Kommunistische Partei (KKE) ihre Position nicht nur halten, sondern sogar noch etwas ausbauen konnte. Man hätte erwarten können, daß angesichts der Polarisierung auf die beiden Parteien PASOK und ND etliche potentielle Wähler der KKE zu den Sozialisten übergewechselt wären.

Dies war offensichtlich nicht der Fall. Vielmehr scheint die PASOK ihre Stimmengewinne im bürgerlichen Lager bekommen zu haben. Im einzelnen erreichten die Parteien folgende Wahlergebnisse: PASOK 48,06% und 172 der insgesamt 300 Parlamentssitze, „Neue Demokratie" 35,86% und 115 Sitze und Kommunistische Partei 10,92% und 13 Sitze. Weitere Parteien sind künftig im Parlament nicht mehr vertreten, ihre Stimmenanteile betrugen: rechtsextreme „Fortschrittspartei" 1,69%, „Kommunistische Partei des Inlands" 1,37%, sozialdemokratische Wahlallianz KODESO-KAE 0,72%, liberales Zentrum (EDIK) 0,42% und Liberale 0,37%.

Damit werden bei einer ersten Analyse folgende wichtigen Veränderungen und Entwicklungen im griechischen politischen System sichtbar: Der Aufstieg der PASOK zur stärksten Partei in Griechenland stellt ein beachtliches Phänomen dar. Bei den ersten Wahlen nach der Militärdiktatur im Jahr 1974 hatte die Partei bloß 13,5% und 12 Parlamentssitze und 1977 mit 25,3% 93 Sitze erhalten. Innerhalb von acht Jahren hat die PASOK ihre Stimmenanteile also mehr als verdreifachen können. Schon dies ist ein erstes Indiz für den raschen gesellschaftlich-politischen Wandel in Griechenland wie auch für den spezifischen Charakter der PASOK, die sich mit gutem Grund auch heute noch als „Bewegung" und nicht als Partei bezeichnet.

Ausgedient als Sammel- und Auffangbecken aller bürgerlichen nichtsozialistischen Kräfte mit dem Ziel, einen „gemäßigten" Übergang von der Junta zur Demokratie zu verwirklichen und jeglichen radikalen Wandel zu verhindern, hat da-

All diese Aktivitäten erfährt man nur bruchstückweise und mit Verspätung aus der amerikanischen Presse, das Fernsehen ignoriert die religiöse Widerstandsszene total. „Das tun sie ganz bewußt", sagt Reverend Phil Berrigan im Gefängnis von Camp Hill, Pennsylvania, „sie versuchen, uns totzuschweigen".

Berrigan und 14 andere Friedensaktivisten sitzen zur Zeit für ihren Protest gegen Kernkraft und Atomwaffen im Gefängnis. Zum Teil wurden sie zu jahrelangen Haftstrafen verurteilt. Amerikas Kirchenführer nehmen das nun nicht mehr länger als gegeben hin. Mit ihrem Aufruf zum zivilen Ungehorsam folgen sie den Berrigans, und immer mehr sind auch bereit, für ihre Überzeugung ins Gefängnis zu gehen.

Weil es in den USA politische Gefangene nicht geben darf, verurteilt man sie dann wegen Einbruchs oder Hausfriedensbruch – aber natürlich *sind* es politische Gefangene. Darüber kann auch kein US-Außenminister hinwegtäuschen, der in Berlin ganz großzügig Voltaire und „die Freiheit der Andersdenkenden" zitiert.

Barbara Jentzsch, Arlington

Regierungswechsel in Griechenland

Zumindest zweierlei hat beim Ausgang der Wahlen in Griechenland vom 18. Oktober überrascht: Erstens die Höhe des Sieges der „Panhellenischen Sozialistischen Bewegung" (PASOK) unter Andreas Papandreou und der eindeutige Verlust, ja Niedergang der seit 1974 regierenden „Neuen Demokratie" (ND) von Georgios Rallis; zweitens die Tatsache, daß die Kommunistische Partei (KKE) ihre Position nicht nur halten, sondern sogar noch etwas ausbauen konnte. Man hätte erwarten können, daß angesichts der Polarisierung auf die beiden Parteien PASOK und ND etliche potentielle Wähler der KKE zu den Sozialisten übergewechselt wären.

Dies war offensichtlich nicht der Fall. Vielmehr scheint die PASOK ihre Stimmengewinne im bürgerlichen Lager bekommen zu haben. Im einzelnen erreichten die Parteien folgende Wahlergebnisse: PASOK 48,06% und 172 der insgesamt 300 Parlamentssitze, „Neue Demokratie" 35,86% und 115 Sitze und Kommunistische Partei 10,92% und 13 Sitze. Weitere Parteien sind künftig im Parlament nicht mehr vertreten, ihre Stimmenanteile betrugen: rechtsextreme „Fortschrittspartei" 1,69%, „Kommunistische Partei des Inlands" 1,37%, sozialdemokratische Wahlallianz KODESO-KAE 0,72%, liberales Zentrum (EDIK) 0,42% und Liberale 0,37%.

Damit werden bei einer ersten Analyse folgende wichtigen Veränderungen und Entwicklungen im griechischen politischen System sichtbar: Der Aufstieg der PASOK zur stärksten Partei in Griechenland stellt ein beachtliches Phänomen dar. Bei den ersten Wahlen nach der Militärdiktatur im Jahr 1974 hatte die Partei bloß 13,5% und 12 Parlamentssitze und 1977 mit 25,3% 93 Sitze erhalten. Innerhalb von acht Jahren hat die PASOK ihre Stimmenanteile also mehr als verdreifachen können. Schon dies ist ein erstes Indiz für den raschen gesellschaftlich-politischen Wandel in Griechenland wie auch für den spezifischen Charakter der PASOK, die sich mit gutem Grund auch heute noch als „Bewegung" und nicht als Partei bezeichnet.

Ausgedient als Sammel- und Auffangbecken aller bürgerlichen nichtsozialistischen Kräfte mit dem Ziel, einen „gemäßigten" Übergang von der Junta zur Demokratie zu verwirklichen und jeglichen radikalen Wandel zu verhindern, hat da-

gegen die „Neue Demokratie", die 1974 von Konstantin Karamanlis, dem heutigen Präsidenten der Republik, gegründet worden war. Ihre Integrationskraft hat sich zerschlissen. Es ist damit zu rechnen, daß die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Parteiflügeln zunehmen werden. Ein Zerfall der Partei und eine Neugruppierung der politischen Rechtskräfte scheint nicht ausgeschlossen.

Die Zentrumsunion EDIK, früher vom Vater von Andreas Papandreou geführt, hatte ihre ehemals bedeutende Rolle als liberale Gegenpart zur politischen Rechten schon längst vor den Wahlen endgültig verloren. Radikalisierte Mittelschichten und unzufriedene Bauern sowie linke Intellektuelle wandten sich von der Partei ab und der PASOK zu. Die zentralen Wahlkampfthesen der EDIK gegen die politische Polarisierung, gegen Sozialisierungen, gegen PASOKs „antiwestliche" Politik, die lediglich der Türkei nütze, und für den Verbleib in der EG und NATO trafen nur auf geringe Resonanz. Auf der anderen Seite wechselten Teile des rechten Flügels zur „Neuen Demokratie" über. Hatte die EDIK 1974 noch 20,4% der Stimmen erhalten, so verschlechterte sich ihr Abschneiden bei den Wahlen von 1977 drastisch auf 11,9%. Von den 15 auf die Partei entfallenen Abgeordneten wechselten in der Folge einige Abgeordnete zur ND, andere gründeten die „Partei des Demokratischen Sozialismus" (KODESO).

Die Kommunisten haben die Position der drittstärksten Partei gefestigt. Auffallend ist, daß die 1968 erfolgte Spaltung der Partei mit der Gründung der KKE-Inland, die mit einer eurokommunistischen Orientierung auftritt, die KKE letztlich nicht wesentlich geschwächt hat. 1974 traten beide kommunistischen Parteien noch gemeinsam zur Wahl an und erreichten 9,4% und 8 Parlamentssitze. Bei den Wahlen von 1977, als beide Parteien getrennt kandidierten, erhielt die KKE ebenfalls 9,4% und 11 Sitze, während die KKE-Inland, die im Rahmen einer Wahlallianz kandidierte, sich mit ihren Partnern auf 2,7% und 2 Mandate bescheiden mußte. Dabei dürfte 1981 bei dem schlechten Abschneiden der KKE-Inland der Wechsel mancher ihrer Wähler (und Mitglieder) zur PASOK eine Rolle gespielt haben.

Parteien, die offen mit dem Anspruch und der Programmatik des „Demokratischen Sozialismus" und der Sozialdemokratie nach westeuropäischem Vorbild antreten, haben zur Zeit in Griechenland keine Chancen. Das zeigt das schlechte Ergebnis der KODESO, die mit der „Partei der Bauern und Erwerbstätigen" (KAE) eine Wahlallianz eingegangen war.

Schließlich darf das relativ schlechte Abschneiden ultrarechter politischer Kräfte nicht zu optimistisch interpretiert werden. Zwar erreichte die „Fortschritts-Partei" von Spyros Markezinis, der während der Zeit der Militärdiktatur Premierminister war, lediglich etwas mehr als 1%. Die Forderung von Markezinis, eine Amnestie für die Verantwortlichen der Militärjunta zu erlassen, stieß auf geringen Widerhall bei der griechischen Bevölkerung. Andererseits muß jedoch berücksichtigt werden, daß schon vor den Wahlen die „Neue Demokratie" unter Rallis sich um eine Öffnung der Partei für rechtsextreme Kräfte bemüht und diese auch durchgesetzt hat. Die Partei „Nationales Lager" unter Theotokis, eine ultrarechte juntafreundliche und monarchistische Partei, die 1977 noch 5 Abgeordnete bei den Wahlen stellen konnte, von denen sich aber die meisten später der Neuen Demokratie anschlossen, trat zur Wahl 1981 erst gar nicht an. Dies wurde allgemein als Unterstützung für die „Neue Demokratie" gewertet und von der kommunistischen Zeitung „Rizopastis" als die Herstellung einer „Schwarzen Front" und als Wiedervereinigung der „Familie der ‚Neuen Demokratie' mit der junta-faschistischen Rechten" bezeichnet („Rizopastis" vom 22. September 1981). Kurz vor den Wahlen, als die Erfolgsaussichten der

PASOK immer mehr stiegen, gab die „Neue Demokratie" das besonders von Rallis – weniger von seinem weiter rechtsstehenden innerparteilichen Gegenspieler, dem (ehemaligen) Verteidigungsminister Averoff – unternommene Bemühen auf, der Partei ein liberales Gepräge zu geben.

Noch vor den Wahlen waren gleichsam als Schutz gegen mögliche Veränderungen der politischen Orientierung des Landes einige Weichen von der Regierung gestellt worden: 1980 führte die Regierung Rallis, das Land in den militärischen Flügel der NATO zurück, aus dem Griechenland 1974 aus Protest dagegen, daß die NATO keinen Schutz gegen türkische Aggressionen bot und die griechische Militärjunta stützte (zumindest nichts gegen sie unternahm) ausgetreten war. Die in Griechenland heftig umstrittene Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft wurde von der Regierung zum 1. Januar 1981 vollzogen. 1980 wechselte Konstantin Karamanlis von dem Amt des Premierministers zu dem des Präsidenten der Republik. Dieser nimmt nicht bloß repräsentative Aufgaben wahr, sondern stellt einen aktiven politischen Faktor dar. Er ist Teil der gesetzgebenden Gewalt, der richterlichen und der Exekutivgewalt. Er bestätigt Gesetze, beruft die Regierung, kann diese entlassen, trifft Notstandsmaßnahmen, kann Gesetze bremsen und gewährt Amnestien. Es obliegt seiner Entscheidungsgewalt, ob das von der PASOK geforderte Referendum (Volksabstimmung), in dem die Bevölkerung über die weitere Mitgliedschaft in der EG abstimmen soll, überhaupt durchgeführt wird. Diese umfassenden Kompetenzen haben den bekannten Rechtswissenschaftler Dimitris Tsatsos veranlaßt, das politische System, so wie es durch die Verfassung konstituiert ist, als ein „paradoxes Präsidialsystem" in Form einer „Exekutivdemokratie" zu kennzeichnen. Es wird auch von einer „Präsidialdiktatur" gesprochen. In der jetzigen Situation kann der Staatspräsident z. T. zu einer Art „Aufseher" und Gegenregierung zur PASOK-Regierung werden.

Hatte die PASOK 1974 noch gefordert, daß Griechenland sowohl den militärischen wie den politischen Flügel der NATO verlassen müsse, so wurde dieses Ziel im Wahlmanifest von 1981 in eine fernere Zukunft verschoben. Der Rückzug aus der NATO soll in den Zusammenhang der Auflösung der Blöcke des Kalten Kriegs gestellt werden. Obgleich das NATO-Thema eine wichtige Rolle in der PASOK-Wahlkampfstrategie gespielt hatte, vermied Papandreou konkrete Aussagen dazu. Die Entscheidungen der Regierung sollten wohl noch nicht vorweggenommen werden. Ähnlich offen sind auch die Erklärungen zur Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft geblieben. Eine eindeutige Aussage, was geschehen soll, wenn – womit durchaus zu rechnen ist – Staatspräsident Karamanlis keine Volksabstimmung über die EG-Mitgliedschaft durchführen läßt, vermied Papandreou ebenfalls. Es wurde in Aussicht gestellt, Griechenland könne als Mitglied der EG alle jene EG-Bestimmungen übertreten und verletzen, die seinen nationalen Interessen entgegenstehen. Hieß es 1974 noch, die amerikanischen Militärstützpunkte müßten allesamt gekündigt werden, so war jetzt davon die Rede, daß eine „Übergangsperiode" nötig sei, bevor die Basen aufgelst werden könnten. Im März oder April 1982 sollen mit den USA Verhandlungen dazu aufgenommen, und soll durchgesetzt werden, daß künftig die US-Basen nicht mehr zu Aktivitäten genutzt werden (z. B. Aktionen gegen arabische Länder), die griechische Interessen verletzen. In einem Interview mit einer amerikanischen Fernsehgesellschaft ging Papandreou noch weiter und kündigte an, Griechenland werde die Verträge mit der NATO, der EG und mit den USA über die Militärbasen nicht einseitig kündigen. Wenn die NATO sich zu einer Garantie der Ostgrenze gegenüber der Türkei verpflichte, werde die sozialistische Regierung auf

einen Austritt aus der Allianz verzichten. Auch die US-Basen könnten im Lande weiter installiert bleiben, wenn Griechenland die gleiche Militärhilfe wie die Türkei bekäme, wenn die Basen nicht als Ausgangspunkt für Angriffe auf befreundete Länder dienten, und wenn die in diesen Basen gesammelten Aufklärungsergebnisse nicht der Türkei zur Verfügung gestellt würden. Der Rückzug aus der EG solle nicht vollständig, sondern nur teilweise erfolgen. Zwar ist der von Papandreou vorgetragene Einwand, Griechenland könne sich auf eine totale Konfrontation mit den USA nicht einlassen, durchaus berechtigt. Andererseits zeigt sich jedoch auch, daß erstens frühere Positionen nicht bloß im Hinblick auf ihre Realisierbarkeit durch die jetzige PASOK-Regierung abgeschwächt worden sind. Vielmehr wird die Substanz der Forderungen zur Disposition gestellt. Zweitens bleibt der jetzige Katalog von Zielen und Forderungen noch für unterschiedliche Interpretationen und Strategien offen, so daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht zureichend über die künftige Politik der Regierung Papandreou geurteilt werden kann.

Sollte die PASOK-Regierung ihre Ankündigung, alle Nuklearwaffen von griechischem Boden entfernen zu lassen, verwirklichen und sich weiterhin für eine atomwaffenfreie Zone auf dem Balkan einsetzen, wäre dies ein überaus wichtiger Schritt, der positive Folgen auch für die gegenwärtige Konfrontation in Mitteleuropa haben könnte. Die Sowjetunion hatte Griechenland für den Fall eines vollständigen Abzugs von Atomwaffen zugesichert, bei einem künftigen Konflikt keine Nuklearwaffen gegen das Land einzusetzen. Die Tatsache, daß Papandreou während des Wahlkampfs einige wichtige politische Forderungen bewußt offen formuliert bzw. abgeschwächt hatte, dürfte nicht zuletzt auch ein Grund dafür sein, daß man gegenwärtig nicht von einer akuten Putschgefahr in Griechenland ausgeht. Inwieweit die Bemühungen der PASOK-Führung, innerhalb der Armee rechtsextreme Tendenzen zurückzudrängen, schon erfolgreich sind, kann heute noch nicht beurteilt werden. Es sollte gleichwohl das ultrarechte Potential in Griechenland nicht unterschätzt werden: im Sommer verdichteten sich Gerüchte, daß führende Militärs einen Putsch vorbereiteten, und als danach große Teile der Athener Vororte brannten, vermutete man die Brandstifter nicht nur bei den Bodenspekulanten, die sich Bauland durch das Abbrennen von Wäldern „erschließen" wollten (dies ist ein alltäglicher Vorgang, weil bewaldete Ländereien nicht bebaut werden dürfen), sondern auch bei rechtsextremen Kräften, die noch vor den Wahlen die politische Unsicherheit verstärken, die Griechen von einem Entscheid für die Linke abbringen und die Notwendigkeit einer starken – ultrarechten – Regierung demonstrieren wollten.

Von hiesigen Kommentatoren zu oft nur beiläufig erwähnt werden die innenpolitischen Forderungen der PASOK, die für die griechische Bevölkerung von größter Wichtigkeit sind. Die Alterssicherung der Bauern soll verbessert, die Preise für ihre Produkte erhöht werden, die Arbeiter in der Industrie sollen Mitbestimmungsrechte erhalten, Studiengebühren sollen abgeschafft werden, die Gleichberechtigung der Frau soll gewährleistet, die Lohngleichheit realisiert, die standesamtliche Eheschließung eingeführt und die Abtreibung legalisiert werden. Die Zustimmung der Massen und das politische Überleben der neuen griechischen Regierung dürften davon abhängen, ob es gelingt, die vielfachen Versprechungen so zu realisieren, daß sie für die Griechen möglichst bald spürbar werden. Im September 1981 nannte Papandreou in einem Interview mit der PASOK-Zeitung „Exormissi" folgende Wirtschaftssektoren, die sozialisiert werden sollen: öffentliche Versorgung, Massentransportmittel, Kommunikationssysteme, die großen Unternehmen des Bergbaus, die Schiffs-

werften, Stahl-, Zement- und pharmazeutische Industrie, Banken und Versicherungsgesellschaften. Zweierlei ist hier von Bedeutung: Zum ersten befinden sich bereits große Teile der genannten Wirtschaftsbereiche unter maßgeblicher staatlicher Kontrolle, und zum zweiten hat Papandreou während des Wahlkampfs – ähnlich wie bei den zentralen außenpolitischen Forderungen – es vermieden, allzu konkrete Vorstellungen bezüglich der Sozialisierung zu äußern. Auch hier ist also die weitere Entwicklung zunächst abzuwarten, bevor die Sozialisierungspläne genauer beurteilt werden können. Dies betrifft auch die Behandlung ausländischer Kapitalanlagen in Griechenland. Hier finden sich einerseits scharfe Kritiken an dieser Form der „Ausbeutung durch die Metropolen", andererseits hat Papandreou in dem erwähnten Interview die Anlage ausländischen Kapitals auch als einen möglichen Beitrag zur Entwicklung Griechenlands bezeichnet, sofern bestimmte Voraussetzungen erfüllt seien. Vor dem Hintergrund bislang nicht konkretisierter Sozialisierungspläne hat mittlerweile der Verband griechischer Industrieller bei der neuen Regierung angefragt und darum gebeten, die künftige Politik der Vergesellschaftung, der staatlichen Wirtschaftsinterventionen und den der Privatwirtschaft verbleibenden Spielraum genauer zu erläutern. Seinerseits bot der Unternehmerverband einen permanenten und konstruktiven Dialog an (Vgl. „Athens News", 21. Oktober 1981).

Inwieweit die Wahlkampfforderungen von einer PASOK-Regierung erfüllt werden können, hängt schließlich nicht nur von ökonomischen, innen- und außenpolitischen Faktoren ab. Diese sind denkbar ungünstig. Ebenso schwer wiegt die Tatsache, daß in der gegenwärtigen Situation einer verschärften weltpolitischen Konfrontation die Chancen einer unabhängigen Entwicklung geringer sind, weil die USA und die NATO kaum bereit sein dürften, eine „Schwächung" der NATO-Südostflanke, wo Griechenland eine wichtige Rolle spielt, hinzunehmen. Inwieweit die in Griechenland geweckten Hoffnungen realisiert werden können, hängt aber auch davon ab, welche Entwicklung die PASOK selbst nehmen wird. Sie war bislang eher eine populistische Bewegung, die noch unvollständig parteimäßige Strukturen der Organisation, Willens- und Entscheidungsbildung ausgeprägt hat. Die charismatische Führungspersönlichkeit von Papandreou – im Wahlkampf sicher ein unbestreitbarer Vorteil – überwiegt noch immer vor kollektiven Entscheidungsstrukturen. Die Sozialstruktur der Wähler und Mitglieder ist anläßlich der Wahlen eher noch breiter und vielschichter geworden. Es wird beansprucht, alle „Unterprivilegierten" in Griechenland zu vertreten. Daß sich mit diesem Anspruch jedoch die Kandidatur von Mavros auf der PASOK-Liste vertreten läßt, wird auch unter PASOK-Mitgliedern vielfach in Frage gestellt. Schon vor der Wahl haben führende PASOK-Mitglieder erklärt, sie lehnten eine Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei ab. Das Wahlergebnis hat es vorerst auch möglich gemacht, eine PASOK-Regierung zu bilden, ohne auf die Unterstützung anderer politischer Kräfte angewiesen zu sein. Die Wahlentscheidung vom 18. Oktober birgt sicher Risiken in sich. Noch ist nicht sicher, inwieweit die zentralen Wahlkampfforderungen der PASOK erfüllt werden können. Sie bietet aber für die künftige ökonomische, politische, soziale und kulturelle Entwicklung große Chancen. Erste Zeichen sind bereits gesetzt: Die bislang bestehende Zensur für Filme und Liedertexte wurde abgeschafft, die diplomatische Anerkennung der Palästinensischen Befreiungsbewegung PLO angekündigt, und nach Jahren des Verschweigens wird künftig die antifaschistische Widerstandsbewegung während der Zeit des Zweiten Weltkriegs offiziell geehrt und die Aktiven sollen als Verfolgte anerkannt werden.

Heinz-Jürgen Axt

Atomkrieg auf deutschem Boden?

Atomwaffen, Bundeswehr und mögliche Alternativen deutscher Sicherheitspolitik

Generalmajor a.D. Günter Vollmer
im Gespräch mit Karl D. Bredthauer

Mit Günter Vollmer hat sich nach Gert Bastian ein zweiter Bundeswehrgeneral öffentlich gegen die Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen in der Bundesrepublik erklärt und vor den schwerwiegenden Risiken der gegenwärtigen „Sicherheitspolitik" gewarnt. (Vgl. „Blätter", 10/1981, S. 1276–1278 – „Dokumente zum Zeitgeschehen") General Vollmer gehörte als Befehlshaber eines der sechs Wehrbereiche der Bundesrepublik (Wehrbereichskommando II, Hannover) zu den führenden Offizieren der Bundeswehr; seit längerem bemüht er sich – bisher ohne Resonanz in Bonn – um eine Umrüstung der Bundeswehr zu einer ihrem Verfassungsauftrag entsprechend eindeutig defensiv orientierten Armee. – Karl D. Bredthauer, Redakteur der „Blätter", führte mit General Vollmer das folgende Gespräch über seine Kritik und mögliche Alternativen deutscher Sicherheitspolitik. D. Red.

I. Atomkrieg auf deutschem Boden?

Bredthauer: Herr Vollmer, Sie haben sich mit einem Schreiben an den Bundesverteidigungsminister gewandt, um vor großen Gefahren zu warnen, die Ihrer Auffassung nach aus der gegenwärtigen NATO-Strategie sowie aus dem gegenwärtigen Zustand der Bundeswehr für unsere Sicherheit erwachsen. Sie haben sich bei diesem Schritt ausdrücklich auf die besondere Verantwortung der Bundeswehr-Generalität berufen, nachdem schon einmal einer deutschen Generalität zu Recht der Vorwurf gemacht worden sei, zu lange geschwiegen zu haben.

Würden Sie Ihre Bedenken bitte erläutern? Ist ein Atomkrieg auf deutschem Boden denkbar, wahrscheinlicher geworden? Welche Rolle spielt die geplante Stationierung neuer US-Atomraketen?

Vollmer: Für mich ist das Folgende eigenartig: beide Seiten haben mit ihren Interkontinentalwaffen so viel Vernichtungspotential, daß es gar nicht notwendig ist, neues Potential aufzubauen. Lassen wir einmal beiseite, daß beide immer wieder der Meinung sind, es müßte modernisiert werden. Neue Waffen zu stationieren, ist nicht notwendig. Ich persönlich halte eine Stationierung der neuen amerikanischen Waffen in Europa, besonders in Mitteleuropa, gegenüber der SS-20 für sinnlos – u.a. auch aus folgendem Grunde: Mitteleuropa, also Deutschland, Belgien, die Niederlande, Italien usw., gehören zu den dichtbesiedeltsten Ländern überhaupt, während auf der anderen Seite die SS-20, die ja eine mobile Waffe ist, in großen, vergleichsweise dünn besiedelten Räumen hin und her bewegt werden kann.

Hier bei uns würden also bei einem „Schlagabtausch" Pershing II gegen SS-20 sehr viel mehr „Nichtkämpfer" in Mitleidenschaft gezogen werden als auf der anderen Sei-

te. Das ist die größte Sorge, die ich bei einer Stationierung solcher Waffen hier in Mitteleuropa habe.

Bredthauer: Unsere Sicherheitslage würde auch insofern verschlechtert statt verbessert, als Raketen, die die Sowjetunion selbst erreichen können, natürlich auch Atomziele von größter Priorität wären, also die sowjetischen Atomraketen geradezu auf sich ziehen würden . . .

Vollmer: Das möchte ich doch annehmen. Zumal ja die Sowjetunion, wenn sie in einen Krieg gerät, sich Luft zu schaffen versuchen würde – und da wären solche in Mitteleuropa stationierten Atomraketen am leichtesten auszuschalten; die anderen, besonders die auf Schiffen stationierten, wären sehr viel schwerer zu treffen, aber landstationierte Raketen in Mitteleuropa dürften sie mit einiger Sicherheit verhältnismäßig schnell ausschalten können.

Bredthauer: Das eigenartige ist ja, daß die Amerikaner darauf insistieren, die nach NATO-Auffassung erforderliche „Nachrüstung" müsse durch *landgestützte* Raketen in West- und Mitteleuropa erfolgen, und daß sie absolut nicht bereit sind, über see- oder luftgestützte Systeme zu sprechen. Die Cruise Missile z. B. kann ja auch von Flugzeugen aus gestartet werden. Warum also ausgerechnet landgestützte Systeme, die doch ganz besonders verwundbar sind?

Vollmer: Eine der Begründungen war immer, daß die Zielsicherheit von Schiffen oder Flugzeugen aus nicht so groß sei wie von landgestützten Basen aus. Ich kann das nicht hundertprozentig beurteilen, glaube das aber nicht so recht. Ich glaube, daß die Zielsicherheit einer solchen Waffe, die von einem Schiff oder einem Flugzeug aus abgeschossen wird, heute fast genau so groß ist wie bei einer landgestützten Waffe dieser Art.

Bredthauer: Die Frage ist, wozu wird eine solche Zielgenauigkeit so dringend benötigt? Für die Abschreckung, wie sie bisher verstanden wurde – also die Androhung unerträglicher Schäden, beispielsweise durch die Zerstörung gegnerischer Großstädte – braucht man keine Atomwaffen, die bis auf 50 oder sogar 30 Meter Zielabweichung genau, wie die Pershing II, ihr Ziel treffen können. Eine solche Präzision, wie sie von U-Boot-gestützten Raketen vielleicht tatsächlich *noch* nicht erreicht werden kann . . .

Vollmer: Genau, für eine Strategie der Kriegsverhütung durch Abschreckung braucht man das nicht; solche Waffen braucht man, wenn man bestimmte Ziele, militärische Ziele, Hauptquartiere z. B. oder auch gegnerische Raketenstellungen treffen will. Dazu braucht man eine hohe Zielgenauigkeit. Das ist das eine. Das andere ist: die Amerikaner haben ja vor ein, zwei Jahren argumentiert, sie befürchten, wenn hier keine neuen Atomraketen stationiert werden, daß die europäischen Staaten, oder einzelne europäische Staaten, sich dann abkoppeln könnten. Ich halte dies für ein Argument, das überhaupt nicht stimmt, denn wenn einer sich nicht abkoppeln könnte, falls ein Krieg ausbricht, dann sind wir das. Wir wären immer sofort betroffen, alle anderen könnten sich eventuell noch abkoppeln.

Bredthauer: Von „Risikoteilung" ist in diesem Zusammenhang auch die Rede, so als ob wir ein zu geringes Risiko trügen . . .

Vollmer: Das Risiko für uns ist wohl das allergrößte. Auch ein „konventioneller" Krieg würde so ungeheure Verluste bringen – selbst wenn man „nur" an den Zweiten Weltkrieg denkt –, daß das für uns Deutsche eine kaum noch tragbare Belastung wäre.

Bredthauer: Kommen wir noch einmal auf die Ausgangsfrage zurück – was ist das ei-

gentlich Neue an der gegenwärtigen Atomstrategie der USA und dann folglich wohl auch der NATO?

Vollmer: Die Veränderung der amerikanischen Atomstrategie ist allmählich, sozusagen unterschwellig vor sich gegangen. Sicherlich besteht da ein Zusammenhang zu der sogenannten Triade-Konzeption der NATO, die eine abgestufte Eskalation der Gewaltandrohung und -anwendung vorsieht, die sogenannte „flexible response". Man geht davon aus, daß man einzelne Stufen festlegen könnte und daß auch der Gegner sich daran halten würde. Greift der Gegner „konventionell" an, versuchen wir's erst einmal mit konventionellen Mitteln, und wenn das nicht wirkt, dann drohen wir mit ein oder zwei oder ich weiß nicht wieviel Atomschlägen, um ihm zu sagen, jetzt wird's ernst, überlege dir das, sieh zu, daß du mit deiner Bedrohung aufhörst und wir zu einer politischen Lösung kommen, – und erst ganz zuletzt, wenn er durchdreht, würde man also zu den großen Waffen greifen – so ungefähr ist die Vorstellung . . .

Bredthauer: Eine Bilderbuchvorstellung . . .

Vollmer: Genau, der Meinung bin ich auch, denn diese Vorstellung geht davon aus, daß einer – in diesem Fall also der Osten – einen Krieg beginnt und nach zwei, drei Tagen bereit wäre, ihn abzubrechen . . . da kann ich nur sagen, so etwas gibt es nicht, denn wenn er einen Krieg beginnt, dann hat er all diese Überlegungen durchexerziert – das machen wir ja auch, und er weiß das auch –, und er könnte natürlich gar kein Interesse daran haben, sich nach unseren Spielregeln zu richten, er wäre ja dumm, wenn er das machen würde. Die Vorstellung, daß jemand sich in Kenntnis der westlichen Eskalations-Triade für einen Angriff entscheidet und dann, wenn er mit zwei, drei Atomschlägen bedroht wird, abbricht – das ist Nonsens!

Bredthauer: Die Grundfrage, um die es geht, lautet also: ist ein Atomkrieg überhaupt begrenzbar und, so kann man weiter fragen, wäre das wünschbar?

Vollmer: Wenn eine Seite zu Atomwaffen greift, wird die andere mit Atomwaffen antworten, immer! Herr Bertram vom Institut für Strategische Studien in London hat das ja neulich erst gesagt: er glaubt nicht, daß ein Atomkrieg begrenzbar ist; wenn es dazu kommt, dann haut die Eskalation durch bis zu den ganz großen Interkontinentalwaffen. Der Meinung bin ich auch.

Bredthauer: Gesagt wird das eigentlich auf allen Seiten. Von sowjetischer Seite z. B. ist verschiedentlich erklärt worden, daß man sich auf eine solche „Begrenzung" nicht einlassen werde, sondern wenn es zum Krieg kommt, alle verfügbaren Mittel für eine rasche Entscheidung einsetzen wird . . .

Vollmer: Genau! Das ist ja auch die bisherige Wirkung der Abschreckung. Beide Seiten wissen, falls jemand irgendwo anfängt, und wären es – mal ganz übertrieben – nur ein paar Panzer, dann haut das bis zu den ganz großen Atomwaffen durch, die die ganzen Länder vernichten. Und deshalb schrecken sie davor zurück.

Bredthauer: Im Grunde ist also schon die NATO-Strategie der „flexible response" mit ihrem Eskalationsmodell ein Abschied von der reinen Kriegsverhütung durch Abschreckung gewesen . . .

Vollmer: Ja, der Meinung bin ich auch.

Bredthauer: Hier schließt sich natürlich automatisch die Frage an: kann man eine solche Eskalations-Doktrin, die den Einsatz von Kernwaffen in Kauf nimmt, ja sogar ihren Ersteinsatz erwägt, noch als „Verteidigung der Bundesrepublik" bezeichnen?

Vollmer: Nein. Wenn hier Atomwaffen eingesetzt würden, dann würde das die Vernichtung ganzer Landstriche bedeuten, mit Sicherheit. Nehmen Sie zum Beispiel das Gerede um die Neutronenwaffe. Da wird immer gesagt, ich brauche eine Neutronenbombe, um einen Panzerverband zu vernichten. Aber es gibt ja nicht nur *einen* Panzerverband, ein Gegner würde mit x Verbänden angreifen, ich müßte x Neutronenwaffen, d. h. also x Atomwaffen einsetzen, und das würde bedeuten, daß Deutschland in beiden Teilen total dem Erdboden gleichgemacht werden würde. Die Bevölkerung würde dabei so oder so vernichtet werden.

Ich bin sowieso der Meinung, die Atomwaffe ist keine Waffe, die auf dem Gefechtsfeld eingesetzt werden kann. Wir haben es ja an dem Beispiel Japan gesehen: die Japaner sind im Zweiten Weltkrieg bestimmt fanatische Kämpfer gewesen – aber in dem Moment, wo die zwei Atomwaffen fielen, war es aus. Da machten sie Hände hoch und ergaben sich, weil man diese Verluste nicht tragen kann, kein Volk kann das!

Bredthauer: Das heißt aber auch, daß eine Beschränkung auf taktische Atomwaffen nicht denkbar ist.

Vollmer: Nein!

Bredthauer: Das gilt auch für die Neutronenwaffe . . .

Vollmer: Das ist ja eine taktische Kernwaffe . . .

Bredthauer: Die die andere Seite bis jetzt nicht hat . . .

Vollmer: Na ja, aber in zwei Jahren hat sie sie auch!

Bredthauer: Die sowjetische Seite würde also mit ihren „schmutzigen" Atomwaffen antworten . . .

Vollmer: Wobei dies Gerede – „schmutzig" oder „sauber" – sowieso dummes Zeug ist. Die Neutronenwaffe ist eine *Atomwaffe!* Mit all den Wirkungen, die eine Atomwaffe hat.

Bredthauer: Welche Zusammenhänge sehen Sie zwischen der Neutronenwaffe, der sogenannten Nachrüstung bei den „eurostrategischen" Atomwaffen und der neuen amerikanischen Atomkriegsstrategie?

Vollmer: Das ist etwas schwierig, denn keiner weiß genau, was die Amerikaner, was man im Pentagon sich dabei gedacht hat. Aber man muß wohl doch unterstellen, daß hier eine veränderte Strategie überlegt worden ist, und zwar eine Strategie, die davon ausgeht, das Atom zum Krieg*führen* benutzen zu wollen. Das steckt zweifellos dahinter. Wobei – um einmal auf die andere Seite zu sprechen zu kommen – das bei der SS-20 genau das gleiche sein kann. Das ist ja das Schlimme. Beide Seiten schaukeln sich immer gegenseitig hoch. Ich will einmal unterstellen, daß beide Seiten glauben, mit solchen Waffen auf das Gefechtsfeld einwirken zu können.

Damit kommen wir auf das Problem, von dem wir vorhin schon gesprochen haben: was für die Amerikaner, die weit vom Schuß sind, denn das Gefechtsfeld wäre Europa in diesem Falle, vielleicht denkbar wäre – für uns, die wir betroffen wären, ist es nicht akzeptabel: *weil wir hier wohnen!* Es ist ja, wenn man sich das Gebiet der Bundesrepublik ansieht, schon kaum denkbar – und ich bin im Zweiten Weltkrieg weit herumgekommen –, daß hier eine große Panzerschlacht entstehen könnte. Weil überall Menschen wohnen, überall Ortschaften sind, die in Mitleidenschaft gezogen werden müßten. Die Menschen sind ja hier nicht mehr wegzubringen! Ostpreußen, Pommern,

Schlesien, da konnten sie noch fliehen – hier kann praktisch keiner mehr weg. Wenn man sich also vorstellt, wieviel deutsche Soldaten mit Panzern, tausenden von Panzern, hier eine Schlacht führen sollten, wo ihre Angehörigen leben – das ist schon kaum denkbar! Wenn man sich nun erst vorstellt, hier in diesem Gebiet einen Krieg mit Atomwaffen führen zu wollen . . . Insofern können die Europäer nur sagen: das geht nicht, da können wir nicht mit.

II. Ist eine militärische Verteidigung der Bundesrepublik überhaupt möglich?

Bredthauer: Wir haben bisher darüber gesprochen, daß eine „Verteidigung" der Bundesrepublik durch Atomwaffeneinsatz nicht möglich ist, daß ein solcher Einsatz vielmehr die sichere Zerstörung der Bundesrepublik bedeuten würde. Sie haben kürzlich in Ihrem „Panorama"-Interview unter Bezugnahme auf Clausewitz gesagt: Verteidigen heißt, das Land *erhalten.* Wenn Atomwaffen eingesetzt werden, dann wird von unserem Land nichts mehr erhalten bleiben.

Können Sie zunächst noch etwas genauer den gegenwärtigen Zustand der Bundeswehr darlegen – kann die Bundeswehr die Bundesrepublik tatsächlich verteidigen?

Vollmer: Die Bundeswehr hat ja nach der Verfassung ausschließlich die Aufgabe, die Bundesrepublik zu verteidigen. Zwar haben wir eine erhebliche Zahl an Panzern, aber dazu wird gesagt, auch von Fachleuten, der Panzer sei die beste Panzerabwehrwaffe. Interessanterweise hat jetzt ein amerikanischer Experte, Paul F. Walker, in einem Aufsatz in der Zeitschrift „Spektrum der Wissenschaft" (10/1981, S. 110—120), gesagt: das ist ein Slogan der Panzerleute, der schon längst überholt ist. Ich bin der gleichen Auffassung. Auf die „intelligenten Defensivwaffen", denen Mr. Walker zufolge die Zukunft gehört, werde ich noch zurückkommen. Man kann natürlich auch den Panzer zur Verteidigung benutzen. Man kann jede Waffe sowohl zum Angriff als auch zur Verteidigung benutzen, aber der Panzer ist – und auch das hat der Zweite Weltkrieg bewiesen, denken wir nur an den Afrikafeldzug – ein Gerät, mit dem Verbände schnell vorwärts kommen, schnell durchstoßen, das Land überrollen können. Zur Verteidigung sind sie aber wenig geeignet, denn jedesmal wenn der Gegner – mal war's der Engländer, mal war's der Deutsche – etwas stärker war, dann rollten sie alle wieder zurück. Ein Land festzuhalten, dazu ist der Panzer wenig geeignet.

Bredthauer: Wir haben also gesehen, eine Bundeswehr, die, wie es heute der Fall ist, schwerpunktmäßig mit Panzern ausgerüstet ist, kann der Aufgabe der Landesverteidigung nicht gerecht werden. Wie sieht das bei den anderen Waffengattungen aus?

Vollmer: Bei der Luftwaffe ist es vergleichbar. Die Luftwaffe hat Flugzeuge, die hervorragend geeignet sind, unter anderem auch Atomwaffen zu tragen – nur das, was wir eigentlich brauchen, um nämlich den Luftraum so abzudecken, daß kein feindliches Flugzeug eindringt, das sind Flugzeugabwehrwaffen, Fla-Raketen usw. Davon haben wir meiner Meinung nach nicht genug, obwohl diese Waffen viel billiger sind als Flugzeuge.

Bredthauer: Sie haben mit Blick auf die bemerkenswerte Diskrepanz zwischen der Ausrüstung der Bundeswehr und den Erfordernissen einer Defensivarmee im Sinne des Grundgesetzes formuliert, die Bundeswehr ähnele eher einer Expeditionsarmee . . .

Vollmer: Das war bewußt überspitzt formuliert. Nehmen wir z. B. das bereits erwähnte Afrika-Korps. Das war ja eine Expeditionsarmee. Ein voll gepanzerter Verband, der hervorragend dazu geeignet ist – abgesehen von den logistischen Schwierigkeiten, die

wir damals im Mittelmeerraum hatten, wo die Engländer ja bereits weitgehend über die Lufthoheit verfügten. Und wenn Sie sich heute die Bundeswehr ansehen, müssen Sie feststellen: sie ist so ähnlich ausgerüstet.

Bredthauer: Wie erklären Sie sich diese Situation?

Vollmer: Das ist, glaube ich, eine Folge der falschen Erkenntnisse aus dem letzten großen Krieg. Die Menschen sind ja eigenartig. Damals fehlten uns motorisierte Fahrzeuge – ich bin in einer bespannten Einheit gewesen, die also zu Pferd bis nach Leningrad hinaufmarschierte bzw. zu Fuß – und aus dieser Erkenntnis heraus sagte man sich, das ist ja hervorragend, wenn wir motorisiert sind. Das geht schneller, dann kann man die Logistik, die notwendigen Mittel schneller nachbringen usw. Nur übersieht man dabei, daß wir ja nicht da drüben oder was weiß ich in welchen Räumen würden kämpfen müssen, sondern hier – das sagt ja das Grundgesetz –, zur Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland. Und dazu brauchen wir nicht so viel Motorisierung. Da können wir das anders machen.

Bredthauer: Das heißt, es ist im Grunde nicht genug nachgedacht, nicht umgedacht worden. Das Kriegsbild, das dahinter steckt, . . .

Vollmer: Nein, es ist nicht umgedacht worden. Das Kriegsbild ist antiquiert, ist überholt . . . das entdeckt man, wenn man sich mit der Kriegsgeschichte befaßt, fast nach jedem Krieg.

Bredthauer: Sie haben im Zusammenhang mit dem – sicherlich drastischen – Stichwort „Expeditionsarmee" auch auf die Logistik der Bundeswehr hingewiesen . . .

Vollmer: Ja, da ist es genau das gleiche. Wir haben eine Logistik aufgebaut, eine total autarke Bundeswehr-Logistik. Die Bundeswehr ist in der Lage, im Verteidigungsfall für die Versorgung bis zum Letzten selbst zu sorgen, es sei denn ein Panzer muß zur völligen Überholung in die Fabrik, das ist etwas anderes. Ansonsten können wir alles selber machen. Ich halte das nicht für notwendig, denn wir sind mit das höchst industrialisierte Land. Wir haben in jedem Dorf Werkstätten für Autos usw.

Bredthauer: Wenn Sie gestatten, möchte ich an dieser Stelle gerne einen Exkurs machen und der Frage nachgehen: stimmt eigentlich die *Bedrohungsanalyse*, von der im Westen in der Regel ausgegangen wird. Wir haben jetzt sehr viel über mögliche Kriegsbilder gesprochen sowie darüber, daß der Bundeswehr in ihrer gegenwärtigen Ausrüstung ein in vieler Hinsicht überholtes Kriegsbild zugrunde liegt, im Grunde das des vorigen Krieges. Ob es überhaupt angebracht ist, sich ein Bild von einem nächsten Krieg zu machen, ob es nicht besser wäre, sich ganz auf das Thema Kriegsverhütung zu konzentrieren, ist eine Frage für sich,. . .

Vollmer: Ja . . .

Bredthauer: . . . aber bleiben wir bei der Frage: stimmt eigentlich die Bedrohungsanalyse, die die öffentliche Diskussion bei uns beherrscht. Da gibt es doch erhebliche Widersprüche. So gibt es z. B. von Strauß über die NATO bis zu amerikanischen Spitzenpolitikern immer wiederholte Erklärungen, natürlich gehe man keineswegs davon aus, daß die Sowjetunion aktuell die Absicht hätte, über uns herzufallen. Gibt es dann nicht wichtigere und aktuellere Bedrohungen als diese? Dann ist immer wieder von den 50 000 Panzern die Rede, die die Sowjetunion haben soll. Nun haben wir schon kurz das Thema der modernen Panzerabwehrwaffen gestreift. Davon dürfte es im Westen mindestens das Zehnfache der genannten sowjetischen Panzerzahl geben. Der bereits zitierte Mr. Walker nennt alleine für die USA und für einen einzigen Typ von

Panzerabwehr-Raketen, nämlich die „Tow", einen Bestand von 300 000. Wie hoch ist unter diesem Gesichtspunkt eigentlich der militärische Wert der sowjetischen Panzerüberlegenheit heute noch einzuschätzen? Die Erfahrungen des Jom Kippur-Krieges bezüglich der ungeheuren Panzerverluste beim Einsatz moderner Panzerabwehr-Raketen – und inzwischen ist die Entwicklung dieser Raketen noch ein ganzes Stück weitergegangen – wird ja oft zitiert. Hier stellt sich die Frage, inwieweit nicht den 50 000 sowjetischen Panzern ebenfalls ein antiquiertes Kriegsbild zugrundeliegt, bei den sowjetischen Generalen, die diese Panzer anfordern und produzieren lassen?

Ein besonders krasser Widerspruch zeigt sich ja auch in der gegenwärtigen Diskussion über die SS-20-Bedrohung.

Die NATO sagt, die SS-20 stellt eine schreckliche neue Bedrohung dar – aber sie läßt sich furchtbar viel Zeit mit der Entwicklung der Gegenmittel dagegen – sie kann also vier, sechs Jahre mit der SS-20-Bedrohung leben, ehe die als Gegenmittel bezeichneten Pershing II und Cruise Missiles stationiert werden. Sie zeigt keinerlei Interesse an einem Moratorium, obwohl ein Moratorium in der Zwischenzeit ja das einzige Mittel wäre, die weitere Zunahme der SS-20-Zahl zu stoppen . . .

Es zeigen sich also deutliche Widersprüche in der offiziellen Bedrohungswahrnehmung auf westlicher Seite. Mich würde interessieren, was Sie zu den herrschenden Bedrohungs-Bildern sagen, insbesondere auch zu denen, die auf den Marktplätzen gehandelt werden.

Vollmer: Das ist natürlich sehr schwer zu sagen. Sie haben ja schon darauf hingewiesen: wir sprechen immer davon, daß wir zwar nicht annehmen, daß der Russe uns in absehbarer Zeit angreifen will, aber er hätte die Fähigkeit dazu. Die Fähigkeit hat er hinsichtlich der konventionellen Rüstung sicherlich. Besonders wenn man berücksichtigt, daß ein Angreifer in der Lage ist zu bestimmen, *wo* er angreift. Er könnte seine sehr erhebliche Rüstung also auf einen Punkt konzentrieren. Aber ich glaube, hinter dem allen steckt etwas anderes. Denn auch er glaubt ja, bedroht zu sein . . .

Bredthauer: . . . und er kann sich ja auch aus der globalen militärischen Situation nicht herauslösen und sagen, so jetzt machen wir mal einen Panzerangriff, und alles was dann nachfolgt, von den Bündnissen und Gegnern auf der anderen Seite her, nicht berücksichtigen . . .

Vollmer: Nein, das muß er auch alles bedenken. Aber ich fürchte beide – sowohl der Westen als auch der Osten – unterliegen bestimmten Traumata aus der Vergangenheit. Der Osten lebt, nach unserem Angriff von 1941, zweifellos bis heute in dem Trauma, daß er einen neuen Angriff erwarten könnte, der das nun vollendet, was die Deutschen damals nicht geschafft haben.

Bredthauer: Die traumatische Erfahrung, daß er damals schlecht gerüstet war, und der Wille, daß das nie wieder passieren darf . . .

Vollmer: Genau! Deshalb also diese überhöhte Rüstung – und sie ist überhöht! – konventioneller Art, und ich glaube, auch die SS-20 muß so gesehen werden. Weil die Amerikaner solche Waffen haben, meinen die Russen, sie müßten sie auch haben, zum Schutz ihres Landes.

Umgekehrt hat auch der Westen ein Trauma, wir Deutschen ganz besonders, auch wieder historisch begründbar, aus dem Ende des Zweiten Weltkrieges: Daß nun die Russen bis an die Elbe vorkamen und daß Millionen ihre Heimat verlassen mußten und nicht mehr dorthin zurückkamen. Das ist natürlich ein Trauma. Dieser Russenschreck –

möchte ich fast sagen – steckt ja der älteren Generation ganz tief in den Knochen. Daß der Russe erneut angreifen könnte und diesmal den Rest Europas . . .

Bredthauer: Nun hat er damals nicht angefangen . . .

Vollmer: Nein, das war der Gegenstoß. Er ist im Gegenstoß bis zur Elbe vorgedrungen, nachdem wir ihn angegriffen hatten . . .

Diese jeweiligen Traumata sind meines Erachtens die Ausgangsbasis für die Rüstung auf beiden Seiten, für das Mißtrauen, das als erstes abgebaut werden müßte. Man muß sich endlich an einen Tisch setzen und ehrlich darüber sprechen: Was hab' ich? Was hast Du? Beide Seiten wissen es im Grunde genau. Der Russe weiß, wie wir gerüstet sind, beinahe bis auf die Stelle hinterm Komma, möchte ich sagen; und wir wissen's umgekehrt genauso. Beide tun aber bei den Verhandlungen so, als wüßten sie's nicht. Und so geht die Rüstung immer weiter. Dieser Teufelskreis müßte erst einmal durchbrochen werden . . .

Bredthauer: Nehmen wir die konkrete Situation, bei uns also den „Nachrüstungs"-Beschluß: wie soll unter der Drohung eines solchen Beschlusses Vertrauen geschaffen werden können?

Vollmer: Das erscheint mir fast undenkbar. Wir werden aus dem Teufelskreis kaum herauskommen, wenn wir „nachrüsten", denn dann fühlt der Osten sich bedroht und rüstet seinerseits „nach".

Bredthauer: Wäre es in dieser Situation nicht besser, den Vorschlag eines Moratoriums aufzugreifen?

Vollmer: Wenn ich verantwortlicher Politiker wäre, ich würde das machen, ich hätte das gemacht. Weil ich gar keine Gefahr darin sehe. Wir hätten nichts verloren dabei. Wir hätten auf diese Weise verhindern können, daß es auf der anderen Seite immer weiter geht, und wir waren ja sowieso noch nicht so weit. Aber hier zeigt sich immer wieder, wie dieses furchtbare Mißtrauen auf beiden Seiten jedes vernünftige Gespräch verhindert. Ein Problem ist natürlich auch immer wieder die russische Geheimniskrämerei, das Mißtrauen gegenüber westlichen Inspektionswünschen . . .

Bredthauer: Ein krasses Beispiel gegenseitiger Hör-, Begriffs- und Verständigungsschwierigkeiten ist immer wieder das sogenannte Gleichgewicht. Was ist das Ihrer Auffassung nach: Gleichgewicht? Wie mißt man Gleichgewicht und wer entscheidet darüber? Ist Gleichgewicht überhaupt möglich oder, anders gefragt, ist Gleichgewicht nötig?

Vollmer: Beim Gleichgewicht gibt es ja ganz verschiedene Begriffsebenen. Das politische Gleichgewicht, das strategische, das zahlenmäßige usw. Fangen wir mit dem letzten an. Ich halte es für völlig verkehrt, wenn man hingeht, wie es immer wieder geschieht, und sagt: Der hat soundsoviel Flugzeuge, ich habe nur soundsoviele, also bin ich schlechter. Ungleichgewicht! Der hat soundsoviel Panzer, ich habe nur soundsoviel . . . Mit den Raketen machen wir es jetzt genauso! Der hat soundsoviel Mittelstreckenraketen, also brauche ich auch soundsoviel . . . Das hat mit Gleichgewicht nichts zu tun! Ich habe ja, glaube ich, schon in „Panorama" darauf hingewiesen: ein potentieller Verteidiger braucht ganz andere Waffen als ein potentieller Angreifer. Insofern kann es in der Ausrüstung kein Gleichgewicht, bzw. keine Gleichwertigkeit geben. Es kann aber politisch ein Gleichgewicht geben, und dies Gleichgewicht existiert auf der Erde, nach meiner Meinung seit etwa 1945 . . .

Bredthauer: Obwohl es in dieser Zeit ja erhebliche Kräfteverschiebungen und waffentechnische Veränderungen gegeben hat . . .

Vollmer: Richtig, aber zwischen den Großmächten ist ein Gleichgewicht vorhanden. Obwohl die eine Großmacht sogar einmal selbst im Kriege war – Vietnam –, ist das Gleichgewicht erhalten geblieben.

Bredthauer: Ist denn angesichts der geographischen oder – wie man heute wieder gern sagt – geostrategischen Unterschiede ein Gleichgewicht nach Art einer Waage, bei der auf beiden Waagschalen das gleiche Gewicht liegt, überhaupt möglich?

Vollmer: Ja und nein. Natürlich kann man nicht die Sowjetunion und – nehmen wir einen noch kleineren Staat als die Bundesrepublik: – Belgien vergleichen! Die beiden können niemals im Gleichgewicht sein. Ebensowenig kann zwischen einem Volk von 500 Millionen und einem von 10 Millionen ein Gleichgewicht hergestellt werden. Das wird natürlich auch nie so werden können. Wenn wir aber auf der anderen Seite die Blöcke nehmen, gerade wenn wir von Europa sprechen, dann muß ich sagen: die sind bevölkerungsmäßig völlig gleichgewichtig. Da sind wir sogar im Vorteil. – Auch was die Waffenausrüstung angeht, sind sie sicherlich im Ganzen gesehen gleichwertig, denn sonst hätten wir wahrscheinlich hier nicht 35 Jahre lang Frieden gehabt. Wirtschaftlich und technologisch sind wir sogar deutlich überlegen, nach wie vor, und da gibt es ja drüben auch ein Unterlegenheitsgefühl, weil sie trotz aller Anstrengungen nicht haben gleichziehen können. Sie haben nachgeholt, aber es gibt immer noch eine große Lücke.

Bredthauer: Zwischen den beiden Blöcken, die sich in Europa gegenüberstehen, also Warschauer Pakt und NATO, besteht demnach ein ungefähres Gleichgewicht. Nun gibt es aber im weltpolitischen Kräftespiel zwei weitere große Faktoren, Japan und China: global gesehen erscheint demnach die „Gleichgewichts"-Position der Sowjetunion nicht sonderlich beneidenswert?

Vollmer: Das würde ich sagen! Ich behaupte: die Sowjetunion ist in einer ähnlichen Positon wie das Deutsche Reich früher . . . sie fühlt sich von allen Seiten eingekreist. Und wenn ich auf den Globus gucke und nehme die Sowjetunion einmal als Mittelpunkt, trotz ihrer Riesengröße, so *ist* sie natürlich ringsum umgeben von Gegnern", potentiellen Gegnern . . .

Bredthauer: . . . und zwar von Mächten, die untereinander alle bessere Beziehungen haben . . .

Vollmer: . . . zur Zeit untereinander alle bessere Beziehungen als zur Sowjetunion, einschließlich Rotchina . . .

Bredthauer: . . . wo es ja Anzeichen für ein regelrechtes De-facto-Militärbündnis USA-China gibt . . .

Vollmer: Genau. Insofern brauchen wir also keine Befürchtungen zu hegen. Allerdings kann gerade aus dieser Situation auch eine Gefahr erwachsen. Wenn die auf der anderen Seite immer mehr Angst kriegen und schließlich sagen: wir sind völlig eingeschlossen – aus solch einer Lage heraus könnte einmal eine Panik-Reaktion entstehen . . .

Bredthauer: Man muß ja bei einem Vergleich der Kräfte wohl auch berücksichtigen, daß die NATO den größten Teil ihrer Kräfte in Europa auf eine Front von kaum tausend Kilometern konzentrieren könnte, während die Sowjetunion, obwohl sie mit allen

Warschauer-Pakt-Staaten zusammengenommen nur ungefähr die gleiche Stärke auf die Waagschale bringt wie der Nordatlantik-Pakt, viele tausend Kilometer Grenzen auch in Mittelasien und in Ostasien zu schützen hätte . . .

Vollmer: Sicher. Die Sowjetunion müßte, wenn es zu einem Kriege käme, immer davon ausgehen, daß sie sehr schnell Kräfte hier abziehen und an einen anderen bedrohten Punkt ihrer Riesengrenzen bringen müßte. Das ist wahrscheinlich die Befürchtung drüben und wäre auch denkbar . . .

Bredthauer: Die üblichen Zahlenvergleiche sind also, kann man abschließend wohl sagen, Rechnungen, die ohne den Wirt gemacht werden. Und diese schrecklichen Panzer- und Raketenzahlen, die man uns immer wieder auftischt, sagen wenig über reale Bedrohungen aus . . .

Vollmer: Sicherlich. Ich würde sagen, die Bedrohung ist nicht größer geworden, sie ist nach 1945 immer gleich geblieben. Wenn wir in dieser Situation durch verstärkte Rüstung das Unsicherheitsgefühl der Russen vergrößern, könnte es sein, daß wir unsere eigene Sicherheit verringern, statt vergrößern. Ich halte die jetzigen Führer in der Sowjetunion, da es alte Männer sind, mit großer Erfahrung, für sehr klug und berechenbar. Es kann aber einmal eine andere Generation ans Ruder kommen, der die Tatsachen um sie herum Angst machen und die aus dieser Angst heraus zu den Waffen greift . . .

Bredthauer: Es wäre also Aufgabe der Politik . . .

Vollmer: . . . da beruhigend zu wirken, Ängste abzubauen.

III. Welche Alternativen gibt es?

Bredthauer: Wir haben festgestellt, daß zwischen dem verfassungsmäßigen Auftrag der Bundeswehr, nämlich Verteidigung unseres Landes im Sinne seiner *Erhaltung,* und ihrer Ausrüstung sowie der Strategie, in die sie eingebunden ist, eine Diskrepanz besteht. Es wäre also darüber zu sprechen, welche Alternativen es für die Bundesrepublik gibt. Das ist sicherlich ein breit gespannter Fächer, von ganz konkreten Alternativen zu bestimmten Waffensystemen, mit denen die Bundeswehr gegenwärtig ausgerüstet ist, bis zu grundsätzlicheren Fragen nach dem Charakter der Streitkräfte, nach dem Verhältnis von Volk und Armee und bis zur Erörterung der bündnispolitischen Möglichkeiten, Spielräume der Bundesrepublik . . .

Vollmer: Ich möchte vorweg sagen, daß wir nach meiner Meinung auf absehbare Zeit Verteidigungskräfte brauchen werden, in der weltpolitischen Situation, in der wir uns befinden. Und diese Kräfte werden auf absehbare Zeit im Rahmen der NATO bleiben müssen. Ein Ausscheiden der Bundesrepublik aus der NATO, eine Neutralisierung, würde meiner Meinung nach in der gegenwärtigen Situation zu einer ganz erheblichen Veränderung der Kräfteverhältnisse führen und einen Krieg auslösen können. Die Frage, wer in dieser Situation einen Krieg anfangen würde, können wir ganz beiseite lassen. Es wäre jedenfalls eine große Gefahr. Wir müssen deshalb unsere Alternativen gegenwärtig innerhalb des NATO-Rahmens entwickeln. Man muß von den bestehenden Bündnissen ausgehend eine Entspannung und eine Normalisierung der Beziehungen in Europa anstreben, ehe weitergehende Alternativen denkbar werden.

Wir haben ja gegenwärtig das Phänomen in der Bundesrepublik, daß jedes Jahr wieder eine große Zahl junger Menschen den Wehrdienst verweigert. Ich habe mit einer ganzen Menge solcher junger Menschen gesprochen. Sie sagen: a) Atomkrieg kommt

nicht in Frage! – b) Wozu Bundeswehr, wir wissen gar nicht wofür! – und c) Angreifen? das kommt auch nicht in Frage! – Das sind Argumente, die eine große Rolle spielen. Weniger religiöse oder ethische Fragen.

Ich bin deshalb der Meinung, wir müßten eine Verteidigungskonzeption entwickeln, die den jungen Menschen, die im Zweifel auch dafür einspringen sollen, glaubwürdig sagt: Ihr werdet nur eingesetzt, wenn wir angegriffen werden. Hierher gehört die Frage der Ausrüstung und vieles andere.

In diesem Zusammenhang taucht die Frage auf, was wir der Panzerüberlegenheit der anderen Seite entgegenstellen können. Natürlich brauchen wir moderne Waffen. Mit Pfeil und Bogen kann man nicht gegen Panzer kämpfen. Aber es gibt heute ja eine große Zahl modernerer und vergleichsweise billigerer Waffen als Panzer. Ich denke vor allem an die sogenannten „intelligenten Lenkwaffen", die bereits seit längerem entwickelt worden sind und laufend weiterentwickelt werden. Diese Waffen machen nach meiner Ansicht heute schon auf allen Seiten einen Panzerkrieg, wie er im Zweiten Weltkrieg noch bis zuletzt gang und gäbe war, unmöglich. Der schon zitierte amerikanische Experte Walker hat erklärt, bereits jetzt könnten die Großmächte daran gehen, ihre gesamten Panzerbestände zu verschrotten. Ich möchte nicht ganz so weit gehen, zur Zeit noch, aber vor Ende des Jahrhunderts wird Walkers Einschätzung ganz sicherlich Wirklichkeit werden. Für 2 500 Panzer, das ist ungefähr das, was in der Bundeswehr an modernen Panzern steckt, könnten wir rund eine Million Lenkraketen anschaffen. Wenn die andere Seite also 50 000 Panzer hat, die sie – wollen wir mal unterstellen – alle hier bei uns, an dieser einzigen Front, einsetzen will, dann könnten wir uns also 19 Fehlschüsse pro Panzer leisten. Wenn nur eine von 20 unserer Panzerabwehrraketen ihr Ziel treffen würde, wäre die gesamte sowjetische Panzerwaffe vernichtet. Die Trefferwahrscheinlichkeit ist schon bei den Panzerabwehrwaffen, mit denen die Bundeswehr gegenwärtig ausgerüstet ist, sehr hoch. Gute Schützen treffen beim ersten Schuß. Weniger gut ausgebildete Schützen brauchen drei oder vier Versuche, aber der fünfte Schuß ist bestimmt ein Treffer. Das gilt für die heutigen Lenkraketen, die im Unterschied zur Panzerfaust den Panzer auf etwas weitere Entfernung treffen. Die Fehlerquote wird auf ein absolutes Minimum sinken, wenn die neuen, derzeit in der Entwicklung befindlichen Panzerabwehr-Raketen eingeführt werden, die ja weitgehend automatisiert sind. Die Steuerung der Flugbahn durch einen Schützen, etwa über Lenkdraht, wird in absehbarer Zeit überholt sein. Deswegen sagt Walker ja auch: die Panzerwaffe ist erledigt!

Bredthauer: Ist die Bundeswehr nicht schon jetzt gut mit Panzerabwehrwaffen ausgerüstet?

Vollmer: Wir haben eine ganze Reihe guter Panzerabwehrwaffen, wir haben ja auch Panzerabwehrhubschrauber, von denen aus Panzer mit Raketen bekämpft werden können . . . Nur, solange die These in Kraft bleibt, daß der Panzer die beste Panzerabwehrwaffe wäre, solange wird es bei einer Ausrichtung der Bundeswehr bleiben, die ich für falsch halte.

Bredthauer: Daß Panzer sehr viel teurer sind als die Panzerabwehr-Raketen, und daß Panzer heute durch diese sehr viel billigeren Abwehrmittel höchst verwundbar geworden sind, ist die *eine Seite* der Kritik. Es wird aber auch, zum Beispiel von Afheldt, vor der Ausrüstung mit Panzern gewarnt, weil Panzerverbände, im Unterschied zu Schützengruppen mit Panzerabwehrwaffen, lohnende *Ziele* für den Gegner bilden, womöglich sogar für gegnerische Atomschläge mit allen Folgen, die das für die anliegenden Gebiete und ihre Bewohner hätte.

Vollmer: Ja. Der Panzer wird in der Regel nicht einzeln eingesetzt, sondern in Einheiten und Verbänden. Solche Verbände bilden Ziele und verführen die andere Seite dazu, ihrerseits große Waffen einzusetzen. Für moderne Panzerabwehrwaffen, die auf Jeeps montiert werden oder sogar vom Schützen getragen werden können, gilt das alles nicht. Man kann eine große Zahl solcher Waffen weiträumig verteilen und ist dabei sehr schwer auszumachen.

Bredthauer: Horst Afheldt vom ehemaligen Max-Planck-Institut in Starnberg hat ja 1976 in seinem Buch „Verteidigung und Frieden", ausgehend von einer in vieler Hinsicht der Ihrigen ähnelnden Kritik an der gegenwärtigen Ausrüstung und Struktur der Bundeswehr, als Alternative das Konzept der sogenannten „Raumverteidigung" mittels dezentraler „Technokommandos" entwickelt. Dieses Konzept geht, wenn ich es richtig sehe – bitte korrigieren Sie mich – davon aus, daß die Bundesrepublik technisch höher entwickelt ist als die Sowjetunion und diesen Vorteil bei einer rein defensiven Ausrichtung der Bundeswehr voll ausspielen könnte. Afheldt schlägt vor, die Bundeswehr ganz auf die Ausrüstung mit den modernen „intelligenten Defensivwaffen" zu konzentrieren und alles, was als offensiv gedeutet werden und Ziele für gegnerische Atomschläge bilden könnte, also Panzer, Flugzeuge, Atomraketen usw. vom Gebiet der Bundesrepublik zu verbannen. Angeregt durch französische und österreichische Überlegungen und Erfahrungen schlägt Afheldt vor, die ganze Bundesrepublik mit einem Netz autonomer Technokommandos zu überziehen, also kleinen Gruppen von Soldaten mit modernen Panzerabwehrwaffen, die jeweils nur ein sehr begrenztes, überschaubares Gebiet von wenigen Kilometern Durchmesser zu „betreuen" hätten. Sie wären in diesen kleinen Abschnitten, den sogenannten Moduln, stationiert, würden dort regelmäßig üben und das Gelände also wie ihre Westentasche kennen. Für ein die ganze Bundesrepublik überspannendes Netz solcher Technokommandos sowie einige andere militärische Aufgaben, die wir unserem Zusammenhang vernachlässigen können, würden nach Afheldt ungefähr 400 000 Soldaten gebraucht, also wesentlich weniger als gegenwärtig an Bundeswehr-, amerikanischen, britischen, französischen, belgischen usw. Soldaten in unserem Land stationiert sind. Die Afheldt'sche „Raumverteidigung" soll die Bundesrepublik dazu befähigen, Modul für Modul die gegnerischen Panzerkräfte, je weiter der Gegner vordringen würde, außer Gefecht zu setzen, im Extremfall völlig zu „absorbieren" – bzw. einen möglichen Gegner durch die Demonstration dieser Fähigkeit von einem etwaigen Angriff mit seinen überlegenen Panzerkräften abhalten. Demnach gäbe es für einen Angreifer bei dieser Art „Verteidigungsfall" keinen militärisch sinnvollen Einsatz von Atomwaffen – und die Bundesregierung gewönne Zeit, den etwaigen Gegner von der Aussichtslosigkeit seiner Operation zu überzeugen und zu einer politischen Lösung zu bewegen. Soweit in groben Zügen der Afheldt'sche Vorschlag, wie ich ihn verstanden habe, wobei Afheldt natürlich kein fertig ausgearbeitetes Rezept, sondern ein Denkmodell zur Diskussion stellen wollte.

Vollmer: In vielen Dingen bin ich der gleichen Meinung wie Afheldt. In einem aber nicht: ich bin nicht der Meinung – das habe ich ja schon in meiner Kritik an der heutigen Struktur der Bundeswehr gesagt –, daß eine Landesverteidigung unter den heutigen Bedingungen mit einer Armee von einigen 100 000 Mann geleistet werden kann.

Die Fürsten früherer Zeiten konnten ihe Armeen gegeneinander kämpfen lassen, während die Bevölkerung weitgehend unbeteiligt ihren Alltagsgeschäften nachging. Ich bin der Meinung, wenn es hier zu einem Krieg kommen würde, wäre das ganze Volk betroffen und alle müßten ran. Also nicht 400 000, die ich fest stationiere und als Spezialisten ausbilde . . .

Bredthauer: Afheldt erwägt ja sogar eine reine Berufsarmee . . .

Vollmer: Das halte ich für falsch, denn dann bringe ich die Bevölkerung und ihre Verteidigung auseinander. Scharnhorst z. B. hat in den Befreiungskriegen gegen Napoleon ganz klar gesagt: *Das Volk* muß den Widerstand leisten. Wir sollten also keine Berufsarmee schaffen, sondern im Gegenteil die allgemeine Wehrpflicht voll durchführen und jeden Mann heranziehen. Dazu brauchen wir keine 15 Monate. Ich will jetzt keine Zahlen nennen, wieviel Zeit man brauchen würde – im Zweiten Weltkrieg waren die länger gedienten, ausgebildeten Soldaten stets innerhalb von 4 bis 6 Wochen weg; in allen Feldzügen. Und der Rußlandfeldzug hat 4 Jahre gedauert. Was dann kam, waren Kurzausgebildete, mit normalerweise 4 Wochen Ausbildung. Das war zuerst hart, natürlich, für diese jungen Burschen, aber es ist auch kaum vergleichbar mit den Anforderungen, die der Umgang mit den modernen Lenkwaffen stellt. Ich brauche also keine so lange Ausbildungszeit, wie sie heute oft kritisiert wird, mit Gammeldienst. Eine Kurzausbildung genügt, an den Heimatorten der Wehrpflichtigen, genau wie Afheldt vorschlägt. Sie würden also ihre Heimat, ihre Angehörigen verteidigen, und es gäbe ein viel größeres Netz, in dem ein möglicher Gegner sich verstricken müßte. Jeder würde sich an diesem Widerstand beteiligen. Und ich möchte den sehen, der da durchkommt, wenn wir über die richtigen Abwehrwaffen verfügen.

Bredthauer: Das setzt natürlich ein rationales Verhalten der anderen Seite voraus, also zumindest eine „rationale Agression", die Zweck und Mittel abwägt. Nicht etwa einen Vergeltungskrieg oder einen Vernichtungsfeldzug . . .

Vollmer: . . . keinen Vernichtungsfeldzug. Dazu muß ich immer wieder sagen: Wenn einer beabsichtigt, die Bundesrepublik – oder irgendeinen anderen Staat, ausgenommen vielleicht die Großmächte – auszulöschen, dann gibt es *keinerlei* Gegenmittel. Auch Vietnam wäre zu vernichten gewesen. Die Amerikaner hatten die Waffen, sie haben sie aber nicht eingesetzt . . .

Bredthauer: . . . sie waren politisch dazu nicht in der Lage, die politischen Kosten wären zu hoch gewesen . . .

Vollmer: Genau! Das gilt aber auch für die andere Seite.

Bredthauer: Angesichts der Beschränkung des Afheldt'schen Konzepts auf eine Armee von 400 000 Mann, womöglich eine Berufsarmee, in der Sie die Gefahr einer Trennung von Bevölkerung und Verteidigung sehen, ist in letzter Zeit der Vorschlag in die Diskussion gebracht worden, die „Technokommandos" zu kombinieren mit dem Konzept der Sozialen Verteidigung, also des gewaltfreien Widerstands großer Bevölkerungsteile gegen eine etwaige Aggression. Die militärische Abwehr, das ist die zugrundeliegende Vorstellung bei dieser Kombination, könnten eigentlich Wenige übernehmen, weil sowohl die Zahl der Panzer, mit denen zu rechnen wäre, als auch die Zahl der zu ihrer Abwehr benötigten Lenkraketen usw. vergleichsweise niedrig, begrenzt ist, jedenfalls weitaus niedriger als die Zahl 60 Millionen.

Die Vorstellung der Sozialen Verteidigung im Falle einer Aggression durch einen äußeren Feind ist die, daß die Bevölkerung in den Ballungsgebieten, in den Städten bereit ist, gewaltfrei Widerstand zu leisten, also ohne militärische Mittel, durch Verweigerung der Zusammenarbeit, Streiks, Sabotage usw. Das würde aber einen Bewußtseinsstand und eine Kampfbereitschaft voraussetzen, die gegenwärtig – denken wir nur an Streiks oder zivilen Ungehorsam – in unserem Land nicht erwartet werden kann und von den Verfechtern der Sozialen Verteidigung, etwa Theodor Ebert, auch erst als Ergebnis eines langen Lernprozesses erwartet wird.

Im Grunde hinterlassen ja alle diese Vorstellungen, so alternativ sie sein mögen, immer ein wenig gemischte Gefühle. Sie werfen schwerwiegende Fragen auf wie z. B. *erstens,* ob eine solche allgemeine Volksbewaffnung in einem Staat wie der Bundesrepublik überhaupt realistisch ist, angesichts der möglichen Konflikte, der inneren Konfliktpotentiale, Stichworte „innere Sicherheit" und „Terrorismus"; – *zweitens* die Frage, die schon angesprochen wurde, inwieweit eine Soziale Verteidigung nicht einen Grad der Demokratisierung und der Bewußtseinsentwicklung voraussetzen würde, der gegenwärtig nicht absehbar ist; – *drittens* aber auch das Problem, inwieweit durch solche Debatten nicht möglicherweise alte Feindbilder, möglicherweise sehr simple und unaufgeklärte Feindbilder, zementiert werden könnten, politisch brisant werden könnten . . . Die Bedrohungsvorstellungen, die auf dem Marktplatz oder am Biertisch diskutiert werden, sind ja oft noch viel finsterer und gefährlicher als die, von denen die Sicherheitsexperten ausgehen . . .

Vollmer: Natürlich. Aber wenn wir mit dem Problem der Beteiligung der Bevölkerung an ihrer Verteidigung nicht fertig werden – das setzt natürlich eine entsprechende Erziehung und ein Bewußtsein, daß man sich verteidigen will und daß man sich verteidigen kann, voraus –, dann scheint mir die Soziale Verteidigung, also die Vorstellung, wenn einer angreift, dann laßt den rein, dann organisieren wir Widerstand, Sabotage usw. – noch viel schwieriger zu verwirklichen.

Bredthauer: Aber der Vorschlag einer Verbindung . . .

Vollmer: Das ist etwas anderes. Das kann man durchaus machen. Das hieße: da wo ihr überrollt werdet, da macht ihr diese Art der Verteidigung oder des Widerstands oder wie man das nennen will. Da stimme ich diesen Überlegungen durchaus zu. Nur können wir uns nicht allein darauf abstützen.

Natürlich kommt bei der Vorstellung von der Volksbewaffnung leicht der Vorwurf: Militarisierung des ganzen Vokes! Ich bin nicht der Meinung, daß wir eine Militarisierung brauchen, denn die Männer, die da gebraucht werden, kann ich in kurzen Lehrgängen ausbilden, und dann werden sie mal für zwei, drei Tage einberufen, in ihrem Ort, nur damit sie in der Übung bleiben, sich kennen lernen . . . die brauchen ja nicht viel Neues zu lernen, um Gottes Willen keine Militarisierung, daß nachher alle in Uniform herumlaufen, das wäre ja furchtbar. So stelle ich mir das auch nicht vor.

Natürlich steht das Recht auf Wehrdienstverweigerung außer Debatte, aber ich glaube, wenn wir eine solche Verteidigung hätten, dann würde die große Masse der heutigen Wehrdienstverweigerer sagen: „Das kann ich auch machen. Natürlich würden wir uns, wenn wir angegriffen würden, verteidigen . . ."

Bredthauer: Wie wird denn dieses Thema in der Bundeswehr und in den militärpolitischen Kreisen aufgenommen. Gibt es darüber eine Diskussion? Glauben Sie, daß Ihre Vorschläge in absehbarer Zeit mehrheitsfähig werden könnten?

Vollmer: Es sind immer Soldaten, die sich diese Gedanken machen. Um nur einen Namen zu nennen, den kennen Sie – Uhle-Wettler, der ein Buch über die Übertechnisierung der Bundeswehr geschrieben hat, und andere – da gibt es schon eine Diskussion. Die Frage der Mehrheitsbildung kann ich gegenwärtig schlecht beurteilen. Natürlich ist die Mehrheit der Bundeswehr der Meinung, die NATO-Doktrin ist die einzige Möglichkeit. Aber das ist eine Frage der Aufklärung und eine Frage des politischen Willens. Darauf kommt es an. Denn der Soldat kann nur sagen: Ich kann etwas erfüllen oder ich kann etwas nicht erfüllen. Er ist nicht dazu da zu sagen: das machen wir alles anders. Das muß der Politiker entscheiden. Da stimmt mich die gegenwärtige

Sicherheitsdebatte in der Bundesrepublik, die sich am Nachrüstungsbeschluß entzündet hat, optimistisch. Da kommt das hoch, und zwar zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik auf breiter Basis. Bisher waren es ja immer nur einige wenige Experten, Militärs und zivile Experten, die darüber diskutierten, meistens im stillen Kämmerlein. Ich habe nach meinem „Panorama"-Interview eine ganze Reihe von Anfragen bekommen. Die meisten haben keine Ahnung. Offenbar kommen solche Überlegungen für die breite Masse völlig überraschend. Durch die Debatte über die „Nachrüstung" sind viele zum ersten Mal wach geworden.

Bredthauer: Wie vertragen sich denn Ihre Vorstellungen über eine Umrüstung der Bundeswehr mit der gegenwärtigen Praxis der NATO und der USA, in großer Zahl taktische Atomwaffen und Mittelstreckenraketen auf dem Gebiet der Bundesrepublik bereitzuhalten?

Vollmer: Das dürfte nicht so bleiben! Es geht mir ja gerade um eine Konzeption, die es erlaubt, die Bundesrepublik zu verteidigen, ohne auf Atomwaffen zurückzugreifen, weil Atomwaffen das Ende dieses Landes bedeuten würden. Das gilt, nebenbei gesagt, für vergleichbare europäische Länder wie Belgien, die Niederlande, Italien genauso. Eine „Nachrüstung" wäre also erst recht ein Schritt genau in die falsche Richtung. Hier neue Atomraketen zu stationieren, wäre grundfalsch. Natürlich müssen wir uns auf der anderen Seite auch darum bemühen, so schwer das sein wird, die Russen zum Abbau der SS-20-Raketen, die uns bedrohen, zu veranlassen.

Bredthauer: Wenn man diese Überlegungen weiter verfolgt, könnte man wohl sagen, daß die politischen Voraussetzungen für den Abbau der SS-20-Raketen und für entsprechende Bemühungen der Bundesregierung nur besser werden können, wenn wir hier von der Ausrüstung der Bundeswehr und der anderen auf deutschem Boden stationierten Truppen her keinen Vorwand, Anlaß oder wie auch immer für sowjetische Raketenrüstung bieten . . .

Vollmer: Der Meinung bin ich auch!

Bredthauer: Was halten Sie von der Orientierung auf atomwaffenfreie Zonen in Europa?

Vollmer: Im Ergebnis einer Umrüstung der Bundeswehr, wie ich sie vorschlage, könnte es auf lange Sicht durchaus zur Bildung atomwaffenfreier Zonen überall in Europa kommen . . .

Bredthauer: Sehen Sie andererseits in der Forderung nach atomwaffenfreien Zonen, die ja hier und heute bereits zur Diskussion gestellt wird, die Möglichkeit, eine Umrüstung der Bundeswehr, eine rein defensive Militärpolitik zu fördern? Was halten Sie z. B. von dem Vorschlag, wie ihn etwa Ulrich Albrecht formuliert hat, daß die Bundesregierung dem Beispiel Dänemarks und Norwegens folgen könnte, beide ebenfalls NATO-Staaten, die sich einseitig verpflichtet haben, auf ihrem Staatsgebiet in Friedenszeiten keine Lagerung von Atomwaffen zu gestatten, ohne dadurch ihre Sicherheit gefährdet zu haben? Könnte die Bundesregierung durch einen solchen Schritt, ohne irgendwelche größeren, nachteiligen Veränderungen des Kräfteverhältnisses zu riskieren, nicht ein sehr positives Signal mit möglicherweise weitreichenden entspannungspolitischen Folgen setzen?

Vollmer: Nun, ein solcher Schritt würde unsere Lage jedenfalls nicht verschlechtern. Im Grund wäre das ja der Zustand, den wir erreichen wollen. Ich habe, glaube ich, in meinem „Panorama"-Interview schon darauf hingewiesen, daß wir gegenwärtig ja

eine ganze Reihe Dinge versuchen können, weil es auf der strategischen Ebene ein Ost-West-Gleichgewicht gibt, und letztenendes ist es nur dieses *strategische* Gleichgewicht zwischen Amerikanern und Russen, von dem die Abschreckung eigentlich abhängt. Unterhalb dieser Ebene gibt es Spielraum für Länder wie die Bundesrepublik, der nur bisher nicht genutzt worden ist. Wir müssen ihn aber nutzen, solange die beiden Großmächte sich gegenseitig paralysieren und deshalb nicht in der Lage sind, einen Krieg zu beginnen.

Bredthauer: Es stellt sich natürlich die Frage, ob ein Abzug der amerikanischen (und aller anderen) Atomwaffen vom Territorium der Bundesrepublik, wie er in der Logik Ihrer Überlegungen liegt, von den Amerikanern akzeptiert werden würde.

Vollmer: Das ist eine andere Frage, das kann ich nicht beurteilen. Die Bundesregierung sollte es zumindest einmal ventilieren. Ich persönlich bin der Meinung, wenn man den Amerikanern dafür die Sicherheit geben würde, daß auch ihre Truppen, die sie hier stehen haben, nicht sinnlos eingesetzt werden, weil wir uns ja verteidigen könnten, dann könnten die USA darauf eingehen.

Bredthauer: Auch wenn sich diese Veränderungen zunächst innerhalb des Bündnisrahmens abspielen sollen, verlangt das ja eine unabhängigere –, wenn schon nicht unabhängige – Politik der Bundesregierung, als sie bisher geführt worden ist . . .

Vollmer: Sicher. Das ließe sich wahrscheinlich nur durch einen engeren Zusammenschluß der europäischen Nationen, innerhalb der EG oder wie auch immer, errreichen.

Bredthauer: Eine sehr heikle Frage ist in diesem Zusammenhang, ob die Herausbildung einer westeuropäischen „sicherheitspolitischen Identität", wie William Borm es einmal genannt hat, zu einer anderen Bewertung der Atomwaffen in Europa führen könnte. Wäre eine westeuropäische Atomstreitmacht weniger gefährlich als die Stationierung amerikanischer Atomwaffen in Westeuropa?

Vollmer: Von meiner Konzeption ausgehend, wären Atomwaffen auch dann nicht nötig. In meinem Schreiben an den Verteidigungsminister habe ich darauf hingewiesen: Die Bundesrepublik hat 60 Millionen Menschen, die sich verteidigen könnten. Westeuropa hätte rund 400 Millionen Menschen, die sich verteidigen würden. Da brauchen wir keine Atomwaffen, wenn die sich verteidigen wollen. Im übrigen bin ich der Meinung, daß es dann weit und breit keine Macht geben würde, die es wagen würde, diese 400 Millionen verteidigungsbereiten Westeuropäer anzugreifen. Auch ohne Atomwaffen nicht.

Bredthauer: Das heißt, selbst wenn die Westeuropäer – oder große Teile der Westeuropäer – auf Atomwaffen verzichten würden, und das hieße ja wohl zunächst einseitig verzichten . . .

Vollmer: Das könnten sie . . .

Bredthauer: . . . dann würde das also nicht bedeuten, daß sie sich einseitig entwaffnen; sie würden vielmehr der anderen Seite die Gelegenheit geben, ihrerseits auf Atomwaffen zu verzichten, jedenfalls auf gegen Westeuropa gerichtete Atomwaffen . . .

Vollmer: . . . ja, weil sie militärisch keinen Sinn machen würden, es sei denn zu einem reinen Vernichtungskrieg. Dem kann man aber sowieso nicht entgehen; ob wir über Atomwaffen verfügen oder nicht, spielt dabei gar keine Rolle. Ich bezweifle aber, daß

es irgendeine Macht gibt, die die Absicht hätte, die andere Seite völlig zu vernichten.

Bredthauer: Generalmajor a.D. von Meyenfeldt, der frühere Chef der niederländischen Militärakademie, hat in einem Artikel im Oktober-Heft der „Blätter" vorgeschlagen, die Europäer sollten zunächst einmal *mit den Amerikanern* über die Verringerung der NATO-Abhängigkeit von Atomwaffen verhandeln, um damit bessere Voraussetzungen für Ergebnisse der *amerikanisch-sowjetischen* Verhandlungen in Genf zu schaffen. Möglicherweise könnten solche westeuropäisch-amerikanischen Verhandlungen – wenn man General von Meyenfeldts Gedanken weiterspinnt – nicht nur in der kurzen, vor Beginn der Verhandlungen verbleibenden Zeit, sondern auch parallel zu diesen Verhandlungen der Amerikaner und Russen in Genf geführt werden. Was halten Sie davon?

Vollmer: Es könnte nützlich sein. Ich sehe im Moment nur keine Ansätze, weil die Westeuropäer, glaube ich, auch noch unterschiedliche Meinungen in dieser Frage haben. Sie müßten also zuerst einmal unter sich klären und sich einig werden, was sie denn eigentlich wollen.

Bredthauer: Wenn es keine gemeinsame westeuropäische Position gibt, könnte ein so wichtiger und in ganz besonderer Weise betroffener Staat wie die Bundesrepublik sicherlich auch den Weg bilateraler Verhandlungen mit Washington gehen . . .

Vollmer: Das könnte die Bundesrepublik, wenn sie es wollte. Das wäre zumindest denkbar. Aber Westeuropa kann eben leider Gottes in dieser Hinsicht noch nicht mit einer Sprache sprechen.

Bredthauer: Spitzen wir den Gedanken noch einmal zu – nehmen wir an, die USA wären aus einer anderen Analyse der Situation und ihrer Interessen heraus nicht dazu bereit, auf die Stationierung der neuen amerikanischen Atomraketen hier bei uns zu verzichten, die ihnen 1979 im Brüsseler NATO-Beschluß zugestanden worden ist. Was kann die Bundesregierung in einer solchen Stiuation tun: bleibt sie an den Beschluß gebunden, muß sie eine Stationierung auch gegen ihren Willen bzw. gegen den Willen einer mittlerweile ja durchaus denkbaren Mehrheit unserer Bevölkerung dennoch aufrechterhalten?

Vollmer: Auf jeden Fall könnte die Bundesregierung sagen: wir wollen das nicht! Natürlich kann sie das. Nach dem Truppenvertrag sind allerdings die Alliierten berechtigt, ihre auf unserem Boden stationierten Truppen mit den Waffen auszurüsten, die sie für erforderlich halten. Dabei wurde nicht ausdrücklich von Atomwaffen gesprochen. Aber einmal unterstellt, die Amerikaner sagen, unsere Truppen in der Bundesrepublik können ihren Auftrag nur erfüllen, wenn sie mit Atomwaffen ausgerüstet sind, dann können wir wenig dagegen machen. Wir können höchstens verlangen, daß diese Waffen – so wie es Weinberger neulich im Hinblick auf die Neutronenbombe gesagt hat – erst im Verteidigungsfall hierher gebracht werden. Vorher nicht. Das wäre dann sehr schnell zu machen. Aber solange wir amerikanische Truppen zu unserem Schutz brauchen, solange können wir nicht verhindern, daß diese Truppen so ausgerüstet werden, wie sie es für nötig halten.

Änderungen können wir nur durch Verhandlungen erreichen.

Bredthauer: Da die Bundesrepublik von den Folgen mindestens so sehr betroffen wäre wie die USA, müßte diese Frage doch wohl einvernehmlich geregelt werden, wenn es sich um gleichberechtigte Sicherheitspartner handeln soll . . .

Vollmer: Es sollte! Aber nach der Vertragslage, soweit ich weiß, nicht . . .

Bredthauer: Müßte der Truppenvertrag dann nicht geändert werden?

Vollmer: Dann müßte er direkt im Hinblick auf den Einsatz von Atomwaffen geändert werden, alles andere ist kein Problem.

Bredthauer: Kommen wir abschließend auf die Frage nach der *Verantwortung,* vor allen Dingen nach der Verantwortung der Experten, die dort, wo es um Atomwaffen, Massenvernichtungswaffen und also letztlich die Zukunft der Menschheit überhaupt geht, ganz besonders brisant wird. Daniel Ellsberg hat in einem kürzlich in den „Blättern" abgedruckten Beitrag aus der Sicht des Wissenschaftlers und Politikberaters dazu Stellung genommen. In Hamburg haben sich vor wenigen Wochen 1500 Mediziner in eindrucksvoller Weise mit der Atomkriegsgefahr auseinandergesetzt. Sie selbst haben – wie im Januar 1980 Generalmajor Bastian – einen Brief an den Verteidigungsminister geschrieben und sich dann, als kein Echo kam, in „Panorama" an die Öffentlichkeit gewandt. Wie können die militärischen Experten, insbesondere die Militärs, ihrer Verantwortung gerecht werden?

Vollmer: Die Militärs und die Militärexperten tragen in dieser Hinsicht eine außerordentlich hohe Verantwortung. Denn bis auf einige wenige Zivilisten, die sich mit Strategien und Waffen beschäftigen, sind sie die einzigen, die wissen, welche Wirkungen mit modernen Waffen erzeugt werden können. Insofern müssen die Experten dem Politiker, der in einer Demokratie die Verantwortung trägt, sagen: wenn Du das und das von uns willst, dann hat das die und die *Folgen.* Und die müssen offen auf den Tisch gelegt werden, die möglichen Folgen, die dann entstehen. Und zwar nicht nur für die Truppen, die dann evtl. unter solchen Verhältnissen kämpfen sollen, sondern für die gesamte Bevölkerung. Das ist die große Verantwortung, die die Militärs tragen. Sie dürfen nicht darüber schweigen, denn auch das Volk muß es wissen. Ich habe in meinem Brief an Verteidigungsminister Apel geschrieben: Man muß dem Volk sagen, unter den derzeitigen Umständen kann es im Verteidigungsfall dazu kommen, daß wir zu den Atomwaffen greifen müssen. Das hat die und die Folgen. Wollt ihr das? Oder wollt ihr – wie ich es mir vorstelle –, daß wir alle an der Verteidigung beteiligen. Auch dabei gibt es Verluste, aber die können begrenzt gehalten werden. Unter solchen Umständen würden wir uns wahrscheinlich verteidigen können, und das Land würde erhalten bleiben.

Bredthauer: Glauben Sie, daß breitere Kreise der Bevölkerung tatsächlich eine Vorstellung davon haben, welche Folgen die modernen Massenvernichtungswaffen haben?

Vollmer: Ich glaube nicht. Es gibt zwar eine allgemeine Atomwaffenangst, als Folge der beiden Atomwaffenabwürfe auf Japan. Man weiß, daß damals zwei Großstädte völlig dem Erdboden gleichgemacht worden sind. Das ist aber auch alles. Die Menschen machen sich keine Vorstellung davon, wie Atomwaffen in einem Gebiet wie der Bundesrepublik hier wirken würden. Das ganze Thema ist weitgehend verdrängt worden.

Bredthauer: Wie hält man diese Diskrepanz zwischen dem Wissen der Bevölkerung und dem Wissen der militärischen Experten als Soldat, als General aus? Es haben sich zwar in letzter Zeit eine ganze Reihe pensionierter Generale mit warnenden Äußerungen an die Öffentlichkeit gewandt, ich denke z. B. an das Buch „Generale für den Frieden", in dem sich hohe und höchste Militärs aus sieben NATO-Ländern geäußert haben, aber aus den Streitkräften selbst dringt wenig an die Öffentlichkeit. Es kann doch wohl nicht sein, daß Militärs bis zur Pensionierung warten und warten müssen, ehe sie über die große Verantwortung, von der Sie gesprochen haben, mit anderen sprechen und etwas tun können?

Vollmer: Es wird in der Generalität darüber gesprochen, natürlich. Es gibt ja Besprechungen, Tagungen, aber bisher sind solche Diskussionen sehr stark von der – nennen wir es – NATO-Doktrin bestimmt worden, die als praktisch unabänderlich angenommen wird. Es wird nicht darüber diskutiert, welche *Folgen* das denn *für uns* hätte. Die Folgen für ein Land wie das unsere, das vorne ist, wenn etwas passiert, Vorfeld der anderen, sind zweifellos andere als für die USA, z. B., oder Kanada usw. Und darüber wird zweifellos zu wenig diskutiert. Ich kenne allerdings eine ganze Reihe Leute, die ähnlicher Auffassung sind wie ich und das auch aussprechen. Ich habe mich auch vor meiner Pensionierung schon darum bemüht. Natürlich gibt es da gewisse Handikaps. Wenn ich im Dienst bin, in diese Hierarchie eingeordnet, dann kann ich mal Gelegenheiten finden, daß ich vielleicht sogar bis zum Minister hinaufgehe und sage: Herr Minister, ich bin anderer Meinung! Aber wenn der sagt: Sehr schön! Sehr interessant! – und dann erfolgt nichts weiter, dann kann ich als sein Untergebener an sich nichts mehr weiter unternehmen, es sei denn ich gehe in die Öffentlichkeit.

Bredthauer: In den Niederlanden hat sich aus ähnlichen Sorgen heraus eine Bewegung für Frieden und Sicherheit innerhalb der Streitkräfte herausgebildet. Meindert J. F. Stelling, Major der niederländischen Luftwaffe, hat im Juniheft der „Blätter" eine ausführliche Chronik dieser Entwicklung veröffentlicht. Das ist natürlich sehr umstritten . . .

Vollmer: Sicher, sicher. Aber ich nehme an, das wird auch bei uns jetzt immer mehr kommen, weil diese Fragen jetzt brennend werden, durch den Beschluß, der vor zwei Jahren gefaßt wurde – dadurch werden alle diese Fragen jetzt brennend aktuell. Weil jetzt auch zum erstenmal die breite Masse des Volkes darauf aufmerksam wird. Da werden natürlich auch viel mehr Fragen an die Soldaten gestellt, von Angehörigen z. B.: Wie ist denn das wirklich?

Bredthauer: Wir haben jetzt sehr viel über die militärische Seite der Sicherheitspolitik gesprochen, und auch über die Kritik, die es da gibt, sind aber im Grunde immer wieder auf Grenzen gestoßen und dort stehengeblieben oder steckengeblieben, wo es um die Verantwortung der Politiker, um die *politische Seite* ging. Ich denke nur an die Frage des Mißtrauens und die Notwendigkeit, Mißtrauen abzubauen, oder daran, wie man Entwicklungen, die sich zu verselbständigen drohen, politisch unter Kontrolle bringen könnte. Die wichtigste Kontroverse im politischen Bereich, die erhebliche sicherheitspolitische Konsequenzen, auch militärische, impliziert und für die Beziehungen zwischen den USA und ihren europäischen NATO-Partnern von höchster Brisanz ist, ist wohl die Frage nach der Zukunft der *Entspannung*. Hierher gehört auch, zumindest für die weitere Perspektive, die Frage, ob eine an der KSZE orientierte Politik und eine europäische Abrüstungskonferenz aus der gegenwärtigen starren Blockkonfrontation herausführen und für die Zukunft eine neue, gesamteuropäische Sicherheitsstruktur schaffen können . . .

Vollmer: Für uns Deutsche und überhaupt für die Europäer schafft die Entspannung nach meiner Meinung die einzige Möglichkeit überhaupt, Politik zu machen. Wir haben ja auch gesehen, daß mit dem Beginn der sogenannten Entspannungspolitik die Bundesrepublik größeren Spielraum gewann, mehr Möglichkeiten mitzusprechen; erheblich mehr Freiraum auch für die Mitsprache im eigenen Bündnis. Das würde sofort wieder aufhören. Erst die Entspannung hat uns erlaubt, unser Gewicht voll zur Geltung zu bringen. Ich halte Entspannungspolitik also für unumgänglich. Abgesehen davon, daß es der einzige Weg ist, um die Konfrontation, die ja beiderseitig vorhanden ist und auf absehbare Zeit fortbestehen wird, zu mildern, das Mißtrauen abzubauen.

Es muß zwischen den Völkern möglich sein, friedlich miteinander zu sprechen, auch zwischen großen und kleinen Völkern, auch zwischen unterschiedlichen Systemen. Staaten werden immer unterschiedliche und zum Teil auch konträre Interessen haben; es muß aber möglich sein, daß man sich zusammensetzt und einen Ausgleich findet.

Was die Auseinandersetzung um die sogenannte Nachrüstung angeht, so sollte man jetzt einmal sehen, was bei dem Besuch Breschnews in Bonn herauskommt, wo diese Frage ja ganz kompakt auf den Tisch kommen wird, und wie sich die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf anlassen. Wenn man da erkennt, daß nur von allen Seiten geblockt wird, verzögert wird, dann haben wir eine neue Lage. Dann muß die Bundesrepublik, müssen die Europäer zur Kasse treten, davon bin ich fest überzeugt!

Bredthauer: Was meinen Sie mit „zur Kasse treten"?

Vollmer: Ich glaube der nächste Schritt müßte sein, daß die Europäer sich nun mal überlegen, innerhalb ihrer Organisationen: Was ist *für uns* tragbar! Es hat ja keinen Zweck festzustellen, die Holländer sagen nein zur Stationierung, die Belgier wohl auch, die Engländer, wenn es zu einem Regierungswechsel kommt, genauso. Da muß man sich doch einmal hinsetzen und überlegen, was können wir jetzt *gemeinsam* machen, was können wir vorschlagen, erst dem Partner und dann auch der anderen Seite.

Bredthauer: Im Grunde müßten die Europäer doch in eine Position kommen, wo sie mit beiden Seiten sprechen können und nicht nur zuschauen, wie man *über sie* verhandelt . . .

Vollmer: Ich bin der Meinung, nach dem völligen Zusammenbruch Europas am Ende des Zweiten Weltkriegs sind die Europäer heute in einer Lage, in der sie etwas selbstbewußter auftreten sollten.

Bredthauer: Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang die Rolle der *Friedensbewegung,* die sich gegenwärtig ja in einer Reihe europäischer Staaten und nicht zuletzt auch in der Bundesrepublik rasch entwickelt?

Vollmer: Meiner Meinung nach handelt es sich bei der Friedensbewegung überwiegend um die jüngere Generation. Insofern sollte sie sehr ernst genommen werden, denn es ist ja diese Generation, die schließlich über den Weg Deutschlands und der Welt, soweit wir ihn mitbestimmen können, entscheiden wird. Ich glaube dort spricht sich eine große Sehnsucht der breiten Masse dieser Generation aus. Einige Bemerkungen, die aus den Kreisen der – wie man so schön sagt – etablierten Parteien kamen, haben mich etwas verwundert. Aber sie werden ja schon teilweise zurückgenommen. Man sollte diese Bewegung mehr als ernst nehmen. Und die Politiker sollten versuchen, diese Anstöße in ihre Überlegungen einzubeziehen. In einer Demokratie kann man nicht gegen die Meinungen starker Strömungen angehen. Wenn jetzt in Bonn 250 000 demonstriert haben, dann kann man nicht sagen, das waren ja nur 250 000 von 60 Millionen, sondern das ist der Ausdruck der breiten Masse gewesen, glaube ich. Auch die, die schweigen, kann man nicht einfach als Befürworter der gegenwärtigen Politik verbuchen. Hinzu kommt, daß ein Großteil nicht weiß, wie er sich ausdrücken soll, was er dazu sagen soll. Schließlich muß man berücksichtigen, daß ein Großteil der Bevölkerung diese Fragen bisher verdrängt hat und erst jetzt allmählich aufwacht und überlegt, was soll da eigentlich getan werden. Ich glaube, daß die politischen Parteien ihre Haltungen überprüfen müssen. Ich will jetzt gar nicht von SPD und FDP sprechen. Interessanterweise hat ja Herr Wissmann von der Jungen Union gesagt, so, wie seine eigene Partei das getan hat, könne man gegen diese Bewegung nicht argumentieren. Das glaube ich auch nicht.

Bredthauer: Was halten Sie von dem Vorwurf, die Friedensbewegung besorge die Geschäfte Moskaus . . .

Vollmer: Ich glaube nicht, daß die Friedensbewegung von Moskau gelenkt ist. Ich halte das für völlig undenkbar. Die Kommunisten sind nur ein kleiner Teil unseres politischen Spektrums. Natürlich kommt manches den Ideen Moskaus oder Ostberlins entgegen, aber das muß deswegen ja nicht falsch sein. Ich kenne Russen und weiß, daß im russischen Volk die Friedenssehnsucht genauso weit verbreitet ist wie bei uns.

Bredthauer: Wenn Sie sich einmal in die Rolle eines sowjetischen Generals versetzen und sehen, da sollen auf deutschem Boden Atomraketen stationiert werden, die Moskau und den größten Teil der europäischen Sowjetunion vernichten können – würden Sie diesen Vorgang dann angesichts der historischen Erfahrungen nicht als eine Bedrohung besonderer Art bewerten?

Vollmer: Das ist natürlich nicht so einfach für mich, mich in die Rolle eines sowjetischen Generals zu versetzen. Aber ich weiß, daß die Russen, immer wenn etwas von Deutschen *gegen sie* kommt, besonders allergisch reagieren, empfindlich reagieren. Das wird wahrscheinlich noch zwei, drei Generationen so sein, nach den Erfahrungen des letzten großen Krieges, den wir miteinander geführt haben. Ich bin allerdings der Meinung, auch der sowjetische General sollte bei seinen Überlegungen berücksichtigen, daß wir ein entgegengesetztes Trauma haben. Das ist eine gegenseitige Sache, die gerade uns Deutsche und die Russen angeht.

Bredthauer: Adenauer hat in den 50er Jahren die Stationierung amerikanischer Atomraketen auf dem Boden der Bundesrepublik mit der Begründung abgelehnt, das sei zu gefährlich, weil es die Russen aufs äußerste provozieren müsse. Hat sich denn in dieser Hinsicht irgendetwas geändert seit den 50er Jahren?

Vollmer: Nein. Ich glaube, daß dieses Adenauer-Wort auch heute gültig ist und daß gerade wir Deutschen außerordentlich vorsichtig sein sollten. Insofern sollten wir uns auf diesem Gebiet völlig zurückhalten und nichts tun, was von den Russen als besondere Bedrohung aufgefaßt werden könnte.

Sonderdrucke aus den „Blättern":

Gert Bastian, „Aspekte der Friedenspolitik", Notwendige Anmerkungen zum NATO-Doppelbeschluß in der Darstellung der Bundesregierung (Sonderdruck 269)

Ulrich Albrecht, Disengagement, atomwaffenfreie Zone, Neutralisierung. Alternativen zur gegenwärtigen Sicherheitspolitik der Bundesrepublik (Sonderdruck 267)

10 Exemplare (Mindestabnahme) 12,– DM, 50 Exemplare 45,– DM, 100 Exemplare 75,– DM. Inkl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten. Bestellungen über den Verlag.

Pahl-Rugenstein Verlag

Aufruf zum Widerstand

Harold Rasch

Wer die Diskussion um den sogenannten Doppelbeschluß der NATO vom 12. Dezember 1979 aufmerksam verfolgt, muß erschrecken über die Oberflächlichkeit der Argumente, mit denen die Befürworter dieses Beschlusses arbeiten. Da sind die SS-20-Raketen der Sowjetunion, zu hunderten Mitteleuropa bedrohend, denen der Westen nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen habe. Nun bedarf es nur noch der Stichworte Berlin 1953, Budapest 1956, Prag 1968, Afghanistan 1979, und schon ergibt sich die Folgerung: die NATO muß „nachrüsten", um einigermaßen gleichzuziehen, sie muß ihrerseits neue Raketen (Pershing II) und Marschflugkörper (Cruise Missiles) aufstellen, es sei denn, es käme zu einem erfolgreichen Abschluß von Verhandlungen, die ein „Gleichgewicht" der Kräfte in Ost und West gewährleisten. Kein Wort darüber, daß die Bundesrepublik Deutschland mit Aussicht auf Erfolg überhaupt nicht „verteidigt" werden kann, daß der Einsatz von Atomwaffen schlechthin selbstmörderisch wäre, daß Waffen, die von einer verantwortungsbewußten Führung gar nicht verwendet werden dürfen, bei rationeller Überlegung auch kaum ein geeignetes Abschreckungsmittel darstellen – nichts hierüber, nur die alten abgedroschenen Phrasen. „Die Friedensdebatte findet überall statt – nur nicht im Bundestag", schrieb Klaus von Dohnanyi[1]) mit Recht unter dem Eindruck der Reden in der letzten Sitzung des Parlaments vom 26. Mai 1981, die sich mit Sicherheits- und Rüstungsfragen befaßte.

Konrad Adenauer hatte uns unzählige Male eine „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit durch eine Politik der Stärke" versprochen – man weiß, mit welchem Ergebnis. Helmut Schmidt folgt ihm, nur mit anderer Zielsetzung, wenn er meint, allein aus einer Politik vergrößerter militärischer Stärke heraus seien Vereinbarungen zwecks allseitiger Begrenzung der Waffenpotentiale auf etwa gleichem, möglichst niedrigem Niveau zu erreichen. „Si vis pacem, para bellum", was bekanntlich schon die alten Römer wußten, heißt es einmal wieder. Solchen und ähnlichen Sprüchen gegenüber gilt es, die konkrete Situation im ost-westlichen Spannungsverhältnis und die konkrete Problematik des „Nachrüstungs"-Beschlusses der NATO darzustellen.

I

1. „Bedroht" war die Bundesrepublik Deutschland durch die Sowjetunion schon immer. Seit langem konnten deren Raketen vom Typ SS-4 und SS-5 (Reichweite 1900 bzw. 4000 km) mit ihrer riesigen Sprengkraft und ihre Backfire-Bomber ungeheure Zerstörungen bei uns anrichten, ohne daß dies die NATO zu einer „Nachrüstung" auf europäischem, insbesondere bundesdeutschem Boden veranlaßt hätte. Die in den letzten Jahren aufgestellten SS-20-Raketen – „ein winziger Teil jenes Waffenarsenals, das die Sowjets seit zwan-

1) „Die Zeit" v. 12. Juni 1981, S. 10.

zig Jahren gegen Westeuropa angesammelt haben"[2]) – stellen eine Modernisierung der früheren Waffentypen dar, sind zielgenauer, mit drei Sprengköpfen ausgerüstet und mobil, daher praktisch unverwundbar. Die technischen Neuerungen dieser Waffen sind militärisch gewiß wichtig, politisch hätte ihre Installierung keine Bedeutung – die Bundesrepublik könnte schon einen Einsatz der SS-4- und SS-5-Raketen als Staat nicht überleben. Und nur auf die politische Wirkung des heutigen Rüstungswettlaufs kommt es an.

Auch der kälteste unserer Krieger glaubt nicht, daß die Sowjetunion uns eines Tages aus heiterem Himmel, sei es mit Panzerwaffen, sei es atomar könnte überfallen wollen. Das Schreckgespenst, das immer wieder an die Wand gemalt wird, heißt „Erpreßbarkeit" der Bundesrepublik durch die Bedrohung mit ihren SS-20-Raketen. Einer solchen soll durch die Aufstellung von Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles begegnet werden.

Aber hier sind die Politiker aufgerufen, etwas deutlicher zu sagen, was sie sich eigentlich unter „Erpreßbarkeit" der Bundesrepublik vorstellen. Daß starke Staaten auf schwächere Druck auszuüben versuchen, gehört seit undenklichen Zeiten zum politischen Geschäft. Ob der schwächere widersteht oder nachgibt, hängt in erster Linie von der Standfestigkeit seiner Regierung und diese weitgehend von ihrer innerpolitischen Stellung ab. Wirklich erpreßbar durch die Sowjetunion wäre die Bundesrepublik nur dann, wenn sie ernstlich befürchten müßte, daß eine politisch feste Haltung mit einem militärischen Angriff beantwortet werden würde. Es gibt keinen vernünftigen Grund, dergleichen anzunehmen. Was sollte die Sowjetunion mit zerbombten Industrieanlagen anfangen, wie wollte sie ein Volk beherrschen, das sich ihr – abgesehen von einigen fanatischen Anhängern und ein paar „Quislings" – verweigert? Sieht man, mit welcher militärischen Zurückhaltung sie bisher gegenüber der Entwicklung in Polen reagiert hat, wo sie längst mehr als einen Vorwand hätte finden können zu intervenieren, dann ist der Gedanke an einen Angriff der UdSSR auf die Bundesrepublik einfach absurd. Der Politiker aber hat mit mutmaßlichen konkreten Interessenlagen, nicht mit bloßen Möglichkeiten zu rechnen.

Wie unsinnig das ganze „Erpressungs"-Argument aus der eigenen Sicht der Bundesregierung ist, zeigt am besten ein Hinweis auf ein wichtiges Sondergebiet deutsch-sowjetischer Beziehungen, den Wirtschaftsverkehr. Hier wird seit langem über ein Milliarden-Geschäft verhandelt, das die Lieferung von Stahlröhren durch die Mannesmannwerke, Düsseldorf, an die Sowjetunion und deren Bezahlung durch russisches Erdgas – in Verbindung mit einem komplizierten Bankkreditgeschäft – zum Gegenstand hat. Auch hier ist, sowohl von offizieller amerikanischer Seite wie im Inland, gesagt worden, die Bundesrepublik mache sich durch eine derart langfristige Bindung von der Sowjetunion abhängig und werde dadurch erpreßbar. Die Bundesregierung hat diesen Einwand mit Recht zurückgewiesen. Dabei wäre doch politischer Druck seitens der Sowjetunion, wenn wirklich gewollt, durch Einstellung von

2) Josef Joffe, „Die Zeit" v. 7. 8. 1981, S. 5.

Gaslieferungen sehr viel unauffälliger und unkontrollierbarer auszuüben („technische Schwierigkeiten" kann es immer geben) als durch das grobe Geschütz einer militärischen Drohung. Wenn das Röhren-Gas-Geschäft uns ruhig schlafen läßt, dann brauchen uns auch die SS-20-Raketen der Sowjetunion nicht besonders zu beunruhigen, nicht mehr jedenfalls, als es die SS-4- und SS-5-Raketen getan haben.

2. Aber die Aufstellung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern auf bundesdeutschem Gebiet ist nicht nur völlig überflüssig, um unsere Sicherheit zu gewährleisten, sie birgt sogar große Gefahren in sich.

Zur Zeit kann das Gebiet der Sowjetunion von der Bundesrepublik aus mit atomaren Waffen nicht erreicht werden. Würden demnächst landgestützte strategische Waffen der geplanten Typen bei uns stationiert werden, dann könnten diese Moskau und Leningrad, ja sogar Ziele jenseits des Urals treffen. Das bedeutete eine strukturelle Veränderung des amerikanischen Nuklearpotentials in Europa. Man hat gesagt, der Sowjetunion drohe damit eine strategische Krise, „deren realer Inhalt kein anderer ist als der, daß die USA von Westeuropa aus der UdSSR ihre Zweitschlagsfähigkeit in Frage stellen wollen"[3]). Ein anderer Autor schreibt daher: „Grund zu dringender Besorgnis gibt die sowjetische Mittelstreckenrüstung erst dann, wenn sie in Westeuropa amerikanische Raketen zu bekämpfen hat, die Rußland selbst bedrohen."[4]) „Der Präventivschlag würde durch die Pershing II nur wahrscheinlicher", meint Erhard Eppler[5]). Nun, wie dem auch sei, der Einsatz von Atomwaffen von bundesdeutschem Boden aus kann in jedem Fall selbstmörderisch wirken, und Werner Jung hat recht, wenn er zu dem Ergebnis kommt: „Im Zeitalter der nuklearen Kriegsführung als einer Möglichkeit ist es unstatthaft, die physische Existenz eines Volkes oder von großen Teilen zur Durchsetzung von sicherheitspolitischen Doktrinen zu riskieren"[6]). Die Zustimmung der Bundesregierung zu dem Nachrüstungsbeschluß der NATO vom 12. Dezember 1979 und die Billigung ihrer Politik durch den Bundestag sind Fehlentscheidungen, vor deren für die Volksgemeinschaft vielleicht tödlichen Folgen gar nicht deutlich genug gewarnt werden kann. Wir erwarten endlich eine ernsthafte Diskussion hierüber im Bundestag und nicht nur allgemeine Phrasen.

3. Noch kaum ist in der Öffentlichkeit bisher von den Kosten der Aufstellung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern die Rede gewesen. Das ist insofern nicht verwunderlich, als höchstens ein halbes Dutzend Politiker die Positionen unseres Verteidigungshaushalts und die entsprechenden Planungen für die Zukunft genauer kennen und diese wiederum völlig von den Militärs und ihrer Bürokratie abhängig sind, die kein besonderes Interesse an einer Beschäftigung der Öffentlichkeit mit ihren Ausgaben haben. Um so nöti-

3) Werner Jung, Der dritte Weltkrieg ist wahrscheinlich geworden, „Frankfurter Hefte", 7/1981, S. 13ff., 21.
4) Peter Bender, Das Ende des ideologischen Zeitalters. Die Europäisierung Europas, Berlin 1981, S. 189. Auf diese Schrift komme ich weiter unten noch zurück.
5) „Die Zeit" v. 19. 6. 1981, S. 3.
6) Werner Jung, a.a.O.

ger ist es zu fragen: Welche Vorstellungen hat man im Bundesverteidigungsministerium über die mangels einer Verständigung der NATO mit dem Warschauer Pakt auf uns zukommenden neuen Kosten? Zunächst einmal bezahlt der amerikanische Steuerzahler den Bau der neuen Raketen und Marschflugkörper. Aber die USA werden sie natürlich nicht gratis bei uns aufstellen und warten. Um welche Größenordnungen geht es dabei finanziell? In Pressemeldungen[6a]) war von einer ersten Tranche von gut 2 Mrd. DM für die „Infrastruktur" der neuen Waffen die Rede, von denen 20% auf die Bundesrepublik Deutschland entfallen. Wie werden sich die gesamten Kosten auf den Verteidigungshaushalt auswirken, der angesichts der finanziellen Misere des Bundes schon jetzt nicht mehr ins Gleichgewicht gebracht werden kann, man denke nur an die Überraschungen, die wir in diesem Jahr mit den Kosten des Kampfflugzeugs „Tornado" erleben mußten. Auch hierüber muß endlich einmal offen gesprochen werden. Die Lasten unserer Verteidigung im einzelnen dürfen nicht länger tabu sein, sonst könnte selbst die beste Verteidigung – eine bessere als die mit Pershing-Raketen und Marschflugkörpern – sozial zu teuer kommen. Sogar der militärische Mitarbeiter der FAZ, Adelbert Weinstein, dem niemand Mangel an Interesse für die Bedürfnisse der Generäle nachsagen kann, muß zugeben: „Die technische Armee ist nicht mehr zu bezahlen . . . Die Bundeswehr, die heute existiert, kann schon jetzt nicht mehr unterhalten werden."[7]) Was sagen die Herren Abgeordneten hierzu?

4. Vorerst werden sie uns mit dem Hinweis vertrösten, der Nachrüstungsbeschluß der NATO sei ja ein „Doppelbeschluß", die in Aussicht genommenen neuen Waffen würden erst aufgestellt werden, wenn Verhandlungen über eine allseitige Begrenzung der Waffenpotentiale zu keinem Erfolg geführt hätten, und solche Verhandlungen herbeizuführen, seien alle Verantwortlichen bei uns intensiv bemüht.

Nun haben aber die USA, auf die es ankommt, lange Zeit hindurch nur geringe Neigung gezeigt, ernsthafte Verhandlungen mit der Sowjetunion aufzunehmen, erst neuerdings zeigen sie sich gesprächsbereit. Wir sollten ihren Vertretern dabei durchaus keine Uneinsichtigkeit oder gar Scheinheiligkeit ihrer Erklärungen unterstellen, einfach die Interessenlage, wie sie sie sehen, gebietet ihnen nicht die geringste Eile. Das zeigt deutlich auch die Anfang August von Präsident Reagan getroffene Entscheidung, mit dem Bau von Neutronenwaffen zu beginnen, eine Entscheidung, die – was immer man über diese Waffe sagen möge – schwerlich ein günstiges Klima für Abrüstungsverhandlungen schaffen kann. Je weiter andererseits die Fertigung der uns zugedachten Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles fortschreitet, desto größer wird natürlich die Wahrscheinlichkeit, daß sie auch aufgestellt werden – man steckt nicht Milliarden in die Herstellung neuer Waffen, um diese alsbald einzulagern oder zu verschrotten.

Aber selbst wenn es jetzt zu ernsthaften Verhandlungen kommt, dann können

6a) „Die Neue" v. 14. 5. 1981.
7) FAZ v. 7. 8. 1981, S. 8, und 11. 9. 1981, S. 1.

diese kaum zu einem vernünftigen Ergebnis führen. Mag sein, daß ein unabhängiges sachkundiges Gremium – falls es ein solches gibt – zu dem Urteil gelangen kann, die zu einem bestimmten Zeitpunkt vorhandenen Waffenpotentiale zweier Gegner seien alles in allem in etwa „gleichgewichtig". Daß zwei Weltmächte mit entgegengesetzten Interessen sich auf „gleichgewichtige" Rüstungen vertraglich einigen, muß als nahezu ausgeschlossen bezeichnet werden. Kein General wird bei solchen Verhandlungen jemals zufrieden sein, jeder wird – unwiderlegbar, und es gibt keinen Schiedsrichter – behaupten, der Gegner sei noch im Vorteil, sein eigenes Land müsse noch etwas draufsatteln dürfen, und die andere Seite wird dasselbe behaupten, weil beide nicht etwa an einem „Gleichgewicht" der Kräfte, sondern an der eigenen Überlegenheit über die andere interessiert sind. Das Gerede der Politiker über die Notwendigkeit von Verhandlungen zwecks Reduzierung der beiderseitigen Rüstungen auf ein einigermaßen gleiches, möglichst niedriges Niveau ist nichts als ein Ausweichmanöver. Um jedes Mißverständnis auszuschließen: selbstverständlich soll hier nichts gegen Abrüstungsverhandlungen schlechthin gesagt werden. Man muß sie gewiß führen, auch bescheidenste Erfolge sind besser als gar nichts. Verfehlt ist es nur, hierbei utopische Ziele aufzustellen und für den – mit Sicherheit zu erwartenden – Fall ihrer Verfehlung eine neue Aufrüstungsschlacht anzudrohen. Beiderseits mehrfache „Overkill"-Kapazität ist ohnehin längst erreicht.

II

Die Abneigung der Bevölkerung der Bundesrepublik gegen weitere Rüstungen ist größer als die Herrschenden wahrhaben wollen. Hunderttausende, vielleicht über eine Million Unterschriften unter den „Krefelder Appell", zunehmend kritische Diskussionen in den Untergliederungen von SPD und FDP, namentlich bei Jungsozialisten und Jungdemokraten, immer wiederkehrende Demonstrationen und Bürgerinitiativen gegen die „Nachrüstungs"-Pläne der NATO, eindrucksvolle Äußerungen aus den verschiedensten Gesellschaftsschichten auf dem letzten Hamburger Kirchentag, aber auch aus Kreisen der „Grünen" geben Zeugnis davon. Doch es gilt, den Widerstand noch weit besser zu organisieren, noch vielfältiger und deutlicher zum Ausdruck zu bringen. Zuvor zwei Warnungen: keinerlei Gesetzwidrigkeiten und keinerlei Handlungen, die es den kalten Kriegern allzu leicht machen, uns „Amerikafeindlichkeit" vorzuwerfen!

Die Nachrüster warten nur darauf, daß der Widerstand gegen den „Doppelbeschluß" der NATO die Grenzen legaler politischer Betätigung überschreitet. Das versetzt sie in die Lage, Nebensächlichkeiten zu kriminalisieren, um sich der Sachdiskussion weiter entziehen zu können. Wir müssen den Politikern die Hölle heiß machen, aber wir dürfen keine Brandstiftung begehen.

Auch besteht nicht die geringste Veranlassung, den Vorwurf einer „amerikafeindlichen" Haltung herauszufordern. Die Bundesrepublik wird immer auf enge und freundschaftliche politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche Be-

ziehungen zu den USA angewiesen sein. Worum es geht, ist ausschließlich, das Eigeninteresse unseres Staates stärker zu betonen und durchzusetzen als bisher, ein Interesse, das nicht einfach identisch mit dem der Vereinigten Staaten ist. Eine solche Politik „antiamerikanisch" zu nennen, wäre schlechthin töricht. Den „Nachrüstern" muß gesagt werden, daß sie es sind, die, wenn sie sich nicht endlich den Sachproblemen stellen, eines Tages – was tief bedauerlich wäre – eine wirklich amerikafeindliche Haltung der Bevölkerung hervorrufen könnten.

Doch was soll praktisch geschehen, um Bundesregierung und Bundestag die moralische Grundlage für ihre Zustimmung zum Nachrüstungsbeschluß der NATO zu entziehen? Die Überzeugungskraft der Argumente ist und bleibt unsere Hauptwaffe, aber sie genügt nicht. Den Abgeordneten aller Parteien geht es in erster Linie um die Erhaltung bzw. Wiedererlangung von Macht und Pfründen, alles weitere ist zweitrangig. Die persönliche Überzeugung der Parlamentarier tritt hinter ihrem Interesse an der Bewahrung der Geschlossenheit der Partei zurück, daher scharfer Fraktionszwang einerseits, wiederholte Drohungen des Bundeskanzlers mit Rücktritt für den Fall, daß ihm die Koalition nicht folge, andererseits. Die Nachrüstungsgegner können Einfluß auf die Entwicklung also nur dadurch nehmen, daß sie die Massen der Wähler gegen die Mehrheit der Politiker mobilisieren.

Bei jeder Gelegenheit müssen diese gestellt und zu konkreter Rede und Antwort gezwungen werden. Wir dürfen ihnen nicht länger gestatten, sich mit allgemeinen Sprüchen aus der Verantwortung zu ziehen. „Was halten Sie heute, nach Androhung auch noch der Neutronenbombe durch die USA, vom Nachrüstungsbeschluß der NATO, wie wollen Sie, wenn überhaupt noch, die Zustimmung der Bundesregierung zu ihm rechtfertigen?" ist zu fragen. Wer eine eindeutige Antwort in unserem Sinn schuldig bleibt, dem ist zu sagen, daß er mit der Wahl seiner Person oder seiner Partei durch uns nicht mehr rechnen kann und daß wir in diesem Sinn auf alle Wähler einzuwirken versuchen werden. Eine besondere Verantwortung haben diejenigen, die selbst Mitglieder einer Partei sind. Sie können bei entsprechendem Einsatz schon auf die Aufstellung der Kandidaten Einfluß nehmen und sollten ihre Macht nach Kräften nutzen.

Große Hoffnung darf man auf die Vertreter der Kirchen[8]) und die politisch aktiven Angehörigen der Gewerkschaften setzen. Sehr zu Unrecht hat Bundeskanzler Schmidt die Legitimation der Kirchen zu unserem Thema bestritten, indem er ihnen unter Berufung auf Max Weber nur „Gesinnungsethik" und nicht die den Politiker kennzeichnende „Verantwortungsethik" zubilligte. Hätte er den berühmten Vortrag des Heidelberger Soziologen „Politik als Beruf" aus dem Jahre 1919 genau nachgelesen, dann hätte er feststellen können, daß für Weber „Gesinnungsethik und Verantwortungsethik nicht absolute Gegensätze" waren, „sondern Ergänzungen, die zusammen erst den echten

8) Hierzu den Abrüstungsvorschlag der kirchlichen Arbeitsgruppe „Schritte zur Abrüstung" vom Mai 1981, „Blätter" 8/1981, S. 1005 ff.

Menschen ausmachen, den, der den ‚Beruf zur Politik' haben kann"[9]). Wer sollte mit größerer Berechtigung gegen den Wahnwitz des unaufhörlichen Wettrüstens auftreten können als der überzeugte Christ? Die Vertreter der Kirchen können zur Sache gewiß nicht mehr und nicht weniger sagen als jeder Einzelne von uns, aber sie nehmen mit Recht für sich in Anspruch, dies mit besonderem Gewicht tun zu können, weil sie unabhängiger sind als die stets zu taktischen Kompromissen genötigten und geneigten Politiker. Daß andererseits aktive Gewerkschaftler durch Beeinflussung ihrer Arbeitskollegen viel in unserem Sinn tun können, bedarf keines Beweises. Und auch sie sind gewiß hierzu legitimiert: jede Atombombe, jeder Raketenträger, vergeudet nicht nur wertvolle volkswirtschaftliche Ressourcen, verschlingt nicht nur finanzielle Mittel zu Lasten anderer Gemeinschaftsaufgaben, sie erhöhen auch die Kriegsgefahr und bedrohen unser aller Zukunft.

III

Ein entschiedenes Nein also zum Nachrüstungsbeschluß der NATO ist von der Bundesregierung zu verlangen, auch um den Preis der Kanzlerschaft Helmut Schmidt, aber es reicht nicht aus. Unsere Außenpolitik insgesamt bedarf grundsätzlicher Überprüfung. Sie muß aus einem Anhängsel amerikanischer Weltmachtstrategie zum Element einer europäischen Friedenspolitik werden.

Mit verblüffender Offenheit hat sich vor einiger Zeit der bereits zitierte Mitarbeiter der FAZ Adelbert Weinstein geäußert, als er schrieb: „Für die Insel Amerika ist Europa die strategische Gegenküste, ohne die die Vereinigten Staaten im Zeitalter der raumgreifenden Waffen nicht zu verteidigen sind. Westdeutschland ist in diesem Sicherheitssystem der Brückenkopf, den es für Amerika zu halten gilt."[10]) So mag es in der Tat sein, nur bleibt zu fragen, ob es wirklich auch im Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt, den Brükkenkopf für die Verteidigung der Vereinigten Staaten zu bilden und damit vielleicht das erste Opfer eines neuen Krieges zu werden.

Gegenüber den beiden Weltmächten USA und UdSSR fallen die Staaten Europas, auch die Bundesrepublik Deutschland, sowohl einzeln wie in ihrer Gesamtheit militärisch entscheidend nicht ins Gewicht. Sie sind aber auch in den Kampf der Giganten um die führende Rolle auf dieser Erde durch eigene aktuelle Interessen nicht verwickelt. Nur die Furcht vor einer möglichen Bedrohung durch die Sowjetunion hat sie vor mehr als einem Vierteljahrhundert zu einem militärischen Verteidigungsbündnis, der NATO, zusammengeschlossen.

Aber der militärisch-politische Wert dieses Bündnisses ist im Zeitalter der Entwicklung immer fürchterlicherer Waffen auf allen Seiten laufend fragwürdiger geworden. Die früher vielleicht bedeutsame Nukleargarantie der

9) Max Weber, Schriften zur theoretischen Soziologie, zur Soziologie der Politik und Verfassung, Frankfurt am Main 1947, S. 145 ff., 193 ff., 203.
10) FAZ v. 20. 5. 1981.

Vereinigten Staaten muß als hinfällig angesehen werden, seitdem diese selbst von sowjetischen Interkontinentalraketen getroffen werden können. „Abschreckung" funktioniert, wenn auch der Gegner atomar gerüstet ist, nur solange, als wenigstens die „Zweitschlagskapazität" (second strike capability) erhalten bleibt. Da aber jeder der beiden Gegner – nicht etwa Waffengleichheit, sondern Überlegenheit erstrebt, muß das Wettrüsten immer weiter gehen, solange wenigstens, bis der eine oder andere unter dem Druck der finanziellen Lasten und der dadurch erzeugten sozialen Spannungen aufhört oder zusammenbricht.

In den kleineren europäischen Staaten wird mehr und mehr die Sinnlosigkeit dieses Tuns empfunden. Holland und Belgien sind schon seit längerem, und nicht nur aus finanziellen Gründen, Sorgenkinder der NATO. In Skandinavien wächst die Bewegung zur Schaffung einer atomfreien Zone. Sogar Bundesaußenminister Genscher, einem der Vorkämpfer der „Nachrüstung", scheint allmählich unwohl bei dem Gedanken an die ausschließlich USA-orientierte Politik der Bundesrepublik zu werden: er propagiert eine „politische Union Europas" und will dabei auch einen „Rat für sicherheitspolitische Fragen" schaffen. „Die Notwendigkeit dafür zeigt sich in den immer stärker werdenden Differenzen innerhalb der EG-Länder über die Stationierung der neuen amerikanischen Waffen als Antwort auf die sowjetischen SS-20-Raketen."[11])

Nach Meinungsumfragen befürworteten schon vor Jahresfrist 43% aller Bundesbürger für unseren Staat eine Politik der Neutralität zwischen den USA und der UdSSR[12]). Ich selbst habe in einer kleinen Schrift „NATO-Bündnis oder Neutralität? Plädoyer für eine neue Außenpolitik"[13]) versucht, auf längere Sicht für eine international vereinbarte und garantierte (nicht etwa durch einseitige Kündigung des atlantischen Verteidigungspakts zu erreichende) Neutralisierung der Bundesrepublik zu werben. Auch sonst wird dieser Gedanke bereits mit guten Argumenten vertreten[14]). Er wird, davon bin ich überzeugt, weiter um sich greifen, auch wenn die überwiegende Mehrheit der aktiven Politiker ihm heute noch völlig fernsteht. Großen Auftrieb würde er erhalten, wenn die Sowjetunion sich entschließen könnte, einer militärischen Neutralisierung auch der DDR zuzustimmen.

Vorerst gilt es, das Eigeninteresse Europas und insbesondere der Bundesrepublik Deutschland herauszuarbeiten. Peter Bender, seit fast zwanzig Jahren publizistisch um ein besseres Verhältnis zwischen West und Ost bemüht, hat in seinem neuesten Buch „Das Ende des ideologischen Zeitalters" die „Europäisierung Europas" gefordert[15]). Seinen Ausführungen ist, auch wenn man in Einzelheiten anderer Ansicht sein kann, im Kern voll zuzustimmen.

11) Heinz Stadlmann, FAZ v. 18. 8.1981, S. 3.
12) „Blätter" 6/1981, S. 669.
13) Köln 1981.
14) Ulrich Albrecht, Disengagement, atomwaffenfreie Zone, Neutralisierung, „Blätter" 6/1981, S. 659 ff., 7/1981, S. 809 ff.
15) Berlin 1981, insbesondere S. 249 ff.

Die Bundesrepublik Deutschland kann sich sicher keine Vermittlerrolle im Kampf der Weltmächte anmaßen. Aber sie kann und muß – ebenso wie die übrigen mittleren und kleineren Staaten Europas – ihre eigenen Interessen wahren, indem sie sich allmählich aus dem strategischen Verhältnis der beiden Großmächte löst. „Nicht nur aus dem strategischen Positionskampf der Großen, sondern auch aus deren Rüstungswettlauf auszuscheiden, wird immer mehr nötig für die Europäer."[16])

„Noch für Jahrzehnte wird die Dritte Welt der ‚Balkan' der Weltpolitik bleiben, und die Konflikte zwischen den USA und der Sowjetunion werden dort weitergehen, wenn nicht sogar zunehmen und im äußersten Fall mit Waffengewalt ausgetragen. Für die Europäer, aber nicht nur für sie, ist es eine Existenzfrage, wie weit es gelingt, ihren Kontinent davon freizuhalten."[17])

Anstatt den Rüstungswettlauf der Giganten mitzumachen, sollte Europa, sollte insbesondere die Bundesrepublik wirtschaftlich, kulturell, wissenschaftlich eine möglichst enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion erstreben. Gute Ansätze hierfür sind vorhanden, sie müssen ständig erweitert und vertieft werden. „Sicherheit durch Zusammenarbeit" muß die Parole sein[18]). „Die Sicherheit von morgen gründet sich zu einem wesentlichen Teil darauf, daß Westeuropa für die Großmacht im Osten interessant bleibt"[19]). Hierin eine „Tributwilligkeit" zu sehen, zu der Westeuropa bereit sein müsse, „um wenigstens mit der Freiheit Finnlands überleben zu dürfen"[20]), erscheint mir gründlich verfehlt. Nicht nur sind die Größenordnungen verschieden, nicht nur ist Finnland dem westlichen Kulturkreis voll verbunden geblieben, auch militärisch betrachtet, wäre es durchaus kein Unglück, wenn wir – was allerdings erforderlich wäre – auf eine eindeutig gegen die Interessen der Sowjetunion gerichtete Politik verzichteten.

Einer der besten Kenner der Sowjetunion im Westen, der frühere amerikanische Botschafter im Kreml, George F. Kennan, hat kürzlich auf die besondere Verantwortung Europas im Kampf der Supermächte hingewiesen und gesagt: „Wenn die Verschlechterung des Ost-West-Verhältnisses überhaupt aufzuhalten und umzukehren ist, dann nur dadurch, daß mit Moskau geredet wird. Ich sehe niemanden außer den europäischen NATO-Partnern, der solche Kommunikation derzeit leisten könnte"[21]). Aber das verlangt „durchdachte europäische Konzepte für die Politik des Bündnisses; Warten auf Amerika reicht da nicht aus"[22]). So liegt es in der Tat. Wir brauchen keine neuen Atomwaffen, sondern schöpferische politische Phantasie, Mut zum Widerstand gegen die Parteipolitiker, die sich auf die Generäle verlassen, aber letzten Endes nur den Interessen der Rüstungsindustrie dienen, intellektuelle und moralische Kraft, um neue Wege zu gehen. Noch ist nicht alle Hoffnung verloren.

16) Bender, a.a.O., S. 189.
17) A.a.O., S. 195/6.
18) A.a.O., S. 197 ff.
19) A.a.O., S. 175.
20) So Ernst-Otto Maetzke in einer Besprechung des Buchs von Bender in der FAZ v. 21.7. 1981.
21) „Die Zeit" v. 28. 8. 1981, S. 3.
22) Christoph Bertram, „Die Zeit" v. 21. 8. 1981, S. 4.

Die Begriffe der heutigen Sicherheitspolitik stimmen nicht mehr

Über Null-Option, Gleichgewicht und die unterschiedlichen Sicherheitsinteressen von Amerikanern und Europäern

Von Oskar Lafontaine*)

Ronald Reagan hat mit der ihm eigenen schlichten Offenheit den Europäern noch einmal in Erinnerung gerufen, was das sicherheitspolitische Konzept der „flexible response" für sie bedeutet. Die Reaktionen in den europäischen Ländern und insbesondere in unserem Land können nur erstaunen. Ronald Reagan hat doch nur das gesagt, was eigentlich jeder wissen müßte.

Jeder amerikanische Präsident wird versuchen, so lange wie möglich den Krieg vom eigenen Land fernzuhalten. Erst recht wird er es so lange wie möglich versuchen, einen atomaren Schlag gegen das eigene Land zu vermeiden. Wenn er das nicht täte, müßten die Amerikaner ihn schleunigst in die Wüste schicken.

Es besteht auch überhaupt kein Grund für die Europäer, sich darüber aufzuregen, daß das so ist. Die Menschen sind nun einmal so, daß sie sich nicht ohne Not selber umbringen. Die Reagan'sche Äußerung hat daher im Grunde genommen nur deutlich gemacht, daß die Sicherheitsinteressen der Europäer andere sind als die der Amerikaner. Es wäre gut wenn darüber nicht hinweg geredet würde und wenn die Europäer die zwingende Schlußfolgerung daraus ziehen würden, die heißt:

Wir müssen lernen, unsere eigenen Sicherheitsinteressen zu definieren und sie zur Geltung zu bringen.

Wenn die Großmächte eine bipolare Welt festschreiben wollen, wenn sie ihre Rivalität im kleinsten unterentwickelten Land austragen wollen und wenn sie ihre Außenpolitik, wie George F. Kennan gesagt hat, immer mehr militarisieren, dann müssen die Europäer dagegen halten. Eine eigene Politik ist aber nur möglich, wenn der Nebel, den das Beschwören der westlichen Schicksalsgemeinschaft verbreitet, durchbrochen wird, wenn nicht jeder Ansatz eigenen Denkens als Neutralität oder Antiamerikanismus bezeichnet wird und

*) Landesvorsitzender der SPD Saar. Den nachfolgenden Text stellte Oskar Lafontaine freundlicherweise für den Abdruck in den „Blättern" zur Verfügung. Es handelt sich um das korrigierte Manuskript des Referates, das Lafontaine am 30. Oktober 1981 in Bonn auf einer Konferenz der Gustav-Heinemann-Initiative hielt. Die Überschrift stammt von der Redaktion. D. Red.

wenn nicht jeder, der danach fragt, ob die NATO für alle Zeit als antisowjetisches Bündnis festgeschrieben werden soll, als Feind der NATO bezeichnet wird.

Ich teile hier die Auffassung von Alfred Mechtersheimer – dem die deutsche Friedensbewegung viel verdankt und mit dem wir solidarisch fühlen, wenn er sich angegriffen sieht –, daß diejenigen die größten Feinde der NATO sind, die sie auf ihre Aufgabenstellung nach dem Zweiten Weltkrieg als Antistalinbündnis festschreiben wollen.

Wenn man bereit ist, eigenständiges Denken nicht als Bedrohung des Bündnisses anzusehen, dann muß man erkennen, daß die jetzige NATO-Strategie der „flexible response", die den Einsatz taktischer Nuklearwaffen vorsieht, keine Sicherheitspolitik ist.

Da die NATO als „Theater" oder „Schauplatz" diejenigen Länder definiert, die keine Atomwaffen herstellen, sondern lediglich Stationierungsland sind, bedeutet die NATO-Strategie in Europa für die Bundesrepublik, auf deren Territorium 6000 TNF-Sprengköpfe*) lagern, im Falle eines Krieges den sicheren Tod der Bevölkerung.

Eine Verteidigungspolitik, die der Zivilbevölkerung im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung keine Überlebenschance läßt, ist keine Verteidigungspolitik.

Daher müssen nach meiner Auffassung die TNF-Waffen vom Territorium der Bundesrepublik verschwinden.

Es wäre überhaupt als ein erster Schritt anzustreben, daß die Nuklearwaffen in den Ländern stationiert werden, die sie produzieren.

Ein solcher Schritt wäre ein Segen für die Deutschen in Ost und West und würde das Risiko gerecht verteilen, da es die freie Entscheidung eines jeden Staates ist, Atomwaffen zu produzieren.

Seit der Aussage des damaligen Wehrexperten der SPD-Bundestagsfraktion, Helmut Schmidt, am 22. März 1958: „Der Entschluß, die beiden Teile unseres Vaterlandes mit atomaren Waffen gegeneinander zu bewaffnen, wird in der Geschichte einmal als genauso verhängnisvoll angesehen werden, wie es damals das Ermächtigungsgesetz für Hitler war", hat sich vieles verändert, nur die NATO hat darauf noch nicht reagiert.

Welches sind die Veränderungen?

1. Die TNF-Waffen waren unter anderem auch dazu bestimmt, einen sowjetischen Panzer-Vorstoß aufzuhalten. Mittlerweile gibt es derart verläßliche konventionelle Panzerabwehrwaffen, daß allein von dieser technischen Seite her der Einsatz von TNF-Waffen zur Panzerabwehr überflüssig geworden ist. In letzter Zeit mehren sich in der Fachliteratur Arbeiten, die darauf hinweisen,

*) TNF = Theater Nuclear Forces, d.h. atomare Kurz- und Mittelstreckenwaffen; d. Red.

daß die Kampfpanzer als Kriegsführungsinstrument durch die Entwicklung der konventionellen Panzerabwehrwaffen als überholt anzusehen sind.

2. Die zivile Kernenergie wurde bei uns ausgebaut und soll weiter ausgebaut werden. Die friedliche Nutzung der Kernenergie in ihrer heutigen, gegen Atomwaffeneinwirkung nicht gesicherten Form ist mit einer NATO-Strategie, welche für den Ernstfall *begrenzte nukleare Einsätze* auf unserem Boden androht und herausfordert, unvereinbar.

3. Die nuklearen Sprengsätze sind miniaturisiert worden, und diese technische Entwicklung schreitet weiter voran. Diese technologische Entwicklung wird von vielen so beurteilt, daß dadurch die atomare Schwelle gesenkt wurde. Dies ist ein weiterer Grund, um den Abzug der TNF-Waffen von unserem Territorium zu verlangen.

4. Die Strategie hat sich geändert. Die Sprengköpfe werden nicht mehr nur gegen Städte, sondern infolge der Erhöhung der Zahl und der Erhöhung der Treffgenauigkeit in zunehmendem Maße auf militärische Ziele programmiert. Was dies für ein Land bedeutet, das eine solch große Dichte militärischer Anlagen hat und soviele nuklear bestückte Trägerwaffen besitzt, kann jeder ermessen. Wenn die Feststellung Helmut Schmidts aus dem Jahre 1961 – „Landgestützte Raketen gehören nach Alaska, Labrador, Grönland oder in die Wüsten Libyens oder Vorderasien, keineswegs aber in dichtbesiedelte Gebiete; sie sind Anziehungspunkte für die nuklearen Raketen des Gegners. Alles was Feuer auf sich zieht, ist für Staaten mit hoher Bevölkerungsdichte oder kleiner Fläche unerwünscht" – richtig war, dann ist sie heute im Zeitalter der Strategie gegen Streitkräfte („Counter force-Strategie", d. Red.) doppelt und dreifach richtig. Daher ist das Aufstellen neuer amerikanischer Mittelstrekkenwaffen eine nicht zu vertretende Gefährdung der Zivilbevölkerung.

Die Stationierung dieser Waffen ist auch außenpolitisch nicht verträglich. Als Adenauer es Ende der 50er Jahre ablehnte, amerikanische Mittelstreckenraketen auf deutschem Territorium zu stationieren, die die Zentren der Sowjetunion erreichen können, gab es noch nicht die Entspannungspolitik Willy Brandts. Ist es so schwer zu begreifen, daß nach 10 Jahren Entspannungspolitik es ein schwerer Fehler der deutschen Außenpolitik wäre, amerikanische Raketen in der Bundesrepublik zu stationieren, die die Zentren der Sowjetunion in wenigen Minuten erreichen können?

Die Begriffe, mit denen die heutige Sicherheitspolitik operiert, stimmen nicht mehr

Gleichgewicht

Die 20 Jahre lang gehandelte Formel „Wir wollen Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau" hat sich als unbrauchbar erwiesen. Unter dem Dach dieser Formel sind die nuklearen Arsenale in den letzten 20 Jahren auf unvorstellbare Größenordnungen angewachsen. Diese Formel, auf die man sich ohne Mühe verständigen konnte, hat den Rüstungswettlauf nicht gestoppt, eher hat sie dazu beigetragen, ihn zu forcieren. Bis heute hat niemand defi-

niert, bei welcher Quantität und Qualität der Waffen die Gleichgewichtsformel ihren Sinn verliert. Angesichts der Zahl der atomaren Sprengköpfe und der Entwicklung der Waffentechnologie hat die Formel vom Gleichgewicht ihren Sinn verloren. Es ist sinnlos, in einer Welt, die sich mehrfach vernichten kann, Gleichgewichtsbetrachtungen anzustellen.

Regionale Gleichgewichte

Untauglich ist auch der Versuch, regionale Gleichgewichte aufzustellen. Die Tatsache, daß zwei Großmächte einander gegenüberstehen, verurteilt diesen Versuch von vornherein zum Scheitern. Ganz einfach deshalb, weil amerikanische Raketen in der Bundesrepublik, wenn man die Gleichgewichtsformel ernst nimmt, nur durch sowjetische Raketen in Kuba, Kanada und Mexiko ausgeglichen werden können. Unabhängig davon, führt die Einführung fahrbarer, beweglicher Mittelstreckenwaffen dazu, daß es unmöglich ist, regionale Gleichgewichte zu definieren. Aus der Vorlage an den amerikanischen Kongreß vom Dezember 1980 mit dem Titel „Die Modernisierung der LRTNF-Waffen der NATO" geht hervor, daß ein Drittel der SS-20 auf Europa gerichtet ist, ein Drittel auf Ziele in Asien und daß der Rest hin und her swingt. Würde die Volksrepublik China und würden Japan und Südkorea eine regionale Gleichgewichts-Diskussion führen wie die Europäer, dann müßte die SS-20 3:1 umstellt werden.

Null-Option

In diesem Zusammenhang einige Bemerkungen zur Null-Option. Beim Durchsehen der Äußerungen und Presseberichte stellt man fest, daß jeder etwas anderes darunter versteht. Wenn man Rüstungskontrollabkommen haben will, dann wird man nicht, wenn zwei Großmächte einander gegenüberstehen, von denen die eine eine Landmacht, die andere eine Seemacht ist, nur landgestützte Systeme gegeneinander verrechnen dürfen. Eine solche Verhandlungsstrategie hat schon im Ansatz keine Chance. Wenn man die sowjetische Aufrüstung über Rüstungskontrollabkommen begrenzen will, muß man fairerweise die laufende Aufrüstung der Engländer, Amerikaner und Franzosen außerhalb der NATO-Entscheidung von Brüssel mit in Rechnung stellen.

Ich kann den amerikanischen Generalen nur beipflichten, die nach der Entscheidung Reagans, bis 1989 2 527 seegestützte Cruise Missiles einzuführen, fragen, was die Stationierung von 464 landgestützten Cruise Missiles in Europa noch soll. Sie sind nach meinem Urteil tatsächlich dann nur noch eine sinnlose Verhaftung der Zivilbevölkerung. Die über zweieinhalbtausend seegestützten Cruise Missiles werden logischerweise die Sowjetunion mehr interessieren, als die 464 landgestützten Cruise Missiles, die der NATO-Beschluß vorsieht.

Daher wäre zunächst anzustreben, daß *das nur bis Ende 1981 gültige Zusatzprotokoll zum SALT-II-Vertrag verlängert wird, bis es zu einem neuen ausgehandelten Abkommen, SALT III, gekommen ist.*

Die für uns wichtige Vereinbarung des Zusatzprotokolls heißt: „Die Vertragsparteien verpflichten sich, keine nuklearen oder konventionellen landgestützten Cruise Missiles (GLCM) und seegestützten Cruise Missiles (SLCM) mit Reichweiten über 600 km zu dislozieren. Sie verpflichten sich, keine derartigen Cruise Missiles mit MIRV zu testen."

Das Verlangen, diese Vereinbarung unverzüglich abzuschließen, entspricht der Beschlußlage der SPD. Dieses Zusatzprotokoll, für dessen Verlängerung ich mich einsetze, widerlegt teilweise die weit verbreitete Fehlinformation, die bisherigen SALT-Verhandlungen hätten die sogenannten Grauzonenwaffen ganz ausgeklammert.

Ebenso kurzfristig wäre eine Vereinbarung darüber anzustreben, *daß die Sowjetunion die Zahl der auf Europa gerichteten Sprengköpfe, die von 1970 bis Ende 1978 nach einer Aufstellung des Pentagon konstant war, auf das 78er Niveau zurückführt.*

Dies wäre dann die Nullösung, denn 1978 haben Breschnew und Schmidt noch zu Protokoll gegeben, daß Gleichgewicht besteht.

Werden sich die Sowjets auf diese leicht zu verwirklichende Nullösung einlassen? Werden die Amerikaner dieser Nullösung zustimmen?

Es wäre auf jeden Fall ein Kräftegleichgewicht, das den Segen des Generalsekretärs der KPdSU und des Bundeskanzlers bereits einmal gehabt hat und das den Nachrüstungsteil des NATO-Beschlusses überflüssig machen würde.

Mit beiden Arrangements, der Verlängerung des Protokolls im SALT-II-Vertrag und dem Zurückführen der auf Europa gerichteten sowjetischen Sprengköpfe auf das Niveau von 1978, könnten die Verhandlungen zu SALT III in Ruhe durchgeführt werden.

Obwohl ich, wie man bemerkt haben wird, den Boden meiner eigenen Argumentation verlassen habe, die regionalen Gleichgewichtsbetrachtungen für nicht durchführbar und nukleare Gleichgewichtsbetrachtungen in der gegenwärtigen Situation für sinnlos halte, meine ich, daß auch die Friedensbewegung gut beraten wäre, Lösungsvorschläge anzubieten, die an die Argumentation der Regierenden anknüpfen. Es kommt nämlich darauf an, nicht immer nur über Rüstung und Abrüstung zu reden, Verhandlungen zu führen, um dann doch ungebremst weiter zu rüsten.

Vielmehr muß man die ersten Schritte unternehmen. Die Verlängerung des Protokolls zum SALT-II-Vertrag, das Zurückführen der auf Europa gerichteten sowjetischen Sprengköpfe auf das '78er Niveau, das Nichtaufstellen von Pershing II und Cruise Missiles in Europa wären ein solch erster Schritt, dem weitere Abrüstungsschritte folgen müssen. Man kann der amerikanischen Politik nicht oft genug das Vermächtnis des Führers der Republikaner im amerikanischen Senat Everett Dirksen in Erinnerung rufen, der bei der Verabschiedung des Teststoppvertrages 1963 ausführte: „Ich möchte nicht, daß auf meinem Grabstein geschrieben steht, ‚Er wußte, was in Hiroshima passierte, aber er tat nicht den ersten Schritt.'"

Dichtung und Wahrheit

Zu den Rüstungsvergleichen des Londoner „Internationalen Instituts für Strategische Studien"

Von Nino Pasti

Die Veröffentlichung der amerikanischen Studie „Soviet Military Power" durch den amerikanischen Verteidigungsminister Caspar Weinberger hat der Kritik an Rüstungsvergleichen neue Aktualität verliehen. Aus diesem Anlaß verdient die Analyse von General a.d. Nino Pasti (vgl. „Blätter", 2/1981) Interesse, die Zahlenspiele des Londoner „Internationalen Instituts für Strategische Studien" und der US-Regierung einer kritischen Betrachtung unterzieht. Der folgende Text ist ein Auszug aus einem umfangreicheren Beitrag, der der Studie von Gerhard Kade „Wer bedroht uns? SS-20/Pershing II/Cruise Missiles", Pahl-Rugenstein Verlag, als Anhang beigegeben ist. Das Buch von Gerhard Kade wird gleichzeitig mit diesem Heft ausgeliefert. D. Red.

Es gibt heute in der Welt Beobachtungs-Satelliten mit einem ganzen Spektrum komplizierter fotografisch-elektronischer Ausrüstungen, die mit beachtlicher Genauigkeit die quantitative und qualitative Gesamtheit der Streitkräfte jedes Landes erfassen können. Alle Informationen über die Quantität und Qualität der Streitkräfte der beiden Blöcke, die von all den sich selbst als unabhängig bezeichnenden Agenturen verbreitet werden, stammen daher direkt oder indirekt von den Informationsdiensten der Vereinigten Staaten oder der Sowjetunion.

Diese Informationen haben natürlich nichts mit der tatsächlichen Beschaffenheit der Streitkräfte zu tun, auf die sie sich beziehen. Sie dienen nur dazu, die propagandistischen Thesen der Regierungen der beiden Supermächte glaubwürdig zu machen, um das Wettrüsten zu rechtfertigen und die Verantwortung auf die jeweils andere Macht abzuwälzen. Kein anderes Land kann die tatsächliche Stärke der zur Debatte stehenden Streitkräfte kontrollieren. Frankreich betrachtet die Beobachtungssatelliten als so wichtig, daß es den Bau eines europäischen Satelliten vorgeschlagen hat, um auf diese Weise Propaganda enthüllen und die wirklichen Kräfteverhältnisse erkennen zu können.

Das so oft zitierte Internationale Institut für Strategische Studien in London (IISS) gibt also nur die Informationen wieder, die ihm von den amerikanischen und NATO-Geheimdiensten geliefert werden; es besitzt keine Möglichkeit, die Richtigkeit dieser Informationen zu überprüfen. Sein Ruf als unabhängige Forschungseinrichtung, die exakte Information liefert, ist völlig ungerechtfertigt. Bei verschiedenen Gelegenheiten hat das Institut gezeigt, daß es sich bewußt der Propaganda verschrieben hat. Ich werde das im folgenden mit einigen Beispielen belegen.

Die sowjetische SS-20

Die „Military Balance 1979—1980" des IISS, erschienen im September 1979, kommt nach gründlichem und umfassendem Vergleich aller Kernwaffen der USA, der NATO und der Sowjetunion zu der Feststellung, daß die bis dahin erfolgte Stationierung von mehr als 100 SS-20 das Gleichgewicht nicht beeinträchtigt hat. Die Verfasser schreiben: „Wir kommen daher zu dem Schluß, daß es jetzt etwas gibt, was einer Parität zwischen den operativ-nuklearen Gefechtsfeldwaffen der NATO und denen des Warschauer Paktes sehr nahekommt"[1]). Es heißt weiter: „Würde die Sowjetunion die SS-4- und SS-5-Raketen zurückziehen, so bedeutete dies nach unseren Berechnungen, daß weitere 140 SS-20 als Ersatz für die 590 SS-4- und SS-5-Raketen ausreichend wären. Über diese Zahl hinausgehende Stationierungen würden eine deutliche Erhöhung des Potentials bedeuten und so in absehbarer Zeit die Parität verändern"[2]).

Die Studie präzisiert darüber hinaus, daß es seinerzeit keine Hinweise auf den Abzug der alten SS-4- und SS-5-Raketen gab und daß etwa 50 SS-20 jährlich produziert wurden.

Diese Einschätzung ist sehr wichtig, weil sie ausdrücklich bekräftigt, daß die SS-20 nicht gefährlicher als die alten Raketen sind, wenn für die neuen, eventuell zu stationierenden weiteren 140 SS-20 die 590 alten Raketen abgebaut werden. Mit anderen Worten, die Studie unterstreicht die Tatsache, daß das wesentliche Element des Gleichgewichts die Anzahl der Kernsprengköpfe ist, die konstant bleiben muß. Die 140 neuen SS-20 mit drei Sprengköpfen pro Rakete entsprechen etwa den 590 Sprengköpfen der alten Raketen, die jeweils nur einen Sprengkopf tragen (tatsächlich waren es zu jenem Zeitraum schon weniger als 590, weil ein Teil davon schon abgezogen worden war, wie Präsident Carter und General Jones, der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, bestätigten). Eine weitere wichtige Feststellung der Studie ist, daß die Sowjetunion bei einer jährlichen Produktionsrate von 50 SS-20 etwa drei Jahre benötigen würde, bevor das Gleichgewicht im Bereich dieser Waffen verändert würde.

Die darauffolgende „Military Balance 1980—1981" vom September 1980 verändert jedoch sämtliche Kriterien der Untersuchung und kommt zu der folgenden Schlußfolgerung: „Ohne die Einführung der U-Boot-gestützten Poseidon-Raketen durch die NATO hat der Warschauer Pakt einen globalen Vorteil bei den Kernsprengköpfen von etwa 3,1 : 1, mit den Poseidon-Raketen sinkt dieser Vorteil auf 1,5 : 1".[3])

Zum damaligen Zeitpunkt hatte die Sowjetunion, wie aus der Studie ebenfalls hervorgeht, 160 SS-20 im Vergleich zu den mehr als 100 SS-20 des Vorjahres und 440 SS-4- und SS-5-Raketen im Vergleich zu den 590 des Vorjahres sta-

1) The Military Balance 1979—1980, IISS London, S. 117.
2) Ebd.
3) The Military Balance 1980—1981, IISS London, S. 117.

tioniert. D.h., sie hatte etwa fünfzig SS-20 mehr, eine schon geplante normale Produktion, mit 150 Kernsprengköpfen, und dafür 150 alte Raketen weniger. Die Anzahl der sowjetischen Kernsprengköpfe ist somit unverändert, auch wenn das Londoner Institut immer hinzuzufügen vergißt, daß die Kernsprengköpfe der SS-20 eine viel geringere Sprengkraft als die alten Raketen haben und daß der Austausch die eventuelle nukleare Bedrohung für Europa reduziert.

Diese Untersuchungen sind sehr wichtig, weil sie zwei Dinge zeigen: Erstens hatte Breschnew recht, als er behauptete, die sowjetische nukleare Rüstung werde durch die Einführung der SS-20 nicht erhöht; zweitens zeigt sich, daß das IISS offenbar bereit ist, Berechnungen zu „erfinden", die die Propaganda der amerikanischen Geheimdienste unterstützen, selbst wenn diese Berechnungen von einem Jahr zum anderen wesentlich voneinander abweichen.

Die sowjetischen Landstreitkräfte

Die „Military Balance" von 1969—1970 stellt fest, daß zu dieser Zeit die sowjetische Armee aus 148 Divisionen mit 10500 Soldaten und 180 Panzern pro motorisierter Divisionen sowie 8500 Soldaten und 319 Panzern pro Panzerdivision bestand. Allerdings hatte nur die Hälfte dieser Divisionen ihre volle Stärke, während bei mindestens einem Viertel „größere Anstrengungen" unternommen werden mußten, um sie kampffähig zu machen.

Die „Military Balance" 1980—1981 führt aus, daß die sowjetische Armee über 173 Divisionen mit 14000 Soldaten und 266 Panzer pro motorisierter Division sowie 11000 Soldaten und 335 Panzer pro Panzerdivision verfüge[4]). In 11 Jahren also soll die Sowjetunion ihre Streitkräfte um 25 Divisionen und ca. 16000 Panzer erweitert, gleichzeitig den Personalbestand der vorhandenen Divisionen um 3500 Mann bei den motorisierten und um 2500 Mann bei den Panzerdivisionen erhöht haben. Das wäre tatsächlich eine besorgniserregende Steigerung, die, wenn sie wirklich stattgefunden hätte, mehr als die Verdoppelung der Stärke der sowjetischen Streitkräfte bedeuten würde. Und das vor dem Hintergrund der Feststellung, daß 1969 nur die Hälfte der damals existierenden Divisionen ihre volle Stärke hatte! Die „Military Balance" 1969—1970 schätzt die Streitkräfte der Sowjetarmee auf 2 Millionen Soldaten[5]), während die „Military Balance" 1980—1981 die Stärke der sowjetischen Landstreitkräfte mit 1825000[6]) angibt, eine Verringerung von 9% im Vergleich zu 1969. Um solchen Zahlenspielereien folgen zu können, muß man schon an die Wunder des Evangeliums glauben. Bedarf es noch weiterer Beweise dafür, daß die Einschätzungen des Internationalen Instituts für Strategische Studien wenig mit der Wahrheit zu tun haben und dieses Institut sich zu einem willfährigen Propagandisten des Pentagon und der NATO degradiert hat?

4) The Military Balance 1980—1981, IISS London, S. VII u. S. 10.
5) The Military Balance 1969—1970, IISS London, S. 7.
6) The Military Balance 1980—1981, IISS London, S. 10.

Die „Military Balance" 1980—1981 zählt die Streitkräfte der NATO, Chinas und des Warschauer Paktes auf. Ihre Rechnung führt zu den folgenden Ergebnissen: Gesamtstärke NATO 4897200 Soldaten, China 4450000, Gesamtstärke NATO plus China, also der beiden Hauptgegner des Warschauer Paktes, 9347200, Warschauer Pakt 4669000[7]). Der Warschauer Pakt hat demnach die Hälfte der Soldaten seiner beiden Feinde – NATO und China!

Eine der neueren Publikationen der NATO vom Februar 1981 führt aus, daß die NATO-Streitkräfte eine Gesamtstärke von 5296000 Soldaten haben; danach verfügt die NATO also über 630000 Soldaten mehr als der Warschauer Pakt[8]).

Eine offizielle amerikanische Einschätzung der Stärke der sowjetischen Armee enthüllt der Jahresbericht des damaligen US-Verteidigungsministers Brown zum Verteidigungshaushalt der USA für 1981: „Die sowjetischen Landstreitkräfte bestehen aus ca. 1800000 Mann, wohingegen die US-Armee und das Marine-Korps etwas weniger als 1000000 Männer und Frauen ausmachen. Da die Sowjets mehr als 170 Divisionen im Vergleich zu unseren 19 unterhalten, liegt es auf der Hand, daß die Schlagkraft ihrer Divisionen (oder Divisionsteile) der unsrigen weit unterlegen sein muß. Außerdem halten die Sowjets den größten Teil ihrer Divisionen in einem Stadium unterhalb der operativen Bereitschaft. Nur etwa ein Drittel dieser Divisionen ist voll ausgerüstet. Sie sind hauptsächlich in Osteuropa und entlang der chinesisch-sowjetischen Grenze stationiert. Die restlichen zwei Drittel sind in ihrem Bestand stärkemäßig reduziert oder verfügen nur über die im Mobilmachungsfall erforderlichen Kader. Ihr Prozentsatz an aktivem Personal und an Ausrüstungen ist variabel. Im Mobilmachungsfall muß der Bestand mit Reservisten aufgefüllt werden, von denen viele seit Absolvierung ihres Militärdienstes keine oder nur eine geringfügige Ausbildung erhalten haben. Auf alle Fälle entläßt die UdSSSR jedes Jahr 900000 Soldaten aus der Armee und dies schafft eine Reserve von etwa 4 Mio. Mann, die in den letzten 4 Jahren eine militärische Ausbildung erhalten haben."[9])

Brown vertritt auch die Meinung, daß die sowjetische Luftwaffe in Europa der der NATO unterlegen ist. In dem zitierten Dokument bestätigt er, daß „die Tatsache festzustellen ist, daß die sowjetischen Flugzeuge, ihre Munition, die Ausbildung der Piloten und die Flugtätigkeit sich dem amerikanischen Standard nicht nähern."[10])

Die Behauptungen der Generäle und Politiker, die Furcht vor einem sowjetischen Blitzkrieg verbreiten, weil angeblich die sowjetischen Streitkräfte in wenigen Stunden bis zum Atlantik vordringen könnten, zeugen entweder von offensichtlich bösen Absichten oder unverzeihlicher Ignoranz!

7) Ebd., S. 96.
8) NATO-Brief, Februar 1981, S. 35.
9) Department of Defense, Annual Report Fiscal Year 1981, Harold Brown, Secretary of Defense, S. 101.
10) Ebd., S. 103.

Die taktischen Kernwaffen oder nuklearen Gefechtsfeldwaffen

Wie verschiedene Ausgaben der „Military Balance" wiederholt bestätigt haben, sind 7000 solcher Sprengköpfe, zu denen weitere auf den Flugzeugträgern der angrenzenden Meere kommen, für mehr als 3000 Trägersysteme der NATO in Europa stationiert; ihnen stehen 3500 sowjetische Kernsprengköpfe gegenüber, die sämtlich auf dem Territorium der Sowjetunion stationiert sind. Auch auf diesem Gebiet, wie auf anderen, hat die NATO doppelt soviel an Rüstung wie die UdSSR. Man muß jedoch in Betracht ziehen, daß die Trennung zwischen Gefechtsfeld- und strategischen Waffen, die sich auf die Reichweite der Trägersysteme begründet (strategische sind solche mit einer größeren Reichweite als 5500 km, taktische oder Gefechtsfeldwaffen haben eine geringere Reichweite), ungerechtfertigt ist und nur der Verwirrung der Öffentlichkeit dient, da diese Differenzierung der Geographie nicht Rechnung trägt. Während nämlich die sowjetischen Gefechtsfeldwaffen, die alle auf sowjetischem Territorium stationiert sind, die Vereinigten Staaten nicht erreichen können, vermögen die in Europa stationierten NATO-Waffen, auch wenn ihre Reichweite weit unter 5500 km bleibt, die Sowjetunion in der Tiefe ihre Territoriums zu treffen, d.h. sie sind in Wirklichkeit strategische Waffen. Das neue Flugzeug Panavia-Tornado, von dem in Europa mehr als 800 Stück gebaut werden sollen, ist ein nukleares Trägermittel mit strategischem Eindringvermögen, das alle in Europa stationierten Atombomben in strategische Kernwaffen verwandelt.

Die Abkommen von Wladiwostok aus dem Jahre 1974 sahen vor, daß die Gefechtsfeldwaffen, die die Sowjets richtiger als vorgeschobene Kernwaffensysteme bezeichnen (FBS nach den Anfangsbuchstaben des englischen Begriffs Forward Based Systems), keine Reichweite haben dürfen, mit der sie die Sowjetunion erreichen können.

Auf der Pressekonferenz am 24. November 1974 in Wladiwostok erklärte Kissinger auf Fragen von Journalisten, warum denn Breschnew keinerlei Kompensation für die FBS gefordert habe: „Bekanntlich wollte die Sowjetunion, daß die Forward Based Systems insgesamt einbezogen werden sollten, und dies war in der Vergangenheit eines der größten Hindernisse für einen Vertragsabschluß. Der in den letzten Monaten erzielte Fortschritt besteht darin, daß die Sowjetunion allmählich auf die Forderung nach einer Kompensation für die FBS verzichtete, teilweise aus dem Grunde, daß die meisten, und wie ich meine, alle diese Systeme nicht für eine nennenswerte Attacke gegen die Sowjetunion geeignet sind."[11]) Heute werden die Abkommen von Wladiwostok ungeniert verletzt. Schließlich bleibt noch festzustellen, daß Kissinger damals diese Systeme mit ihrem richtigen Namen – Forward Based Systems – bezeichnete. Erst später hat die NATO die Bezeichnung Gefechtsfeldwaffen *erfunden*, um die Öffentlichkeit damit zu verwirren.

Die Gefechtsfeldwaffen interessieren die europäischen Länder direkt, einmal

11) Daily Wireless File, United States Information Service, Embassy of the United States of America, Jhrg. IV, November 26, 1974.

deshalb weil sie in Wahrheit immer mehr zu strategischen Waffen werden und die beträchtliche amerikanische strategische Überlegenheit weiter erhöhen, zum anderen auch, weil sie auf ausschließlich amerikanische Entscheidung hin zum Einsatz kämen, ohne daß die europäischen Regierungen noch die Möglichkeit eines Vetos hätten. Anders gesagt, die Amerikaner können unsere Länder nach Belieben in nukleare Schlachtfelder verwandeln und den Krieg in Europa lokalisieren – selbst aus Gründen, die nichts mit der Verteidigung Europas zu tun haben. Wahrscheinlich werden wir erst dann erfahren, daß von unserem Territorium aus eine Kernwaffe zum Einsatz gebracht wurde, wenn der Warschauer Pakt mit einer auf unser Territorium niedergehenden Kernwaffe reagiert. Den NATO-Festlegungen zufolge sollen nämlich präventive Konsultationen nur dann stattfinden, „wenn Zeit und Umstände solche Konsultationen zulassen"[12]).

Die Strategie der „flexible response" – d.h. der flexiblen Vergeltung –, die uns als eine Strategie mit der Aufgabe vorgestellt wird, den allgemeinen Kernwaffenkrieg zu verhindern, der zur Zerstörung der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion führen würde, bedeutet in Wahrheit nur die „Begrenzung" des nuklearen Krieges auf Europa, das heißt die Zerstörung Europas, um die Vereinigten Staaten zu retten!

Die strategischen Kernwaffen

Ohne die sogenannten nuklearen Gefechtsfeldwaffen (die in Wahrheit strategische Waffen sind) und die geplanten Euroraketen, die ebenfalls strategischen Charakter tragen, in Rechnung zu stellen, heißt es in der „Military Balance" 1979–1980: „Es gab eine bescheidene Verringerung in der Gesamtanzahl der amerikanischen Trägersysteme (2270 im Jahre 1979, 2142 im Jahre 1980), obwohl sich die Anzahl der verfügbaren nuklearen Sprengköpfe im gleichen Zeitraum verdoppelte (11000)."[13])

Die „Military Balance" 1980—1981 schreibt ein Jahr später: „Der Gesamtbestand der amerikanischen strategischen Sprengköpfe beträgt 7301, das sind 364 weniger als im vergangenen Jahr. Diese Reduzierung ergibt sich aus der Ausgliederung von Polaris-Raketen, der A-3, und der B-52 (Bomber)."[14]) Ich kann einfach nicht begreifen, durch welche wundersame arithmetische Operation die 1979 existierenden 11000 nuklearen Sprengköpfe auf 7301 reduziert wurden, wenn man 364 Einheiten abzieht!

Vielleicht findet man die Erklärung dieses Wunders in der offiziellen Erklärung des damaligen Verteidigungsministers Brown bei der Vorlage des Haushaltes für 1981. Brown behauptet, daß Anfang 1980 die Anzahl der nuklearen strategischen Sprengköpfe der Vereinigten Staaten 9200 und die der Sowjetunion 6000 betrug[15]). Das heißt, Brown reduziert die von „Military Ba-

12) NATO Facts and Figures, Oktober 1978, S. 107.
13) The Military Balance 1979—1980, IISS London, S. 3.
14) The Military Balance 1979—1980, IISS London, S. 109.
15) Department of Defense, Annual Report Fiscal Year 1981, Harold Brown, Secretary of Defense, S. 89.

lance" vorher gegebenen Einschätzungen um 2000. „Military Balance" setzt natürlich im Jahr darauf auf eigene Faust die Reduzierung infolge der Richtungsänderung der amerikanischen Propaganda fort.

Brown fügt jedoch in dem oben zitierten Dokument hinzu, daß „während das amerikanische strategische Modernisierungsprogramm durchgeführt wird (mit dem Bau der neuen mobilen MX-Raketen, der neuen Trident-U-Boote und der neuen Cruise Missiles), der amerikanische Vorsprung bei nuklearen Sprengköpfen wächst, während der sowjetische Vorteil im Megatonnage-Äquivalent (nukleare Zerstörungskraft) abnimmt oder verschwindet. Und das trotz der bedeutenden sowjetischen Modernisierung"[16]).

Die „Military Balance" scheint diese Präzisierung, die im übrigen von großer Bedeutung ist, vergessen zu haben. Dieses „Vergessen" scheint mir besonders bemerkenswert zu sein, wenn man in Rechnung stellt, daß die „Military Balance" 1977—1978 ausführte, daß „sich mit der Einführung der Trident-U-Bootstreitmacht die Gesamtzahl der nuklearen Sprengköpfe Anfang 1980 der Anzahl von 14000 nähern wird (10000 bei den ICBM und SLBM, den land- und U-Boot-gestützten Raketen)"[17]). Es ist demzufolge völlig unzutreffend, daß die Vereinigten Staaten ihre nuklear-strategische Rüstung intensivieren müssen, um die sowjetische Aufrüstung auszugleichen. Die Wahrheit ist vielmehr, daß Amerika die nuklear-strategische Überlegenheit über die Sowjetunion erringen will. Sie soll die Erpressung der Sowjetunion oder, wenn notwendig, die Führung eines „begrenzten" Kernwaffenkrieges in Europa ermöglichen, um ein für allemal den Kommunismus in der Welt durch einen nuklearen Überraschungsangriff zu zerschlagen und dann unangefochten auf unserem Planeten zu herrschen. Das ist der wirkliche Sinn und Zweck der neuen amerikanischen Strategie.

Die Militärhaushalte

Die Dollarangaben über das sowjetische Budget werden von der CIA vorgenommen und von den interessierten Kräften in der NATO natürlich ohne Diskussion akzeptiert, obwohl die CIA ausdrücklich zugibt, daß diese Einschätzungen mit groben Fehlern behaftet sind. Das Verfahren der CIA geht von einer Kostenberechnung für die sowjetischen Streitkräfte und ihre Aktivitäten aus, die für vergleichbare Streitkräfte in den USA entstehen würde. Der erste Fehler besteht in der Berechnung der Personalkosten, indem für die sowjetischen Wehrpflichtigen die Kosten für die Freiwilligen in den US-Streitkräften zugrunde gelegt werden. Der zweite Fehler liegt in der Einschätzung der Quantität und Qualität des Kriegsmaterials der sowjetischen Einheiten. Man braucht auf diese Weise nur diese Kostenschätzungen, für die es keinerlei Kontrollmöglichkeiten gibt, zu erhöhen, um beliebig die Angaben über den sowjetischen Militärhaushalt steigern zu können.

In den Vereinigten Staaten gab es viel Kritik an diesem Berechnungsverfah-

16) Ebd., S. 129.
17) The Military Balance 1977—1978, IISS London, S. 3.

ren, so daß die CIA gezwungen war, zuzugeben: „Die Glaubwürdigkeit unserer Einschätzungen hängt ab von der Präzision und Exaktheit der Schätzungen der sowjetischen Aktivitäten und von dem auf die Grunddaten angewendeten Kostenfaktor. Kurz und gut, wir glauben, daß wir uns bei den für die Verteidigungsaktivitäten geschätzten Dollarkosten im laufenden Zeitraum um nicht mehr als 10 % und im vorangegangenen Jahrzehnt um nicht mehr als 15 % geirrt haben. Obwohl sich dieses Urteil auf statistische Techniken stützt, enthält es jedoch viele subjektive Elemente"[19]). Also glaubt kein ernsthafter Mensch an die Einschätzungen der CIA, die, wie ich im folgenden noch aufzeigen werde, nur der Propaganda dienen.

Ernsthafte Einschätzungen der Budgets der NATO und des Warschauer Paktes liefert hingegen das SIPRI, das Internationale Institut für Friedensforschung in Stockholm, ein wahrhaft neutrales, ausschließlich von der schwedischen Regierung finanziertes Institut. Das Institut widmet den drei Beschuldigungen, die für gewöhnlich gegen die Sowjetunion im Zusammenhang mit ihrem Militärhaushalt erhoben werden,große Aufmerksamkeit, nämlich dem Militärhaushalt 11 bis 13 % des Bruttosozialproduktes zu widmen, den Militärhaushalt jährlich um 3 % zu erhöhen sowie mehr als die Vereinigten Staaten für militärische Zwecke auszugeben. Das SIPRI kommt zu folgendem Schluß: „Es besteht kein Zweifel daran, daß die Einschätzung des sowjetischen Militärkomplexes auf der Grundlage der amerikanischen Preise ein absolut ungültiges Verfahren für einen vernünftigen Vergleich zwischen den USA und der UdSSR ist . . .[20]). Hier haben wir drei Beispiele dafür, auf welche Weise sehr fragwürdige vergleichende Angaben über Militärausgaben von den Teilstreitkräften als Druckmittel benutzt werden, um so ihren Anteil an der Budgetzuteilung zu erhöhen. Behauptungen werden als ‚bekannte Tatsachen' dargestellt, obwohl sie keineswegs bekannte Tatsachen sind. Mancher von jenen, die diese Behauptungen aufstellten, wußte, wie fragwürdig sie sind. Die meisten, die sie dann aus zweiter Hand benutzten, akzeptierten sie, ohne zu diskutieren, und so wurden sie zu einem Teil des nunmehr standardisierten Denkschemas."[21]) Das SIPRI schätzt die Militärausgaben der NATO und Chinas im Jahre 1979 auf das Doppelte der Militärausgaben des Warschauer Paktes[22]).

Die neue Reagan-Administration hat für die nächsten 5 Jahre 1,5 Billionen Dollar für die Verteidigung gefordert. In der Vergangenheit war die Billion eine Maßeinheit für astronomische Schätzungen, heute ist die Billion die – ebenfalls astronomische – Maßeinheit für die amerikanischen Militärbudgets!

Die Bevölkerung der Sowjetunion hat die Befreiung der Welt von der faschistischen Tyrannei mit 20 Millionen Toten sowie ungeheuren materiellen Ver-

19) Soviet and US Defense Activities 1970—1979, A Dollar Cost Comparison, Ausgabe Januar 1980, S. 2.
20) SIPRI Yearbook 1979, Stockholm International Peace Research Institute, S. 29.
21) Ebd., S. 31.
22) SIPRI Yearbook 1980, Stockholm, S. XVIII.

lusten gegenüber 352899 Toten[23]) auf amerikanischer Seite bezahlt. Für die Sowjetunion war der Krieg eine schreckliche Tragödie, für die Vereinigten Staaten ein kolossales Business.

Schlußfolgerungen

1. Der Warschauer Pakt gibt für seine Streitkräfte die Hälfte dessen aus, was seine Hauptfeinde, die NATO und China, ausgeben.

2. Der Warschauer Pakt verfügt über die Hälfte der Streitkräfte seiner beiden Hauptfeinde, der NATO und Chinas.

3. Die Vereinigten Staaten haben 50% mehr strategische nukleare Sprengköpfe als die Sowjetunion; und diese Überlegenheit verstärkt sich mit der Stationierung der neuen amerikanischen Waffensysteme beträchtlich.

4. Die Euroraketen – Pershing II und Cruise Missile – sind strategische Waffen, die die schon erhebliche amerikanische Überlegenheit gefährlich steigern.

5. Die SS-20 sind Gefechtsfeldwaffen, die an die Stelle der alten Raketen treten und die Gefahr für Europa nicht erhöhen, sondern sie vielmehr verringern, weil sie mit nuklearen Sprengköpfen ausgerüstet sind, die nur $^1/_7$ der Schlagkraft der alten Sprengköpfe besitzen.

6. Die neue amerikanische Strategie des „begrenzten Krieges" bereitet einen Präventivkrieg der Vereinigten Staaten vor, der *nur* auf Europa begrenzt bliebe.

7. Die Vereinigten Staaten haben in Europa das Doppelte der sowjetischen nuklearen Gefechtsfeldwaffen stationiert. Ein wachsender Anteil der NATO-Gefechtsfeldwaffen sind in Wahrheit strategische Waffen und tragen dazu bei, die Überlegenheit zu schaffen, die die Amerikaner für einen Sieg in einem begrenzten Kernwaffenkrieg für notwendig erachten.

8. Alle vom Londoner Internationalen Institut für Strategische Studien herausgegebenen und von den westlichen Presseagenturen übernommenen Daten dienen der Rüstungspropaganda der USA und der NATO.

23) Documents on American Foreign Relations, Vol. VIII, July 1, 1945—December 31, 1946, The World Peace Foundation by Princeton University Press, S. 124.

Die politische Lage in Großbritannien zur Halbzeit der Regierung Thatcher

Von Werner Glinga

Premierministerin Margaret Thatcher entledigte sich im September dieses Jahres vor Beginn der zweiten Hälfte ihrer fünfjährigen Legislaturperiode einer Reihe ihrer Kritiker im Kabinett. An „TINA" solle offenbar unerschütterlich festgehalten werden, spöttelte Sir Ian Gilmour, ein prominentes Opfer der Regierungsumbildung und als „Weichling" bezeichneter Gegner von TINA. TINA wurde zur Bezeichnung für das immer wieder neu bekräftigte Credo von Margaret Thatcher: There Is No Alternative!

Die britische Premierministerin zeigt nicht die geringste Bereitschaft, ihren bisherigen Kurs aufzugeben. Im Gegenteil: das neue Kabinett ist noch stärker als vorher mit rechtsgerichteten Gefolgsleuten besetzt. Margaret Thatcher nennt ihre Regierungsmannschaft „a conviction cabinet", ein Kabinett von Überzeugten. Auf die Aufforderung des ehemaligen konservativen Premierministers Edward Heath, zu einer Politik des Konsens zurückzukehren, entgegnete sie, Konsens käme einer „Aufgabe aller ihrer bisherigen Auffassungen, Grundsätze und Wertbegriffe" gleich. In einem Rundfunkinterview sagte sie sogar, sie verstehe nicht, was der Begriff Konsenspolitik bedeute: „Was ist Konsenspolitik? Die Leute haben unterschiedliche Ansichten, aber ich vermag nicht zu sehen, wie irgendjemand mit meiner Politik nicht einverstanden sein kann . . ."[1])

1. Monetarismus in der Praxis

Die Regierung Thatcher hat seit der Vorlage ihres ersten Staatshaushaltes 1979 ein Moment zur allbeherrschenden Frage ihrer Wirtschaftspolitik gemacht: die Kontrolle des Geldes! Ministerielle Verlautbarungen drehen sich im wesentlichen nur um bestimmte monetäre Kennziffern, wenn es darum geht, eine Einschätzung der Erfolge und Mißerfolge der Wirtschaft zu geben. Die Verabsolutierung der Fragen des Geldumlaufes, des Geldverfalls und der Kreditaufnahme im Denken der Neuen Rechten um Margaret Thatcher hat dazu geführt, daß Arbeitslosigkeit und Entindustrialisierung als hiervon abgeleitete Probleme betrachtet werden. Die konservative Regierung sieht ihre Aufgabe fast ausschließlich in der Kontrolle der Geldmenge – „sound money" lautet das Zauberwort –, und die Lösung aller übrigen Wirtschaftsschwierigkeiten erhofft man sich durch die Gesundung des Marktes.

Wenn die Regierung somit ihre Politik nicht an Kriterien wie 3 Millionen Arbeitslosen und Ausbruch innerstädtischer Unruhen gemessen sehen möchte,

1) Heath Challenge to Thatcher, in: „Daily Telegraph" v. 7. 10. 1981, und: Be humble, Thatcher tells Heath, in: „The Times" v. 10. 9. 1981.

welche Erfolge kann sie dann auf ihrem eigenen monetären Terrain verbuchen? 4–8% lautet jene magische Zuwachsrate für den Geldumlauf, die sich die Regierung seit 1979 als Ziel gesetzt hat und die sie bis zu ihrem letzten Amtsjahr 1984 erreichen will. Schatzkanzler Geoffrey Howe hatte für 1979 eine Zuwachsrate von 7–11% prognostiziert, in Wirklichkeit aber belief sie sich auf 14%. 1980 stieg die Zuwachsrate gar auf 20%. Niemand geht zur Zeit davon aus, daß sie auf die geplanten 11% für dieses Jahr sinken wird. Ähnliches gilt für die gesetzten Kennziffern in der öffentlichen Kreditaufnahme. 8,5 Mrd. Pfund sollte diese für das laufende Geschäftsjahr betragen. Die Bank of England geht davon aus, daß sich die öffentlichen Anleihen auf 12,5 Mrd. Pfund belaufen. Fast 50% mehr als vorgesehen!

Noch absurder erscheint das Zahlenspiel im Bereich Inflation. 10,3% betrug die Inflationsrate im Mai 1979 bei Regierungsantritt. Nach Erhöhung der Mehrwertsteuer von 8% auf 15% stand sie ein Jahr später bei 21,9%. Der Regierung wird es vermutlich noch nicht einmal gelingen, die Rate bis zum Ende ihrer Legislaturperiode wieder auf den Stand von 1979 zu bringen. Diese Zahlen verdecken sogar noch die weit höhere Preissteigerung bei einigen wichtigen Konsumgütern und Dienstleistungen: in zwei Jahren ist die Briefgebühr über 60% gestiegen, ein städtischer Telefonanruf über 40%, Elektrizität 60%, Bier 43%, Eisenbahn 40%, Zahnbehandlungsgrundgebühr 80% und Rezeptgebühr 300%. Die Regierung Thatcher hat das Preisgefüge bewußt nach ihrer Ansicht „marktgerecht" verändert.

Unmittelbarer Nutznießer der monetaristischen Politik ist aber das Finanzkapital. Einer der ersten Schritte der konservativen Regierung bestand in der Abschaffung der Kapitalexportkontrollen. Zwischen 800 und 900 Mio. Pfund werden seitdem monatlich im Ausland investiert, insbesondere in den USA und in Japan wegen der günstigen und stabilen Anlagebedingungen. Die Gesamtsumme der Bankguthaben britischer Staatsbürger im Ausland ist seit Aufhebung der Kontrollen auf 10 Mrd. Pfund gestiegen. All diese Summen gehen der britischen Wirtschaft verloren. Aus dieser Tatsache darf allerdings nicht der Schluß gezogen werden, daß Margaret Thatcher mit ihrer monetaristischen Politik allein das Finanzkapital begünstigen will. Ihre Politik zielt der Intention nach auf eine direkte Wiederbelebung der Wirtschaft, nur auf eine Art und Weise, wie sie der sozialpartnerschaftlichen Ideologie der alten Konsenspolitik früherer Konservativer und Labourregierungen überhaupt nicht mehr entspricht. Die monetaristische Methode des wirtschaftlichen Wiederaufschwungs zeigt derartig brutale Züge, daß der Beiname „Eiserne Lady" für Frau Thatcher nur zu gerechtfertigt ist. In einem Artikel über die Abschaffung der Kapitalexportkontrollen weist die „Times" auf die Gründe für die Maßnahme hin, allerdings verschleiert im Jargon des Finanzkapitals: „Eines der wirtschaftlichen Ziele, die die Aufhebung der Kapitalexportkontrolle beinhaltet, besteht darin, den Kapitalanleger in Großbritannien zu zwingen, die Rendite auf das Weltniveau anzuheben."[2]) Für die monetaristi-

2) Why the British Investor is hawking his money around the world, in: „The Times" v. 14. 9. 1981.

sche Methode, die britische Wirtschaft nach rein kapitalistischen Gesichtspunkten wettbewerbsfähig zu machen, gibt es nach Ansicht von Margaret Thatcher keine Alternative. Ihr Rezept ist einfach: eine Firma, die ohne Staatshilfe nicht überleben kann, muß ihrem Konkurrenten Platz machen. Wenn die Profitrate für Anleger zu niedrig ist, wird das Ausbleiben des Kapitals die Arbeiterschaft von allein dazu bringen, Lohneinbußen zu akzeptieren.

2. Erneuerung durch Privatisierung

Alle früheren Versuche einer Modernisierung der britischen Wirtschaft scheiterten nach Ansicht von Margaret Thatcher an der Konsenspolitik ihrer Vorgänger im Amt des Premierministers. Soziale Erwägungen führten zu halbherzigen Reformen, und staatliche Subventionen verschleierten die wirtschaftlich ungesunde Basis vieler Unternehmen. Um wieder konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt zu werden, so Frau Thatcher, „müssen insbesondere die Industrieunternehmen einen Großteil ihres überschüssigen Personals abbauen und die Produktivität tatsächlich steigern . . . Die Industrie muß genau das tun, was Jahr für Jahr aufgeschoben wurde"[3]).

Margaret Thatcher will aber nicht nur wirtschaftlich den bisherigen Trend umkehren, sondern auch gesellschaftlich: „Was mir an der Richtung der Politik der vergangenen 30 Jahre nicht gefällt, ist die Tatsache, daß wir immer mehr auf eine kollektivistische Gesellschaft zusteuerten . . . Aus diesem Grunde ging es mir von Anfang an nicht um wirtschaftliche Fragen, sondern um eine Veränderung der ganzen Einstellung. Die Wirtschaft ändern heißt eigentlich, diese Einstellung ändern . . . Die Wirtschaft ist die Methode, das Ziel ist die Veränderung des Herzens und der Seele der Nation."[4])

Wirtschaftspolitik: Das Kernstück der Veränderungen im Wirtschaftsbereich ist die Reduzierung des staatlichen Sektors, und zwar sowohl in der Industrie als auch in den öffentlichen Dienstleistungen. Der neue Industrieminister Patrick Jenkins erklärte, ob im Energiesektor, im öffentlichen Verkehr oder im Post- und Fernmeldewesen, die Jahre der gesetzlich verankerten Monopolstellung seien vorüber. Der „kalte Wind der Konkurrenz" müsse blasen, damit diese Industriezweige, die vor den „Realitäten des Lebens so lange geschützt waren, aus der Rezesssion wettbewerbsfähiger und gesünder" hervorgingen. Im Postwesen ist zum Beispiel als erster Schritt allmählicher Reprivatisierung von Zweigbetrieben der Telefonbereich administrativ abgetrennt worden.

Diese Strategie, die beherrschende Stellung staatlicher Unternehmen zunächst durch den Verkauf von Teilbereichen zu untergraben, soll auch bei anderen Gesellschaften angewandt werden: bei der Luftfahrtgesellschaft *British Airways,* die ebenso wie die *National Bus Company* private Konkurrenz auf den gewinnbringenden Routen erhält, bei *British Gas,* die ihre Verkaufsstellen für Küchenherde, Heizungen und Kühlschränke verliert, bei der *British*

3) Mrs. Thatcher: the first two years, Interview with R. Butt, in: „Sunday Times" v. 3. 5. 1981.
4) Ebd.

National Oil Corporation, die ihre Majoritätsrechte in der Nordseeförderung einbüßt, oder bei *British Rail,* die ihre Hotelketten oder andere Liegenschaften, sowie den Fährbetrieb *Sealink* abgeben muß. Selbst die staatlichen Forste werden zur Zeit geprüft, ob sie sich nicht vermarkten lassen. Ein entsprechendes Gesetz ist bereits verabschiedet, und von Gewerkschaftsseite wurde darauf hingewiesen, daß der Gesetzestext keine Garantien für den weiterhin ungehinderten Zugang der Öffentlichkeit zu den verkauften Wäldern enthält. Der Korrespondent des „Guardian" berichtet in einem Artikel hierzu, daß auch Präsident Reagan inzwischen die Bäume als eigentliche Umweltverschmutzer ausgemacht habe . . .

Sozialpolitik: Die britische Wirtschaft leide nicht an ungenügenden Investitionen, erklärte Frau Thatcher vor dem britischen Arbeitgeberverband CBI, sondern an ungenügenden Renditen. Die niedrige Arbeitsproduktivität sei in erster Linie Folge überhöhter Lohnforderungen und einer Beschäftigungspolitik, die nicht auf der Grundlage marktwirtschaftlicher Gesichtspunkte beruhe. Die bereits erfolgte drastische Verkleinerung der Stahlindustrie hört sich in Frau Thatchers Worten so an: „Wir haben in der Stahlproduktion eine Menge grundsätzlicher Maßnahmen durchgeführt. 70 000 Entlassungen. Es ist richtig, daß uns das etwas gekostet hat. Aber wir stecken einfach kein Geld mehr in die Stahlwirtschaft ohne Rücksicht auf ihre Leistung."[5]) Für die konservative Regierung ist die Arbeitslosigkeit eine notwendige Begleiterscheinung des wirtschaftlichen Gesundungsprozesses. Überzählige Arbeitsplätze bremsen die Regenerierung der Wirtschaft. Ein anderer Grund für die hohe Arbeitslosigkeit sei die Tatsache, daß zu hohe Löhne gefordert würden. Bisherige Regierungen hätten dem Druck der Arbeiter nachgegeben; sie sei auch hier gewillt, unnachgiebig zu bleiben: „Einige Leute haben sich selbst um ihre Marktposition gebracht, indem sie meinten, sie müßten, komme was wolle, mehr Geld haben. Sie haben sich zuweilen ihre eigene Arbeitslosigkeit geschaffen . . . Diesen Leuten sage ich, macht mich nicht dafür verantwortlich. Es ist eure eigene Schuld."[6])

In den Augen von Frau Thatcher macht die britische Wirtschaft zur Zeit unter ihrer Leitung eine Periode des „drastic adjustment" durch, eine Roßkur, die eher zu mild als zu harsch sei. Sie hat ihre Politik einmal mit einer Antibiotika-Kur verglichen, die nur dann wirksam sei, wenn sie bis zu Ende durchgeführt werde. Die Kabinettsumbildung im September brachte einen weiteren Rechtsruck und signalisiert die Entschlossenheit der Regierung, ihren bisherigen Kurs noch drastischer zu verfolgen. Als wesentliches Hindernis bei der Reorganisierung von Kapital und Arbeit betrachten die Konservativen die Gewerkschaften. Frau Thatcher bewundert die Lage in der Bundesrepublik; dort wüßten die Beschäftigten, daß ihre Arbeitsplätze nicht von der „Loyalität zu ihrer Gewerkschaft, sondern zu ihrem Unternehmen" abhängen. Der bisherige Arbeitsminister James Prior hatte versucht, eine direkte Beschneidung der Gewerkschaftsrechte vorläufig zu vermeiden. Die Erfahrungen der

5) Ebd.
6) Ebd.

Heath-Regierung hatten nach Ansicht von Prior gelehrt, daß eine unbedachte Konfrontationspolitik gegen die Gewerkschaften eine Bumerangwirkung haben könnte. Der neue Arbeitsminister Norman Tebbit qualifiziert derartige Ansicht als „doctrine of appeasement" ab, als Beschwichtigungsdoktrin. Als erstes möchte er die von der Labourregierung 1974 eingeführte Immunität der Gewerkschaften vor gerichtlicher Verfolgung bei Arbeitskämpfen abschaffen. Bestimmte Streikaktionen oder Streikaufrufe könnten damit erneut den Tatbestand einer kriminellen Handlung erfüllen. Zweitens soll der immer wieder aufgeschobene Plan verwirklicht werden, den „closed shop" – die in einigen Firmen und kommunalen Dienstleistungsbetrieben bestehende Pflichtmitgliedschaft in Gewerkschaften – für illegal zu erklären. Drittens schließlich soll die politische Macht der Gewerkschaften in der Labour Party dadurch geschwächt werden, daß affiliierte Mitgliedschaft zu dieser Partei nur noch auf ausdrücklichen Antrag möglich ist. Bislang gilt eine gegenteilige Regelung: die affiliierte Mitgliedschaft zur Labour Party ist in vielen Gewerkschaften automatisch im Beitrag enthalten. Will man als Einzelmitglied nicht der Labour Party angeschlossen sein, muß dies ausdrücklich beantragt werden.

Die hohe Arbeitslosigkeit und die schlechte allgemeine wirtschaftliche Lage haben die Position der Gewerkschaft bereits merklich geschwächt, und die Regierung hält die derzeitige Situation zweifellos für geeignet, ihre im Regierungsprogramm 1979 angekündigte neue Gewerkschaftsgesetzgebung jetzt in vollem Umfang einzubringen.

Außenpolitik: Margaret Thatcher hat außer den Simbabwe-Unabhängigkeitsverhandlungen keine bedeutenden Initiativen in der Außenpolitik gezeigt. In fast allen wichtigen Fragen der internationalen Politik folgt die britische Regierung zur Zeit eng den Vereinigten Staaten. Obwohl sie sich unermüdlich zur Europäischen Gemeinschaft bekennt, zeigt sie in der Praxis wenig Übereinstimmung mit den außenpolitischen Positionen der EG, insbesondere zur Nahostfrage und zum Problem Südafrika. In Kuweit erklärte Frau Thatcher ohne diplomatische Rücksicht auf ihre arabischen Gastgeber im September dieses Jahres, die PLO käme als Verhandlungspartner nicht in Frage, weil sie Verbindungen zum Terrorismus habe und die Israelis ins Meer treiben wolle.

Bei der Abstimmung in den Vereinten Nationen über den Einfall südafrikanischer Truppen in Angola Anfang September hat sich Großbritannien durch Enthaltung dem Veto der USA angeschlossen und damit die Sicherheitsratsresolution, in der die südafrikanische Aggression verurteilt wurde, zu Fall gebracht. Nachdem die Commonwealthkonferenz in Melbourne im Oktober das Apartheidregime als kriminell gebrandmarkt hatte, distanzierte sich Frau Thatcher auf einer anschließenden Pressekonferenz indirekt von dem entsprechenden Kommuniqué und sprach sich für einen „Dialog mit Südafrika" mit der Begründung aus, man solle die „progressiven Veränderungen im Apartheidsystem" begrüßen. In ihrer Haltung gegenüber den sozialistischen

Ländern bekundet die konservative Regierung aggressive Feindseligkeit. Das geplante nukleare Aufrüstungsprogramm übersteigt bei weitem die Verteidigungsbedürfnisse Großbritanniens. Die Regierung will die neueste Version der Trident-Atomraketen vom Typ D 5 mit einer Reichweite von 10 000 km anschaffen und sieht für die kommenden 12 Jahre 6 Mrd. Pfund Kosten für die neuen Atomwaffensysteme und zugehörigen Unterseeboote vor.

3. *Konservative Philosophie der Krise*

Die gesellschaftlichen Folgen der Politik von Margaret Thatcher bedeuten in erster Linie eine Vertiefung der Klassengegensätze. Die derzeitige Krise trifft nicht die Gesamtgesellschaft. Dem funktionierenden Teil der Wirtschaft, insbesondere im Dienstleistungssektor, geht es weiterhin gut. Die Lohnabschlüsse der vergangenen zwei Jahre waren hoch, und wer einen sicheren Beruf hat, brauchte sich bislang kaum zu beklagen. Dies ist jedoch nicht für die schwächeren Gesellschaftsgruppen der Fall. Für die drei Millionen Arbeitslosen – unter Einschluß der Dunkelziffer vermutlich 4 Millionen – bedeutet Beschäftigungslosigkeit Verarmung und Deklassierung. Verheerend ist die Arbeitslosigkeit unter Schulabgängern. 1971 fanden 8 600 keine Arbeit, im Juli 1981 waren es 285 000 Schulabgänger, die nirgendwo eingestellt wurden. Die ungleiche Verteilung der wirtschaftlichen Rezession zeigt sich auch geographisch: der Süden Englands ist verhältnismäßig verschont geblieben (mit einer Arbeitslosenrate um 8%), während Teile des Nordens weit über dem Durchschnitt (mit einer Arbeitslosenrate um 16%) vom Niedergang betroffen sind. Es gibt heute in England Formen absoluter Armut, die wenig Beachtung finden, weil die Betroffenen in den vielen miserablen Unterkünften mit ihrem Elend allein gelassen werden. Allein in London leben 15 000 Obdachlose: Menschen ohne ein Zimmer zum Schlafen, ohne irgendeinen nennenswerten Besitz und häufig gesundheitlich zerrüttet. Im ganzen Land schätzt man ihre Zahl auf weit über 100 000[7]). Der *Greater London Citizen's Advice Bureaus Service* hat im Oktober einen Bericht veröffentlicht, aus dem hervorgeht, daß zahlreiche Familien in London keinen Elektrizitätsanschluß mehr haben, weil sie ihre Stromrechnungen nicht bezahlen können.

Diese gesellschaftlichen Realitäten erscheinen noch nicht einmal andeutungsweise in Margaret Thatchers Reden. Sie stellt sich ihren Kritikern in beispielloser Weise taub, und bei öffentlichen Auftritten zeigt sie weiterhin erstaunliche Selbstsicherheit. Nicht alle Konservativen teilen jedoch ihre Zuversicht, daß es keine Alternative zu ihrer Politik gebe. Edward Heath ist der prominenteste innerparteiliche Kritiker ihrer Politik. Er hat die Regierung vor und auf dem Parteitag im Oktober zu einem Kurswechsel aufgefordert und die Besorgnis geäußert, die Aufgabe der Konsenspolitik werde die breite Basis der Konservativen Partei untergraben. Auch auf dem Parteitag blieb Heath jedoch mit seiner Kritik allein. In der Konservativen Partei zeigt sich wie in der

7) Vgl. Peter Townsend, Poverty in the United Kingdom: A survey of household resources and standards of living, London 1979, und Tony Wilkinson, Down and Out, London 1981; zur Arbeitslosigkeit s. John Hayes/Peter Nutman, Unterstanding The Unemployed, The psychological effects of unemployment, London 1981.

Regierung wenig Verständnis für die gesellschaftlichen Folgen der Arbeitslosigkeit. Die meisten Resolutionsanträge befaßten sich mit Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, einige forderten die Wiedereinführung der Todesstrafe, und es wurde sogar die „freiwillige Rückführung" von Immigranten verlangt (voluntary repatriation).

4. *Kräfteverschiebungen in der Labour Party*

Reformkämpfe seit 1979: Seit der Wahlniederlage 1979 entbrannten in der Labour Party Auseinandersetzungen um innerparteiliche Organisationsfragen und um den Inhalt des Parteiprogramms, die in der Wahl des stellvertretenden Parteiführers im Herbst dieses Jahres ihren vorläufigen Höhepunkt fanden. Diese Auseinandersetzungen haben zu einer entscheidenen Positionsverschiebung der Labour Party nach links geführt, wenn auch die Wahl Denis Healeys einen gewissen Rückschlag bedeutet. In personeller Hinsicht hat die Rechte sich nicht entscheidend zurückdrängen lassen, in bezug auf Programm und Statuten aber sind wesentliche Erfolge konsolidiert worden, insbesondere im Bereich Nuklearabrüstung, EG-Austritt, Unterstützung für Befreiungsbewegungen, Nordirland und Alternative Wirtschaftsstrategie.

Diese Kräfteverschiebung ist nicht das Resultat von Veränderungen innerhalb der letzten zwei Jahre, sondern einer seit Ende der 60er Jahre beginnenden Verlagerung der politischen Argumente in der Labour Party[8]). Die Regierung Harold Wilson von 1964–1970 brachte eine erste größere Konfrontation mit den Gewerkschaften, als sie im Namen einer sozialdemokratisch gefärbten Konsenspolitik die Rechte der Gewerkschaften beschneiden wollte. Diese Erschütterung vertiefte sich Anfang der 70er Jahre, als sich die Gewerkschaftsbewegung im Kampf gegen ähnliche Gesetze der konservativen Regierung Heath weiter radikalisierte. Gleichzeitig erstarkte auch die Linke in der Labour Party selbst, und nach einer Stillhalteperiode von 1974 bis 1978 endete die letzte Labourregierung unter James Callaghan vor dem Hintergrund massiver Streikaktionen, die zum Bruch vieler traditioneller Loyalitätsverhältnisse in der britischen Arbeiterbewegung beitrugen.

Die Konsenspolitik von Labour war ebenso diskreditiert worden wie die der Konservativen nach Heath. Die britische Nachkriegsgeschichte wurde durch eine schnellere Abfolge von Regierungen der beiden großen Parteien geprägt als in der Bundesrepublik. Labour und Konservative haben innerhalb einer Generation jeweils drei Regierungsphasen gehabt, die in den Augen der Wählerschaft eine schrittweise Erosion der Glaubwürdigkeit mit sich brachten. Für Labour besteht die goldene Zeit des Regierungserfolges in der Nachkriegsperiode des Kabinetts Clement Attlee von 1945 bis 1951. Für die Konservativen waren die späten 50er Jahre Triumph ihrer Politik, als Harold Macmillan den Satz prägte: „You never had it so good". Alle späteren Regierungen brachten gemessen an diesen „Glanzzeiten" einen schrittweisen Abstieg mit sich. Die jetzige Regierungsphase unter Margaret Thatcher könnte

8) Vgl. hierzu: Werner Glinga, Zur Situation in der Labour-Party, in: „Blätter", 2/1981, S. 196—213.

für die Konservativen mit einer noch tieferen Erschütterung enden, als sie die Labour Party durchgemacht hat.

Kann sich die Labour Party nach der Abspaltung der SDP – die eben jene gescheiterte Konsenspolitik im neuen Gewande fortsetzen will – zu einer revolutionärdemokratischen Partei entwickeln, die in der Lage wäre, das in den vergangenen zwei Jahren entwickelte Programm umzusetzen? Tony Benn hat der Labour Party das hohe Ziel gesetzt, „Sozialismus zu unseren Lebzeiten" einzuführen. Welche Voraussetzungen sind hierfür in der gesamten britischen Arbeiterbewegung vorhanden?

Trade Union Congress 1981: Die Gewerkschaften sind vom Kampf um Veränderungen in der Labour Party weitgehend miterfaßt worden. Der diesjährige Jahreskongreß des TUC war von ähnlichen politischen Auseinandersetzungen geprägt, wie sie auch in der Labour Party selbst geführt werden. Einen entscheidenden Anstoß für politische Debatten bildete der Wahlkampf um den stellvertretenden Parteivorsitz, und die drei Kandidaten Tony Benn, Denis Healey und John Silkin trugen ihre Standpunkte auf einer Podiumsdiskussion am Rande der TUC-Konferenz und nicht des Parteitages vor. Außer den wirtschaftlichen Fragen verdienen zwei politische Resolutionen des Kongresses besondere Erwähnung: über nukleare Abrüstung und zu Sanktionen gegen Südafrika. Noch im vergangenen Jahr bestimmten multilaterale Friedensinitiativen die Diskussion, in diesem Jahr wurde ein klares Bekenntnis zur einseitigen Nuklearabrüstung abgegeben, zur Schließung aller Atomwaffenstützpunkte auf britischem Boden und gegen die Stationierung von Neutronenbomben in Europa. Die entsprechende Resolution beginnt mit dem Satz: „Der Kongreß stellt mit Nachdruck fest, daß die Wahrung von Frieden und Entspannung die wichtigste Aufgabe ist, der sich die Welt gegenübersieht". Der Antrag war von der Transportarbeitergewerkschaft TGWU, der größten britischen Einzelgewerkschaft, eingebracht worden, und in der Begründung wurde unter anderem erklärt, Nuklearwaffen seien nicht Waffen, sondern Zielscheiben.

Der TUC hat außerdem zum erstenmal wirtschaftliche Sanktionen gegen Südafrika und „die totale Isolierung des Apartheidregimes" gefordert sowie der Befreiungsbewegung SWAPO „in ihrem Kampf um wahrhafte Unabhängigkeit" Unterstützung zugesichert. Noch nie zuvor hat der TUC eine Unabhängigkeitsbewegung, die einen bewaffneten Kampf führt, namentlich in vergleichbaren Resolutionen erwähnt. Weitere wichtige Entschlüsse betreffen den Austritt aus der Europäischen Gemeinschaft ohne Volksabstimmung, die entschädigungslose Rückführung privatisierter Firmen in Staatseigentum und die Bekräftigung der Alternativen Wirtschaftsstrategie AES. Eine bedeutsame politische Klärung fand auch zur Frage einer Lohnpolitik mit einer künftigen Labourregierung statt. Jede Art von „Verhandlungen über Lohnbeschränkungen oder Lohnerhöhungsgrenzen" wurden mit der Begründung abgelehnt, daß bisherige Vereinbarungen wie der *Social Contract* von 1976 nur zu Lohnkontrollen führten und nicht auch zur Kontrolle von „Preisen, Dividenden und Profiten".

Die politische Bedeutung dieser Resolution liegt in der Erkenntnis, daß die Kollaboration mit der Regierung Callaghan ab 1976 Uneinigkeit unter den Gewerkschaften und Verwirrung unter der Arbeiterschaft schufen, die die Autorität und Handlungsfähigkeit des TUC empfindlich schwächten. Der bekannte Gewerkschaftsführer Arthur Scargill, der aussichtsreichster Kandidat für den Vorsitz der Bergarbeiter ist, erklärte drei Wochen später auf dem Labour-Parteitag: „Solange wir nicht in einer sozialistischen Gesellschaft leben, steht eine Lohnpolitik nicht zur Debatte." Obwohl die TUC-Konferenz im Hinblick auf die Aufgaben einer künftigen Labourregierung von größerer politischer Klarheit als in früheren Jahren gekennzeichnet wurde, kam die Diskussion über gewerkschaftliche Massenaktionen gegen die Politik der Regierung Thatcher insgesamt zu kurz. Die Notwendigkeit von landesweiten Protestmaßnahmen wurde zwar emphatisch betont, aber über ihre Bedeutung im Kampf um die Gewinnung der breiten Bevölkerung für alternative Strategien fehlten klärende Auseinandersetzungen. Außerparlamentarische Aktionen nehmen in der Mobilisierungsarbeit der Gewerkschaften und auch der Labour Party weiterhin einen zu geringen Raum ein.

Labour-Parteitag 1981: Am Vorabend des Labour-Parteitages vom 28. September bis 2. Oktober dieses Jahres fand die Wahl des stellvertretenden Parteivorsitzenden erstmalig nach dem zu Beginn dieses Jahres beschlossenen neuen Wahlmodus statt. Für die Besetzung der beiden höchsten Parteiämter wird ein Wahlkollegium einberufen, in dem die Parlamentsfraktion *(Parlamentary Labour Party)*, die bisher alleiniges Stimmrecht besaß, nur noch 30% der Gesamtstimmen hat. Weitere 30% entfallen auf die Ortsvereine *(Constituency Labour Parties)* und 40% auf die Gewerkschaften. Die hierfür notwendige Statutenänderung war vom linken Parteiflügel über zwei Jahre hinweg erkämpft worden und erwies sich bei ihrer ersten diesjährigen Erprobung als ausgezeichneter Hebel für die Beteiligung der gesamten organisierten Arbeiterschaft – innerhalb und außerhalb der Labour Party – an Grundsatzdebatten über Prinzipien und die Position der Parteiführung. Derartige Auseinandersetzungen waren in der Vergangenheit Randerscheinungen, weil sie keinen direkten Einfluß auf Abstimmungen an der Führungsspitze hatten. Die Wahl unter dem Kollegium bewirkte nicht nur die erstmalige statutarisch verankerte Einbeziehung der Parteibasis bei der Nominierung von Spitzenfunktionären, sondern machte eine Reihe von Unzulänglichkeiten im demokratischen Willensbildungsprozeß insbesondere in den Gewerkschaften deutlich, deren Infragestellung bislang zumeist ergebnislos verpuffte. Es zeigten sich außerdem bisher nicht so klar zu Tage getretene Differenzen innerhalb der Linken. Obwohl sich aufgrund der massiven Pressekampagne gegen das Verfahren selbst und insbesondere gegen den Kandidaten der linken Positionen, Tony Benn, eine sehr starke Personalisierung der Wahl ergab, sind die dabei zur Sprache gebrachten Ideen und Argumente über die Partei hinaus in weite Teile der Bevölkerung getragen worden.

Tony Benn hat den Wahlsieg nominal nur um ein halbes Prozent verfehlt, im Hinblick auf die tatsächliche Unterstützung in Partei, Gewerkschaften, Par-

lament und vor allem unter der breiten Bevölkerung muß allerdings festgestellt werden, daß er aufgrund seines persönlichen Stils weniger ungeteilte Zustimmung findet, als es das gute Abschneiden vermuten läßt. Tony Benn ist aber zur Zeit der einzige linke Spitzenpolitiker der Labour Party, der die Fähigkeit zur präzisen Darlegung einer langfristigen sozialistischen Strategie und ihrer Inhalte hat. Im täglichen, taktischen Verhalten hat er sich jedoch unter den eigenen Reihen insbesondere in der Tribune-Gruppe Gegner verschafft. Seine Kandidatur war beispielsweise nicht mit der Gruppe abgesprochen worden. Er hat der Nominierung John Silkins (der ebenfalls Mitglied der Tribune-Gruppe ist) auf eigene Faust zuvorkommen wollen, um vollendete Tatsachen herzustellen. Wenn es auch Gründe für diesen „Putsch" in politisch-inhaltlicher Hinsicht geben mag, so hat doch die Mißachtung traditioneller Allianzen im eigenen Lager negative Folgen gehabt. Auch seine Kontakte zu einigen trotzkistischen Gruppen in der Labour Party haben Tony Benn eine Reihe von Sympathien gekostet. Umso erstaunlicher ist allerdings sein gutes Abschneiden bei der Wahl. Es zeigt, daß die Linke in Partei und Gewerkschaften jenseits der persönlichen Erwägungen nach politischen Gesichtspunkten abgestimmt hat. Noch vor einem Jahr schien seine Kandidatur aussichtslos zu sein, und in diesem Jahr hätte er Denis Healey klar geschlagen, wenn sich nicht 16 Tribune-Abgeordnete enthalten und 4 sogar für Healey abgestimmt hätten. Die Bestätigung Denis Healeys als stellvertretender Parteiführer (er hat dieses Amt seit 1980 inne) bedeutet, daß die Rechte ihre beherrschende Stellung in der Parlamentsfrakton nicht verloren hat. Das neue Renominierungsprinzip für Abgeordnete wird sich erst für das voraussichtlich 1984 gewählte Parlament auswirken. Denis Healey wird als Mitglied einer künftigen Labourregierung wichtige Programmpunkte nicht unterstüzen: er ist z. B. gegen die einseitige Nuklearabrüstung und für den Verbleib in der Europäischen Gemeinschaft. Healey war von 1964–1970 unter Harold Wilson Verteidigungsminister und von 1974–1979 unter James Callaghan Schatzkanzler; er war in dieser Funktion Wegbereiter für die drastische Sparpolitik in der zweiten Hälfte der letzten Labourregierungsperiode. 1976 unterlag er Callaghan und 1980 Michael Foot bei der Wahl um das Amt des Parteiführers.

Der Wahl Healeys folgte zu Beginn des Parteitages ein weiterer Sieg der Rechten. Die Linke verlor bei der turnusmäßigen Wahl zum Parteivorstand ihre Mehrheit in diesem wichtigen Gremium für die Formulierung von Grundsatzdokumenten und der Initiierung politischer Aktionen. Im neuen *National Executive Committee* sind Linke und Rechte etwa gleich stark nach der Kräfteverschiebung. Aber für den Labour-Parteitag gilt Ähnliches wie auch für den Gewerkschaftskongreß: die einzelnen politischen Programmpunkte der Linken sind trotz personeller Rückschläge in fast allen Bereichen festgeschrieben worden. Die Mehrheit für einseitige nukleare Abrüstung ist im Vergleich zum Vorjahr noch weiter gestiegen, und selbst der Antrag auf Austritt aus der NATO, der im letzten Jahr im Verhältnis von 8 : 1 abgelehnt wurde, wurde in diesem Jahr nur mit 3mal soviel Stimmen zurückgewiesen. Der Großteil der übrigen verabschiedeten Resolutionen deckt sich mit denen der

TUC-Konferenz, wie die zum Austritt aus der EG (über 6 Millionen Stimmen dafür, knapp 800 000 dagegen) und zu Sanktionen gegen Südafrika. Einer der wichtigsten neuen innenpolitischen Beschlüsse betrifft Nordirland. Zum erstenmal wurde vom Parteitag festgestellt, daß sich der Konflikt langfristig nur durch ein wiedervereintes Irland lösen läßt.

Da die Alternative Wirtschaftsstrategie AES kein eindeutig definiertes Programm ist und von allen Teilen der Arbeiterbewegung fortgeschrieben wird[9]), verdienen einige Punkte im AES-Dokument des Parteivorstandes, das von der Konferenz bekräftigt wurde, besondere Erwähnung. Erstens wird der Aspekt betont, daß der „Anarchie des Marktes" mit einer „Planung der Wirtschaft" begegnet werden muß, und zweitens wird das langfristige Ziel festgelegt, daß der private Besitz an den Produktionsmitteln durch „unterschiedliche Formen des Gemeineigentums" ersetzt werden muß. Als Beispiel für derartige Formen werden unter anderem staatliche Unternehmen (public enterprises) und Kooperativen (workers' co-operatives) genannt. Es ist bemerkenswert, daß die Alternative Wirtschaftsstrategie auch vom rechten Flügel in Partei und Gewerkschaften zumindest verbal mitgetragen wird. Gemischtwirtschaftliche Konzepte sind durch den Austritt der Sozialdemokraten weitgehend diskreditiert worden, ein Umstand, der auch in anderen politischen Fragen zur Klärung der Standpunkte beitrug. Die „Times" gibt diese Entwicklung aus der Sicht der Rechten wieder, wenn sie mit Bedauern feststellt: „Eine der Tragödien des Bürgerkrieges in der Labour Party besteht darin, daß die Rechte davon abgelenkt wurde, genug eigene Ideen zu entwickeln."[10])

Zur Lage der Labour-Linken: Zum erstenmal in der Geschichte der Labour Party haben radikaldemokratische Positionen mit der Perspektive einer sozialistischen Umgestaltung eine derartig breite Basis gewonnen. Die radikaldemokratische Position im Umkreis der AES ermangelt allerdings fast vollständig der Reflexion über die für die Realisierung der Ziele notwendige Machtverschiebung in der Gesellschaft. Die Aufmerksamkeit konzentriert sich vorwiegend auf die politische Machtverschiebung im Parlament und den Kommunalverwaltungen, wenn auch der seit 1974 im Programm verankerte Satz, die Labour Party wolle einen „fundamentalen und nicht umkehrbaren Wandel im gesellschaftlichen Kräftegleichgewicht und Wohlstand zugunsten der Werktätigen" erreichen, einen guten Ausgangspunkt für die Behandlung der Machtfrage bildet. Die weiterhin bestehenden Schwächen des erreichten Diskussionsstandes zeigen sich exemplarisch in der Verwirrung, die über die Verstaatlichung der Banken, Versicherungsgesellschaften und Bausparkassen herrscht. Auf dem Parteitag drehten sich die Argumente dafür und dagegen im wesentlichen um die Frage, welche Vor- und Nachteile sich ergäben. Eines der Hauptprobleme, auf welchen Widerstand man bei der Verstaatlichung aufgrund der internationalen Verflechtung der Londoner City im In- und Ausland stoßen würde, blieb praktisch unberührt.

9) Die Kommunistische Partei spricht bereits von einer weiter entwickelten AEPS, der *Alternative Economic and Political Strategy.*

10) Geoffrey Smith, The wind ist still blowing from the left, in: „The Times" v. 3. 10. 1981.

Trotz der angedeuteten Grenzen der alternativen Strategie ist der allgemeine Fortschritt linker Positionen in der Labour Party gegenüber früheren Jahren bedeutsam. In den Nachkriegsjahren gab es schon einmal eine Herausforderung der Linken, als nach der Wahlniederlage 1951 vergleichbare Kämpfe zwischen dem linken und dem rechten Parteiflügel entbrannten. Der Führer der damaligen Linken, Aneurin Bevan, war unter der Regierung Clement Attlee für die Einführung der nationalen Gesundheitsfürsorge verantwortlich gewesen und hatte ab 1951 eine linke Fraktion gebildet, die gegen die Rechtsentwicklung in der Partei kämpfte. 1955 unterlag Bevan bei der Wahl um das Amt des Parteiführers gegen Gaitskell, und 1956 war er auch als Kandidat für den Stellvertreter unterlegen. Danach war der Zusammenhalt dieser linken Franktion praktisch zerbrochen, und Bevan resignierte gegenüber dem sich durchsetzenden Rechtstrend unter Gaitskell.

Erst in den 70er Jahren begann sich die neue Linke zu formieren, die 1981 durch die Kandidatur Tony Benns den bisher weitestgehenden Führungsanspruch in der Partei anmeldete. Die Unterschiede zwischen der alten Linken und der neuen Linken sind gewichtig: Aneurin Bevans Gruppierung bestand vorwiegend aus Parlamentariern und hatte keine Basis in den Gewerkschaften sowie wenig Anhängerschaft in den Ortsvereinen. Der Bevan-Linken gelang es fast nie, auf den Parteitagen ihre Resolutionen durchzubringen. Sie galt als Aktion isolierter Intellektueller im Parlament, die zwar durch die Kämpfe der 30er Jahre mit marxistischem Gedankengut in Berührung gekommen waren, aber wesentlich der Tradition des radikalen Liberalismus verpflichtet blieben. Einer der bedeutendsten Mitglieder dieser Bevan-Franktion war Michael Foot, der eine umfangreiche politische Biographie Aneurin Bevans verfaßt hat und sich auch heute noch in seinen Reden auf diese Tradition beruft[11]).

Die neue Linke hat eine erheblich breitere Basis, die durch die Schaffung des Wahlkollegiums und durch die turnusmäßige Renominierung der Abgeordneten durch die Ortsvereine statutarisch abgesichert ist. Tony Benn wurde von 80% der Ortsvereine als Kandidat nominiert und erhielt unter anderem die Unterstützung der beiden großen Gewerkschaften der Transportarbeiter TGWU und der Bergarbeiter NUM, die in den 50er Jahren noch zum Bollwerk der Rechten gehörten.

Die heutige Linke besteht allerdings, wie bereits angedeutet, aus zwei unterschiedlichen Strömungen, die bei der Kandidatenfrage keine Geschlossenheit zeigten. In den kommenden Monaten wird sich möglicherweise zeigen, welche Konsequenzen sich für die Reorganisierung der Linken innerhalb und außerhalb des Parlamentes ergeben. Tony Benn hat seit einiger Zeit die Bildung eines *Labour Representation Committee* vorgeschlagen, das anstelle des derzeitigen vorwiegend an der Basis orientierten *Rank and File Mobilising Committee* eine bessere Verbindung zwischen Parlament, Gewerkschaften und Partei herstellen soll. In einem Interview mit dem „Morning Star" zieht

11) Vgl. Simon Hoggart/David Leigh, Michael Foot, A Portrait, London 1981.

Tony Benn aus seiner Wahlniederlage eine Schlußfolgerung für die künftigen Mobilisierungsaufgaben: „In aller Offenheit, das Resultat hat Schwächen, die uns bekannt waren, offen zu Tage gelegt. In den Gewerkschaften ohne politisches Bewußtsein und unter den Gewerkschaftsmitgliedern ohne politisches Bewußtsein gibt es eine Menge zu tun. Gerade in diesen Bereichen haben die Medien am meisten Einfluß . . . Wir können keine Bewegung haben, die den Menschen, die sie vertritt, zu weit voraus ist."[12])

5. Allianz von SDP und Liberalen

Mit der Gründung der *Social Democratic Party* am 26. März dieses Jahres fand ein Loslösungsprozeß rechter Labourpolitiker seinen Abschluß, der sich bis Anfang der 70er Jahre mit dem Erstarken des linken Flügels zurückverfolgen läßt. Gravierende Differenzen entstanden damals wegen der Entscheidung der Labour Party, eine Volksabstimmung über den Verbleib in der Europäischen Gemeinschaft durchzuführen. 1972 trat Roy Jenkins aus diesem Grund von dem Amt des stellvertretenden Parteiführers zurück. Jenkins ist heute aussichtsreichster Kandidat für den Vorsitz der *Social Democratic Party*. Die Parteitagsbeschlüsse der vergangenen zwei Jahre bildeten für eine Reihe anderer rechter Labourpolitiker schließlich den letzten Anstoß für den Parteiaustritt und die Gründung der SDP. Insbesondere drei Programmpunkte der Labour Party sind von den Social Democrats als unvereinbar mit ihrer Position genannt worden: erstens die einseitige Nuklearabrüstung, zweitens der Austritt aus der Europäischen Gemeinschaft und drittens eine Wirtschaftspolitik, die nicht mehr vom Prinzip der *mixed economy* ausgeht. Zum anderen lehnen sie die Statutenreformen (Wahlkollegium und Renominierung der Abgeordneten) ab und treten für die Beibehaltung der vollständigen Autonomie der Parlamentsvertretung gegenüber der Partei ein.

In Programm und Parteiaufbau präsentiert die SDP somit keine neue Politik, sondern sie ist eine Abspaltung mit der erklärten Absicht, wesentliche Punkte des alten rechten Labourkurses fortzuführen. Im Hinblick auf die Rechtsentwicklung der Konservativen und die Linksverschiebung von Labour stellt sich die SDP gezielt als neue Konsenspartei dar. Die gewählten politischen Farben demonstrieren die Konsensabsicht: im Akronym sind das S und P im Blau der Konservativen gehalten und das D im Rot von Labour mit einem roten Strich unter den drei Buchstaben; aus Proporzgründen wollte man wohl offenbar beide Farben gleich stark verteilt haben. Die Bilanz nach nur sechsmonatigem Bestehen der Partei ist beachtlich: fast 70 000 Mitglieder, 21 Parlamentsabgeordnete und erste Wahlerfolge.

Bei zwei Nachwahlen zum Parlament im Juli und Oktober dieses Jahres kam die neue Allianz knapp über die von Meinungsforschern ermittelte 40%-Marke. Der erste Wahlkreis, Warrington, mit sicherem Laboursitz verblieb zwar mit 48% der Stimmen bei Labour, aber der SDP-Kandidat Roy Jenkins errang

12) Andrew Murray and Martin Gostwick, No Turning Back Now, Interview with Tony Benn, in: „Morning Star" v. 1. 10. 1981.

mit 42% Wählerunterstützung einen beachtlichen Erfolg. Der zweite Wahlkreis, Croydon in Südlondon, ist der erste Sitz, den die SDP-Liberale-Allianz als Bündnis gewann. Der liberale Kandidat wurde neuer Parlamentsabgeordneter mit 40% der abgegebenen Stimmen, auf die Konservativen entfielen 30%, auf Labour 26%. Im Vergleich zu den Parlamentswahlen 1979 fiel die Wählerunterstützung für die Konservativen in Croydon von knapp 20 000 Stimmen auf rund 10 000 zurück, für Labour von 16 000 auf 9 000. Wenn auch die Konservativen prozentual größere Stimmenverluste erlitten, hat die Labour Party dennoch nicht mit einem so hohen Rückgang der eigenen Unterstützung gerechnet. Noch vor Weihnachten findet die dritte Nachwahl im Wahlkreis Crosby statt, ebenfalls ein sicherer Sitz der Konservativen. Hier kandidiert für die SDP-Liberale-Allianz die ehemalige Labourministerin und wohl populärste Überläuferin Shirley Williams.

Die Massenmedien haben die bisherige Kampagne der SDP mit großem Wohlwollen kommentiert. In der „Times" wurde der Partei bescheinigt, sie habe „mit der Ausarbeitung von wahrhaft demokratischen Statuten begonnen", und der SDP wird von Kolumnisten ans Herz gelegt, ihren ursprünglichen Feind, die Labour-Linke, nicht aus den Augen zu verlieren. Sie solle sich darauf konzentrieren, in erster Linie Labourwähler an sich zu ziehen, schreibt Ronald Butt in der „Times": „Um eine langfristige Zukunft zu haben, muß die SDP mehr Stimmen von Labour als von den Tories bekommen". Noch unverblümter heißt es in einem Leitartikel der Wochenzeitschrift „The Economist": „Die Allianz muß sich nicht um die nach besseren Möglichkeiten ausschauenden Freunde von Margaret Thatcher bemühen, sondern um die Stimmen desillusionierter Labourleute von Michael Foot. Sie muß Labour bei jeder Gelegenheit einen Schlag versetzen, und das schnell."[13]) Diese Sorge, es möge der SDP vielleicht doch nicht gelingen, die Labour Party zu zerschlagen, sondern im Gegenteil Labour unfreiwillig durch Schwächung der Konservativen zu einer absoluten Parlamentsmehrheit zu verhelfen, ist sehr begründet. Die bisherigen Nachwahlen haben katastrophale Wahlergebnisse für die Konservativen gebracht: nur ein Drittel der Wählerschaft von 1979 ist der Partei treu geblieben. Berechnungen zufolge genießt die SDP-Liberale-Allianz aber gerade in solchen Wahlkreisen große Unterstützung, in denen die Konservativen die Mehrheit haben. Aufgrund des Wahlsystems nach dem einfachen Mehrheitsprinzip und der geographisch ungleichen Stärke der Parteien würde dies bedeuten, daß die Allianz bei einer Wählerunterstützung unter 30% den Konservativen so viele Sitze abnehmen würde, daß Labour schon mit 35% der abgegebenen Stimmen die absolute Mehrheit im Parlament erringen könnte[14]).

Tony Benn hat davor gewarnt, daß Margaret Thatcher bei weiterer Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage von der Industrie, der City und der eigenen Partei fallengelassen werde und sich eine „Koalition der Mitte" etabliere zur Schaffung einer Regierung der Nationalen Einheit, in An-

13) Alliance or bust, in: „The Economist" v. 19. 10. 1981.
14) David McKie, Are the Social Democrats Labour's best hope, in: „The Guardian" v. 28. 9. 1981.

lehnung an das *National Government* von Ramsey MacDonald im Jahre 1931[15]). Eine derartige Neuauflage könnte den linken Toryflügel unter Edward Heath, den Vorsitzenden der Liberalen, David Steel, und Roy Jenkins von der SDP zusammenführen und von den Massenmedien als Rettung der Nation gepriesen werden, um einen Wahlsieg der Labour Party unter linker Führung zu verhindern.

Zur derzeitigen Mitgliedschaft der SDP läßt sich feststellen, daß die Partei insbesondere unter der gehobenen Mittelschicht Zulauf findet. Etwa die Hälfte der Teilnehmer am ersten Parteitag waren leitende Angestellte und Freiberufliche. Nur ein Drittel sind ehemalige Mitglieder der Labour Party, und 55% gehörten bisher keiner Partei an. Die Mitgliedschaft an der Basis besteht also überwiegend aus politischen Neulingen, ganz im Gegensatz zur Parteispitze, die sich vorwiegend aus ehemaligen führenden Labourpolitikern zusammensetzt. Für viele dieser prominenten Überläufer läßt sich nicht sagen, daß sie aus Überzeugung handelten. Opportunismus war häufig im Spiel. So bei dem Abgeordneten Michael O'Holoran für den Londoner Wahlkreis Islington North. 1969 durch innerparteiliche Manipulation zum Kandidaten ernannt, hat er seinen Wahlkreis anschließend durch die Schaffung einer Hausmacht rücksichtslos kontrolliert und dem Bezirk den Ruf eines *rotten borough* (bestochener Wahlkreis) eingebracht. Er wäre zweifellos nach der Einführung der Renominierungsregel nicht wieder Kandidat geworden und hätte seinen Sitz somit verloren. Ähnliche „Berufsängste" mögen die Entscheidung anderer Abgeordneter nicht unbeeinflußt gelassen haben[16]).

Die Frage, wie weit sich die SDP mit ihrem liberalen Bündnispartner programmatisch verständigen wird, läßt sich erst absehen, nachdem sich die Social Democrats ein definites Parteiprogramm gegeben haben. Eine gravierende Differenz hat sich bereits auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik ergeben: der Parteitag der Liberalen hat sich für ein nuklearfreies Europa ausgesprochen, die Herstellung und Eingliederung der Neutronenbombe ins europäische Verteidigungssystem verurteilt und die Stationierung der Cruise Missiles abgelehnt. Der ehemalige Labour-Verteidigungsminister und prominente Überläufer der ersten Stunde William Rodgers hat bereits erklärt, er könne nicht Mitglied einer Regierung sein, die diesen Punkt in ihr Programm aufgenommen habe. Der Führer der Liberalen, David Steel, bemühte sich aber umgehend, Befürchtungen über eine Ausbreitung des Labourbazillus in Sachen innerparteilicher Demokratie zu entkräften, und erklärte, er fühle sich an Parteitagsbeschlüsse nicht gebunden[17]).

---

15) Vor dem Hintergrund immenser wirtschaftlicher Schwierigkeiten bildete der amtierende Labour-Premierminister Ramsey MacDonald 1931 ohne Zustimmung seiner Partei mit einigen Ministern und Politikern der Liberalen und Konservativen eine Nationale Regierung. Dieser Schritt ließ die Labour Party für Jahre zur Bedeutungslosigkeit herabsinken.

16) O' Halloran and the SDP's new „democrats", in: „New Statesman" v. 11. 9. 1981, und The Defectors, in: „New Statesman" v. 16. 10. 1981.

17) Vgl. zur Vorgeschichte der SDP Ian Bradley, Breaking the Mould? The Birth and Prospects of the Social Democratic Party, London 1981.

6. *Unterstützung durch die Wähler*

Die „Tribune", das Organ des linken Labourflügels, beschrieb die Lage in der Partei nach dem Parteitag als „Pattsituation". Das Gefühl einer Schwebelage ist auch für die Stimmung in breiten Teilen der Bevölkerung charakteristisch. Nach außen hin scheint sich bisher sehr wenig verändert zu haben: die Konservativen steuern unvermindert denselben harten Kurs, es hat keine großen Protestbewegungen gegeben, die wie der „winter of discontent" 1979 oder der Bergarbeiterstreik 1974 die Autorität und Glaubwürdigkeit der Regierung unterhöhlten, die Veränderung in der Parteienlandschaft hat bisher keine einschneidenden Machtverschiebungen in der Praxis zur Folge gehabt, und im täglichen Leben hat es keinen nennenswerten Zusammenbruch der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur wie Gesundheitsfürsorge und Lebensmittelversorgung gegeben. Das Gefühl von tiefgreifender Krise ist jedoch weit verbreitet, unter allen Schichten der Bevölkerung. Eric Hobsbawm warnt in einer jüngsten Stellungnahme eindringlich vor der Illusion, daß die Labour Party automatisch Nutznießer der Desillusionierung und Sehnsucht nach einer Alternative sei. Für Hobsbawm befindet sich die britische Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit heute „in einer tieferen Krise und Verwirrung, als es noch vor drei Jahren vorherzusehen war"[18]). Die progressiven Entwicklungen innerhalb der Labour Party seien kein Garant dafür, daß diese Partei auch künftig die Unterstützung der Massen finde. Die Labour Party dürfe nicht den Fehler begehen, eine „Klassenpartei" zu werden, sondern müsse am Konzept der „Volkspartei" festhalten. Ohne Unterstützung der Mittelschichten sei weder eine Wahl zu gewinnen noch ein radikales Programm umsetzbar. Es sei ein Fehler, die Abspaltung der Social Democrats als heilsam abzutun. Gerade weil der Zusammenbruch in Großbritannien eine Realität sei und das alte System der Klassenherrschaft nicht mehr funktioniere, dürfe die Linke nach ihren Siegen innerhalb der Labour Party nicht übersehen, daß die Massen außerhalb der Partei nicht die erwartete Unterstützung zeigen.

Das von Eric Hobsbawm angesprochene Problem und die von Teilen des linken Flügels der Arbeiterbewegung anerkannte Frage ist die der Massenpolitisierung durch Mobilisierung. Zwei große Initiativen sind hierfür beispielgebend: die Antinuklear- und Friedenskampagne der CND und die Protestbewegungen gegen die Arbeitslosigkeit.

Die *Campaign for Nuclear Disarmament* (CND) hat sich mit inzwischen 30 000 Mitgliedern zu einer bedeutenden Massenbewegung in Großbritannien entwickelt. Noch 1980 zögerte CND-Generalsekretär Bruce Kent, eine Demonstration auf dem Trafalgar Square zu veranstalten, weil man zu geringe Beteiligung befürchtete. Es kamen aber 80 000 Menschen. Am 24. Oktober dieses Jahres übertraf die Beteiligung noch einmal alle Erwartungen: 250 000 reisten aus allen Teilen Großbritanniens nach London zu einer Demonstration und Kundgebung im Hyde Park.

18) Eric Hobsbawm, The Forward March of Labour Halted? A debate on the current state of the British Labour Movement, London 1981.

Die Arbeitslosigkeitsaktionen bestehen aus sogenannten Volksmärschen. Die erste und bisher bedeutendste dieser Aktionen in diesem Jahr war der *People's March For Jobs* im Mai. Am 1. Mai waren 280 Demonstranten in Liverpool aufgebrochen. Gleichzeitig begann ein ähnlicher Marsch in der Industriestadt Huddersfield in Yorkshire. Das endgültige Ziel war London. Einen Monat lang bewegten sich die Marschsäulen, die zuweilen aus mehreren tausend Menschen bestanden, von Stadt zu Stadt, durch die Industriegebiete um Manchester, Coventry, Bedford und Sheffield, über kleine Dörfer und Ortschaften, wurden von Bürgermeistern bei Kundgebungen begrüßt, in Kirchen und Gewerkschaftshäusern verpflegt und die Nacht über untergebracht. In Birmingham wurden sie von 12 000 Arbeitern aus den Fabriken Lucas, Rover und British Leyland zusammen mit dem Bürgermeister, Bischof und den Parlamentsabgeordneten empfangen, und zum Höhepunkt und Abschluß des Marsches bekamen sie vom neuen Londoner Labourstadtrat Nachtquartier und Verpflegung im Rathaus an der Themse, genau gegenüber vom Parlamentsgebäude. In einer Feierstunde wurde ein Gedenkstein gelegt, und am 31. Mai fanden sich 150 000 Menschen zur Solidaritätsdemonstration mit dem *People's March* vom Hyde Park zum Trafalgar Square ein[19]).

19) Zu den näheren Einzelheiten s. The People on the March, in: „Labour Research" v. Juli 1981. Der Autor wird in einem weiteren Beitrag zu Beginn des kommenden Jahres die Analyse der politischen Entwicklung in Großbritannien fortsetzen.

Neuerscheinungen Soeben ausgeliefert

Kopetzky **In den Tod – Hurra!** 186 Seiten, DM 12,80
Deppe/Roßmann **Wirtschaftskrise, Faschismus, Gewerkschaften** 350 Seiten, DM 14,80
Huffschmid **Für den Frieden produzieren** 163 Seiten, DM 12,80
Pätzold/Weißbecker **Geschichte der NSDAP 1920–1945** 320 Seiten, DM 14,80
Hoffmann/Opperskalski/Solmaz **Graue Wölfe, Koranschulen, Idealistenvereine** 140 Seiten, DM 12,80
Berlin **Das andere Hamburg** 369 Seiten, DM 14,80
Pollmann/Laudowicz **Weil ich das Leben liebe . . .** 207 Seiten DM 14,80
Giesenfeld **Land der Reisfelder** 221 Seiten DM 14,80
Memorandum '81 320 Seiten, DM 19,80
Kade **Wer bedroht uns?** 140 Seiten, DM 9,–
Buci-Glucksmann **Gramsci und der Staat** 280 Seiten, DM 19,80
Leiser **Grundkurs Statistik** 168 Seiten, DM 15,–
Ruge **Hindenburg** 573 Seiten, DM 19,80
Manfred **Napoleon** 760 Seiten, DM 19,80

Pahl-Rugenstein

Die Entwicklung der „Solidarność"-Bewegung in Polen

Von Czeslaw Sawicki

Versucht man den gegenwärtigen Entwicklungsstand der Situation in Polen unter dem Aspekt der Formierung einer neuen Gewerkschaft zu interpretieren, dann ist es sinnvoll, dem eigentlichen Prozeß der Anfänge dieser Gewerkschaft einige allgemeinere Überlegungen vorauszuschicken, die geeignet sind, den Rahmen für die gegenwärtige Entwicklung zu bilden. Diese Bemerkungen lassen sich unter dem Begriff „nationale und internationale Bedingungen" der polnischen Situation zusammenfassen. Beide Aspekte dieser Entwicklung sind gleich wichtig und ineinander verzahnt.

Bei den Ereignissen in Polen handelt es sich in erster Linie um eine nationale Entwicklung, um einen im Rahmen eines souveränen sozialistischen Staates stattfindenden Prozeß der gesellschaftlichen Reformen, dessen Ende und dessen internationale Auswirkungen weder abgeschlossen noch absehbar sind. Es geht dabei um den Versuch, politische, ökonomische und soziale Strukturen in Polen zu verändern und sie zu reformieren, weil sie sich als nicht-adäquat und als nicht-tragfähig für die weitere Entwicklung der polnischen Gesellschaft in ihrer bisherigen Form erwiesen haben. Charakteristisch und prägend für den bisherigen Verlauf der Ereignisse ist die bisher vorwiegend defensive Haltung der kommunistischen Partei und der polnischen Regierung. Die Proteste der Arbeiter in den mittelöstlichen Industrieregionen Polens, denen später auch Arbeiter in den nördlichen Küstenstädten und anderen Wirtschaftszentren gefolgt sind, waren der Ausdruck und der Durchbruch einer die ganze Gesellschaft umfassenden ökonomischen, politischen und sozialen Krise, in der sich Polen auch heute noch befindet[1]).

Hier soll nicht umfassend auf die Ursachen dieser Krise eingegangen werden, ihre Quellen sind vielschichtig und sind gleichwohl im historischen Erbe der polnischen Gesellschaft als Staat, Nation und kulturelle Gemeinschaft und in dem beispiellos intensiven ökonomischen und sozialen Wandel Polens in den letzten 35 Jahren tief eingebettet. Die Erforschung der unmittelbaren Ursachen der Krise und ihrer Wurzeln wird mit Sicherheit sehr lange die Historiker der Gegenwart beschäftigen; dem soll und kann nicht vorgegriffen werden, auch deswegen nicht, weil die im Moment verfügbaren Quellen nicht ausreichend sind und die Perspektive für eine Beurteilung zu kurz ist[2]).

1) Unsere Linie ist die Linie der durchdachten Erneuerung und der konsequenten Verteidigung der Prinzipien des Sozialismus. Schlußwort des 1. Sekretärs des ZK der PVAP Stanislaw Kania auf der 8. Tagung des ZK der PVAP. „Polens Gegenwart", 6/1981.

2) Auf dem III. Plenum des ZK der PVAP (2.–3. 9. 1981) wurde in Ausführung der Beschlüsse des IX. außeror-

Zwei Thesen zur polnischen Krise

Es ist auf zwei Thesen hinzuweisen, die die Ursachen der Krise von entgegengesetzten Positionen thematisieren und dementsprechend in unterschiedlichen politischen Kreisen akzeptiert werden.

Die *erste These* lautet: Alle negativen Prozesse, die seit 1945 in Polen geschehen sind – die gegenwärtige Krise eingeschlossen –, sind darauf zurückzuführen, daß Polen den seit 1918 eingeschlagenen und durch den Überfall des hitlerfaschistischen Deutschland 1939 unterbrochenen Weg der kapitalistisch-bürgerlichen Entwicklung nach 1945 verlassen hat[3]).

In dieser Denkfigur wird dem sich in Polen im Aufbau befindlichen sozialistischen System die alleinige Ursache und auch die Verantwortung für die Krisen 1949, 1956, 1970 und 1980 zugewiesen. Es wird dabei unterstellt, daß in den vorhergegangenen Krisen immer dieselbe Ursache wirksam war, nämlich ein Urfehler des Systems. Diese These, aus durchsichtigem politischen Interesse im westlichen Ausland lautstark verbreitet, findet auch in Polen ihre Befürworter. Es soll erwähnt werden, daß diese These auch in Varianten auftritt, in denen entweder die ökonomische Basis des Systems als Grundübel deklariert wird oder aber das politische System letztlich für alles verantwortlich ist.

Die *zweite These* sieht die Ursachen für die historischen Krisen der polnischen Gesellschaft, die im Verlauf der Nachkriegsentwicklung in Polen aufgetreten sind, in schweren Mängeln und Fehlern des politischen Systems, die auf der Grundlage der mit aller Macht forcierten ökonomischen Entwicklung entstanden sind[4]). Nach dieser These müssen und können die notwendigen Reformen in Polen auf der Basis und im Rahmen der sozialistischen Gesellschaftsordnung durchgeführt werden. Es muß dabei vor allem das Problem der institutionellen Garantien, die in der Zukunft ähnliche mögliche Krisen vermeiden helfen können, zufriedenstellend gelöst werden.

Während die erste der hier angedeuteten Positionen die praktische Reversibilität der historisch stattgefundenen Veränderung unterstellt, vertritt die zweite These eine weitere Realisierung der sozialistischen Gesellschaftskonzeption in Polen.

Eine qualitative Analyse der Wirkung dieser beiden Thesen, insbesondere der politischen Handlungsmöglichkeit, die sich damit identifizieren läßt, ist sehr schwierig und würde den hier gegebenen Rahmen sprengen. Es soll aber betont werden, daß beide Thesen ihre Anhänger und Gegner in Polen haben und beide eine Rolle innerhalb des politischen Bewußtseins spielen. Ihre Verbindung mit den internationalen Komplikationen, die sich aus der Entwick-

---

dentlichen Parteitages der PVAP eine Kommission berufen, deren Aufgabe es sein wird, die Ursachen, Umstände und Tatsachen der sozialen Konflikte der Nachkriegszeit in Polen zu erklären. Die Arbeit der Kommission soll bis zum 31. 8. 1982 beendet sein. „Zycie Warszawy" v. 4. 9. 1981, S. 4.

3) S. Kisielewski, In Polen summt es wie in einem Kessel mit kochendem Wasser. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 21. 11. 1980, S. 8.

4) (Polen, C.S.) „Es ist zu *schnell* und zu *ungleichmäßig industrialisiert* worden und mit einer altertümlichen Landwirtschaft geplagt". „Frankfurter Rundschau" v. 13. 8. 1980, S. 3.

lung der Situation in Polen für die Nachbarstaaten ergeben, ist evident und kann nicht abgestritten werden, auch wenn bisher gerade dazu in Polen eine starke Tendenz vorhanden ist[5]).

Zur innenpolitischen Situation

Es sollen jedoch vorerst die *inneren* Elemente der Situation in Polen behandelt werden: Entscheidend für alle nun folgenden Überlegungen ist die Tatsache, daß auf dem Wege einer vorwiegend spontanen Entwicklung die Spaltung der Gewerkschaftsorganisation in Polen eingetreten ist, die darüber hinaus potentiell die Möglichkeit langfristiger Prozesse beinhalten könnte, die sich nicht nur auf die Gründung einer Gewerkschaft beschränken lassen und die zur Zeit auch noch nicht voraussehbar sind.

Die Tatsache der Gründung einer – formal betrachtet – „alternativen" Gewerkschaft und in Folge davon weitere Gewerkschaftsgründungen (gegenwärtig über 80 Gewerkschaften), ist in einem anderen Aspekt von Bedeutung, nämlich dem zeitweilig sehr starken Verlust der aktiven Rolle der kommunistischen Partei im politischen Leben Polens und der „Beinahe-Institutionalisierung" einer „Beinahe-Partei", die ohne eigentliches Programm ihre Kraft und ihre derzeitige Macht aus der Unzufriedenheit einer breiten Bevölkerungsschicht schöpft.

Trotz dieser Situation ist anzunehmen, daß es für die Erarbeitung einer theoretischen Perspektive für die Entwicklung in Polen nicht hilfreich ist, dies vom dezidierten Standpunkt der Negation des Sozialismus in Polen erreichen zu wollen.

Es ist offensichtlich, daß für die gegenwärtige Entwicklung in Polen bestimmte objektive, innere Systemgrenzen (Grenzen der Produktionsweise) vorhanden sind, die nicht ohne weiteres gesprengt werden können[6]). Diese Grenzen sollen nicht per se als selbsthemmend interpretiert werden, ihre Wirkung ist dennoch deutlich; z. B. wäre zu fragen, warum es in Polen lediglich zu einer Spaltung der Gewerkschaftsbewegung gekommen ist und warum, obwohl diese Spaltung der Gewerkschaftsbewegung ein vollzogenes Faktum ist, von der politischen Einheit der Gewerkschaften gesprochen wird und welche Umstände dazu beitragen bzw. wovon es abhängt, daß diese Vorstellung (längerfristig) realisierbar werden könnte[6a]).

Andererseits ist kaum anzunehmen, daß die Führung der „Solidarność" zur Zerstörung der sozialistischen Gesellschaftsordnung fähig wäre und mit einer gesellschaftlichen Vollmacht ausgestattet sein könnte. Es wird damit nicht

5) Symbolhaft dafür ist eine Zeichnung in der Zeitung „Solidarność", auf der die staatlichen Umrisse Polens dargestellt werden, innerhalb derer ein Mauerwerk errichtet wird. Neben diesem „Bauplatz" steht die Warntafel „Remont. Fremden ist der Zugang nicht gestattet". „Solidarność" v. 29. 5. 1981, S. 12.

6) Auffallend für die gegenwärtige Situation ist die Abwesenheit von Forderungen nach der partiellen Reprivatisierung der Industrieunternehmen, wie dies nach 1956 in ähnlicher Situation der Fall war.

6a) Dagegen L. Wałęsa: Die „Solidarność" ist eine Bewegung der Arbeitenden, und nur sie können über die Handlungen der „Solidarność" entscheiden. Niemand anderes kann die Bewegung führen; nach „Zycie Warszawy" v. 30. 6. 1981, S. 2.

negiert, daß es auch im Umkreis der „Solidarność" Kräfte gibt, die dezidiert antisozialistisch sind und nun versuchen, der Gesamtorganisation auch einen solchen Charakter zu geben[7]).

Die inneren Faktoren der Situation in Polen muß man außerdem unter ihren dynamischen Aspekten betrachten, d. h. es müssen die Prozesse berücksichtigt werden, die für die weitere Entwicklung der Situation bedeutsam sein werden.

Die gegenwärtige ökonomische Situation in Polen ist sehr schwer und kompliziert.

Hauptprobleme im ökonomischen Bereich sind: die Beendigung des Absinkens der Produktion sowie ihre Stabilisierung (insbesondere der Produktion von Kohle und Lebensmitteln), ferner wirksame Maßnahmen gegen den – als Folge der politischen Lösung der Konflikte – schnell entstandenen Geldüberhang (Inflation) und schließlich eine Wirtschaftsreform.

Hierzu einige Angaben: Die Arbeitszeit in der Industrie ist generell verkürzt worden, ohne daß die Arbeitsproduktivität gestiegen wäre. Demzufolge (und auch wegen des Mangels an Rohstoffen und Energie) ist die industrielle Produktion in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres um 12% niedriger als im Vorjahr, im Mai 1981 lag sie sogar um 18% niedriger als im Mai 1980. Im Kohlebergbau, einer der Schlüsselindustrien der polnischen Wirtschaft, beträgt das Absinken der Kohleförderung ca. 20%. Die Jahresproduktion 1981 wird, nach dem Stand der gegenwärtigen Förderung zu urteilen, zwischen 165 und 168 Mio t liegen und stellt das Minimum dessen dar, was die Wirtschaft ohne zusätzliche Einbußen ertragen kann.

Die geringere Produktion bedingt eine geringere Marktversorgung. Parallel dazu hat sich jedoch das Einkommen der Bevölkerung erhöht; dies verursacht einen inflationären Druck auf den Markt. Jeden weiteren Tag kommen etwa 1,5 Mrd. Zloty, die auf dem Warenmarkt keine Deckung finden, hinzu, und bis zum Ende des Jahres wird diese Warenlücke schätzungsweise 500 Mrd. Zloty erreichen[8]).

Ein weiterer Aspekt der schwierigen Situation sind die politischen Verhältnisse, deren wichtigstes Element die Beziehung zwischen der Partei und der „Solidarność" ist. Generell wird in der Partei immer noch die Auffassung vertreten, daß die Konflikte auf dem Wege von Verhandlungen in politischer Form gelöst werden sollen und daß diese Form die einzig vertretbare und mögliche ist[9]). Dies ist vielfach in offiziellen Verlautbarungen unterstrichen

7) Vgl. S. Kania, Referat des Politbüros auf der 10. Tagung des ZK der PVAP (29. 4. 1981), in: „Polens Gegenwart", 11/1981.

8) Exposé des Premierminister W. Jaruzelski auf der Sitzung des Sejms v. 13. 6. 1981; nach „Zycie Warszawy" v. 13./14. 6. 1981, S. 2ff.

9) Vgl. S. Kania, Referat des Politbüros, ebd. Auch die Rede von M. Moczar. – In letzter Zeit scheint ein neues Element bei der Bewertung der Situation in Polen hinzuzukommen: Stanislaw Kania (1. Sekretär der PVAP; d. Verf.) erklärte in seiner Schlußrede auf dem III. Plenum des ZK der PVAP am 3. 9. 1981: „Unsere Feinde meinen, die Staatsmacht wird keinen Ausnahmezustand in Polen verhängen. Ich möchte mit allem Ernst und aller Ruhe erklären, daß zur Verteidigung des Sozialismus die Staatsmacht alle Mittel anwenden wird, die notwendig werden. Wir wollen das aber nicht und drohen damit auch nicht". „Zycie Warszawy" v. 4. 9. 1981, S. 3.

worden, auch der außerordentliche Parteitag der PVAP hat diese Haltung der Partei bestätigt. Bedeutsam für die weitere Entwicklung der inneren Verhältnisse wird die beiderseitige Einhaltung und Realisierung der geschlossenen Abkommen sein, insbesondere des Teils, in dem der „Solidarność" der Status einer Gewerkschaft eindeutig zuerkannt wird[10]). Bedeutsam wird auch die Überprüfung der ca. 200 bisherigen Abkommen sein, die zwischen verschiedenen Ressorts und den Streikenden unterzeichnet worden sind; viele widersprechen sich gegenseitig, und alle müssen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation angepaßt werden[11]).

Die Gewerkschaft „Solidarność"

Wenden wir uns nun dem eigentlichen Gegenstand der vorliegenden Betrachtung zu, der Gewerkschaft „Solidarność". Sie soll unter folgenden Aspekten betrachtet werden: Die berufliche Struktur ihrer Mitglieder, die Organisation, die Bewußtseinssituation unter den Mitgliedern und die derzeitige Stellung der „Solidarność" in der polnischen Gesellschaft.

In den bisherigen politischen Einschätzungen wird die „Solidarność" als eine von Arbeitern gebildete Organisation bezeichnet; die „Solidarność" selbst beansprucht, die Interessen aller Arbeiter und Angestellten in Polen zu repräsentieren[12]).

Die Zahl der Mitglieder der „Solidarność" soll nach den letzten verfügbaren Angaben 9 477 000 betragen[13]). (Zum Vergleich: die gegenwärtige Zahl der Mitglieder in den Branchengewerkschaften beträgt 5 140 872[14]), die „autonomen" Gewerkschaften haben ca. 600 000 bis 700 000 Mitglieder.)[15])

Zur Berufsstruktur von „Solidarność"

Nach den vorliegenden Informationen lassen sich in der „Solidarność" die folgenden Berufsgruppen unterscheiden: In der großen Masse der Mitglieder, in der alle (mit Ausnahmen) Berufe vertreten sind, scheinen die Arbeiter zu überwiegen. Über die Leitungsgremien gibt es nur ungesicherte Angaben, offensichtlich sind die Arbeiter dort in der Minderheit.

In den Leitungsgremien gibt es vornehmlich Vertreter der Intelligenzberufe; man findet dort Juristen, Historiker, Ingenieure oder gar Archäologen, Computer-Fachleute und Ökonomen[16]). Bei Rebhan (Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Genf), der nach einer Reise durch Polen einen

10) Vgl. Abkommen von Gdańsk v. 30. 8. 1980 und Statut der Gewerkschaft „Solidarność".
11) Vgl. Abgeordneter J. Szczepanski in der Sejmdebatte am 13. 6. 1981; nach „Zycie Warszawy" v. 13./14. 6. 1981, S. 3. Auch L. Wałęsa auf einer Versammlung; nach „Zycie Warszawy" v. 30. 6. 1981, S. 2. Allerdings auch die Zahl 640 – Äußerung von L. Wałęsa in Gdynia, nach Polskie Radio, 9. 7. 1981, Nachrichten 23.00 Uhr.
12) Vgl. „Solidarność" v. 13. 4. 1981, Thesen zur Diskussion.
13) „Zycie Gospodarcze" v. 13. 9. 1981, S. 2. Dieselbe Zahl gibt auch A. Osadczuk-Korab in der „Neuen Zürcher Zeitung" an. Vgl. NZZ Nr. 205 vom 6./7. 9. 1981, S. 3. Es ist unklar, ob in dieser Zahl auch die Mitglieder der „Solidarność" der Bauern eingeschlossen sind.
14) „Polityka" v. 23. 5. 1981, S. 2.
15) „Polityka" v. 31. 1. 1981, S. 6.
16) „Polityka" v. 18. 10. 1981, S. 6, und „Polityka" v. 1. 1. 1981, S. 6.

Bericht herausgab, heißt es: „In den Regionalausschüssen scheinen mir Vertreter aus Fachberufen – Ingenieure, Computerspezialisten, Lehrer oder Rechtsanwälte – das Sagen zu haben".[17])

In den Wahlen zu den Gremien der „Solidarność" wurden entweder bekannte Personen bevorzugt – dies vor allem auf der Ebene der kleineren und mittleren Betriebe –, wo „direkte Demokratie" praktizierbar ist, oder in größeren Betrieben geschickte und redegewandte „Demagogen", da hier die persönliche Bekanntschaft fast unmöglich ist. Nach dem Grundsatz, daß die „Männer der ersten Stunde" auch die „Männer der zweiten Stude" sind, wird wahrscheinlich das gegenwärtige Übergewicht der Fach- und Intelligenzberufe weiterhin vorhanden sein. Verstärkend wirkte in dieser Richtung der Mangel eines verbindlichen Programms für die Arbeit der Organisation[18]). Dieser Trend wird auch in der beruflichen Zusammensetzung der Delegierten des 1. Kongresses der „Solidarność" deutlich – von den 892 Delegierten waren über 50 % Vertreter der Intelligenzberufe[19]).

Außer diesen Beispielen, die nicht für die gesamte Organisation „Solidarność" repräsentativ zu sein brauchen, sind im Moment keine weiteren Angaben über die Berufsstruktur dieser Organisation verfügbar. Vorausgesetzt jedoch, daß das Übergewicht der technischen Intelligenz in den Leitungsgremien der Gewerkschaft dauerhaft zementiert wird, braucht es sich dabei nicht um eine grundsätzliche Trennungslinie zwischen Arbeitern und Intelligenz zu handeln, zumal das objektive Grundverhältnis zu den Produktionsmitteln gleich ist und die Zeit zeigen wird, inwieweit sich daraus ein Konfliktstoff ergeben kann.

Ein anderes Problem ist es, die Ursachen zu analysieren, die es bewirkt haben, daß mehrheitlich die Repräsentanten der Intelligenzberufe zu Vertretern der Arbeiter avancierten. Nach dem bereits erwähnten Bericht des IMB „seien sie (Vertreter der Intelligenzberufe; d. Verf.) besser in der Lage, mit der jeweiligen Geschäftsleitung und den staatlichen Behörden zu verhandeln"[20]). Glaubt man dem Sprecher der KKP (Landeskoordinationskommission), J. Onyszkiewicz, einem Mathematikassistenten der Universität in Warszawa, dann „hassen die Arbeiter die Papierarbeit"[21]).

Die Organisationsstruktur

Über die Organisationsstruktur der neuen Gewerkschaft läßt sich nur aspektmäßig berichten.

17) „Solidarność". Bericht über die IMB-Mission nach Polen. 3.–11. 12. 1980. Hrsg. Internationaler Metallgewerkschaftsbund, Genf, Präsident: E. Loderer. Dokument 81–4, S. 50.
18) „Die Bewegung ‚Solidarność' besitzt im Moment weder eine bestimmte Ideologie noch eine Weltanschauung; sie verbindet Gläubige und Atheisten, Anhänger von Pilsudski und Dmowski, Menschen jeglicher Couleur und ohne" (Übersetzung C.S.). – A. Paczkowski: Tradycja: Jaka i po co, in: „Solidarność" v. 8. 5. 1981, S. 15.
19) „Zycie Gospodarcze" v. 13. 9. 1981, S. 2. In dem 11-köpfigen Präsidium der KKP (Landeskoordinierungskommission) befinden sich nach dem 1. Kongreß der Organisation mehrheitlich Ärzte, Soziologen, Universitätsdozenten, Ingenieure, Architekten und ein Schlosser. „Zycie Warszawy" v. 9. 10. 1981, S. 1.
20) „Solidarność". Bericht über die IMB-Mission ..., ebd., S. 8.
21) Ebd., S. 43.

Die Organisationsstruktur der „Solidarność" weist drei Ebenen auf, obwohl statutmäßig nur zwei – die betriebliche und die territoriale – die wesentlichen sind. Die betriebliche Grundorganisation ist von prinzipieller Bedeutung, weil sich dort die „Basis" befindet. Nach dem Statut der „Solidarność" ist die Betriebsorganisation eine autonome Organisation, deren Bedeutung unter realen Bedingungen von der Größe des Betriebes und der Größe seiner Belegschaft abhängig ist. Die regionale (territoriale) Struktur der Gewerkschaft schließt alle Berufe und alle Betriebe einer bestimmten Region zusammen und soll den universellen Charakter der Organisation zum Ausdruck bringen. In den Regionen sollen sich etwa 100 sogenannter MKZ (Interbetriebliche Gründungskomitees) befinden[22]). Die dritte Ebene – die Landeskoordinationskommission (im Statut ursprünglich nicht vorgesehen) – ist in der Realität mit Befugnissen ausgestattet, die ihr nach dem Statut nicht zustehen, aber ihr in der gegenwärtigen unstabilen Situation zugefallen sind bzw. von ihr beansprucht werden.

Dieser Aufbau, der selbst von seinen Schöpfern als provisorisch angesehen wird, enthält, wie die bisherige Praxis der Tätigkeit der Organisation gezeigt hat, eine Reihe von potentiellen Widersprüchen, die ihrer Lösung in nächster Zeit bedürfen[23]).

Im wesentlichen gibt es zwei Probleme, die auch von den Leitern der „Solidarność" gesehen werden, nämlich den Widerspruch zwischen den Brancheninteressen der Mitglieder und der territorialen Struktur der Organisation. Die Branchenstruktur und die daraus resultierenden Interessen stehen im Gegensatz zu der regionalen Struktur und werden oft in ihrer Herausbildung von den Leitungen der Regionen behindert[24]). Auf die Dauer scheint dort auch eine permanente Quelle von Konflikten und Uneinigkeit zu entstehen, wenn z. B. in bestimmten Regionen Branchenverbindungen wie z. B. die Textilarbeiter gleichwertige bzw. stärkere Positionen erlangen können als die regionale Verwaltung. Es wird auch zugegeben, daß bestimmte Berufsgruppen (z. B. Lehrer) innerhalb der regionalen Struktur der Organisation kaum ihre Interessen durchsetzen können[25]). Bezeichnend dafür, wie sehr ausgeprägte Berufsinteressen die Struktur der Organisation beeinflussen, ist die Tatsache, daß eine der wichtigsten Branchensektionen innerhalb der „Solidarność", die Sektion für den Bergbau, schon zu Ende des vergangenen Jahres entstanden ist.

22) „Polityka" v. 31. 1. 1981, S. 6.

23) Nach der Aussage von J. Olszewski (Rechtsanwalt, Rechtsberater der „Solidarność" und Mitverfasser des Statuts der Organisation) war das gegenwärtige Statut ursprünglich nur für die Küstenregion vorgesehen; die KKP (Landeskoordinationskommission) ist erst entstanden, nachdem sich die Gründungskomitees im ganzen Land gebildet hatten. J. Olszewski, in: Solidarność i Demokracja, in: „Solidarność" v. 15. 5. 1981, S. 8.

24) Es scheint die Auffassung vorzuherrschen, daß die Bildung der sog. Branchensektionen zur Spaltung der Organisation führen kann. Vgl. L. Dorn, Solidarność Wsekcjach, in: „Solidarność" v. 22. 5. 1981, S. 7. Vgl. auch Rebhan: Solidarność. Bericht über die IMB-Mission ..., „Er sagte (J. Onyszkiewicz – Sprecher der KKP; C.S.), die Region sei dagegen, daß man die Arbeiter nach dem Industriegewerkschaftsprinzip organisiere, denn dadurch würde Solidarität ganz einfach zu einem Gewerkschaftsverband", S. 43.

25) J. Olszewski, ebd. Gründungen von Branchensektionen erfolgen jedoch, z. B. Ende Februar Sektion Bergbau, mit dem Sitz in Katowice (Vorsitzender H. Sienkiewicz). Vgl. „Polityka" v. 28. 2. 1981, S. 2.

Diese Entwicklungen zeigen, daß der Prozeß des organisatorischen Aufbaus innerhalb der „Solidarność" relativ langsam voranschreitet und daß auch diese Organisation sich bestimmten objektiven Erfordernissen stellen muß, die mit der sachbezogenen Vertretung der Interessen der Arbeitenden verbunden sind, und daß die „Solidarność" dafür noch ihre Organisationsstruktur schaffen muß. Es liegt auf der Hand, daß in der immer noch vorhandenen Übergangssituation die Organisationsstrukturen instabil sind und oft verändert werden können. Die Richtung dieser Veränderungen deutete sich auf dem 1. Kongreß an. Das „Bewachsen" des nackten Organisationsskeletts der „Solidarność" mit Stabsabteilungen muß der Stabilisierung der Situation in Polen entsprechen, denn die bisherige Organisation – wenn von einer solchen überhaupt die Rede sein kann – mit ihrer plebiszitären Basisdemokratie eignet sich nur für Entscheidungen vom Typus: Streiken oder Nicht-Streiken, aber weniger für eine gegenstandsbezogene Politik.

Ein wichtiges Element innerhalb der Organisationsstruktur der „Solidarność" ist ihr Pressewesen. Nach den Vereinbarungen von Gdańsk sollte die Gewerkschaft ihre eigenen Presseorgane erhalten; in weiteren Gesprächen mit der Regierungsseite wurde präzisiert, daß jede Region ihr eigenes Wochenblatt herausgeben kann. Als erstes erschien im Januar 1981 das Wochenblatt „Jedność" (Einheit), Organ der Region Pomorze Zachodnie, die Auflage beträgt zur Zeit 100 000[26]). Es erscheint das Wochenblatt „Solidarność" (Chefredakteur T. Mazowiecki)[27]) mit einer Auflage von 500 000. Daneben erscheinen eine Reihe von Blättern und lokalen Schriften, die von Betriebsorganisationen herausgegeben werden, wie z. B. „Wolny Związkowiec", ein Bulletin der Huta Katowice[28]), zeitweilig durch die Intervention des Staatsanwaltes geschlossen[29]). Die derzeitige Verlagstätigkeit in Form eigener Wochenblätter und Flugschriften ist von entscheidender Bedeutung für die neue Organisation. Erst auf der Basis des regelmäßigen Informationsflusses und der Verbreitung von Diskussionen kann es zu einer theoretischen Vereinheitlichung von ideellen Positionen innerhalb der Mitglieder kommen, und die Organisation kann dadurch in ihrer Struktur homogener und fester gemacht werden.

Eine solche Entwicklung bedeutet, daß die bisherige, spontane und unkontrollierte Herausgebertätigkeit regional vereinheitlicht und organisiert werden wird und daß die Redaktionen sich tatsächlich auf die nächsten gewerkschaftlichen Interessen konzentrieren müssen. Dabei wird die „Solidarność" auch eindeutiger als zuvor ihren Standort innerhalb der polnischen Gesellschaft herausarbeiten und ihn in den Diskussionsbeiträgen in ihren Publikationen veröffentlichen müssen. Die Bedeutung solcher Diskussionen ist auch

26) „Zycie Warszawy" v. 19. 6. 1981, S. 2.

27) „Polityka" v. 17. 1. 1981, S. 2. „Polityka" v. 15. 8. 1981, S. 5. Während der Dauer des 1. Kongresses der „Solidarność" wurde die Auflage des genannten Wochenblattes auf 1 000 000 Exemplare erhöht. Nach letzten Informationen verfügt die „Solidarność" gegenwärtig über 9 Zeitschriften, die mit der Zustimmung der Regierung mit einer Auflage über einer Million erscheinen. In dieser Zahl sind die regionalen Betriebsbulletins nicht enthalten, die wie z. B. die o.g. „Wolny Związkowiec" eine viel größere Auflage haben, als die Betriebsbelegschaft ausmacht. Vgl. „Zycie Warszawy" v. 7. 10. 1981, S. 2.

28) „Polityka" v. 21. 3. 1981, S. 2.

29) Vgl. C. Kiszczak, Innenminister, auf dem III. Plenum des ZK der PVAP. „Zycie Warszawy" v. 4. 9. 1981, S. 3.

in der „Solidarność" erkannt worden. Gegenwärtig scheint sich ein Teil der Diskussion um die Probleme des eigenen ideologischen Standortes und der ideologischen Selbstbestimmung zu bewegen. In welche Richtung und zu welchem Ergebnis diese Diskussionen führen werden, ist noch nicht voraussehbar.

Bewußtseinsströmungen in „Solidarność"

Für das Verständnis wird es hilfreich, wenn man die Bewußtseinsströmungen innerhalb der „Solidarność" charakterisiert; dadurch wird es deutlicher, in welche Richtungen solche Debatten sich bewegen können und welche Ansichten mit großer Wahrscheinlichkeit überwunden werden müssen.

Bei allen organisierten Mitgliedern der neuen „Gewerkschaft", aber nicht nur bei ihnen, sondern auch in weiten Kreisen der Bevölkerung (unabhängig von der Zugehörigkeit zu irgendeiner politischen Partei) gibt es unbestritten die Meinung, daß die bisherige falsche Politik, daß nichtadäquate Institutionen und selbstherrliche Führung abzulehnen sind. Diese negative Einheit des Protestes und der Ablehnung war die Hauptströmung im Arbeitsprotest Mitte des letzten Jahres. Sie ist aber auch heute noch in unterschiedlicher Stärke vorhanden. Das Protestbewußtsein war die Hauptklammer, die wirkungsvoll alle Mitglieder und Sympathisanten der „Solidarność" in ihrer anarchistischen Entstehungsphase einte. Es zeigt sich auch, daß diese Bewußtseinsform noch zusätzlicher kultischer Handlungen bedurfte, wie z. B. religiöse Symbolik und religiöse Handlungen, um unorganisierte und spontan entstandene Gruppen diszipliniert zu führen und vor unkontrollierbaren Reaktionen zu bewahren.

Mit großer Wahrscheinlichkeit lassen sich gegenwärtig noch drei Typen von Bewußtseinsformen innerhalb der „Solidarność" feststellen: ein Protestbewußtsein, das, verbunden mit der Forderung einer Abrechnung mit der Vergangenheit, gegen die Fehler des Systems gerichtet ist, ein Bewußtsein der Negation des Systems und schließlich das Bewußtsein der sozialen Aufgaben, das Szczepanski als messianische Sendung bezeichnet.

Diese drei Typen existieren nicht säuberlich voneinander getrennt, sondern vermischen und überlagern sich, wobei allerdings eine Grundtendenz in der jeweiligen Form zu überwiegen scheint. Die spontan-anarchische Phase in der Geschichte der „Solidarność" scheint zu Ende zu gehen. Dementsprechend wird nun der Versuch in der Gewerkschaftspresse unternommen, die Elemente des Protestbewußtseins in theoretisch bzw. ideologisch begründbare neue Formen des Bewußtseins zu überführen und zu festigen. Die Diskussion der Thesen über die Aufgaben der Gewerkschaft, auf die noch gesondert eingegangen wird, sowie die Diskussion über die „Werte" sind unter diesem Aspekt zu begreifen. Partiell kann sich damit das Bewußtsein der Negation des sozialistischen Systems verbinden. Es ist im Moment schwer einzuschätzen, welchem qualitativen Gewicht diese Bewußtseinsform innerhalb der „Solidarność" beigemessen werden soll; ohne Zweifel ist dieser Typus dort fest vorhanden.

Diese Bewußtseinsformen werden mit der Entwicklung und Festigung des Organisationsgrades der „Solidarność" korrespondieren. Parallel dazu muß sich innerhalb der „Solidarność" eine Konzeption durchsetzen, wie ihre Rolle und Aufgaben innerhalb der polnischen Gesellschaft zu bestimmen sind. Diese Selbstbestimmung muß die Entscheidung darüber herbeiführen, welche der drei möglichen Rollen (einer Gewerkschaft, einer sozialen Bewegung oder einer Partei) in der Zukunft gewählt und festgeschrieben wird. Da es innerhalb der „Solidarność" unterschiedliche Auffassungen darüber gibt, welche Rolle endgültig gewählt werden soll, wird diese Meinungsfindung noch längere Zeit andauern und nicht konfliktfrei ablaufen.

Die Diskussion um die Programmatik

Charakteristisch dafür sind der Inhalt der Thesen („Orientierungsrahmen für die Tätigkeit des Verbandes in der gegenwärtigen Situation des Landes"), die Mitte April 1981 von der Landeskommission zur Diskussion vorgelegt worden sind, die Diskussion darüber (besonders Äußerungen der Experten) sowie die Äußerungen der regionalen Leiter der „Solidarność", ferner die Ergebnisse des 1. Kongresses der „Solidarność".

Die diskutierten Vorstellungen über das Programm lassen sich grob in drei Hauptgebiete einteilen:
- Gesellschaftspolitische Konzeption (mit ihrer ideologischen Komponente)
- Ökonomisch-soziale Konzeption
- Politische Ideen

In den Diskussionsthesen lassen sich einige *Grundgedanken,* die das Verhältnis „Solidarność" und Staat und damit indirekt das Verhältnis zur Partei betreffen, herauslesen. Einer und vermutlich der wichtigste dieser Grundgedanken besteht darin, den „Staat zu vergesellschaften"[30]).

Die Vergesellschaftung des Staates bestünde in der Bildung von Selbstverwaltungsorganen in den Vertretungsinstitutionen (Nationalräte) und in der Autonomie der Unternehmen sowie in umfassenden gesellschaftlichen Kontrollen der Verwaltung. Dieses Konzept, das als Konzept der vollen Demokratie bezeichnet wird, soll zur Realisierung einer „neuen Gesellschaft" führen. Würde man das Konzept der „neuen Gesellschaft" bzw. der „vollen Demokratie", das in den Diskussionsthesen der „Solidarność" postuliert wird, umfassend umsetzen, so bedeutete dies die Einführung des Selbstverwaltungsprinzips in den Unternehmen, das heißt, in der von „Solidarność" propagierten Form, ihre gänzliche Syndikalisierung.

Eine solche Einschätzung der Konsequenzen wird von einigen Beratern der Organisation geteilt und offen ausgesprochen: „Derartige Handlungen von unten (gemeint ist die Bildung der Selbstverwaltungen in den Betrieben; d. Verf.)... bedeuten, daß die Veränderungen auf der politischen Ebene auch

30) „Wir streben danach, (meine Einfügung; C.S.) den Staat zu vergesellschaften"... Stefan Kurowski, in: „Polityka" v. 15. 8. 1981, S. 8.

zur Änderung der ökonomischen Verhältnisse führen werden. Eine solche Strategie kann als anarcho-syndikalistische bezeichnet werden."[31]) Mancherorts würden die Selbstverwaltungsorgane (theoretisch) identisch mit der Organisation der „Solidarność" sein. Die „Solidarność" würde damit in den Unternehmen über Selbstverwaltungsorgane verfügen, die imstande wären, ihre eigene Politik in den Unternehmen zu realisieren[32]).

Dieses Konzept würde auf eine weitgehende Beschränkung der Rolle des Staates und der bisher regierenden Parteien hinauslaufen, und es würde sich zeigen, daß damit das alte Problem in der Grundstruktur der sozialistischen Gesellschaft (Demokratie und gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln) in einem neuen Gewand wiederkehren würde. Die Ufer der „neuen Gesellschaft" sind keineswegs so schnell zu erreichen, wie dies einige Ideologen der „Solidarność" sehen möchten.

In dem eher spärlichen Material zur Programmdebatte findet man Begriffe wie „Menschenwürde", „Brüderlichkeit", „Kameradschaft", „christliches Erbe unserer Zivilisation", „gesellschaftlicher Egalitarismus" und andere (auch den Begriff der „sozialistischen Ideen"), die als normative Grundwerte gelten und als „Orientierungspunkte in der sich verändernden Situation für uns werden sollen; zugleich dienen sie uns als Kriterium der Wahl einer möglichen Strategie" [33]). Dies ist besonders wichtig unter den Bedingungen einer fortdauernden Programmlosigkeit oder Organisation. Der Rahmen dieses Artikels ist nicht geeignet, die Logik und die Konsequenzen solcher Begriffe breiter zu diskutieren; allerdings haben auch mit der „Solidarność" verbundene Personen die Konzeption der Grundwerte als Verquickung von allem mit allem bezeichnet[34]). Über Methode und Art der Auseinandersetzung um die Grundwerte kann abschließend gesagt werden, daß abstrakt formulierte Werte (Menschenwürde, Redlichkeit, Bruderschaft Solidarität) den deformierten Aspekten der Wirklichkeit eines vergangenen polnischen Alltags gegenübergestellt und daraus die grundsätzliche Negation der theoretischen Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus sowie die Ablehnung seiner Praxis gefolgert wird. Demgegenüber wird die „Solidarność" mit ihrem Ziel der „neuen Gesellschaft" – ohne nähere Angaben, wie sie aussehen soll – idealisiert[35]).

Innerhalb der ökonomisch-sozialen Konzeption nehmen die Themen der Bildung der Selbstverwaltungsorgane in den Betrieben, die Beseitigung der di-

31) S. Kurowski, O strategii dzialania związku (Text über eine Rede, gehalten vor den Delegierten der I. Allgemeinen Versammlung der Region Bydgoszcz am 20. 6. 1981), in: „Tygodnik Powszechny" v. 12. 7. 1981, S. 2. (Katholische gesellschaftspolitische Schrift, Untertitel, Übers. d. Verf.; erscheint wöchentlich; 5. Auflage, 75 000 (seit April 1981).

32) A. Gwiazda (Mitglied der KKP, ein „Veteran" der Organisation, „zweiter Mann" der „Solidarność", d. Verf.: „Die Selbstverwaltung hat das Ziel, die ökonomische Macht im Betrieb zu übernehmen", zit. nach: D. Passent, „Solidarność o sobie, in: „Polityka" v. 15. 8. 1981, S. 3. Es handelt sich bei dem Text von Passent um eine nicht autorisierte Wiedergabe des Stenogramms der Diskussion von KKP auf der Sitzung vom 24.–26. 7. 1981, „Polityka", ebd.

33) S. Kurowski, O strategii, ebd.

34) M. Król: O „Tezach" kilka uwag krytycznych, in: „Solidarność" v. 12. 6. 1981, S. 6.

35) S. Kurowski: „Wartosci ideowe", in: „Solidarność" v. 1. 5. 1981, S. 5.

rektiven Planung, die notwendigen Preiserhöhungen sowie die Arbeitslosigkeit als Folge dieser Reformen den wichtigsten Platz ein und bilden auch die wichtigsten Bestandteile der postulierten Wirtschaftsreform[36]).

Das wichtigste Kernstück dieser Forderungen, auch in politischer Hinsicht, ist die Forderung nach der Selbständigkeit der Produktionsbetriebe (man müßte sagen: nach ihrer Autonomie) und die Übergabe aller operativen Befugnisse, die sich aus dem Eigentumstitel an Produktionsmitteln ergeben, an die Arbeiterselbstverwaltungen. Die Funktionen des Staates als des Vertreters der Gesellschaft bestünden im wesentlichen darin, neue Betriebe zu gründen, sie den Belegschaften zur Verwaltung zu übergeben sowie für Entlassene und Arbeiter aus liquidierten Betrieben neue Arbeitsplätze zu schaffen, überhaupt ganz allgemein für Vollbeschäftigung zu sorgen.

Wie solche recht komplizierten Umsetzungen in der Praxis funktionieren sollen, wenn man einerseits die Befugnisse des Staates bzw. seiner Organe in der Ökonomie beschränken will und andererseits dem Staat die Aufgaben zur Sicherung des Rechtes auf Arbeit zuweist, die zufriedenstellend erfüllt werden müssen, bleibt im Dunkeln[37]). Die „Solidarność" bzw. einige ihrer Leiter haben dazu nur den Vorschlag der Emigration überschüssiger Arbeitskräfte ins (westliche) Ausland anzubieten[38]).

Der 1. Kongreß von „Solidarność"

Inzwischen hat der 1. Kongreß der Organisation „Solidarność" nach 18-tägiger Gesamtdauer (1. Phase – 6 Tage, 2. Phase – 12 Tage) seine Beratungen beendet. Es ist noch zu kurz, um die Ergebnisse und Wirkungen umfassend bewerten zu können; einige Tendenzen, die in der einjährigen Tätigkeit der Organisation erkennbar waren, sind bei den Debatten auf dem Kongreß sowie in den Resolutionen und durch das Programm bestätigt worden.

Dazu gehört der Anspruch auf eine *politische* Rolle der Organisation, die über die Aufgabe einer Gewerkschaft hinausgeht und von einem Teil der Führung der „Solidarność" mit Nachdruck vertreten wird. Es handelt sich dabei nicht um ein anderes Verständnis der politischen Funktion einer Gewerkschaft, sondern um politische Vorstellungen, die auf eine weitgehende Liquidierung existierender sozialer, ökonomischer und politischer Verhältnisse im gegenwärtigen Polen hinauslaufen. Nur in einer solchen Weise können Äußerungen

36) Die Thesen, ebd.

37) Auffallend in den „Thesen" sowie im Vorschlag der Initialgruppe der „Solidarność" aus großen Betrieben ist, daß die Erfahrungen des jugoslawischen Systems nicht erwähnt werden. Vgl. dazu: J. Kleer, Spór o samorząd, własność csy, in: „Polityka" v. 15. 8. 1981, S. 1 und 7.

38) So meint der Vorsitzende der Region Dolny Slask, W. Frasynik: „Mit der Wirtschaftsreform verbindet sich Arbeitslosigkeit. In Wroclaw schlagen wir vor, daß wir gruppenweise Reisen ins Ausland organisieren. Einerseits würde es Devisen bringen, andererseits könnte man Arbeitskultur und Organisation lernen, die bei uns sehr im argen liegen". Mowic prawde prostow Oczy. Rozmowa z przewodniczacym. Prezydium MKZ NSZZ Solidarność we Wroclawiu, Wladyslawem Frasyniukiem, in: „Solidarność" v. 22. 5. 1981, S. 15. Wie sich solche eher exzentrischen Vorschläge (Export von Arbeitskräften ins kapitalistische Ausland) – abgesehen von ihrer Praktikabilität, angesichts der Krisen und der Arbeitslosigkeit in den Hauptländern des Kapitalismus – mit der Menschenwürde und der Ehre, die auf den zahlreichen, kirchlich gesegneten Fahnen der „Solidarność" stehen, vertragen, ist unklar.

einiger regionaler Leiter der Organisation wie z. B. die von J. Rulewski, M. Jurczyk und A. Gwiazda (die auch für den Vorsitz in der Organisation kandidiert haben) interpretiert werden[39]).

Andere Beschlüsse und Entscheidungen des Kongresses sind ebenfalls politisch und mit Konfliktstoff geladen, wie z. B. der Appell an die Arbeiter der osteuropäischen Länder, in dem zur Bildung „freier Gewerkschaften" aufgefordert wird, sowie der Beschluß über ein Referendum, nach welchem die vom Sejm am 24. September 1981 verabschiedeten Gesetze (über die staatlichen Betriebe und über die Arbeiterselbstverwaltung) akzeptiert werden sollen[40]). Ein weiterer Beschluß von politischer Tragweite ist die Annahme des Programms der „Solidarność", dessen Analyse im Moment kaum möglich ist[41]). In die gleiche politische Richtung weist auch der Beschluß über die Selbstauflösung der antisozialistischen Organisation KOR, der auf dem Kongreß bekanntgegeben wurde[42]).

Am Beispiel der Haltung der „Solidarność" zu den o.g. Gesetzen kann man exemplarisch sehen, wie unterschiedlich der Prozeß der gesellschaftlichen Reformen in Polen von den Kontrahenten verstanden wird, und auch erkennen, wo die möglichen Grenzen dieser Reformen liegen. Man sollte dazu auch die Vorgeschichte der Gesetzesentwürfe erwähnen. Einer der Konfliktpunkte im Gesetz über die staatlichen Betriebe, war z. B. der Modus, nach dem die Direktoren der Betriebe nominiert werden sollten. Das revidierte Regierungsprojekt sah vor, daß die Direktoren in den meisten der wichtigen Staatsbetriebe von der Administration nominiert werden, und dieser Entwurf war auch die Formel, die von der Partei als das politisch Tragbare akzeptiert wurde[43]). Der Sejm beschloß dagegen (einstimmig vom Abgeordnetenklub der PVAP befürwortet) einen Gesetzestext, der einem Passus der Forderungen von „Solidarność" fast wörtlich entspricht[44]). Danach haben die Administration und der Arbeiterselbstverwaltungsrat ein Vetorecht gegen den – nach einem Wettbewerb vorgeschlagenen – Kandidaten. Im Falle eines Vetos soll ein Ge-

39) Vgl. „Zycie Warszawy" v. 2. 10. 1981, S. 6. Die Berichterstatter J. Reiter und L. Będkowski formulieren die Meinung über die Ansichten von J. Rulewski vornehm-zurückhaltend: „Dem Chef der ‚Solidarność' von Bydgoszcz ist es gelungen, in seiner Ansprache alle Grundsätze über Bord zu werfen, die als Grundlagen einer Realpolitik in Polen gelten". Der Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung" berichtet über Rulewskis Ausführungen im gleichen Duktus – als „waghalsige Ansichten". Vgl. NZZ v. 4./5. 10. 81, S. 1. Nach „Time" v. 12. 10. 1981, S. 12, verlangte Rulewski den Austritt aus dem Warschauer Pakt und wetterte gegen den „sowjetischen Imperialismus". Von M. Jurczyk soll der Ausspruch stammen: „Es werden einige aus dem ZK und anderen Parteikomitees getötet, auch wenn einige von uns fallen, aber wir werden siegen". „Glos Szczecinski" Nr. 187/1981, zit. nach „Argumenty" v. 4. 10. 1981, S. 16. Ähnlich auch „Zycie Warszawy" v. 7. 10. 1981, S. 3: „Die Organisation ist bereit zur blutigen Konfrontation ...".

40) „Zycie Warszawy" v. 25. 9. 1981, S. 1ff.

41) Nach vorliegenden Informationen gleicht dieses Programm mehr „einer Charta der Menschenrechte als einem ... Gewerkschaftsprogramm", NZZ v. 9. 10. 1981, S. 1. „Die unabhängige polnische Gewerkschaft ‚Solidarität' hat in ihrem Programm Forderungen aufgestellt, deren Durchsetzung das kommunistische System der Einparteiherrschaft nicht nur in Frage stellen, sondern richtiggehend beseitigen würde". NZZ v. 10. 10. 1981, S. 3.

42) FAZ v. 29. 9. 1981, S. 1. Es ist kaum anzunehmen, daß diese Organisation (KOR) ihre politische Aktivität damit eingestellt hat, eher scheint es, daß ihre Positionen in dem Organisationsgefüge der „Solidarność" ausreichend fest geworden sind.

43) A. K. Wróblewski, W oczekiwaniu na akt trzeci, in: „Polityka" v. 4. 10. 1981, S. 5.

44) „Zycie Warszawy" v. 23. 9. 1981, S. 1, und ebd. v. 28. 9. 1981, S. 2.

richt angerufen werden; seine Entscheidung ist endgültig[45]). Das Gesetz mit seiner Kompromißformel wurde von der „Solidarność" dennoch nicht voll akzeptiert. Sie will in einem Referendum entscheiden, welche Paragraphen novelliert werden sollen[46]). Wenn ein solches Referendum stattfindet, wird es sich nicht mehr um einen Kampf für ein besseres Gesetz handeln, sondern um den Kampf gegen ein geltendes Gesetz[47]).

Das am letzten Tag des Kongresses verabschiedete Programm (8 Kapitel, 38 Thesen) scheint nach den vorliegenden Informationen nicht wesentlich von den Mitte April veröffentlichten Thesen abzuweichen. Gemeinsam sind sowohl die Betonung des gesellschaftlichen als auch des politischen Charakters der Organisation („Bewegung"), der Anspruch auf umfassende Selbstverwaltung in der Wirtschaft und der Politik, ein striktes Vermeiden des Begriffs „Sozialismus" und die Anwendung von Streiks als Mittel zur Realisierung der Forderungen. Neu sind zwei Elemente: die Feststellung, daß die Reformen ohne Beeinträchtigung der internationalen Bündnisse Polens stattfinden sollen und daß die Grundlage des selbstverwalteten Polen („Rzeczypospolita Samorządowa") der Pluralismus ist[48]). Die erste der beiden Feststellungen widerspricht zumindest verbal den Ansichten von Verbandsleadern wie Jurczyk und Rulewski.

Inwieweit dies nur ein taktischer Widerspruch ist, der als Camouflage nach außen dienen soll, müssen die Zeit und die praktische Umsetzung des Programms zeigen. Denn wie gewöhnlich, so sind auch im Fall der „Solidarność" Theorie und Praxis zwei verschiedene Dinge.

Diese fragmentarischen Hinweise auf die politische Willensbildung innerhalb der Organisation „Solidarność" sollten noch um eine wichtige Komponente vervollständigt werden, nämlich um die Bewertung der Beziehung der Organisation „Solidarność" zur katholischen Kirche Polens.

Der katholische Einfluß ist unübersehbar, sei es durch faktische Symbolik, sei es durch ideologische Begriffe, deren Ursprung in diese Richtung weist. Auf die religiösen Bindungen weisen auch die zahlreichen Fahnenweihen hin, die von verschiedenen regionalen Organisationen der „Solidarność" unter aktiver Teilnahme hochgestellter Vertreter der katholischen Kirche stattfinden[49]).

Es war diesem Einfluß zu verdanken (nach allem, was man darüber bis jetzt weiß), daß sich bislang extreme Strömungen in der Führung der „Solidarność"

45) „Zycie Warszawy" v. 28. 9. 1981, S. 2. Dieser Passus des Gesetzes, wonach die Gerichte über Personalfragen in der Wirtschaft entscheiden können, ist eine eminent wichtige Entscheidung. Es bleibt abzuwarten, ob in der Praxis die Nominierung der Direktoren vorwiegend von Gerichten vorgenommen wird.

46) FAZ v. 5. 10. 1981, S. 6.

47) Z. Szeliga, Akceptacja czy konfrontacja, in: „Polityka" v. 4. 10. 1981, S. 5. Von einem Teil der Kongreßdelegierten wurde das verabschiedete Gesetz als „Sieg über die Nomenklatur" und die Niederlage der „Gegner der Organisation" apostrophiert. Am meisten realistisch scheint die Meinung von K. Modzelewski zu sein, wonach der Kampf um die Selbstverwaltung erst recht in den Betrieben und Regionen stattfinden wird. Vgl. „Zycie Warszawy" v. 28. 9. 1981, S. 2.

48) „Zycie Warszawy" v. 8. 10. 1981, S. 3.

49) Z. B. die Fahnenweihe der Abteilung für Personentransport des Unternehmens PKS in Krakow; sie wurde auf der Wawelburg durch Kardinal Macharski vorgenommen. Dabei ist die Fahne mit der Inschrift „Ehre, Gott,

nicht durchsetzen konnten[50]). Insoweit wirkte dieser kirchliche Einfluß in seiner augenblicklichen Tendenz konfliktdämpfend.

Versucht man ein vorläufiges Fazit nach dem Kongreß der „Solidarność" in bezug auf die Situation in Polen und die Tätigkeit der „Solidarność" zu ziehen, dann lassen sich einige allgemeine Merkmale unterscheiden. Dazu gehört vor allem die Einschätzung des Reformmodells, das hinter den Konzeptionen der „Solidarność" versteckt ist, sowie die eigene Perspektive der PVAP.

Das Reformmodell der „Solidarność" – soweit vorhanden – ist innerlich nicht konsistent; zwischen dem Modell der Reformen des ökonomischen Systems und dem Modell des politischen Systems klafft ein Widerspruch. Das ökonomische System ist am Syndikalismus orientiert – das Gruppeneigentum wird später nicht ausgeschlossen[51]). Dagegen soll das politische System alle Elemente des bürgerlich-demokratischen Pluralismus – einschließlich der de facto praktizierten politischen Opposition – enthalten. Diesem Widerspruch, der im Modell der Gesellschaftsreform enthalten ist, welches die gegenwärtige Führung der „Solidarność" vertritt, muß man noch die These hinzufügen, daß die Arbeiterklasse nicht an zwei Stellen der Gesellschaft Macht haben und ausüben kann. Diese Widersprüche weisen darauf hin, daß ein solches Modell nur ein temporäres sein kann und daß die Arbeiterklasse in Polen bzw. ihre Führer vor der Entscheidung stehen werden, welche Erneuerung realisiert werden soll – irgendeine oder eine sozialistische, wie dies bis jetzt die PVAP postuliert. Das Reformmodell der „Solidarność" ist jedenfalls konzeptionell in seinen Elementen ein systemfremdes Modell. Seine Realisierung würde in Polen eine Systemänderung bedeuten.

Vaterland" geweiht worden. Vgl. „Gazeta Krakowska", Ausgabe A v. 7. 5. 1981, S. 8, und v. 8. 5. 1981. Oder die Fahnenweihe der Organisation „Solidarność" in dem Stahlwerk Huta Warszawa; sie wurde von Bischof Z. Kraszewski vollzogen. Die Fahne trägt die Inschrift „Ehre, Vaterland, Glaube". „Solidarność" v. 8. 5. 1981, S. 12. Die Beteiligung kirchlicher Würdenträger an Verhandlungen und Sitzungen der KKP (Ks. Jankowski) sind ein weiterer Beweis für die aktive Teilnahme der Kirche. Oder auch die Feier zum 1. Mai mit einer Messe wie in Raciborz. Vgl. „Solidarność" v. 29. 5. 1981, S. 5.

50) Vgl. die mäßigende Haltung des Priesters Jankowski auf der Sitzung der KKP. „Solidarność v. 12. 6. 1981, S. 6.

51) „Ich träume vom Betrieb, in dem die Arbeiter und Ingenieure Eigentümer sind und dazu noch regieren". J. Rulewski auf dem 1. Kongreß der „Solidarność". Nach „Zycie Warszawy" v. 2. 10. 1981, S. 6.

Jugendprotest und Jugendpolitik

Zur Reaktion der Bundestagsparteien

Von Klaus Dörre

„Wer die Jugend hat, hat die Gesellschaft." (Tenbruck) Diese „bittere Wahrheit, der man nicht ausweichen kann"[1]), ist in der Bundesrepublik Leitmotiv sowohl staatlicher Jugendpolitik als auch offiziöser Jugendforschung. Jugendprobleme erscheinen in den Augen der herrschenden Politiker immer als Probleme der Integration von Jugend in die Gesellschaft und ihre spezifischen Macht- und Besitzverhältnisse[2]). Idealbild ist eine angepaßte, aber im Sinne der herrschenden Wertvorstellungen engagierte Jugend; doch Ideal und Wirklichkeit klaffen in der Regel weit auseinander. Je nach Situation wird deshalb abwechselnd Resignation und Apathie oder Rebellentum und militante Kritik Jugendlicher an den gesellschaftlichen Verhältnissen beklagt.

Noch 1979 dominierte das Bild einer unkritischen, politisch desinteressierten, auf die Befriedigung unmittelbarer Bedürfnisse ausgerichteten, narzißtischen Jugend. Die vielzitierte Shell-Studie kommt zu dem Ergebnis, daß die Mehrheit der Jugendlichen „im Konsum, im gehobenen Lebensstandard und im Leistungsprinzip unserer Gesellschaft die geeignete Lebensperspektive" sehe. Vorbei sei die „meist theoretisch konzipierte und nicht praxisorientierte Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen der Bundesrepublik". Zwar gebe es nach wie vor junge Menschen, „die die Gesellschaft von den unterschiedlichsten politischen Standpunkten" bekämpften, doch sei „ihr Reservoir und Einzugspotential innerhalb der Jugend eher kleiner als größer geworden"[3]). Konstatiert wird ein „sinkendes Interesse an der Politik unter den jüngsten Befragten, sowie eine generelle Tendenz zur Anpassung an die bestehenden Verhältnisse"[4]). Die „Kritik am Bestehenden", die „die jungen Erwachsenen mit Oberschulbildung früher auszeichnete", bleibe aus. Dafür sei „die Zufriedenheit mit dem Wirtschaftssystem gestiegen, „weil es sich in der ökonomischen Krise mit dem Netz sozialer Sicherung insgesamt bewährt" habe oder, „weil man keine Alternative" sehe[5]).

Die Ergebnisse der Shell-Studie fanden Ergänzung und Bestätigung in der Theorie vom „Neuen Sozialisationstypus", dem „Narziß", dessen Vulgär-Version sogar Eingang in die bundesdeutschen Illustrierten („stern") fand[6]).

1) Tenbruck, Jugend und Gesellschaft, Freiburg 1962, S. 11.
2) Schefold, Jugendpolitik als Parteiprogramm. Zur Schwierigkeit, über Jugend Politik zu formulieren, in: Böhnisch, Jugendpolitik im Sozialstaat. Befunde und Perspektiven, München 1980, S. 161ff., hier S. 185f.
3) Die Einstellung der jungen Generation zur Arbeitswelt und Wirtschaftsordnung 1979, Studie des IJF. Im Auftrag des Jugendwerks der Deutschen Shell, Hamburg 1980, S. 10.
4) Ebd.
5) Ebd., S. 11.
6) Zur Diskussion um den NST siehe z. B.: Häsing/Stubenrauch/Ziehe (Hrsg.), Narziß – Ein neuer Sozialisationstyp, Bensheim 1980.

Inzwischen ist die Kurzlebigkeit derartiger „Generationsbilder" nachhaltig unter Beweis gestellt worden. Hatte die Ministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Antje Huber, der Shell-Studie noch in einem Vorwort bescheinigt, daß „Problembereiche junger Menschen klar erkannt" würden und die Studie zugleich verdeutliche, „wie die jungen Menschen auf veränderte Bedingungen ihres Lebens reagieren"[7]), zeigt sie sich inzwischen eher frustriert über die Ergebnisse empirischer Jugendforschung. Es sei „kaum zu leugnen", so die Frau Minister, „daß ‚alle jugendsoziologischen Studien falsch prognostiziert'" hätten. Die Annahme, „die Mehrheit der Jugendlichen sei angepaßt", erweise „sich bei näherem Nachfragen als recht vordergründig", die Zufriedenheit sei „eher eine scheinbare"[8]). Was zu diesem Stimmungsumschwung geführt hat, gesteht ein Thesenpapier der Arbeitsgruppe Jugend beim SPD-Parteivorstand offen ein. Die „jugendlichen Demonstranten von Zürich, Berlin, Freiburg, Nürnberg usw." hätten „‚die Jugend' schlaglichtartig wieder zu einem politischen Thema gemacht".

Selbstkritisch wird festgestellt, daß man Jugendliche vielfach „auf den Status des Jungwählers reduziert", ihre „Probleme aus dem Blick" verloren und erst durch die jugendlichen Protestaktionen zu einer Beschäftigung mit diesen Problemen provoziert worden sei[9]). Seit der Massendemonstration gegen den Haig-Besuch und der Eskalation des Häuserkampfs in West-Berlin durch den CDU-Senat, die zum tragischen Tod eines Demonstranten führte, kann selbst die CSU das Anwachsen der außerparlamentarischen Bewegung nicht länger ignorieren. Ihr Landesgruppenvorsitzender Zimmermann machte kürzlich eine „neue außerparlamentarische Opposition" aus, die jederzeit in der Lage sei, „50 000 bis 100 000 Menschen aus unterschiedlichem Anlaß an einem beliebigen Ort zu versammeln"[10]). Neben dem zu einem Großteil auf die Aktivierung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zurückzuführenden Aufschwung der außerparlamentarischen Bewegung[11]) macht den maßgeblichen Politikern der Bonner Parteien vor allem das Wahlverhalten der Altersgruppe zwischen 18 und 29 Sorgen. Ein relevanter Teil der Jungwähler sucht nach einer Alternative außerhalb des Spektrums der Bundestagsparteien. Grüne und bunte Listen haben hier ihr Hauptrekrutierungsfeld[12]).

7) Shell-Studie, S. 5.

8) Huber, Zur aktuellen Situation der Jugend in der Bundesrepublik, in: Pressedienst des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, 15. 5. 1981, Nr. 64.

9) SPD und Jugendprotest, in: „Politik. Aktuelle Informationen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands", Nr. 2, Juni 1980.

10) Zit. n. „Frankfurter Rundschau" v. 25. 9. 1981, S. 4.

11) F. Karl weist z. B. auf das „große Potential in der Jugend" hin, das „nach 1975 im Aufschwung der BI-Bewegung wirksam wurde und auch gegenwärtig einen Hauptbestandteil der ‚neuen' sozialen Bewegungen ausmacht". Karl, Die Bürgerinitiativen. Soziale und politische Aspekte einer neuen sozialen Bewegung, Frankfurt/M. 1981, S. 52.

12) Bereits bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen 1978 stimmten 18,2% der 18- bis 25-Jährigen und 9,6% der 26-bis 34-Jährigen für die „Bunte Liste – Wehrt euch" (5. Jugendbericht, S. 114). Inzwischen dürfte der Anteil bei Landtags- und Kommunalwahlen noch gewachsen sein. Jaide verweist darauf, daß ca. die Hälfte der Wähler für die Grünen bei den vergangenen Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen unter 29 Jahre alt ist. Jaide, Alternative Jugendliche, in: „Politische Studien", Sonderheft 2/81: Jugend in Deutschland 1981, S. 7 ff., hier S. 11.

All dies deutet darauf hin, daß Regierungs- wie Oppositionsparteien Teile der Jugend nicht unter Kontrolle haben – ein Umstand, der dazu führt, daß man sich verstärkt Gedanken über die „Zukunftschancen der jungen Generation" (so der Titel des 30. Bundesparteitags der CDU in Hamburg) macht. Allerdings kann wohl kaum übersehen werden, daß die vielbeschworene Zukunftsangst der Jugendlichen zu einem gehörigen Maße Projektion der Furcht maßgeblicher Politiker ist, mit der Zukunft ihrer Parteien könne es angesichts der Abwendung von Teilen der Jugend schlecht bestellt sein.

Die soziale Lage von Kindern und Jugendlichen im Spiegel des 5. Jugendberichts der Bundesregierung

Hätten die Bonner Parlamentarier auch nur ein die Lebenssituation der Jugendlichen realistisch beschreibendes Dokument wie z. B. den 5. Jugendbericht der Bundesregierung gründlicher zur Kenntnis genommen, sie wären wohl kaum von Ausmaß und Militanz des außerparlamentarischen Protests überrascht worden. Der 1979 vorgelegte Bericht zog schon damals die These von der angepaßten, prinzipiell zufriedenen Generation in Zweifel und verwies „auf ein latentes Protestpotential gerade in der jungen Generation"[13]).

Bezüglich der realen Lebensverhältnisse Jugendlicher gelangt die Studie zu der Einschätzung, daß die „Jugendphase heute zu einem Krisenphänomen geworden" sei und zum „Sozialfall" zu werden drohe[14]). Das läßt sich an verschiedenen „Problemlagen" festmachen.

1. Kinder und Jugendliche in ungünstigen Lebensverhältnissen:

Die für den Jugendbericht verantwortliche Sachverständigenkommission geht davon aus, daß extreme Verhaltensweisen Jugenlicher (Alkohol- und Drogenkonsum, Selbstmorde und Selbstmordversuche, Jugendkriminalität, Weglaufen) nicht das Problem einer „Randgruppe" sind, sondern in besonders zugespitzter Form Probleme zum Ausdruck bringen, von denen ein großer Teil der Jugendlichen betroffen ist.

Alkoholkonsum, Selbstmorde und *Selbstmordversuche* sowie *Kriminalität* haben bei Jugendlichen steigende Tendenz. 59% aller Jungen zwischen 14 und 15 Jahren sind regelmäßige Trinker, 15% trinken täglich. Jedes dritte Mädchen der gleichen Altersgruppe ist ebenfalls regelmäßige Alkoholkonsumentin (mindestens einmal die Woche Alkoholgenuß). Die Zahl der Selbstmorde hat in der Altersgruppe der Zehn- bis Fünfzehnjährigen zwischen 1975 und 1976 um ein Drittel zugenommen. Auch bei den Fünfzehn- bis Zwanzigjährigen gibt es eine deutliche Steigerung. Noch wesentlich höher

13) Bericht über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe – Fünfter Jugendbericht, Drucksache 8/3685, S. 31. Der Bericht war heftig umstritten und wurde sowohl von Regierung als auch Opposition kritisiert. Für die CDU warf G. Gölter dem Bericht vor, er sei durch „pseudo-marxistische Vorurteile" geprägt. Auch A. Huber kritisierte den Bericht, der negativ grob überzeichne, wenn er behaupte, Jugend drohe zum Sozialfall zu werden. Vgl.: Dokumentation Jugendpolitik I, Friedrich Naumann Stiftung, Bonn 1980, S. 253 – S. 256.

14) 5. Jugendbericht, S. 23. Die folgenden Angaben erfolgen alle aus diesem Bericht.

15) bis 31) entfallen

als die Selbstmorde ist die Zahl der Selbstmordversuche. Sie wird bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen für das Jahr 1977 auf 14 000 geschätzt.

Bezüglich des *Drogenkonsums* wird zwar ein leichtes Zurückgehen konstatiert, zugleich jedoch das Erfassen neuer Schichten und die Herausbildung eines „harten Kerns" festgestellt. Insgesamt gelten 10 000 Jugendliche als drogenabhängig, 30 000 bis 50 000 als stark drogengefährdet. 1977 gab es ca. 400 Drogentote. Von Jugendlichen begangene *Straftaten* machen einen überdurchschnittlich hohen Anteil an der Gesamtkriminalität aus. Häufigstes Delikt: Diebstahl.

Dem wachsenden Druck in Familie und Schule bzw. Beruf versuchen sich immer mehr Jugendliche durch *Flucht aus dem Elternhaus* zu entziehen. Die Zahl der jugendlichen Trebegänger wird auf jährlich ca. 40 000 geschätzt. Die verschiedenen Formen „abweichenden Verhaltens" sind Reaktionen auf „ungünstige Lebensverhältnisse", die sich auch bei den Erwachsenen in der Zunahme extremer Verhaltensweisen (Kindesmißhandlung, Vernachlässigung der Fürsorgepflicht) niederschlagen. Als Ursachen für die geschilderten Tendenzen nennt die Studie zwei zentrale Sachverhalte: Aufgrund anhaltender Krisentendenzen und sich verschlechternder Lebensbedingungen für die Mehrzahl der Bevölkerung werden Kinder gerade für unterpriveligierten Schichten zuzurechnende Eltern mehr und mehr zu einer materiellen Belastung. Hinzu kommt, daß Kinder immer häufiger kompensatorische Funktion für die häufiger werdenden Frustrationen der Erwachsenen haben. Infolgedessen nimmt der Druck in den Familien zu, Kinder und Jugendliche suchen nach Möglichkeiten, „Dampf abzulassen" oder sich dem Druck zumindest scheinbar zu entziehen.

2. Schulversagen:

Schulversagen ist für die Sachverständigenkommission nicht in erster Linie den betroffenen Schülern und ihren Eltern anzulasten, sondern eher der Institution Schule, die ihrer pädagogischen Funktion nicht gerecht wird. Formen des Schulversagens sind Zurückstellung, „Sitzenbleiben" und Überweisung in Sonderschulen. Etwa 5% eines jeden Jahrgangs werden vom Schulbesuch zurückgestellt (1976/77: 38 000). Davon wird nur jeweils eine Minderheit pädagogisch betreut. Die Mehrzahl der zurückgestellten Kinder gehört sozial unterpreviligierten Schichten an. Als Folge der Zurückstellung nimmt der Altersunterschied in den Eingangsklassen zu (Kinder zwischen 5 und 8 Jahren im 1. Schuljahr). 2,9% eines Jahrgangs bleiben bereits in der ersten Klasse „sitzen", 3,9% müssen das zweite Schuljahr wiederholen. Ein Viertel der Hauptschüler, die Hälfte der Realschüler und nahezu jeder Gymnasiast hat „statistisch gesehen" einmal im Verlauf seiner Schulkarriere eine Klasse wiederholt. Etwa 400000 Jugendliche besuchen Schulen für Behinderte. Die Überweisung in eine „Sonderschule" ist oft der Beginn einer „negativen Karriere" in Schule und Beruf. Obwohl organische Intelligenzdefekte über alle Schichten gleichmäßig verteilt sind, setzt sich der größte Teil der Sonderschüler aus Angehörigen sozial benachteiligter Gruppen zusammen. Nach Exper-

tenschätzungen gehören 30 bis 50 % der betroffenen Kinder nicht in „Sonderschulen".

Die Sachverständigenkommission gelangt zu der Ansicht, daß soziale Benachteiligung durch schulische Strukturen nicht abgebaut wird, sondern eher zunimmt. Nach wie vor bestimmt die „soziale Herkunft in weitgehendem Maße darüber, welcher Bildungsabschluß von den Kindern erreicht" wird. Das bundesdeutsche Bildungssystem wird als „Instrument der Verfestigung und Fortführung sozialer Ungleichheit" charakterisiert.

3. Beruflich-soziale Lebensperspektiven von Jugendlichen:

Als Hauptprobleme hinsichtlich der beruflichen Lebensperspektive nennt der fünfte Jugendbericht *Jugendarbeitslosigkeit* und *Lehrstellenmangel.* Einen vorläufigen Höhepunkt der Jugendarbeitslosigkeit verzeichnete die offizielle Statistik 1975 mit 288 000 arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren. 1978 konnte zwar ein leichter Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit verzeichnet werden (insgesamt 245 000, unter 20: 92 000, bis 24: 156 000), doch nahm die Dauer der Arbeitslosigkeit zu. Inzwischen hat sich die Tendenz längst wieder zum schlechteren verkehrt. Im Juli 1981 lag die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen unter 20 Jahren bei 115 900 und damit um 50 % höher als im Vergleichsmonat des Vorjahres[32]). Allerdings handelt es sich hier um Zahlen der offiziellen Statistik, die einen Großteil der jugendlichen Arbeitslosen überhaupt nicht erfaßt. Nimmt man die Dunkelziffer hinzu, so muß die tatsächliche Zahl der jugendlichen Arbeitslosen auf das Doppelte bis Dreifache veranschlagt werden. Von der Arbeitslosigkeit besonders betroffen sind geringer qualifizierte und weibliche Jugendliche.

Bei den *Ausbildungsplätzen* besteht eine große „Angebotslücke", die sich für „das nächste Jahrzehnt zur drohenden Ausbildungskrise" erweitern könnte. Die Prognose geht davon aus, daß zwischen 1977 und 1987 für ca. 2,4 Millionen Schulabgänger keine Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Demnach müßten 10 % eines Jahrgangs auf eine Ausbildung verzichten, aber nur 3,8 % sind dazu bereit.

Der Anteil der un- oder angelernten Arbeiter (Jungarbeiter) nimmt wieder zu. Besonders deutlich tritt hier das Problem der „sozialen Vererbung" hervor. Der Jugendbericht beschäftigt sich auch mit den sozialen Folgen der *Jugendarbeitslosigkeit.* Die finanziellen Beschränkungen sind für die Betroffenen das Hauptproblem. Zugleich bedingt die ökonomische Situation die Erschwerung sozialer Kontakte und zögert die Ablösung vom Elternhaus hinaus. Bei vielen Jugendlichen entsteht tiefe Verunsicherung und das Gefühl der Nutzlosigkeit.

Hinsichtlich der Erforschung der Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit verwirft die Sachverständigenkommission alle gängigen Erklärungsmuster (disproportionale Bevölkerungsentwicklung, Konjunkturschwankungen, Verän-

32) Vgl. FR v. 6. 8. 1981, „Jugendliche trifft Arbeitslosigkeit am stärksten".
33) bis 42) entfallen.

derungen im Bildungssystem). Statt dessen zielt ihre Kritik auf „die Struktur unserer Wirtschafts- und Sozialordnung": „Es wäre naiv, anzunehmen, die gegenwärtigen Probleme seien nur Übergangserscheinungen, die Ende der 80er Jahre von selbst wieder verschwinden würden ... So hängt es in erster Linie gar nicht vom individuellen Wohlwollen jeweiliger Unternehmer ab, ob sich die Zahlen der von ihnen angebotenen Arbeits- und Ausbildungsplätze ... erhöhen oder senken, sondern von den schärfer werdenden Wettbewerbsbedingungen einer auf ununterbrochene Kapitalverwertung angewiesenen Wirtschaftsweise."

Hieraus wird geschlußfolgert, daß „privatwirtschaftliche Gewinnmotive" hinter „dem Recht der heranwachsenden Generation auf eine entsprechende Ausbildung" zurückzustehen haben. Da dies durch „moralische Appelle an die Unternehmer nicht zu erreichen" sei, müsse der Staat durch geeignete Mittel dafür sorgen, „daß die Interessen der jungen Arbeitnehmer notfalls auch gegen heftigen Widerstand von Machtgruppen der privaten Wirtschaft gesichert werden".

4. Bedingungen und Möglichkeiten sozialer und politischer Partizipation Jugendlicher:

Generell verzeichnet die Studie eine tiefe Kluft zwischen der offiziell anerkannten Norm, das eigenständige solidarische Handeln der Jugendlichen zu fördern, und den faktisch äußerst *begrenzten Mitbestimmungsmöglichkeiten* für Jugendliche. Faktoren wie der „Radikalenerlaß" beeinträchtigen die Partizipationsbereitschaft der Jugendlichen erheblich. Alle traditionellen Institutionen mit Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche (Familie, Schule, Beruf) konfrontieren diese mit wachsenden Leistungsanforderungen. Der zunehmende Druck führt zu verschärftem Konkurrenzkampf um günstige Chancen für das Berufsleben. Sowohl Erkennen gemeinsamer Interessen zwecks gemeinschaftlichen solidarischen Handelns als auch Fesselung „partizipatorischer Energien" können die Folgewirkung sein. Eine generelle Beteiligungsunwilligkeit der Jugendlichen sieht die Sachverständigenkommission nicht gegeben. Vielmehr sei angesichts der Versuche, „alternative Praxis" ins tägliche Leben zu integrieren, sowie anderer Formen „eines subkulturellen Protests" auf „eine tiefgreifende Krise gesellschaftlicher Strukturen und Wertmuster" zu verweisen.

Inzwischen sind die wichtigsten Ergebnisse des 5. Jugendberichts der Bundesregierung von anderen Studien[43]) ergänzt und bestätigt worden. Die hier nur unvollständig wiedergegebenen sozialen und psychosozialen Krisenerscheinungen sind die primäre Ursache jugendlichen Protestverhaltens[44]). Die Reaktionen der Bundestagsparteien auf die Protestaktionen sind vor allem

43) Vgl. z. B.: Soziale und psychische Not bei Kindern und Jugendlichen, Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (Hrsg.), Psychiatrie-Verlag 1981.

44) Vgl. Holzkamp, Jugend ohne Orientierung, in: Forum kritische Psychologie 6, „Argument" – Sonderband 49, S. 196–208. M. Schomers, Ist die Jugend angepaßt?, in: „Demokratische Erziehung" 5/1980, S. 548 ff. hier S. 553.

daran zu messen, welche Lösungsmöglichkeiten sie für die geschilderten Probleme bieten.

Die konservative Variante: Das Konzept der „geistigen Führung"

CDU und CSU haben in besonderem Maße unter mangelnder Anziehungskraft auf Jungwähler zu leiden.

Exemplarisch für die konservative Auseinandersetzung mit den aktuellen Jugendproblemen erscheint ein Aufsatz des stellvertretenden Leiters der Konrad-Adenauer-Stiftung H.J. Veen in den CSU-nahen „Politischen Studien"[44a]). Veen geht davon aus, daß die Mehrzahl der Jugendlichen (90% der 14- bis 17-jährigen, 87% der 18- bis 21-jährigen) das Gesellschaftssystem bejaht. Allerdings stehe diese „Systembejahung" auf „dünnem" Fundament, da sie eng mit der wirtschaftlichen Konjunktur gekoppelt sei. Weiter heißt es bezüglich des politischen Bewußtseins Jugendlicher: „Diese trübe Mischung aus Unwissenheit, naivem Optimismus, schwacher politisch-ethischer Urteilskraft und einem pazifistischen Denken, das aus Bequemlichkeit Unfreiheit und Würdelosigkeit in Kauf nimmt, prädisponiert weite Teile der Jugend gerade in harten Zeiten für primär links- aber auch rechtsradikale Verführungen."[45])

Kein Zweifel besteht für Veen daran, daß Zeiten bevorstehen, in denen wir „für weniger Komfort mehr werden leisten müssen", weshalb die Jugendlichen nicht in Denk- und Verhaltensweisen bestärkt werden dürften, die sie in solch harten Zeiten „unfähig machen, ihren Mann zu stehen"[46]). Vor allem komme es darauf an, die „eher a-politisch zufriedene große Mehrheit der Jugendlichen politisch gegen links- oder rechtsideologische Verführungen zu immunisieren"[47]).

Der Kern konservativer jugendpolitischer Strategie besteht also in dem Versuch, einen Typus von Jugendlichen heranzubilden, der in der Lage ist, trotz der als „Sachzwänge" charakterisierten Krisenerscheinungen zu bestehen. Verändert werden soll also weniger die soziale Lage Jugendlicher als deren Bewußtsein. Die Verunsicherung zahlreicher Jugendlicher wird auf den Verlust identitätsstiftender Werte zurückgeführt. Schuld an diesem Übel ist die „emanzipatorische Erziehung", die „den Egozentrismus zur Norm" erhoben und die Jugendlichen „mit sich, ihrer Freiheit und ihren altersbedingt diffus-chaotischen ‚Bedürfnissen'" allein gelassen habe. Hinzu komme die Illusionsmacherei der sozial-liberalen Koalition, die bei den Jugendlichen den Eindruck hinterlassen habe, Frieden, Freiheit und Wohlstand seien zum „Nulltarif" zu bekommen[48]). Auf diese Weise sei den Jugendlichen die Mög-

44a) Veen, Jugend heute: womit eigentlich identifizieren?, in: „Politische Studien", a.a.O. (Sonderheft 2), S. 38ff.
45) Ebd., S. 40.
46) Ebd.
47) Ebd., S. 39.
48) Ebd., S. 45–47.

lichkeit der Identitätsfindung genommen worden. Als Alternative bietet Veen das Konzept einer „geistigen Führung" der Jugend anhand verbindlich vorgeschriebener, konservativer Wertmuster. „Ein neuer politischer Konsens ist nötig und dieser kann nach Lage der Dinge nur noch auf größere individuelle und öffentliche Selbstbeschneidung einerseits und beträchtliche Anstrengungen andererseits gegründet werden. Vermutlich werden dann auch manche alten Tugenden, solche des Fleißes und der Leistung, der Mäßigung und des Dienstes zu den neuen Werten gehören müssen, auf die es – sicherlich in modifizierten und modernisierten Formen – ankommen wird."[49])

Genau auf der Linie Veens liegt der Bericht der Kommission zur Vorbereitung des CDU-Bundesparteitags, der vom 3. bis 5. November in Hamburg stattfand. Im ersten Teil ihres Berichts beschreibt die Kommission die Herausforderungen und Problemfelder, in denen sich die Zukunftschancen der Generation entscheiden. Zwar bemüht sich die Kommission mehr schlecht als recht, einen jugendgemäßen Ton zu finden, doch die im Bericht unterbreiteten Vorschläge sind nicht einmal im konservativen Lager originell.

Der „geistig-moralischen Herausforderung" unserer Zeit will die CDU durch Orientierung an den Grundwerten Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität begegnen. Sicherlich kann niemand etwas gegen diese Werte einwenden, wohl aber gegen ihre konservative Interpretation. Frieden z. B. will die CDU als „Frieden in Freiheit" verstanden wissen, eine Formel, deren Inhalt mit „Frieden durch Aufrüstung" besser charakterisiert wäre. So fehlt denn auch nicht der Hinweis auf den wichtigen „Beitrag zum Gleichgewicht und damit zum Frieden in der Welt", den NATO und Bundeswehr leisten. Unmißverständlich wird die „Verteidigungsbereitschaft der jungen Menschen" als „Voraussetzung zur Freiheit" hervorgehoben[50]). Formulierungen gegen „bürokratische Bevormundung" und „staatliche Reglementierung" Jugendlicher wie der Appell zur „Bereitschaft zum Dialog"[51]) müssen nicht nur denjenigen, die das von CDU bzw. CSU zu verantwortende brutale Vorgehen der Staatsgewalt in Freiburg, Nürnberg, West-Berlin oder anderen Orten am eigenen Leibe zu spüren bekamen, wie blanker Hohn erscheinen.

Angesichts der ökonomischen Probleme verweist die CDU auf das „für uns verpflichtende Leitbild der sozialen Marktwirtschaft". Die ökonomische Krise sei „eine Chance, die geistigen Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft voll zur Entfaltung zu bringen und dadurch die Krise zu überwinden"[52]). Nötig sei dazu lediglich eine „Tendenzwende" in der Wirtschaftspolitik hin zu mehr Freiräumen für Leistung und Verantwortung und zu mehr Selbständigkeit[53]). Wachstum soll vor allem durch den Ausbau der friedlichen Nutzung der

49) Ebd., S. 49.
50) „Zukunftschancen der jungen Generation", Bericht der Kommission zur Vorbereitung des 30. Bundesparteitages der CDU, Bonn, 25. 6. 1981, S. 3.
51) Ebd., S. 6.
52) Ebd., S. 7.
53) Ebd., S. 8.

Kernenergie und die Anwendung neuer Technologien erzielt werden[54]). Um das Arbeitslosenproblem angehen zu können, soll Menschen, „die bereit sind, für weniger Geld weniger zu arbeiten" dazu die Möglichkeit gegeben werden. Flexiblere Gestaltung des Arbeitslebens, Teilzeitarbeit und Jobsharing werden als konkrete Vorschläge aufgezählt[55]).

Konfrontiert man dieses „Hohe Lied der Marktwirtschaft" mit den grundlegenden Thesen des 5. Jugendberichts, so muß der Gegensatz ins Auge springen. Die Lösung der ökonomischen Probleme liegt für die CDU in der noch rigoroseren Durchsetzung der Gesetzmäßigkeiten einer Wirtschaftsweise, in deren Struktur doch gerade die Ursachen für Probleme wie Jugendarbeitslosigkeit anzusiedeln sind.

Konsequenterweise wird im Sozialbereich Einsparung bei staatlichen Leistungen gefordert. Die Bundesrepublik befinde sich „auf dem Irrweg zum bevormundenden Versorgungsstaat", der private Initiative und Eigenverantwortlichkeit ersticke, dafür aber „hemmungsloses Anspruchsdenken" fördere[56]). Die Schlußfolgerung: Abbau sozialer Leistungen, der unweigerlich auf Kosten der sozial Schwachen erfolgen muß.

Auch im zweiten Teil des Berichts, der sich mit den Zukunftschancen der Jugend in Bildung und Beruf befaßt, werden kaum neue Vorstellungen geboten. Gewettert wird gegen die Bildungsreform, „Verwissenschaftlichung" des Unterrichts und eine „Emanzipationsideologie", die die Konfliktbereitschaft idealisiert und in „manchen Bildungsbereichen die Wissensvermittlung" verdrängt habe. Gefordert wird statt dessen der Vorrang für das gegliederte Schulwesen, eine Orientierung der Ausbildung an den unterschiedlichen individuellen Begabungen, die Verkürzung der Ausbildungszeit vor allem an Ober- und Hochschulen, die gleichberechtigte Förderung von Privatschulen und Schulen in freier Trägerschaft sowie perspektivisch die Installierung von Hochschulen in freier Trägerschaft[57]). Kurzum: Die CDU will ein umfassendes bildungspolitisches „roll-back", das auch noch die letzten verbliebenen Reformansätze aus Schulen und Hochschulen verbannt. Vertraut man der Analyse des 5. Jugendberichts, so würden dadurch Leistungsdruck, Schulversagen und soziale Selektion in ungeheurem Maße verstärkt, Bildung bliebe in noch stärkerem Maße sozial privilegierten Gruppen vorbehalten.

Fassen wir die hier angeführten Elemente konservativer Strategie zusammen, so ergibt sich folgendes Bild: Jugend wird vorwiegend unter dem Aspekt ihres biologisch bestimmten Jungseins und damit als etwas Unfertiges, der Leitung und des Schutzes Bedürftiges angesehen[58]). Die Probleme Jugendlicher erscheinen als Probleme der Identitätsfindung, ohne daß die materielle Basis z.B. des als „Wertverlust" definierten Phänomens adäquat berücksichtigt

54) Ebd., S. 9.
55) Ebd., S. 10.
56) Ebd., S. 14.
57) Ebd., S. 17ff.
58) Vgl. Schefold, a.a.O., S. 164f.

würde. Ebenso illusorisch mutet die Strategie der Problemlösung an, die neben rigorosem kapitalistischen Krisenmanagement eine verstärkte konservative Reideologisierung anhand reaktionärer Wertmuster vorsieht. Jugendprotest gerät vor diesem Hintergrund zum Verführungsversuch extremer Rädelsführer oder bestenfalls zum Ausdruck jugendlicher Inkompetenz und damit zu einem marginalen Problem. Was dieses Konzept der „geistigen Führung" der Jugend konkret bedeutet, hat der CDU-Vorsitzende Kohl erst kürzlich angesichts der West-Berliner Ereignisse deutlich gemacht. Die Räumung der besetzten Häuser, in deren Gefolge ein jugendlicher Demonstrant den Tod fand, nannte er ein „Zeichen besonnenen Mutes", mit dem der Senat „in einer maßvollen und sorgfältig abgewogenen Weise die Toleranzgrenze des Rechtsstaates gegenüber der Anmaßung widerrechtlich handelnder politischer Gruppen deutlich gemacht" habe[59]).

Die sozial-liberale Variante: Krisenmanagement und indirekte Kontrolle

Im Unterschied zu konservativen Deutungsversuchen wird der Jugendprotest in sozial-liberalen Einschätzungen keineswegs als Marginalie behandelt. Das zuständige Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (BMJFG) wie auch der Parteivorstand der SPD reagierten relativ schnell auf die sich ausweitenden Protestaktionen[60]). Orientierungshilfe boten dabei die von der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen vorgelegten „Thesen zu den Jugendunruhen", die hauptsächlich die Züricher Erfahrungen aufarbeiten[61]).

Alle erwähnten Einschätzungen gehen einhellig davon aus, daß der Jugendprotest keineswegs allein Sache einer (verführten) Minderheit ist, sondern gesamtgesellschaftliche Probleme zum Ausdruck bringe, die jedoch die Jugendlichen „in ihrer ungesicherten und offenen Lebenssituation stärker" beträfen und deutlicher artikuliert würden[62]). Die SPD-Kommission stellt fest, daß die Protestszene nicht identisch mit „der Jugend" sei und „Jugendliche in sehr unterschiedlicher Weise auf ihre Umwelt und die sich ihnen stellenden Probleme" reagierten, doch wird der Versuch, die „Bedeutung des Jugendprotests mit dem Verweis auf die ‚schweigende Mehrheit' herunterzuspielen", zurückgewiesen. Statt dessen erfolgt der Verweis auf eine Untersuchung der Mannheimer Forschergruppe, derzufolge sowohl die Mehrheit der jungen Leute unter 29 Jahren als auch die Mehrheit der Gesamtbevölkerung Instandbesetzungen billigen[63]).

Hinsichtlich der Ursachen des Protests verweist das BMJFG auf die „Krisener-

59) Zit. n. FR v. 25. 9. 1981, S. 4

60) Neben den bereits aufgeführten Papieren des BMJFG und der SPD zum Jugendprotest ist als weitere Materialquelle anzugeben: Zur alternativen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. v. Bundesminister für Familie und Gesundheit, Bonn, April 1981; jetzt in: „aus politik und zeitgeschichte", B 39/81, S. 3ff.

61) Thesen zu den Jugendunruhen 1980, aufgestellt von der Eidgenössischen Kommission für Jugenfragen, November 1980, Bundesamt für Kulturpflege, Bern.

62) BMJFG, Jugendprotest, S. 1; auch in: FR v. 12. 2. 1981.

63) SPD, Jugendprotest, These 8 u. 9.

fahrungen", die das Lebensgefühl vieler Jugendlicher prägen. Als Problembereiche werden die sich verschlechternde Berufsperspektive, gestörte soziale Beziehungen, zubetonierter Lebensraum und zerstörte Umwelt, Schwierigkeiten bei der Identitätsfindung, immer stärker werdende soziale und politische Reglementierung Jugendlicher, Verplanung und Verbürokratisierung des öffentlichen wie privaten Lebens und die wachsende Fremdbestimmtheit im Freizeit- und Konsumbereich genannt[64]). Die SPD-Thesen ergänzen diesen Katalog noch mit Phänomenen wie Schulstreß, Selektion und Verdrängungswettbewerb bereits in der Ausbildung und sehen darin die Ursache für die „sehr weit verbreitete Sympathie, die den Protestierenden von den Jugendlichen entgegengebracht wird."[65]).

Geraten so z. T. bereits aus dem 5. Jugendbericht bekannte Krisenerscheinungen als objektive Ursachen des Protests ins Blickfeld, wird andererseits versucht, die Krisenstimmung zahlreicher Jugendlicher als subjektiv überspitztes Empfinden zu relativieren. Den Jugendlichen werden „fehlende Vergleichsmöglichkeiten" attestiert, da ihnen die „Zwänge und Negativseiten der Vergangenheit nicht lebendig im Bewußtsein" seien. Zum anderen würden „tatsächliche Negativentwicklungen auf dem Hintergrund einer unklaren Katastrophenstimmung, der sich der einzelne ohnmächtig ausgeliefert fühlt, übergroß wahrgenommen"[66]). Hier deutet sich eine Sichtweise an, die das subjektive Empfinden und nicht die objektiven Ursachen dieser Empfindungen zum eigentlichen Problem erhebt.

Bezüglich der Einstellung der Jugendlichen zu den Werten und der Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik konstatiert das BMJFG-Papier einen „tiefgreifenden Wertwandel". Materielle Werte haben, nach dieser Analyse, tendenziell geringere Bedeutung für die Jugendlichen. Das zum Leben Notwendige werde als selbstverständlich vorausgesetzt und auf einem „hohen Erwartungsniveau" eingefordert. Allerdings sei kein Umschlag in konservative Ideologie zu verzeichnen, sondern der Wertwandel korreliere mit progressiven Gesellschaftsentwürfen. Leistung werde nicht mehr als Wert an sich begriffen, sondern gefragt werde „Leistung wofür?" Vorrang vor einem abstrakten Leistungsbegriff haben solidarisches Miteinanderumgehen, Abrüstung und Frieden sowie bewohnbare Umwelt und Gesundheit. Mißtrauen gegenüber den etablierten Parteien und ihrem Politikverständnis sind bei Jugendlichen weit verbreitet. Erfahrungen mit der Politik sind für sie „im wesentlichen Erfahrungen mit der Ohnmacht"[67]). Auch das SPD-Thesenpapier registriert als Reflex auf die Widersprüchlichkeiten offizieller Politik einen „moralischen Rigorismus" vieler Jugendlicher. „Es regt viele Junge auf – und nicht nur sie –, daß die Rüstungsausgaben in aller Welt ständig steigen und gleichzeitig Millionen von Kindern den Hungertod sterben. Es regt sie auf, daß Tausende von Wohnungen aus Profitsucht einiger weniger leerstehen

64) BMJFG, Jugend, S. 2 u. S. 3.
65) SPD, Jugend, Th. 15.
66) BMJFG, Jugendprotest, S. 3.
67) Ebd., S. 6f.

bzw. verrotten, während zig tausende von Menschen vergeblich eine Wohnung suchen ..."[68]).

Ausdruck des „prononcierten Wertwandels bei großen Teilen der jungen Generation" sei der Wunsch nach mehr persönlicher Autonomie, nach mehr Freiräumen für Eigeninitiativen und der Wunsch, neue Lebensformen auszuprobieren, Vermenschlichung und Wärme in sozialen Beziehungen herzustellen. Alle diese Ansprüche an Selbstverwirklichung berührten „Sinnfragen", dagegen seien im Unterschied zur Protestbewegung der 60er Jahre „ideologisch abgeleitete Ziele", „Systemfragen" oder Kategorien wie „links" und „rechts" kaum interessant[69]).

BMJFG wie Jugendarbeitsgruppe der SPD beschäftigen sich mit der Frage der *Gewaltbereitschaft* in der Protestszene. Das BMJFG-Papier spricht von einem diffusen „Gewaltpotential von beträchtlichem Umfang". Als Ursache werden vielfältige Erfahrungen der Jugendlichen mit der „strukturellen Gewalt" des Staates genannt. „Einem Staat gegenüber, der ein Tornado-Projekt finanziert und gleichzeitig die Kürzung bei Sozial- und Jugendprogrammen mit Sachzwängen begründet, ... glaubt mancher Jugendliche sich nur noch mit Pflastersteinen ausdrücken zu können."[70]).

Das hier geäußerte Maß an Gesellschaftskritik, das sich zumindest implizit auch an die Regierungsparteien richten muß, stimmt erstaunlich, vergleicht man es mit der realen Politik der sozial-liberalen Koalition. Aufrüstung, Sozialabbau, Ausplünderung der „Dritten Welt", Wohnungsspekulation und Wohnungsmangel, Umweltzerstörung wie Berufsverbote und Einschränkung des Demonstrationsrechts – all das vollzieht sich unter der Ägide und mit Beteiligung der sozial-liberalen Bundesregierung.

Wer allerdings in den Thesenpapieren des BMJFG oder der SPD-Kommission nach einem Votum für einen deutlichen Kurswechsel sucht, bemüht sich vergeblich. Zwar werden viele Oberflächenerscheinungen und sogar Ursachen des Jugendprotests richtig wiedergegeben, adäquate Konsequenzen aber nirgendwo gezogen. Als erste und wichtigste Maßnahme wird der „Dialog mit der Jugend" gefordert, um überhaupt die Distanz zwischen „Älteren und Jüngeren" überbrücken zu können. Zwar fordern die SPD-Thesen auch eine Veränderung der praktischen Politik der Partei als Voraussetzung dafür, daß die SPD wieder an Glaubwürdigkeit gewinne, doch fehlen klare Forderungen wie etwa ein Nein zum NATO-„Nach"-rüstungsbeschluß oder einem Baustopp für Atomkraftwerke. Statt dessen finden sich Formulierungen wie: pazifistische Haltungen seien zwar „sympathisch, in einer nichtpazifistischen Umwelt jedoch lebensgefährlich"[71]). Hier drängt sich der Verdacht auf, daß unter dem „Dialog mit der Jugend" in erster Linie wohl ein Nahebringen der „zunehmenden Einengung des Handlungsspielraums für Reformpolitik" ver-

68) SPD, Jugend, Th. 16.
69) Ebd., Th. 12.
70) BMJFG, Jugendprotest, S. 8f.
71) SPD, Jugend, Th. 20.

standen wird. Vermittlung von Sachzwängen und nicht Problemlösung scheint das Gebot. Dies wird auch im BMJFG-Papier deutlich, wenn die „alternative Kultur" ausgerechnet als Signal zu „anspruchsloserer Lebensweise" interpretiert wird[72]). Letztlich wird damit der Jugenprotest wieder zum Generationskonflikt umfunktioniert. Das SPD-Papier spricht dementsprechend von „Jungen" und „Älteren" als Kontrahenten, um die eigene Partei als Mittler im Generationskonflikt darzustellen. „Jugendprobleme" werden als „Probleme des Einstiegs und der Integration in die Gesellschaft" verstanden[73]), wobei eher die Jugendlichen als die Gesellschaft als veränderbar angesehen werden.

Im Unterschied zur konservativen Strategie plädiert die sozial-liberale Variante der Jugendpolitik im kulturellen Bereich für eine relative Autonomie der Jugendlichen. Gefordert wird Toleranz gegenüber der „jugendlichen Minderheitenkultur".

Der Alternativkultur wird zugestanden, daß sie sich nicht prinzipiell gegen die Grundwerte der „Mehrheitsgesellschaft" richte und deshalb integrierbar sei. Gefordert wird ein „Kulturpluralismus"; Kirchen, politische Parteien und andere gesellschaftliche Kräfte sollten sich stärker „auf unterschiedliche Lebensweisen von Teilen der Bevölkerung einstellen"[74]).

Hinter der Forderung nach mehr Freiräumen für Jugendliche und alternative Lebensformen verbirgt sich eine jugendpolitische Strategie, die die Jugend mittels relativer Autonomie und indirekter Kontrolle steuern und integrieren will[75]). Allerdings erscheinen die Realisierungschancen eines solchen Konzepts, das die Durchsetzung bestimmter Forderungen Jugendlicher zumindest teilweise erleichtern würde, angesichts der jüngsten Haushaltskürzungen und der Zuspitzung der politischen Auseinandersetzung (Friedensfrage) nicht sonderlich groß.

Zusammenfassung und Ausblick: Krieg gegen die Jugend?

Schefold stellte in seinem Vergleich der jugendpolitischen Programme von CDU und SPD fest, daß beiden gemeinsam ist, Lösungen für Probleme Jugendlicher „auf der Ebene der Anpassung des einzelnen, der Reduzierung von Ansprüchen, der Versöhnung mit Widersprüchen" zu suchen[76]). Daran hat sich auch angesichts der sich formierenden Protestbewegung nichts geändert. Konservative wie sozial-liberale Variante jugendpolitischer Strategie ziele – trotz vieler Unterschiede im Detail – darauf ab, Jugend in eine weitgehend als unveränderbar angesehene Gesellschaft der „Sachzwänge" zu inte-

72) BMJFG, Jugendprotest, S. 10.
73) BMJFG, Alternativkultur, S. 3.
74) Ebd., S. 30ff.
75) Siehe dazu: Kreutz, Soziologie der Jugend, Müchen 1974; S. 31: „Die indirekte Kontrolle wird umso besser funktionieren können, je besser die spontanen Regungen und Bedürfnisse, die die Jugendlichen in ihrem Freiraum ausleben, erforscht sind und in die Strategie der Einflußnahme durch attraktive Konsumangebote eingebaut werden."
76) Schefold, a.a.O., S. 186.

grieren. Solange jedoch die herrschenden Verhältnisse und die an ihnen ausgerichtete Politik nicht einmal von den maßgeblichen Kräften in der SPD, zumindest in Teilbereichen, in Frage gestellt wird, könnte der vielbeschworene „Dialog mit der Jugend" eher zum Krieg gegen Teile der Jugend und nicht nur gegen sie werden.

Ist die Jugendphase zum „Krisenphänomen" geworden, so scheint die offizielle Jugendpolitik zum bloßen Krisenmanagement zu verkommen.

CIA in Afrika

Von Günter Neuberger

Gegen Ende September dieses Jahres fanden in Genf Gespräche zwischen Vertretern der Vereinigten Staaten und des südafrikanischen Regimes statt. Wie es hieß, wollten die USA „neue Vorschläge" für eine „friedliche Lösung" des Namibiaproblems präsentieren. Das eigentlich „Neue" der US-amerikanischen Südafrikapolitik ist allerdings so neu auch wieder nicht: im Schulterschluß mit dem Apartheidregime in Pretoria will man gemeinsam den „sowjetischen Einfluß" in Südafrika bekämpfen.

Schon im Mai dieses Jahres war die Tageszeitung „Washington Post" in den Besitz von vertraulichen Papieren aus dem State Department gelangt, worin angekündigt wird, daß die USA „ein neues Kapitel" in den Beziehungen zur Republik Südafrika aufschlagen wollen. Vorgeschlagen wird ein Tauschhandel, demzufolge Südafrika eine „international akzeptable" Lösung der Namibiafrage ermöglichen soll, während die USA ihre Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des „sowjetischen Einflusses" anbieten[1]).

Autor der Papiere ist der Unterstaatssekretär im State Department, Chester A. Crocker, zuständig für Afrikafragen. Sie dienten der Vorbereitung der Gespräche, die Außenminister Haig mit seinem südafrikanischen Kollegen Roelof Botha während dessen Aufenthalt in Washington im Mai führte. Bedenkenlos historische Ursache und Wirkung vertauschend, stellt sich Crocker schützend vor das Apartheidregime: „Die Grausamkeit Südafrikas . . . kommt daher, daß das Land, als internationaler Paria geächtet, in der jüngeren Vergangenheit keine bedeutsamen, ausbalancierten bilateralen Beziehungen gehabt hat. Daher nehmen es die Südafrikaner sehr übel, als Peinlichkeit be-

1) „Washington Post" v. 29. Mai 1981.

grieren. Solange jedoch die herrschenden Verhältnisse und die an ihnen ausgerichtete Politik nicht einmal von den maßgeblichen Kräften in der SPD, zumindest in Teilbereichen, in Frage gestellt wird, könnte der vielbeschworene „Dialog mit der Jugend" eher zum Krieg gegen Teile der Jugend und nicht nur gegen sie werden.

Ist die Jugendphase zum „Krisenphänomen" geworden, so scheint die offizielle Jugendpolitik zum bloßen Krisenmanagement zu verkommen.

CIA in Afrika

Von Günter Neuberger

Gegen Ende September dieses Jahres fanden in Genf Gespräche zwischen Vertretern der Vereinigten Staaten und des südafrikanischen Regimes statt. Wie es hieß, wollten die USA „neue Vorschläge" für eine „friedliche Lösung" des Namibiaproblems präsentieren. Das eigentlich „Neue" der US-amerikanischen Südafrikapolitik ist allerdings so neu auch wieder nicht: im Schulterschluß mit dem Apartheidregime in Pretoria will man gemeinsam den „sowjetischen Einfluß" in Südafrika bekämpfen.

Schon im Mai dieses Jahres war die Tageszeitung „Washington Post" in den Besitz von vertraulichen Papieren aus dem State Department gelangt, worin angekündigt wird, daß die USA „ein neues Kapitel" in den Beziehungen zur Republik Südafrika aufschlagen wollen. Vorgeschlagen wird ein Tauschhandel, demzufolge Südafrika eine „international akzeptable" Lösung der Namibiafrage ermöglichen soll, während die USA ihre Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des „sowjetischen Einflusses" anbieten[1]).

Autor der Papiere ist der Unterstaatssekretär im State Department, Chester A. Crocker, zuständig für Afrikafragen. Sie dienten der Vorbereitung der Gespräche, die Außenminister Haig mit seinem südafrikanischen Kollegen Roelof Botha während dessen Aufenthalt in Washington im Mai führte. Bedenkenlos historische Ursache und Wirkung vertauschend, stellt sich Crocker schützend vor das Apartheidregime: „Die Grausamkeit Südafrikas . . . kommt daher, daß das Land, als internationaler Paria geächtet, in der jüngeren Vergangenheit keine bedeutsamen, ausbalancierten bilateralen Beziehungen gehabt hat. Daher nehmen es die Südafrikaner sehr übel, als Peinlichkeit be-

1) „Washington Post" v. 29. Mai 1981.

handelt zu werden, und sind daher an das Geben-und-Nehmen pragmatischer Beziehungen nicht gewöhnt."[2])

Die veränderten Beziehungen der USA zu Südafrika unter Reagan werden wie folgt charakterisiert: „Sie beruhen auf unserer gemeinsamen Hoffnung für künftige Wohlfahrt, Sicherheit und Stabilität im südlichen Afrika, konstruktiven Veränderungen in Südafrika selbst und dem gemeinsamen Bewußtsein der Rolle, die die Sowjetunion und ihre Stellvertreter spielen, um diese Ziele zu vereiteln."[3])

Und wenn Washington und Pretoria von „sowjetischem Einfluß" sprechen, dann meinen sie vor allem die sozialistisch orientierte Regierung in Angola und die namibische Befreiungsorganisation SWAPO. Mit ihrer Kursänderung gegenüber Südafrika hat die Reagan-Administration den Rassistenstaat gegen diese „Stellvertreter Moskaus" von der Leine gelassen – für die mehr symbolische Gegenleistung „konstruktiver Veränderungen", womit kosmetische Retuschen am Apartheidssystem gemeint sein dürften. Wie der im August erfolgte Überfall auf Angola zeigt, hat Südafrika keine Schwierigkeiten gehabt, sich in die Rolle des antisowjetischen Degens der USA zu finden. Ziel der militärischen Aktionen war es, die von Angola aus operierenden Truppen der SWAPO auszulöschen und gleichzeitig Angola empfindlich zu treffen. Bei diesem seit langem schwerwiegendsten Aggressionsakt Südafrikas kam es zum ersten Mal zu Kämpfen mit regulären angolanischen Truppen.

Wenn von der Zurückdrängung sowjetischen Einflusses die Rede ist, so geht es tatsächlich um die Wahrung eigener Interessen – gegenüber Ländern, die versuchen, sich aus kolonialen oder neokolonialen Abhängigkeiten zu lösen. Südafrika dient sich dabei als Sachwalter westlicher Interessen, vor allem der USA, an. „Überall bin ich auf größeres Entgegenkommen und Verständnis gestoßen, auf das Vermögen, Südafrika in einem anderen Licht zu sehen, die Wichtigkeit des Kaps (sc. der guten Hoffnung, d. Verf.) in aller Klarheit, unsere strategischen Rohstoffe und andere Dinge." Also sprach Südafrikas Außenminister zum Abschluß seines Besuchs in Washington, zufrieden mit sich und seinen amerikanischen Freunden[4]).

Neben der internationalen Aufwertung Pretorias durch die USA, den Versuchen, „friedliche Lösungen" hinter dem Rücken der SWAPO auszukungeln, neben der offenen militärischen Aggression gibt es deutliche Anzeichen für verstärkte Geheimdienstaktivitäten im südlichen Afrika. In erster Linie ist hier der US-Geheimdienst CIA zu nennen, der nichts tut als konsequent seine Politik fortzusetzen, die er in über zwanzig Jahren auf dem schwarzen Kontinent verfolgt hat: durch geheime Operationen Instrument neokolonialer Interessen zu sein.

---

2) Ebd.
3) Ebd.
4) Ebd.

Neokolonialismus kontra nationale Unabhängigkeit

Die Erlangung der nationalen Unabhängigkeit Anfang der 60er Jahre bedeutete für die ehemaligen Kolonien keineswegs das Ende der politischen wie ökonomischen Abhängigkeit. Wenngleich die Bedingungen dafür erheblich komplizierter geworden waren, versuchten zunächst die ehemaligen Kolonialmächte, später auch die USA und andere mit ihnen verbündete Staaten, die Ausbeutung der jungen Nationalstaaten fortzusetzen. Es ging dabei im wesentlichen darum, billige Rohstoffquellen zu sichern, neue Absatzmärkte für industrielle Fertigprodukte zu erschließen, die politischen Voraussetzungen für Investitionen zu erhalten oder zu schaffen, strategisch wichtige Verkehrswege – wie das Kap der guten Hoffnung oder den Suez-Kanal – unter Kontrolle zu halten und – nicht zuletzt – darum, die Länder Afrikas und Asiens in die Einkreisungspolitik gegenüber der Sowjetunion einzubeziehen.

Diese Ziele waren unter den veränderten weltpolitischen Gegebenheiten nicht mehr allein mit den Mitteln des 19. Jahrhunderts durchzusetzen; Anfang der 50er Jahren folglich wurde die Strategie des Neokolonialismus geboren. Wie nicht nur der Indochina- und Algerienkrieg beweisen, entsagt der Neokolonialismus keineswegs den blutigen Kolonialkriegen nach dem Muster vergangener Jahrhunderte; hinzu kommt freilich ein umfassendes, äußerst elastisches und variantenreiches „System der ökonomischen, politischen und sonstigen gesellschaftlichen Beziehungen zwischen dem Imperialismus und den Entwicklungsländern. Er (der Neokolonialismus – d. Verf.) beruht auf der ökonomisch nicht gleichberechtigten, abhängigen Lage der Entwicklungsländer in der kapitalistischen Weltwirtschaft."[5])

Geheimdienste als neokoloniale Instrumente

Spätestens seit der Suez-Krise im Jahre 1956[6]) war den Westmächten klar geworden, daß ihr Spielraum für offene militärische Intervention erheblich geschrumpft war. Denn militärische Intervention bedeutete immer, einen bewaffneten Konflikt mit der UdSSR und ihren Verbündeten und somit einen neuen Weltkrieg zu riskieren. Geheimdienstliche Operationen gewannen daher zwangsläufig an Bedeutung im strategischen Konzept des Neokolonialismus.

Dafür gibt es einen weiteren Grund. Um ihren Einfluß auf die Kolonien auch nach der „Entlassung in die Unabhängigkeit" sicherzustellen, sorgten die Kolonialmächte in nicht wenigen Fällen dafür, daß ihnen ergebene, korrupte Marionetten die Regierungsgewalt in den jungen Nationalstaaten übernah-

5) S. I. Tjulpanow, Politische Ökonomie und ihre Anwendung in den Entwicklungsländern, Frankfurt o. J., S. 55.

6) Am 29./30. Oktober 1956 überfielen israelische Truppen Ägypten. Am 5. November besetzten britische und französische Einheiten die Suezkanalzone. Diese koordinierten militärischen Aktionen sollten Ägyptens Präsident Nasser zwingen, die Verstaatlichung des Suezkanals rückgängig zu machen. Die Intervention endete mit einem Debakel: Ultimativ forderte die Sowjetunion den Rückzug aller fremden Truppen von ägyptischem Territorium innerhalb von drei Tagen und drohte bei Nichtbefolgung ihrerseits mit dem Einsatz militärischer Mittel. Daraufhin zogen sich die Aggressoren aus Ägypten zurück.

men. Diese lieferten ihre Länder und Völker an ausländische Konzerne zur wohlfeilen Ausbeutung aus und führten vielfach selbst ein parasitäres Luxusleben. Das machte sie bei der Bevölkerung doppelt verhaßt. In vielen solcher Fälle zierten sich westliche Regierungen, ihre Marionetten offen zu unterstützen, und überließen das ihren Geheimdiensten, um nach außen hin der Weltöffentlichkeit eine weiße Weste präsentieren zu können.

Welch groteske Formen dies annehmen kann, zeigt das Beispiel des ehemaligen ugandischen Diktators Idi Amin. Als die Nationalisierungspolitik seines Vorgängers Obote Anfang der 70er Jahre ein für Großbritannien gefährliches Ausmaß annahm, wurde Amin im Januar 1971 vom britischen Geheimdienst MI 6 gemeinsam mit dem israelischen Geheimdienst MOSSAD an die Macht geputscht. Mit kräftiger Unterstützung des CIA – er bildete Amins Folterknechte und Henker aus – errichtete er ein Schreckensregiment im Lande. Schrecken verbreitete er auch auf internationalem Parkett, und zwar durch gezielte Provokationen, vor allem gegenüber dem Commonwealth-Mutterland Großbritannien. Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern verschlechterten sich – zumindest offiziell – zusehends und wurden im Juli 1976 von Großbritannien abgebrochen. Ungeachtet aller offiziellen Entrüstung in Whitehall, setzte der britische Geheimdienst eine Operation fort, ohne die Amins Regime wohl nicht von langer Dauer gewesen wäre: die Stansted-Luftbrücke.

Mehrmals in der Woche landete ein Flugzeug der Uganda Airlines auf dem Flugplatz von Stansted (Essex) mit Tee und Kaffee an Bord. Für den Rückflug übernahm es eine Fracht, die für Amins politisches Überleben unverzichtbar war: Luxusgüter wie Whisky und wertvolle Pelze und natürlich militärische Ausrüstungen. Nur so war es ihm möglich, das Privilegiensystem aufrechtzuerhalten, womit er sich die Loyalität seiner Machtelite, bestehend aus Armeeoffizieren, sichern konnte. Während die Bevölkerung unter einer Inflationsrate von bis zu 150 Prozent ächzte und sich mit immer schmaleren Lebensmittelrationen begnügen mußte, kassierten die Offiziere Unsummen für die Luxusgüter aus der Stansted-Luftbrücke, die sie auf dem Schwarzmarkt verhökerten. Die Lieferungen aus Stansted erfolgten übrigens kostenlos, so daß die praktisch nicht vorhandenen Devisenbestände dem Luxusleben der Führungsclique keinen Abbruch taten. Die Luftbrücke wurde bis 1979 fortgesetzt und entlarvte den drei Jahre vorher vollzogenen Abbruch der diplomatischen Beziehungen als pure Heuchelei[7]).

Weit weniger zimperlich war Frankreich im Falle Tschad, wo, nach der Unabhängigkeitserklärung im Jahre 1960, das korrupte Regime Tombalbaye herrschte. Bald regte sich Widerstand in der Bevölkerung, der sich 1966 in der Befreiungsfront FROLINAT organisierte. Insgesamt dreimal, in den Jahren 1968 bis 1971, 1977 und 1978 kamen französische Einheiten zum Einsatz, um Tombalbaye bzw. seinen Nachfolger Malloun vor dem Sturz durch FROLI-

7) Vgl. dazu Pat Hutton, Jonathan Bloch, How the West Established Idi Amin and Kept Him There, in: Ellen Ray u. a., Dirty Work 2, The CIA in Africa, Secaucus N.J., 1979, S. 171ff.

NAT zu bewahren. Eine andere Variante des Neokolonialismus, bei der kaum ausgeschlossen werden kann, daß sie durch geheimdienstliche Operationen des französischen SDECE (Service de Documentation Exterieure et de Contre--Espionage) flankiert worden ist[8]).

Der CIA tritt auf den Plan

Es war sozusagen natürlich, daß während und nach Abschluß der Dekolonisierung die Geheimdienste der alten Kolonialmächte, der britische MI 6 und der französische SDECE (genauer gesagt, dessen berüchtigtes „7. Büro"), daneben auch der belgische Geheimdienst, Afrika als ihr ureigenstes Operationsgebiet betrachteten. Erst zu Anfang der 60er Jahre trat der CIA auf dem schwarzen Kontinent in Aktion.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind nie eine klassische Kolonialmacht gewesen. Gleichwohl (oder gerade deswegen?) sind sie es, die das Instrumentarium des Neokolonialismus am perfektesten zu handhaben wissen. Es sei hier nur darauf verwiesen, daß das zynische Wort von „Lateinamerika als Hinterhof der USA" keinesfalls nur einen Anspruch, sondern eine Realität umreißt, wogegen die Völker dort mit bislang wechselndem Erfolg ankämpfen.

An dieser Stelle ist eine grundsätzliche Bemerkung einzuschieben. Wir gehen keinesfalls davon aus, daß geheimdienstliche Aktivitäten eo ipso illegitim oder verwerflich wären. Es kann wohl kaum einem Staat das Recht bestritten werden, sich durch Sammeln von Informationen und Erkenntnissen („intelligence") gegen Überraschungen politischer, ökonomischer oder gar militärischer Natur zu sichern. Das aber ist eben nicht die Aufgabe des CIA, dessen Bezeichnung – Central *Intelligence* Agency – gelinde gesagt euphemistisch ist. Wenn der CIA Informationen sammelt, dann tut er dies, um sie in geheime Operationen umzusetzen, in der Regel völkerrechtswidrige Einmischungen in die inneren Angelegenheiten anderer Länder. Das Operationsfeld des CIA liegt in der Grauzone zwischen Nadelstreifendiplomatie und offener militärischer Intervention, wobei jeder denkbare Zweck jedes denkbare Mittel heiligt. Die operativen Mittel des CIA reichen von der Anwerbung (bezahlter) Informanten über die Unterwanderung von Medien, Gewerkschaften, Jugendorganisationen, ökonomische und politische Destabilisierung, die Inszenierung von Putschen bis hin zur Ermordung mißliebiger Politiker.

Als der CIA in Afrika auf den Plan trat, war sein Verhältnis zu den Geheimdiensten der alten Kolonialmächte durchaus nicht frei von Widersprüchen. Einig war man sich selbstverständlich in der Bekämpfung fortschrittlicher und sozialistischer Bewegungen, einig war man sich auch, was die „Zurückdrängung sowjetischen Einflusses" in Afrika anging. Widersprüche aber wurden dort sichtbar, wo es um den Wettlauf zu den reichen Rohstoffquellen des afrikanischen Kontinents ging. Wenn beispielsweise Frankreich bemüht war, in seinen ehemaligen Kolonien den Zugriff auf Aluminium (Kamerun), Phosphat

8) Vgl. dazu Karl van Meter, The French Role in Africa, ebd., S. 25 ff.

(Senegal), Erdöl (Gabun) und Uran (Niger) zu wahren, so tat es das nicht im Interesse „des Westens", sondern im Interesse der heimischen Konzerne, und die standen und stehen in Konkurrenz zu denen anderer westlicher Staaten, also auch der USA.

Der CIA überzog den schwarzen Kontinent rasch mit einem Netz geheimdienstlicher und operativer Fäden und Kanäle. Es ist naturgemäß schwierig, dazu quantitative Angaben zu machen. Nach Schätzungen von Experten verfügte die Afrikaabteilung des CIA Mitte der 70er Jahre über ungefähr 400 Leute, die in der Zentrale nahe Washington bzw. in etwa 40 Botschaften und Konsulaten in Afrika tätig waren. Davon sollen etwa 300 Leute vor Ort operiert haben, die einheimischen Informanten, Provokateure, Lohnschreiber und Söldner nicht eingerechnet[9]).

Noch schwieriger wird es, wenn es um die Geldmittel geht, die der Afrikaabteilung des CIA zur Verfügung stehen. Schätzungen, daß das jährliche Budget des CIA in Afrika irgendwo zwischen 25 und 30 Mio. Dollar liege, erweisen sich rasch als apologetisch, wenn man sich vor Augen hält, daß während des angolanischen Bürgerkriegs allein in den letzten drei Monaten des Jahres 1975 Waffen im Wert von 25 Mio. Dollar an die prowestlichen Parteien geliefert wurden[10]). Unabhängig von der genauen Höhe des CIA-Budgets, spricht diese Tatsache sehr dafür, daß die Finanzierung geheimdienstlicher Operationen sehr flexibel gehandhabt wird und daß, je nach der Gewichtung der operativen Zielsetzungen, gegebenenfalls kurzfristig substantielle Mittel bereitgestellt werden können.

Angesichts dieser Tatsachen muß es wie ein Hohn klingen, wenn der ehemalige Staatssekretär für afrikanische Fragen im US-Außenministerium, David Newsom, am 14. März 1973 erklärte: „Auf einem afrikanischen Kontinent, der in Sachen Souveränität verständlicherweise sensibel ist, hatten wir Amerikaner einen Mythos besonderer Art zu überwinden: den Mythos der Manipulation. Ich hoffe, daß er tot ist. Ich hoffe, daß es uns gelungen ist, die afrikanischen Regierungen davon zu überzeugen, daß wir in keiner Weise versuchen, ihnen vorzuschreiben, wie und von wem sie regiert werden sollen."[11]) Das Wort Manipulation ist eine Verharmlosung. Der Mythos war und ist Realität. Das sollen die folgenden Beispiele zeigen.

Die Beeinflussung afrikanischer Gewerkschaften durch den CIA

Nach Beendigung seiner Afrikareise im Jahre 1957 erklärte der damalige Vizepräsident Richard Nixon im Rahmen seines Berichts an den Kongreß folgendes: „Es ist von vitaler Bedeutung, daß die amerikanische Regierung eingehend verfolgen sollte, was im Bereich der Gewerkschaften (Afrikas, d. Verf.) vor sich geht und daß die konsularischen und diplomatischen Vertre-

9) Victor Marchetti, John Marks, The CIA and the Cult of Intelligence, New York 1974, S. 99.
10) René Lemarchand, The CIA in Africa: How Central? How Intelligent? in Dirty Work 2, S. 11.
11) Current Foreign Policy (Department of State: Office od Media Services), Nr. 8701, Mai 1973, S. 4 (Alle Übersetzungen aus dem Englischen v. Verf.).

ter Amerikas die Führer der Gewerkschaften in diesen Ländern sehr genau kennenlernen sollten."[12]) Dahinter steht die richtige Erkenntnis, daß die ungehinderte Kapitalverwertung auf Kosten der afrikanischen Länder durch US-Konzerne nicht unerheblich von der Stärke bzw. Schwäche der Gewerkschaftsbewegung abhängt. Und die USA waren entschlossen, alles zu tun, um in Afrika für ein stabiles Investitionsklima zu sorgen. Der CIA spielte dabei eine Schlüsselrolle.

– Mit Unterstützung des CIA wurde 1964 das African-American Labor Center (AALC) gegründet. „Seit Februar 1965 wurden von AALC buchstäblich hunderte von Projekten in 41 afrikanischen Ländern durchgeführt zur Bildung von ‚Führungskadern für die Arbeiterbewegung' . . . Der Löwenanteil seines Budgets für 1976 stammte von der (ebenfalls CIA-gesteuerten – d. Verf.) Agency for International Development, die 2,25 Mio. Dollar beisteuerte."[13])

– In Nigeria, einem der ökonomisch wie politisch bedeutendsten Staaten Afrikas, unterstützte AALC den United Labour Congress of Nigeria (ULCN), um den Einfluß des kommunistisch orientierten Nigerian Trade Union Congress (NTUC) zurückzudrängen. Eine regierungsamtliche Untersuchung aus dem Jahre 1977 spricht davon, daß AALC und ICFTU[14]) „bei der Leitung des Congress (gemeint ist ULCN – d. Verf.) völlig freie Hand hatten".[15])

– Heute richtet AALC sein Hauptaugenmerk darauf, die Radikalisierung der afrikanischen Gewerkschaftsbewegung zu verhindern und sie dem Einfluß „gemäßigter" Führer unterzuordnen. So fand im Oktober 1978 eine Konferenz in Botswana statt, die, von AALC organisiert, den „gemäßigten" südafrikanischen Gewerkschaften ein internationales Forum verschaffen sollte. Das Treffen endete mit einer tiefen Spaltung der panafrikanischen Gewerkschaftsbewegung, vor allem auf Grund der Weigerung von AALC, den nichtrassistischen, dem ANC nahestehenden South African Congress of Trade Unions (SACTU) anzuerkennen[16]).

Die Medienmanipulationen des CIA

Im Jahre 1978 untersuchte ein Unterausschuß des US-amerikanischen Kongresses die Rolle des CIA bei der Manipulation von Nachrichten, vor allem in Ländern der Dritten Welt. Er kam dabei unter anderem zu folgenden Ergebnissen:[17])

– Eine Anzahl von amerikanischen Pressekorrespondenten in Übersee standen auf den Gehaltslisten des CIA und versorgten die CIA-Chefs in den verschiedensten Hauptstädten der Dritten Welt mit Informationen.

12) Barry Cohen, The CIA and African Trade Unions, in: Dirty Work 2, S. 71.
13) Barry Cohen, a.a.O., S. 73.
14) ICFTU (International Confederation of Free Trade Unions), gegründet 1949 von den Gewerkschaften der westlichen Staaten, die sich vor allem auf US-amerikanischen Druck von der World Federation of Trade Unions (WFTU) abspalteten.
15) Barry Cohen, a.a.O., S. 75.
16) A.a.O., S. 78.
17) Cyrille Fall, The CIA and the Media: an Overview, in: Dirty Work 2, S. 121 ff.

– Verschiedene Zeitungen und Presseagenturen mit Auslandskorrespondenten wurden vom CIA finanziert oder ausschließlich kontrolliert. Einige waren sein direktes Eigentum.
– In den vergangenen 30 Jahren (vor 1978) haben ein Dutzend hoher CIA-Funktionäre als Auslandskorrespondenten US-amerikanischer Blätter fungiert – oft mit Zustimmung der für die Publikation Verantwortlichen.
– Ein CIA-Angehöriger gab an, mit bezahlten Agenten zusammengearbeitet zu haben, die in den Auslandsbüros von United Press International (UPI) und Associated Press (AP) tätig waren und dort „Nachrichten" in die Fernschreiber lancierten, die aus den Fälscherwerkstätten des CIA stammten.

John Stockwell, Leiter der CIA-Einsatztruppe für Angola während des dortigen Bürgerkriegs, hat nach seinem Ausscheiden aus dem CIA detailliert geschildert, wie der amerikanische Geheimdienst durch Nachrichtenmanipulation versucht hat, die prowestlichen Bürgerkriegsparteien zu unterstützen. Es lohnt sich, eine längere Passage aus seinem Bericht zu zitieren:

„Propagandaexperten der CIA-Station in Kinshasa brachten eifrig Artikel in den dort erscheinenden Zeitungen „Elimo" und „Salongo" unter. Die wurden dann wieder abgeschrieben und als Agenturmeldungen an europäische, asiatische und südamerikanische Stationen (des CIA, d. Verf.) geschickt, wo sie heimlich an angeworbene Journalisten weitergegeben wurden, die wichtige Nachrichtenagenturen repräsentierten und dafür sorgten, daß vieles davon in der Weltpresse wiedergegeben wurde . . .

Der Propagandaausstoß von Lusaka (gemeint ist die dortige CIA-Station; d. Verf.) war umfänglich und phantasievoll, wenngleich gelegentlich unglaubwürdig. In der zweiten Septemberhälfte begannen die erdichteten Nachrichten aus Lusaka den Vorwurf zu erheben, MPLA-Truppen in Angola würden von Sowjets beraten. Das war zunächst eine einleuchtende Linie, und Lusaka blieb dabei. Sicher, es war gut möglich, daß sowjetische Berater in Angola waren, aber wir hatten keine Beweise dafür. Pflichtschuldigst griff die Weltpresse die Geschichten aus Lusaka über sowjetische Berater auf, von uns im Hauptquartier mit Nervosität beobachtet, weil uns eine Propagandatätigkeit lieber war, die wenigstens irgendeine Grundlage in der Realität hatte. Zwei Monate später kam ein Bericht aus Lusaka, daß zwanzig sowjetische Berater und 35 Kubaner gefangengenommen worden seien, während UNITA Malanje einnahm. UNITA-Sprecher gaben diese Information an David Ottoway, der sich damals in Lusaka aufhielt, und sie wurde in der ‚Washington Post' vom 22. November veröffentlicht. Am selben Tag druckte die ‚Post' ebenfalls das Dementi von TASS und hatte somit Geschichten von den beiden größten Geheimdiensten der Welt in derselben Ausgabe – ohne freilich zu wissen, daß die erste Geschichte vom CIA stammte und falsch war, und wohl wissend, daß TASS der Propagandaarm der Sowjets war, aber ohne Gewißheit darüber, daß TASS diesmal die Wahrheit sagte."[18])

18) John Stockwell, Media Manipulation in Angola, in Dirty Work 2, S. 128 f.

Es war ebenfalls die CIA-Station in Lusaka, die die Tartarenmeldungen über angebliche Grausamkeiten, begangen von kubanischen Soldaten, in die Welt setzten. Dazu John Stockwell: „Die einzige Grausamkeit, die wir nachweisen konnten, hatte Kubaner als Opfer und nicht als Täter. Sechzehn kubanische Soldaten, die im Oktober in Gefangenschaft gerieten, wurden kurz vor Kriegsende von UNITA-Soldaten erschossen."[19])

Angola – das große Debakel des CIA

Anders als beispielsweise in Zaïre in den Jahren 1964 bis 1967 war das Engagement der USA in Angola ausschließlich geheimdienstlicher Natur. Die CIA-Aktivitäten in Angola reichen zurück bis zum Anfang der 60er Jahre und müssen vor dem Hintergrund strategischer Differenzen zwischen den USA und ihrem NATO-Partner Portugal gesehen werden. Während Portugal seine Kolonien zu „überseeischen Provinzen" erklärte und nicht im Traum daran dachte, sie in die Unabhängigkeit zu entlassen, setzten die USA auf eine neokolonialistische Lösung: nationale Unabhängigkeit bei gleichzeitiger fester Einbindung ins kapitalistische Wirtschaftssystem. So ist ihre Zustimmung zur im März 1961 verabschiedeten UN-Resolution zu erklären, worin Selbstbestimmung für die portugiesischen Kolonien in Afrika gefordert wird.

Zur selben Zeit begann der CIA mit finanzieller, nichtmilitärischer Unterstützung für Holden Roberto, der dann zur Zeit des angolanischen Bürgerkriegs als Führer der prowestlichen FNLA bekannt wurde.[20]) Offensichtlich glaubte man in ihm den Mann gefunden zu haben, der sowohl gegen die anachronistische Politik Portugals einsetzbar war und gleichzeitig als Hemmschuh für Radikalisierungstendenzen dienen konnte. Doch die CIA-Aktivitäten waren nicht frei von Widersprüchen: So wurden sieben von insgesamt zwanzig B-26-Bombern durch CIA-Leute an Portugal geliefert, und zwar zum Einsatz in den afrikanischen Kolonien. Derartige Schwankungen waren kennzeichnend für die Politik der USA bis zu dem Tag, an dem Angola unabhängig wurde.

Im Januar 1975 setzte die portugiesische Regierung eine Dreierkoalition als Übergangsregierung in Angola ein. Schon Ende Januar erhielt Robertos FNLA auf Vorschlag des CIA eine Finanzhilfe von 3 Mio. Dollar seitens der USA. Jonas Savimbis UNITA, der der CIA 100 000 Dollar zugedacht hatte, ging zunächst leer aus. Obwohl die MPLA die einzige der drei Gruppierungen gewesen war, die einen konsequenten Guerillakampf gegen die portugiesischen Kolonialisten geführt hatte, war sie zu diesem Zeitpunkt der FNLA militärisch deutlich unterlegen.

Die rasch zunehmende Bedeutung geheimdienstlicher Operationen spiegelt sich in den finanziellen Mitteln, die dem CIA im Herbst desselben Jahres zur Verfügung standen: 5,8 Mio. Dollar für die Unterstützung politischer Aktionen; 500 000 Dollar für andere Propaganda; 900 000 Dollar für Reisekosten

19) A.a.O., S. 129.

20) Vgl. hierzu und zum folgenden: Stephen Weissmann, The CIA and U.S. Policy in Zaire and Angola, in Dirty Work 2, S. 183ff.

und Sonstiges; 10 Mio. Dollar für Waffen und Ausrüstung; 350 000 Dollar für Kommunikationstechnik; 5,4 Mio. für den Transport von Waffen und Gerät – insgesamt also die Summe von 22 Mio. und 950 000 Dollar! Die ersten direkten Waffenlieferungen der USA erfolgten mit C-141-Transportflugzeugen über Zaïre. Gleichzeitig wurde eine Propagandakampagne gestartet mit dem Ziel, sowjetische Waffenlieferungen an die MPLA sowie die Durchgangsländer zu entlarven.

Savimbi und Roberto erhielten regelmäßige monatliche Zahlungen. Diese und andere Gelder wurden zur Rekrutierung weißer „Militärtechniker" verwendet, die nichts anderes waren als ganz gewöhnliche Söldner: Portugiesen, Franzosen, Brasilianer und andere. Obwohl mit CIA-Geldern bezahlt, standen sie dennoch nicht unter dessen direktem Kommando. Mitte November bewilligte die US-Regierung weitere 7 Mio. Dollar für geheime Operationen in Angola. Damit beliefen sich die Ausgaben im Jahre 1975 insgesamt auf 32 Mio. Dollar.

Trotz dieser massiven Unterstützung durch den Geheimdienst der USA verschlechterte sich die militärische Situation für FNLA/UNITA rapide. Die vor allem von der UdSSR und Kuba, aber auch afrikanischen Ländern wie Guinea, Tansania, Sambia, Kongo-Brazzaville und den Befreiungsbewegungen FRELIMO und PAIGC unterstützte MPLA gewann zunehmend die Oberhand. Reguläre südafrikanische Truppen griffen daraufhin auf Seiten von FNLA/UNITA in die Kämpfe ein, ohne jedoch das Blatt entscheidend wenden zu können. Das offene Eingreifen des südafrikanischen Apartheidregimes hatte eher einen schädlichen Effekt: es unterminierte die ohnehin abbröckelnde Unterstützung für die amerikanische Angolapolitik weiter – sowohl in Afrika als auch in den USA. Im Januar setzte eine aus Liberalen und Konservativen bestehende Koalition im amerikanischen Kongreß mit einer als Clark Amendment bekannt gewordenen Gesetzesänderung dem Treiben des CIA in Angola ein Ende. Kurz danach zogen sich die südafrikanischen Truppen zurück. Das war der endgültige Sieg für die MPLA.

Die USA – nur bedingt lernfähig

Das Abenteuer in Angola, ein Paradebeispiel für geheime Operationen des CIA, endete in einem völligen Debakel. Es hat allerdings den Anschein, als täte sich die US-Regierung, zumal unter ihrem neuen Präsidenten Reagan, schwer, daraus die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen. Es gibt dafür einige Anzeichen, die vor dem Hintergrund der jüngsten südafrikanischen Aggression gegen Angola um so ernster einzuschätzen sind:

– Am Vorabend der Amtseinführung für den neuen amerikanischen Präsidenten trafen der designierte CIA-Direktor William Casey und der designierte Nationale Sicherheitsberater Richard Allen mit Vertretern der UNITA und des MNR (Movement for National Resistance), einer konterrevolutionären, gegen Mosambik gerichteten Organisation, zusammen.

– Im März dieses Jahres wurde UNITA-Führer Savimbi öffentlich in die USA

eingeladen – von der CIA-gesteuerten Organisation „Freedom House". Der Besuch mußte verschoben werden.
– Zur nämlichen Zeit gab es ein geheimes Treffen von dem für Afrikafragen zuständigen Staatssekretär im US-Außenministerium, Lannon Walker, in Rabat, Marokko. Mindestens zwei CIA-Leute sollen bei der Unterredung zugegen gewesen sein.
– Am 27. März ließ SWAPO in London verlauten, daß Außenminister Haig dort sechs UNITA-Mitglieder getroffen habe, um mit ihnen die Unterstützung ihrer Organisation zu erörtern[21]).

Auch der CIA soll, wenn es nach der Reagan-Administration geht, wieder unbeschränkte Operationsmöglichkeiten in Angola erhalten. Welchen anderen Sinn sollte die immer nachdrücklicher erhobene Forderung nach Aufhebung des Clark Amendment haben? Die Bedrohung Angolas durch die USA nimmt auf alarmierende Weise zu. Der Direktor des für seine engen Geheimdienstbindungen bekannten US-amerikanischen Instituts für Konfliktforschung hat dies, in dankenswerter Offenheit, bestätigt, als er gegenüber „National Review" vom 17. April 1981 folgendes erklärte: „Die eigentliche Priorität ist, SWAPO daran zu hindern, in Namibia an die Macht zu kommen; denn falls ihr das gelingt, ist Südafrika total isoliert, und der Westen kann ohne Südafrikas Bodenschätze nicht überleben . . . Darüber hinaus – wenn SWAPO an der Macht ist, wird Savimbi in der Flanke abgeschnitten und sein Nachschub unterbrochen. Die eigentliche Priorität ist also Angola: Geben Sie Savimbi und den anderen im Norden operierenden angolanischen Guerillas ein Maximum an Hilfe, und sämtliche kubanischen Anstrengungen in Afrika können zunichte gemacht werden, und möglicherweise kann das Problem SWAPO im selben Aufwasch erledigt werden."[22])

CIA-Spionagenetz in Mosambik enttarnt

Für die zunehmenden CIA-Aktivitäten im südlichen Afrika spricht auch die Tatsache, daß es den Behörden Mosambiks Anfang März dieses Jahres gelang, einen Spionagering des US-Geheimdienstes auszuheben. Nach einer Meldung von Moçambique Information Agency (MIA) wurden am 4. März folgende CIA-Angehörige des Landes verwiesen:
– Frederick Boyce Lundahl. Stellvertretender Chef der CIA-Station in Lusaka, Sambia, bevor er nach Maputo versetzt wurde, wo er, offiziell als zweiter Botschaftssekretär geführt, Chef der CIA-Station war.
– Louis Leon Ollivier, Stellvertretender Chef der CIA-Station, ebenfalls als zweiter Botschaftssekretär geführt und Teilnehmer eines CIA-Ausbildungskurses 1975 in Washington.
– Arthur F. Russel, Fernmeldespezialist der CIA-Station in Maputo.

Auch die Frauen der drei CIA-Angehörigen wurden wegen nachgewiesener Aktivitäten für den amerikanischen Geheimdienst ausgewiesen.

21) Vgl. dazu Ellen Ray, Bill Schaap, Threat to the United Nations. The Namibia „Solution". The Future of Southern Africa in: „Covert Action Information Bulletin" (CAIB), Nr. 13, S. 4ff.
22) A.a.O.

Nach Aussagen einheimischer Verbindungsmänner, die ihre Verbindungen zu den ausgewiesenen CIA-Leuten eingestanden, geht die Ermordung bzw. Entführung nach Südafrika von 12 Mitgliedern des ANC am 30. Januar dieses Jahres in einer Vorstadt von Maputo durch ein südafrikanisches Kommando auf das Konto dieser Geheimdienstler. Sie sollen die Wohnungen der ANC-Mitglieder an die Südafrikaner verraten und somit die Kommandoaktion erst möglich gemacht haben[23]). Frederick B. Lundahl wurde übrigens, so eine Meldung der „New York Times" vom folgenden Tag, am 23. Juni dieses Jahres aus Sambia ausgewiesen. Die Behörden warfen ihm Spionage für den CIA und ein Komplott zum Sturz von Präsident Kenneth Kaunda vor.

Gab es einen CIA-Plan zur Ermordung Gadafis?

Die in diesem Beitrag aufgeführten CIA-Aktivitäten auf dem schwarzen Kontinent sind bei weitem nicht vollständig, wenngleich typisch für seine Operationen in der Dritten Welt. Mit seiner Kampfansage an den „internationalen Terrorismus", womit er die nationalen Befreiungsbewegungen meint, hat Präsident Reagan offensichtlich auch den CIA als Hebel seiner Außenpolitik aufgewertet. Und es hat den Anschein, als sei durch eine vorzeitige Indiskretion ein weiterer politischer Mord, geplant vom CIA, verhindert worden.

Wie das US-Nachrichtenmagazin „Newsweek" in seiner Ausgabe vom 3. August 1981 meldete, bestand ein vom US-Geheimdienst entworfener Plan, den libyschen Staatschef Oberst Muammar Gadafi „endgültig" (?!) von der Macht zu entfernen. „Die Einzelheiten des Plans waren nur skizzenhaft", schreibt das Blatt, „aber es schien eine klassische Destabilisierungskampagne des CIA zu sein." Die Gründe für ein solches Vorgehen liegen auf der Hand: Libyen unterstützt eine Reihe von Befreiungsbewegungen, die der Reagan-Administration wiederum ein Dorn im Auge sind. „Zu der Operation selbst", schließt „Newsweek" seinen Bericht, „die ohne Zustimmung des Kongresses hätte eingeleitet werden können, verweigerte die Regierung jeglichen Kommentar."

Welches Konfliktpotential in diesem – von der US-Regierung nicht einmal pro forma dementierten! – Mordplan steckt, verdeutlichen die zugrunde liegenden krassen Fehleinschätzungen:
– Erstens ist die offensichtlich bestehende Annahme des CIA falsch, daß mit der Beseitigung Gadafis zugleich die libysche Revolution beseitigt sei. Es gibt heute eigentlich niemanden, der die innere Stabilität Libyens ernstlich in Zweifel ziehen würde.
– Im Widerspruch zu dieser Tatsache steht ebenso die falsche Einschätzung des CIA, das libysche Regime durch die im Golf von Sidra gestartete Provokation – Abschuß von zwei libyschen Kampfflugzeugen – in ernstliche innen- und außenpolitische Schwierigkeiten bringen zu können.

Der CIA scheint die Zeit für gekommen zu halten, gegen ein Land Destabili-

23) Vgl. dazu Ellen Ray, Mozambique Smashes Spy Network. Expels CIA Officers Who Aided in ANC Killings, in CAIB Nr. 12, S. 24 ff.

sierungsmaßnahmen bewährten Musters einzuleiten, das darauf allerdings überraschend stabil reagiert hat. Dies wäre nicht die erste gravierende Fehleinschätzung, die vom amerikanischen Geheimdienst getroffen würde. Als herausragendes Beispiel soll hier nur daran erinnert werden, daß der CIA das Bestehen einer vorrevolutionären oder gar revolutionären Situation auch dann noch bestritt, als der Thron des Schah schon für alle Welt sichtbar wakkelte.

Wie der ehemalige CIA-Angehörige Philip Agee bestätigt, tut die Regierung in Washington keinen Schritt, der nicht auf umfänglichen Analysen des CIA beruhte. Der Friedensnobelpreisträger und ehemalige UN-Kommissar für Namibia, Sean McBride, ging sogar soweit festzustellen, daß der CIA dabei sei, sich zur heimlichen Regierung der USA zu entwickeln, von niemandem kontrolliert. Wie das Beispiel Libyen zeigt, kann aufgrund krasser Fehleinschätzungen des CIA rasch der Weltfrieden in Gefahr geraten, denn es ist unschwer vorstellbar, daß die Provokation im Golf von Sidra oder das gegen Gadafi geplante Mordkomplott sehr rasch hätten eskalieren könnnen. Der Kampf um die Erhaltung des Friedens, das Anliegen von mehr und mehr Menschen unserer Tage, muß daher auch den Kampf gegen einen der gefährlichsten Friedensstörer umfassen: gegen den CIA nämlich.

weltweit
aktuell konkret lebendig

horizont

horizont
Sozialistische Wochenzeitung der DDR für internationale Politik und Wirtschaft

„horizont" bringt Ihnen interessante Informationen durch exklusive Berichterstattung zu Themen
- der Außenpolitik der DDR
- der Zusammenarbeit mit anderen Ländern
- der internationalen Arbeiterbewegung
- des aktuellen Weltgeschehens
- der Weltwirtschaft

☐ Ich möchte „horizont" zum Jahresabonnement von DM 52,20 zzgl. Portogebühren von DM 10,60 beziehen.

☐ Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeexemplares

Name, Vorname _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____

Direktversand ab Berliner Verlag, daher immer aktuell!
Senden Sie den Kupon als Bestellung an
Brücken-Verlag GmbH
Ackerstraße 3 – 4000 Düsseldorf 1

Ein Probeexemplar kann vom Verlag direkt angefordert werden.
Berliner Verlag, DDR-1026 Berlin, Karl-Liebknecht-Straße 29

Medienkritik

ENTWICKLUNGSHILFE

Ein Deutscher (BRD) kommt nach Beirut, wo bekanntlich Krieg ist. Er ist Journalist und soll dort über diesen Krieg berichten. Aber einerseits verachtet er den Sensationsjournalismus seiner Kollegen, weiß aber, daß eben dieser auch von ihm verlangt wird. Andererseits hat er aus der Lüneburger Heide Beziehungsprobleme mitgebracht, die ihn besonders sensibel zu machen scheinen für die Situation: *Beirut mit seinem Krieg wird so zur Metapher* für sein inneres Chaos – und zur Therapie, denn er ist zunächst frustriert darüber, daß die Menschen hier gar nicht leiden, und *viel intensiver leben. Dieses Lebensgefühl möchte Laschen mit ihnen teilen,* denn *ihm geht diese Vitalität einfach ab.* Er sucht sie wiederzugewinnen in einer *klaren Sexgeschichte* mit einer deutschen Botschaftsangestellten, die von sich sagt: „Ich bin Araberin geworden" und mit dem Krieg gut zurechtkommt. Von ihr lernt er, daß der Krieg vieles vereinfacht (bei Abendbesuchen muß man die ganze Nacht bleiben) und überhaupt gar nicht so schlimm ist (die Scharfschützen sind ja so ungeschickt). Trotzdem gerät Laschen erst einmal in eine Krise und bringt dabei einen Araber mit einem Dolch um, ein Mord, *der eigentlich ein Selbstmord ist* und *jedenfalls ein enormer Schritt.* Aber er schafft es trotzdem nicht, denn die Botschaftsangestellte mag sich nicht mit seinem Innenleben beschäftigen und sucht sich zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse lieber ein arabisches Kind und einen palästinensischen Mann.

Ein Deutscher (BRD) kommt nach Beirut, wo bekanntlich Krieg ist. Er ist ein berühmter Filmregisseur und dreht dort einen Film über einen Deutschen (BRD) . . . Er bringt einen großen Stab mit, alles vom Besten: Bruno Ganz, Hanna Schygulla. Er ist mit dem Ergebnis zufrieden: *„Die Fälschung", das kann man guten Gewissens sagen, ist ein Film über uns, zwar in Beirut gedreht, aber trotzdem ein deutscher Film.* Ein Kriegsfilm, an einem Schauplatz gedreht, an dem wirklich Krieg ist, das ist ein Verkaufsargument. Trotz der *Ruinen und der großartigen Kulisse,* die der Krieg hier bietet, ist keine der Kriegsszenen echt. *Alles, was sich vor der Kamera abspielt, ist inszeniert.* Die Verdrängung der Kriegsrealität, die sich hier schon andeutet, wird von Volker Schlöndorff durch eine verbale Definitionsumkehrung zum filmtheoretischen Programm gemacht: *Das . . . etwas irreale Bild von Beirut, vom Orient und von Arabien, halte ich für wichtiger, weil ich damit das falsche, dokumentarische Bild von diesen Ländern und dieser Stadt korrigieren kann.* Schlöndorff will mit seinen Bildern den *Eindruck einer Vision vermitteln, den Horror und das Kaputte als das Normale erscheinen lassen.* Das, was die hier als falsch deklarierten authentischen Bilder zeigen könnten, gilt ihm als Ideologie. Der Mißbrauch von Bildern der grausamen Realität des Krieges als Nervenkitzel durch die westlichen Medien wird Laschen und Schlöndorff zum Vorwand, die Analyse und Bewertung der Situation überhaupt für unmöglich zu erklären. Und so wie die Araber im Film nur die Statistenrollen übernehmen dürfen, wird ihr Schicksal zum pikanten Hintergrund uralter Kino-Liebesqualen vermarktet. *Uns hat ein Lebensgefühl erfaßt, von dem wir bis heute nicht losgekommen sind,* sagt der Regisseur über die Dreharbeiten, *das Gefühl, einfacher und intensiver zu leben als zu Hause,* aber er hat immerhin das Problem dabei, *daß man sich deswegen keinen Kriegszustand wünschen kann.* Natürlich: *es dreht einem schon das Herz um, wenn man sieht, wie aussichtslos die Menschen dort leben . . . Nur, es putscht einen auf.* (Alles kursiv Gedruckte ist wörtliches Zitat von Schlöndorff in einem Interview, „Filmfaust" 24/81.)

Das alte Klischee vom Krieg als Jungbrunnen des deutschen Mannes, angereichert mit ein wenig modernem Stammtisch-Anarchismus; wieviel muß sich einer eigentlich noch leisten an zynischer Überheblichkeit, bis hinter der kritischen Attitüde das kolonialistische Denken zutage tritt? Wie drückte es noch der Kameramann Igor Luther aus: *Wie soll ich denn hier nur fotografieren, wenn die nur nachts kämpfen?*

Günter Giesenfeld

Wirtschaftsinformation

Die Empfänger von Sozialleistungen

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Die „Operation '82" ist erwartungsgemäß mit den Kürzungsbeschlüssen vom Juni und September 1981 nicht beendet gewesen. Schon damals war absehbar, daß die Lücken im Bundeshaushalt größer sein würden, als von der Bundesregierung behauptet: insbesondere die Arbeitslosigkeit war zu niedrig, die zu erwartenden Steuereinnahmen waren zu hoch angenommen worden.

Nun mußte schon im Oktober festgestellt werden, daß 1981/82 eine erneute „Haushaltslücke" von geschätzt 10 Milliarden zu schließen ist. Wiederum stehen die Sozialleistungen im Mittelpunkt der Kürzungsüberlegungen. Die Strategie des schrittweisen Umbaus des Systems der Sozialen Sicherung wird weiterverfolgt mit dem langfristigen Ziel, nur noch eine gewisse Mindestversorgung zu gewährleisten und alles weitere der „Eigeninitiative" zu überlassen.

Propagandistisch wird diese Linie abgesichert durch die Behauptung einer „Überversorgung" durch das Sozialsystem. Es ist in dieser Diskussion daher wichtig, sich einen gewissen Überblick über die tatsächliche Reichweite des Leistungssystems zu verschaffen. Dies ermöglicht in gewissem Grade eine unlängst veröffentlichte Untersuchung einer Sachverständigenkommission, die 1977 eingesetzt worden war. Sie hat einen Bericht „Das Transfersystem in der Bundesrepublik Deutschland" vorgelegt, der z. T. auf den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1978 basiert. Einige wichtige Aspekte dieser Umfrage werden im folgenden vorgestellt. Zunächst ist festzuhalten, wie breit der Empfängerkreis staatlicher Transferzahlungen eigentlich ist.

Tabelle 1

Haushalte mit Transferzahlungen[1])

	Insgesamt	*Mit Zahlungen*		*Nur mit Kindergeld*		*Zahlungsempfänger* (ohne Kindergeld)
	In 1000	*In 1000*	*In %*[2])	*In 1000*	*In %*[2])	In %[2])
Haushalte insgesamt	*22 054*	*17 658*	*80,1*	*6 780*	*30,7*	*49,4*
Landwirte	*518*	*434*	*83,8*	*179*	*34,6*	*49,2*
Selbständige	*1 332*	*1 001*	*75,1*	*699*	*52,5*	*22,6*
Beamte	*1 402*	*982*	*70,0*	*846*	*60,3*	*9,7*
Angestellte	*4 522*	*2 893*	*64,0*	*2 254*	*49,8*	*14,2*
Arbeiter	*5 216*	*3 638*	*69,8*	*2 730*	*52,3*	*17,5*
Nichterwerbstätige	*9 064*	*8 710*	*96,1*	*72*	*0,8*	*95,3*

1) Als Transferzahlungen werden hier berücksichtigt: Renten und öffentliche Pensionen, Zahlungen der Bundesanstalt für Arbeit, Sozialhilfe, Wohngeld und Kindergeld.
2) In % aller Haushalte.
Quelle: „Wirtschaft und Statistik", 8/1981, S. 563 ff.

Zum Verständnis der Tabelle sind einige Erläuterungen nötig. Einmal ist die Aussagekraft dadurch eingeschränkt, daß Ausländerhaushalte, Haushalte in Anstalten und Haushalte mit einem Monatseinkommen ab 20 000 DM nicht erfaßt sind. Außerdem basieren die Ergebnisse auf

Selbsteinschätzung der Befragten, so daß bei einigen Leistungsarten wie Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe – oft gilt der Empfang solcher Leistungen als „Schande" – erhebliche Dunkelziffern zu verzeichnen sein dürften. Auf den ersten Blick scheint das Leistungssystem nahezu umfassend zu sein, 80% aller Haushalte bekommen Mittel aus öffentlichen Sozialkassen. Allerdings beziehen 31% aller Haushalte nur Kindergeld, im Durchschnitt knapp 130 DM monatlich. (Die Zahlen beziehen sich sämtlich auf das Jahr 1978.) Klammert man diese Leistung aus, so erhalten nur 49 % aller Haushalte überhaupt Zahlungen aus dem System sozialer Sicherung. Damit hat sich die Streuungsbreite der Leistungen im Zeitablauf nicht erhöht: nach den Ergebnissen der letzten Befragung aus dem Jahre 1955 erhielten damals 48% aller Haushalte entsprechende öffentliche Zahlungen. Die Tabelle macht weiter deutlich, daß vor allem in den Haushalten der abhängig Beschäftigten der Anteil der Empfänger staatlicher Leistungen sehr gering ist (zwischen 10 und 17,5%). Berücksichtigt man, daß zum Befragungszeitpunkt (Dezember 1978) etwa 5% der Arbeiter und Angestellten erwerbslos waren, so wird klar, daß von „Überversorgung" keine Rede sein kann. Sogar das Statistische Bundesamt meint, daß die Bundesrepublik „einem Wohlfahrtssystem schwedischer Prägung" keineswegs nahe gekommen sei.

Auch die Zahlungshöhe ist bei näherer Betrachtung keineswegs so eindrucksvoll, daß sich das Bild des „Wohfahrtsstaates", wie es von vielen Medien gezeichnet wird, bestätigen würde. Die durchschnittliche Höhe der Transferzahlungen je Empfängerhaushalt von 813 DM kommt vor allem wegen der großen Zahl der Rentnerhaushalte zustande, die ganz oder überwiegend von Sozialleistungen leben. In diesem Zusammenhang unterstreicht die „Transfer-Kommission" eine Binsenweisheit: Beitragszahler und Empfänger von Sozialleistungen sind nicht identisch. So erhalten Rentnerhaushalte 76% aller Leistungen, finanzieren diese aber nur zu 7%. Arbeiterhaushalte erhalten umgekehrt nur 10% der Leistungen, finanzieren diese aber zu 40%. Es wird also keineswegs nur „von der rechten in die linke Tasche" umverteilt. Dies wird von den Rotstiftpolitikern gern behauptet, um den Sozialabbau breiten Schichten schmackhaft zu machen.

Tabelle 2

Transferzahlungen nach Haushaltsgruppen

	Monatliche Zahlungshöhe in DM
Haushalte insgesamt	*813,40*
Landwirte	*441,60*
Selbständige	*395,50*
Beamte	*205,20*
Angestellte	*255,40*
Arbeiter	*244,60*
Nichterwerbstätige	*1371,50*

Quelle: Ebd.

Die relativ hohen Bezüge bei den Landwirten und Selbständigenhaushalten erklären sich vor allem aus der Tatsache, daß es sich hierbei oft noch um Mehrgenerationenhaushalte handelt, in denen auch Rentenempfänger leben.

In der öffentlichen Diskussion über das Sozialsystem wird von interessierter Seite oft die Behauptung aufgestellt, bei den Sozialleistungen handele es sich um ein nahezu undurchschaubares Gewirr von Zahlungen, viele Empfänger bezögen gleichzeitig aus den verschiedensten Quellen öffentliche Mittel. Dies trifft nicht zu, insbesondere die Haushalte von abhängig Beschäftigten beziehen ganz überwiegend keine oder nur eine einzige Leistung. Von den 5,2 Mio. Arbeiterhaushalten erhielten nur 2% mehr als zwei verschiedene Leistungen aus dem System der sozialen Sicherung.

Selbst bei den nichterwerbstätigen Beziehern von Renten kommt es keineswegs zu besonders hohen Einkommen infolge einer Kumulierung unterschiedlicher Formen von Sozialleistungen.

Zwar bezogen etwa 52% der Rentnerhaushalte (d. h. Haushalte mit überwiegendem Einkommen aus der gesetzlichen Rentenversicherung) neben ihrer Rente irgendwelche Zusatzversorgungen, dies führte aber zu keinem wesentlich höheren Durchschnittseinkommen der Mehrfachbezieher. Die Zusatzbezüge flossen also überwiegend Rentnerhaushalten zu, die besonders niedrige Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung hatten.

Dies gilt natürlich vor allem für die Empfänger von Sozialhilfe in der Form der „Hilfe zum laufenden Lebensunterhalt". Dazu zählten nach der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978 fast 3% aller Haushalte.

Tabelle 3

Haushalte mit Sozialhilfe[1])

	In 1000	*In % aller Haushalte*
Insgesamt	597	2,7
Beamte/Angestellte	27	0,5
Arbeiter	45	0,9
Rentner	266	4,4
Sonstige Nichterwerbstätige	248	8,1

1) Nur „Hilfe zum laufenden Lebensunterhalt".
Quelle: Ebd.

Etwa die Hälfte aller Sozialhilfeempfängerhaushalte bestehen aus alleinstehenden Frauen, überwiegend Rentnerinnen, deren Rente unter dem Existenzminimum liegt.

Die Ergebnisse der Umfrage mögen wenig sensationell sein, sollten aber in der Diskussion um Kürzungen im System der sozialen Sicherung unterstrichen werden: bei den Sozialleistungen gibt es die vielbeschworene „Gießkanne" nicht, mit der freizügig Mittel vergeben werden. Es gibt auch kein undurchschaubares Sozialleistungsgewirr, das es zu „durchforsten" gilt. Ein gewisses Problem stellt die Tatsache dar, daß ein Teil der Transferzahlungen unabhängig vom Einkommen der Empfängerhaushalte geleistet werden. So erhielten etwa drei Viertel der Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen zwischen 5000 und 20 000 DM Zahlungen aus dem Sozialleistungssystem, ein Tatbestand, der mit den Aufgaben dieses Systems sicher unvereinbar ist. Wie die Diskussion um die Kürzung des Kindergelds im Rahmen der „Operation '82" zeigt, wollen aber die „Durchforster" ausgerechnet an diesem Punkt nicht sparen. Die Bundesregierung kürzt lieber das Kindergeld gleichmäßig für alle Gruppen, als daß sie sich auf die Spitzeneinkommen konzentriert. Und die CDU, die sich in dieser Situation als besonders „sozial" gebärdet, möchte stattdessen sogar die Sozialhilfe gekürzt wissen, eine Leistung, die überwiegend alten und alleinstehenden Frauen zugute kommt, die über ein Monatseinkommen von unter 800 DM verfügen.

Die Untersuchung macht aber auch Probleme eines wirksamen Widerstands gegen den Sozialabbau deutlich: unmittelbar betroffen sind überwiegend Personengruppen, die – wie die Rentner – kaum organisiert sind, die aufgrund ihrer sozialen Differenziertheit leicht gegeneinander ausgespielt werden können. Das Entstehen einer wirksamen Protest- und Widerstandsbewegung gegen die Kürzungen über die unmittelbare Betroffenheit wird so erschwert. Umso wichtiger ist in dieser Auseinandersetzung die Rolle der organisierten Arbeiterbewegung, die die Interessen der Arbeiter und Angestellten in allen Lebensphasen verteidigen muß.

Jörg Goldberg

Autoren dieses Heftes

Dr. Norman PAECH, geb. 1938; Professor für Politische Wissenschaft und Staatstheorie an der Universität Hamburg, Bundesvorsitzender der Vereinigung demokratischer Juristen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Joachim EISBACH*, geb. 1950 in Leverkusen, Studium der Volkswirtschaftslehre in Köln, jetzt an der Universität Bielefeld tätig. *** *Barbara JENTZSCH*, geb. 1942 in Kiel, seit 1974 freie Journalistin, vorher u.a. Tagesschau-Redakteurin, z.Z. in den USA *** *Dr. Heinz-Jürgen AXT*, geb. 1946 in Dillenburg, Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Soziologie der TU Berlin, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zur Staats-, Weltmarkt- und EG-Problematik. *** *Günter VOLLMER*, geb. 1917 in Berlin, Generalmajor der Bundeswehr a.D., erst Wehrpflichtiger, dann Berufssoldat im Zweiten Weltkrieg, vier Jahre sowjetische Gefangenschaft, danach Ausbildung zum Industriekaufmann. 1956 Eintritt in die Bundeswehr, Generalstabsausbildung, Truppendienst, Tätigkeit im Bundesministerium der Verteidigung, zuletzt Befehlshaber im Wehrbereich II, Sitz Hannover, 1977 in den Ruhestand getreten. Nach der Pensionierung Mitarbeit in der sogenannten De Maizière-Kommission zur Entbürokratisierung der Streitkräfte. *** *Dr. Harold RASCH*, geb. 1903 in Berlin, Rechtsanwalt, Honorarprofessor für Wirtschaftsrecht an der Universität Frankfurt. Veröffentlichungen zur Ostpolitik: Die Bundesrepublik und Osteuropa, Bonn und Moskau ²1965; Politik mit dem Osten, o.O., 1970; NATO-Bündnis oder Neutralität? Plädoyer für eine neue Außenpolitik, 1981. *** *Oskar LAFONTAINE*, Vorsitzender des SPD Landesverbandes Saar, Oberbürgermeister der Stadt Saarbrücken. *** *Nino PASTI*, geb. 1909 in Bologna (Italien); General der Luftwaffe i.R.; war stellvertretender Stabschef der italienischen Luftwaffe, Vorsitzender des Consiglio Superiore delle forze armate, Mitglied des NATO-Militärausschusses, Stellvertreter des Alliierten Oberkommandierenden in Europa (SACEUR) für Kernwaffenfragen; heute Mitglied des italienischen Senats. *** *Dr. Werner GLINGA*, geb. 1945 in Bernburg/Saale, Studium der Romanistik, Germanistik und Publizistik in Münster, Paris und London; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, lebt als Journalist in Großbritannien. *** *Czeslaw SAWICKI*, geb. 1941, Studium der Soziologie und Germanistik an der Hochschule für Planung und Statistik (SGPIS) und der Universität Warschau, später an der Freien Universität in Westberlin; Dissertation über die polnische Diskussion zwischen 1956 und 1968 über Plan und Markt; z.Z. wissenschaftlicher Assistent an der Universität Bielefeld. Fakultät für Soziologie *** *Klaus DÖRRE*, geb. 1957 in Külte/Volkmarsen; Studium der Politikwissenschaft in Marburg. *** *Günter NEUBERGER*, geb. 1945, Journalist in Köln, Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Die in diesem Jahr mehrfach gestiegenen Papierkosten sowie allgemeine Kostensteigerungen im Druckgewerbe machen leider eine Preiserhöhung der „Blätter" um 0,25 DM je Heft für Abonnenten und um 0,50 DM im Einzelverkauf vom 1. Januar 1982 an unumgänglich. Im Abonnement kostet das Einzelheft dann 4,75 DM (für Studenten, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende 4,25 DM), das Einzelheft im Buchhandel 6,50 DM. (Auch die Post erhöht ab 1. Januar 1982 die Gebühren für den Postzeitungsvertrieb. Diese Kostenerhöhung geben wir jedoch nicht weiter.)

Einbanddecken: Aufgrund zahlreicher Vorbestellungen können wir den Preis für die Einbanddecken (zwei Halbjahresbände, weinrotes Kunstleinen mit Rückenprägung) auf 10 DM senken (zuzüglich Versandkosten). Bestellungen werden bis zum 31. Dezember 1981 vom Verlag entgegengenommen. Die Auslieferung erfolgt im Januar 1982.

Mitteilung des Verlages: Gesucht werden Fotos von den großen Friedensdemonstrationen in der Zeit vom Dezember 1979 bis zum 10. Oktober 1981 in Bonn und danach. Zuschriften bitte an den Pahl-Rugenstein Verlag (Kontakt: Christa Herterich). D. Red.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Sechsundzwanzigster Jahrgang · Heft 11/1981

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
RUDOLF HICKEL
JÖRG HUFFSCHMID
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
KLAUS NAUMANN
PAUL NEUHÖFFER

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats Oktober 1981

1. 10. – Großbritannien. Mit einer Mehrheit von 5:1 beauftragt der in Brighton tagende Labour-Parteitag (vgl. „Blätter", 1/1981, S. 1155) eine künftige Labour-Regierung, Großbritannien aus den Europäischen Gemeinschaften herauszuführen. Der Austritt aus den EG soll ohne vorhergehende Volksbefragung stattfinden. – Am 22. 10. kann bei einer Nachwahl zum Unterhaus im Londoner Vorort Croydon erstmalig eine Koalition aus Sozialdemokraten und Liberalen den vakanten Sitz erringen.

2. 10. – Iran. Zum neuen Präsidenten wird mit über 95% der abgegebenen Stimmen Jojatoleslam Ali Khameni gewählt. Khameni ist Kandidat der regierenden Islamisch-Republikanischen Partei (vgl. „Blätter", 9/1981, S. 1027). – Am 22. 10. lehnt das Parlament mit 80 gegen 74 Stimmen bei 38 Enthaltungen die Investitur des vom Staatspräsidenten vorgeschlagenen Ministerpräsidenten Ali Akbar Velayati ab. – Am 29. 10. überträgt das Parlament dem bisherigen Außenminister Mir Hossein Moussavi mit 115 gegen 39 Stimmen bei 48 Enthaltungen das Amt des Ministerpräsidenten.

– USA. Präsident Reagan gibt in Washington ein umfangreiches Rüstungsprogramm bekannt. So sollen u. a. neue MX-Raketen in den Jahren 1985 und 1986 in Dienst gestellt und die Flotte pro Jahr um einen neuen Trident-Unterseekreuzer erweitert werden. – Am 16. 10. äußert sich Präsident Reagan gegenüber Journalisten zur Frage eines begrenzten Atomkrieges

in Europa. Reagan erklärt, er könne sich eine Situation vorstellen, „wo es einen Schlagabtausch mit taktischen Waffen (Atomwaffen) gegen Truppen auf dem Gefechtsfeld kommen könnte, ohne daß eine der beiden Führungsmächte auf den Knopf (für die strategischen Waffen) drücken würde".

4. 10. – Die Grünen. Auf ihrem Bundesparteitag verabschiedet die Partei ein „Friedensmanifest". Zu gleichberechtigten Vorsitzenden werden Dieter Burgmann (mit 435 Stimmen), Manon Maren Griesebach (348 Stimmen) und Petra Kelly (346 Stimmen) gewählt.

6. 10. – Ägypten. Während einer Truppenparade zum 8. Jahrestag des ägyptisch-israelischen Krieges von 1973 fällt Präsident Anwar el-Sadat einem Attentat zum Opfer. Die Nachfolge übernimmt unmittelbar nach dem Anschlag Vizepräsident Hosni Mubarak, der sogleich den Ausnahmezustand in Kraft setzt. Am Rande der Beisetzungsfeierlichkeiten am 10. 10. in Kairo kommt es zu zahlreichen Kontakten zwischen Politikern aus aller Welt. Zu den Teilnehmern gehören 23 Staatschefs und Ministerpräsidenten, darunter der israelische Ministerpräsident Begin, die ehemaligen US-Präsidenten Nixon, Ford und Carter, der amerikanische Außenminister Haig sowie viele Repräsentanten aus Europa. Die Bundesrepublik ist durch Bundespräsident Carstens, Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher vertreten. – Am 14. 10. wird Mubarak (nach einer Volksabstimmung am 13. 10.) vom Parlament als neuer Präsident vereidigt. Vizepräsident wird Fuad Mohieddin.

7.–8. 10. – Frankreich/BRD. Auf seinem Landsitz Latché bei Bordeaux konferiert Präsident Mitterrand mit Bundeskanzler Schmidt. Der Besuch des Kanzlers wird als privat bezeichnet. Themen der Unterredung sind vor allem Fragen der Sicherheits- und Bündnispolitik sowie das Verhältnis beider Staaten zu den USA.

– Polen/Frankreich. Auf Einladung von Außenminister Jozef Czyrek trifft der französische Außenminister Claude Cheysson in Warschau ein. Während seines Aufenthalts führt Cheysson auch Gespräche mit Parteisekretär Kania, mit dem Vorsitzenden der „Solidarität", Lech Walesa, sowie mit führenden Vertretern des katholischen Episkopats.

9. 10. – China. Der KP-Vorsitzende Hu Yaobang lädt den Präsidenten von Taiwan (Formosa), Chiang Ching-kuo, zu einem Besuch der Volksrepublik China ein. Die Einladung gelte auch für den Fall, daß Taiwan nicht bereit sei, über die von der Volksrepublik vorgeschlagene Wiedervereinigung zu verhandeln. Hu unterbreitet seinen Vorschlag in einer Rede aus Anlaß des 70. Jahrestages des Sturzes der Monarchie in China.

12. 10. – UdSSR. Das Parteiorgan „Prawda" beschuldigt die Vereinigten Staaten, sich in die inneren Angelegenheiten Ägyptens einzumischen, die Spannungen im Nahen Osten zu verschärfen und die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion zu bedrohen. Die „Prawda" weist u. a. auf die Entsendung amerikanischer Kriegsschiffe, die Erhöhung des Bereitschaftsgrades für US-Marineeinheiten im Mittelmeer hin und bezeichnet die amerikanischen Maßnahmen als grobe Erpressung Ägyptens. – Am 20. 10. führen Generalsekretär Breschnew und der PLO-Vorsitzende Arafat in Moskau ein Gespräch. Anschließend heißt es, die PLO-Vertretung in der sowjetischen Hauptstadt werde in Zukunft vollen diplomatischen Status erhalten.

– USA/BRD. Der CDU-Vorsitzende Kohl, beginnt einen mehrtägigen Besuch in den USA. Kohl wird u. a. in New York von UN-Generalsekretär Waldheim und in Washington von US-Präsident Reagan empfangen.

13. 10. – UdSSR/BRD. KPdSU-Generalsekretär Breschnew empfängt den DGB-Vorsitzenden Vetter zu einem Gespräch. Vetter, der sich auf Einladung der Sowjetgewerkschaften in Moskau aufhält, erörtert mit Breschnew die bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern sowie aktuelle internationale Fragen. – Am 21. 10. führt der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) in Moskau ein Gespräch mit Breschnew. Breschnew bezeichnet die Fortführung guter Beziehungen zwischen UdSSR und BRD als einen großen Stabilitätsfaktor für den europäischen Kontinent.

13.–14. 10. – EG/ASEAN. Die Außenminister der Europäischen Gemeinschaften (EG) und der Vereinigung Südostasiatischer Staaten (ASEAN) treffen in London zusammen. Erörtert werden u. a. die Lage in Kampuchea und Afghanistan sowie Wirtschaftsprobleme.

15. 10. – UNO. Die Generalversammlung wählt Togo (mit 141 Stimmen), Guyana, Jordanien und Zaire (mit je 140 Stimmen) sowie Polen (mit 139 Stimmen) zu neuen Mitgliedern des Sicherheitsrates für die Jahre 1982/83; die

Philippinen, Niger, Tunesien, Mexiko und die DDR scheiden am 31. Dezember d. J. aus dem Rat aus. – Am 27. 10. befaßt sich der Sicherheitsrat mit der Neubestellung des UN-Generalsekretärs. Es kandidieren der bisherige Generalsekretär Kurt Waldheim (Österreich) und Außenminister Salim Ahmed Salim (Tansania). Nach mehreren erfolglosen Abstimmungen wird der Wahlgang vertagt.

16. 10. – Türkei. Der „Nationale Sicherheitsrat" verfügt die Auflösung aller politischen Parteien und die Beschlagnahme ihres Vermögens durch den Staat. Ein Sprecher des Rates erklärt, nach Erlaß eines entsprechenden Gesetzes könnten neue Parteien gebildet werden.

18. 10. – Polen. Das Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) nimmt mit 108 von 200 Stimmen den Rücktritt von Parteisekretär Kania entgegen und beauftragt Ministerpräsident Jaruzelski zusätzlich mit der Führung der Partei; Jaruzelski behält das Amt des Ministerpräsidenten und des Verteidigungsministers. – Am 26. 10. entsendet die Regierung kleine militärische Einheiten in die Provinz, um die Bemühungen der örtlichen Behörden für eine bessere Verteilung der Lebensmittel und die Beilegung lokaler Konflikte zu unterstützen. Der für die Verwaltung zuständige Minister, General Tadeusz Hupalowski, hatte den Einsatz des Militärs mit der sich verschlechternden Lage im Lande begründet. – Am 30. 10. beschuldigt Jaruzelski vor dem Parlament (Sejm) die Führung der „Solidarität", sie treibe mit ihren Mitgliedern ein „makabres Spiel". Die Regierung habe dem Präsidium des Sejm angesichts der „gefährlichen Situation" eine Gesetzesvorlage von „außerordentlicher Bedeutung über Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und des Staates" vorgelegt. Einzelheiten teilt der Ministerpräsident nicht mit.

– Griechenland. Die Panhellenische Sozialistische Bewegung (PASOK) unter Führung von Andreas Papandreou erhält bei den Parlamentswahlen mehr als 170 von 300 Sitzen. Die bisher regierende „Nea Dimokratia" unter Ministerpräsident Giorgios Rallis verliert mehr als 50 ihrer bisher 177 Sitze. Die Kommunistische Partei (KKE) erhält 10% der Stimmen und 13 (bisher 11) Sitze. – Am 21. 10. legt Ministerpräsident Papandreou, der auch das Amt des Verteidigungsministers übernimmt, seine Kabinettsliste vor. Außenminister wird Joannis Charalambopoulos. Wenige Tage nach ihrem Amtsantritt erklärt die neue Regierung, sie werde die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) diplomatisch anerkennen.

22. 10. – USA/Chile. Mit großer Mehrheit hebt der Senat ein Waffenembargo gegenüber dem chilenischen Militärregime auf. Das Teilembargo war vor etwa fünf Jahren verhängt worden.

22.–24. 10. – Mexiko. Auf Einladung von Präsident José Lopez Portillo treffen sich in Cancun führende Vertreter von acht Industriestaaten und 14 Entwicklungsländern zu einer „Nord-Süd-Konferenz". Die 22 Teilnehmer sind Algerien, China, Guyana, Indien, Mexiko, Nigeria, die Philippinen, Saudiarabien, Tansania, Venezuela, Jugoslawien, die Elfenbeinküste, Brasilien und Bangladesch sowie Frankreich, Japan, Schweden, Kanada, Großbritannien, die USA, Österreich und die BRD. Ein Kommuniqué über den informellen Meinungsaustausch wird nicht veröffentlicht.

25. 10. – Israel/Ägypten. Der ägyptische Außenminister Hassan Ali trifft in Tel Aviv ein, um mit Ministerpräsident Begin, Außenminister Schamir und Verteidigungsminister Scharon zu konferieren. Zur Debatte stehen u. a. die Modalitäten für den israelischen Rückzug von der Sinai-Halbinsel.

26.–30. 10. – Rumänien/BRD. Bundespräsident Carstens stattet Rumänien einen Staatsbesuch ab. Carstens trifft zu mehreren Gesprächen mit Präsident Ceausescu zusammen und besucht verschiedene Landesteile, so das Banat und Siebenbürgen.

27. 10. – KSZE. Nach dreimonatiger Unterbrechung (vgl. „Blätter" 8/1981, S. 899) wird das Folgetreffen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Madrid wieder aufgenommen. Ein Schlußdatum für die Konferenz steht noch nicht fest.

– Finnland. Präsident Urho Kekkonen legt dem Kabinett ein Rücktrittsgesuch vor, das er mit seiner angegriffenen Gesundheit begründet. Neuwahlen sollen im Januar 1982 stattfinden. Interimistisch wird Ministerpräsident Koivisto das Amt des Staatsoberhauptes ausüben.

29. 10. – Spanien. Die Kammer (350 Abgeordnete) befürwortet mit 186 gegen 146 Stimmen bei 18 Enthaltungen den Beitritt des Landes zur NATO. Vor der Aufnahme von offiziellen Beitrittsverhandlungen muß die zweite Kammer (der Senat) noch zustimmen.

Dokumente zum Zeitgeschehen

„... ohne daß eine der beiden Führungsmächte auf den Knopf drücken würde"

US-Präsident Reagans Äußerungen vom 16. Oktober 1981 über die Möglichkeit eines begrenzten Atomkriegs und erste Stellungnahmen

Am 16. Oktober 1981 hat US-Präsident Ronald Reagan sich vor amerikanischen Chefredakteuren im Weißen Haus zur Frage eines begrenzten Atomkriegs geäußert. Seine die Befürchtungen der Friedensbewegung erhärtenden Ausführungen sorgten in Westeuropa, vor allem in der Bundesrepublik, für peinliche Betretenheit der Regierenden und lösten hektische Interpretations- und Dementieraktivitäten beiderseits des Atlantik aus. Nachstehend der Wortlaut der aufschlußreichen Reagan-Äußerung einschließlich der Frage, auf die der US-Präsident antwortete, sowie erste Stellungnahmen. D. Red.

Wortlaut der Äußerungen des US-Präsidenten über die Möglichkeit eines begrenzten Atomkriegs vom 16. Oktober 1981 (Interview-Ausschnitt)

Frage: Herr Präsident . . . Ich glaube, manche der Leute in Europa, die gegen einige Aspekte unserer Politik opponieren, haben Angst, daß sie am Ende eine Art Stellvertreter-Opfer in einem Krieg zwischen uns und der Sowjetunion werden könnten – eine Befürchtung, die möglicherweise ein bißchen, ein bißchen plausibler erscheinen mag, weil so viel über integrierte Schlachtfelder und begrenzten Einsatz von Atomwaffen gesprochen wird. Und ich frage mich – – wir müssen uns Gedanken darüber machen – – glauben sie, daß es einen begrenzten Schlagabtausch mit Atomwaffen zwischen uns und der Sowjetunion geben könnte oder daß er einfach unausweichlich eskalieren würde?

Der Präsident: Ich weiß es ehrlich nicht, ich denke, wiederum, bis irgendwo – überall auf der Welt wird darüber geforscht, man versucht die Defensivwaffe zu finden. Es hat noch nie eine Waffe gegeben, gegen die nicht irgendjemand eine Abwehrmöglichkeit aufgebracht hat. Aber es könnte – – und die einzige Verteidigung ist, nun, Ihr schießt Eure (Waffen) ab und wir schießen unsere ab. Und wenn man dann immer noch diese Art Patt-Situation hätte, könnte ich mir vorstellen, daß es zu einem Schlagabtausch mit taktischen Waffen (Atomwaffen) gegen Truppen auf dem Gefechtsfeld kommen könnte, ohne daß eine der beiden Führungsmächte auf den Knopf (für die strategischen Waffen, die die andere Seite direkt treffen würden – d. Red.) drücken würde.

Stellungnahme des sowjetischen Staats- und Parteichefs Leonid Breschnew gegenüber der „Prawda" vom 20. Oktober 1981 (Auszug)

Die Gedanken und Bemühungen der sowjetischen Führung sind ebenso wie die des gesamten Sowjetvolkes darauf gerichtet, einen Kernwaffenkrieg überhaupt zu verhindern und die Gefahr seines Ausbruchs selbst zu beseitigen . . . was ich bereits für alle vernehmbar von der Tribüne des 26. Parteitages der KPdSU erklärt habe, nämlich: Der Versuch, einander im Wettrüsten zu übertreffen und auf einen Sieg in einem Kernwaffenkrieg zu rechnen, ist gefährlicher Wahnsinn.

Ich möchte hinzufügen, daß einen Kernwaffenkrieg in der Hoffnung, aus ihm als Sieger hervorzugehen, nur jemand beginnen kann, der Selbstmord begehen will. Über welche Macht der Angreifer auch immer verfügt, welcher Methode zur Entfesselung eines Kernwaffenkrieges er sich auch immer bedienen möge, er wird seine Ziele nicht erreichen können. Die Vergeltung folgt unvermeidbar.

Das ist unser prinzipieller Standpunkt. Es wäre gut, wenn auch der Präsident der USA eine klare und eindeutige Erklärung abgeben würde, in der der Gedanke eines nuklearen Überfalls selbst als Verbrechen abgelehnt wird. Es drängt sich die Frage auf, warum die Vereinigten Staaten den von der Sowjetunion auf der gegenwärtigen UNO-Vollversammlung unterbreiteten Vorschlag über den Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen nicht unterstützen sollten?

Stellungnahme von Bundeskanzler Helmut Schmidt vor dem Bundeskabinett vom 21. Oktober 1981 (Auszug)

1. Die Strategie des Nordatlantischen Bündnisses ist seit über 30 Jahren unverändert die Abschreckung eines Angriffs auf Westeuropa durch die Androhung der Verwendung aller geigneten militärischen Mittel. Diese Abschreckungsstrategie durfte niemals und darf auch in Zukunft nicht als Vorbereitung einer Kriegsführung in Europa mißverstanden werden. Präsident Reagan hat diese gültige Abschreckungsstrategie weder angezweifelt noch abgeschwächt. Der Präsident hat sie auch in keinem Detail in Frage gestellt. Der volle Wortlaut seiner Äußerung macht dies deutlich.

PPP-Interview des FDP-Vorstandsmitglieds William Borm, nach „Die Neue" vom 24. Oktober 1981 (Auszug)

Wie beurteilen Sie die jüngste Äußerung von US-Präsident Reagan, wonach ein Atomkrieg auf Europa begrenzt werden könnte?

Borm: Ich stelle die Äußerung von Herrn Reagan in Zusammenhang mit andern Äußerungen, etwa des Außenministers, Herrn Haig, der da sagte, es gibt Wichtigeres als den Frieden, und in Zusammenhang mit den verschiedenen Äußerungen des Herrn Weinberger, aber auch des Herrn Allen. Ich werte alle diese Äußerungen, insbesondere, wenn sie der Präsident macht, so, daß hier eine Geisteshaltung zum Ausdruck kommt, die eine klare Trennungslinie zieht zwischen den Amerikanern und den Europäern. Ich halte es nämlich für unerträglich, daß die Amerikaner den Europäern immer wieder zumuten, die Lasten eines Krieges zu tragen, während sie selbst sich mit dem Gedanken befassen, und ihre Politik darauf ausrichten, daß sie selbst nicht unmittelbar in ein Kriegsereignis hineingezogen werden. Diese Dinge werden nachgerade unerträglich.

„Wir sollten Reagan nicht schelten – wer sich über ihn aufregt, regt sich über die gültige NATO-Strategie auf". Artikel von Egon Bahr im „Vorwärts" vom 29. Oktober 1981 (Auszug)

. . . Die gültige NATO-Strategie hofft auf die Möglichkeit, einen Krieg, wenn er in Europa beginnt, auf Europa begrenzen zu können.

Das ist, was Präsident Reagan gesagt hat. Es ist auch nichts anderes, was Kissinger vor wenigen Jahren in Brüssel gesagt hat. Wer sich darüber aufregt, regt sich über die gültige NATO-Strategie auf.

Ronald Reagan hat gesagt, was er denkt. Deshalb sollte er nicht gescholten werden.

Es ist eine andere Frage, wie wahrscheinlich es ist, einen nuklearen Krieg auf Europa begrenzen zu können. Diese Wahrscheinlichkeit ist nicht groß. Die Sowjetunion vertritt die Auffassung, daß es unmöglich sei, weil sie jedenfalls Vergeltung gegen den üben würde, der die atomare Schwelle überschreitet, also die Amerikaner. . .

Ich glaube, daß beide Supermächte, unabhängig von ihrer beschlossenen oder verkündeten Strategie, überlegen müssen, wie sie einen Krieg verhindern, wenn er dennoch ausbricht, begrenzen und, wenn das nicht möglich ist, gewinnen können. Wer in Washington oder Moskau Verantwortung trägt, muß das überlgen. Ein Vorwurf ist daraus nicht abzuleiten. Ein derartiges Denken ergibt sich aus dem Faktum, daß Europa für beide Supermächte Randzone ist, Vorfeld.

Hier beginnt der Unterschied des Interesses: Die Europäer fühlen sich als Mittelpunkt. Für uns in der Mitte Europas ginge es in jedem Falle um unsere Existenz.

Dokumentation zur Demonstration und Kundgebung am 10. Oktober 1981 in Bonn „Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen – für Abrüstung und Entspannung in Europa"

Die Friedensdemonstration vom 10. Oktober 1981 (vgl. den Aufruf in „Blätter", 8/1981, S. 1023f.), an der ca. 300 000 Menschen teilnahmen, ist zu einem „historischen Datum" (Gollwitzer) für die Auseinandersetzung um die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik, für die Bewegung für Abrüstung und Entspannung geworden. Die „Blätter" dokumentieren Auszüge aus einigen Reden der Abschlußkundgebung im Bonner Hofgarten. Der Wortlaut der Beiträge folgt den Manuskripten, die uns von der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. (AGDF) bzw. den Rednern der Kundgebung freundlicherweise zur Verfügung gestellt wurden. Einleitend drucken wir die Erklärung der Veranstalter, AGDF und Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V., ab, die eine erste Auswertung der Bonner Demonstration enthält. Die Veranstalter bereiten eine Ton-Dokumentation der Hauptkundgebung sowie eine Buch-Dokumentation der Demonstration und Kundgebung vor. Beide Publikationen können bestellt werden bei der AGDF, Blücherstraße 14, 5300 Bonn 1. D. Red.

Erklärung der Veranstalter Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden zur Demonstration am 10. 10. 1981 (Wortlaut)

1. Die Demonstration vom 10. 10. 1981 war die größte in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Daß sie friedlich verlief, ist ein Verdienst der 300 000 Teilnehmer, die eine friedliche Demonstration wollten. Das Verhalten der Polizei und unsere Organisation waren nur Beiträge zum guten Verlauf.

2. Die Demonstration ist ein Beitrag zur politischen Kultur unseres Landes gewesen. Wir haben bewiesen, daß es möglich ist, das Grundrecht der Demonstrationfreiheit auch mit so vielen Menschen in einer so heiß umstrittenen politischen Frage absolut gewaltfrei wahrzunehmen. Dies am Tag, nachdem die CDU/CSU nicht zuletzt unter Verweis auf unsere Demonstration im Bundesrat erneut für eine Verschärfung des Demonstrationsrechtes plädiert hat.

3. Alle, die Gewalt prophezeiten oder herbeireden wollten – besonders Vertreter der CDU/CSU und ein Teil der Medien – sind ins Unrecht gesetzt worden. Sie hätten sich lieber über Gewalttaten aufgeregt, als auf das Anliegen der Demonstration eingehen zu müssen.

4. Auch die politische Führung der Stadt Bonn, an ihrer Spitze Oberbürgermeister Daniels (CDU), die – in Kontrast zur hervorragenden Zusammenarbeit zwischen den beiden Veranstaltern und den betroffenen Dienststellen der Stadt – meinte, vor uns warnen zu müssen, hat es nicht vermocht, die Atmosphäre zwischen den Demonstranten und der Bonner Bevölkerung zu vergiften.

5. Das Eingehen der Parteien auf das Anliegen der Demonstration ist kläglich. Die CDU/CSU versucht, sich durch Diffamierungen und Unterstellungen der notwendigen politischen Auseinandersetzung zu entziehen. Die Absicht des „Dialogs mit der Jugend" ist nur die freundlichere Spielart des Ausweichens vor unserem Anliegen. Nach unserer Übersicht ist ein Drittel aller Demonstrationsteilnehmer über 35 Jahre alt gewesen. Daß die Auseinandersetzungen innerhalb der Koalitionsparteien stärker ist als in der CDU/CSU spricht für das demokratischere Selbstverständnis von SPD und FDP. Harte innerparteiliche Kontroversen um politische Inhalte, die in unserem Land zumeist mit dem negativen Etikett „Zerrissenheit" oder „gespalten" belegt werden, sind tatsächlich ein Audruck politischer Kultur. Angesichts der notwendigen Umorientierung in der Sicherheitspolitik kennzeichnet die Freude der CDU/CSU über ihre Geschlossenheit, die in Wahrheit eine politische Friedhofsruhe ist, nur das beängstigende Unvermögen, sich auf dringende neue Probleme überhaupt einzulassen.

7. Das Verhalten der Parteien bestätigt, daß die Friedensbewegung von allen politischen Parteien unabhängig bleiben muß. Die Differenzen zu allen im Bundestag vertretenen Parteien bleiben, wenn wir den Verzicht auf die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen fordern. Wir glauben, daß der Verzicht einseitig geübt werden muß weil die Stationierung ein einseitiger Aufrüstungsschritt wäre. Die Erfüllung der 300 000fach vorgetragenen Forderung auf den Verzicht kann den Abrüstungsprozeß in Ost und West fördern.

8. Den Beifall der Sowjetunion zu unserer Demonstration kann diese selbst glaubwürdiger machen, wenn sie größere Transparenz bei ihrer eigenen Rüstung ermöglicht und selbständig Abrüstungsschritte einleitet (z.B. bei den SS-20).

9. Die Friedensbewegung wird weiter wachsen, solange der Rüstungswettlauf nicht aufgehalten und ein Abrüstungsprozeß eingeleitet ist.

10. Der 10. 10. hat die Beteiligung der westeuropäischen Friedensbewegung deutlich gezeigt. Die Demonstration war der Auftakt zu ähnlichen Veranstaltungen am 24./25. 10. in Brüssel, London, Paris und Rom, am 21. 11. in Amsterdam und am 6.–8. 12. anläßlich der Nato-Ratstagung in Brüssel. Wir werden die Zusammenarbeit mit der US-amerikanischen Friedensbewegung verstärken.

11. 30 Prozent der Bevölkerung unseres Landes drückten am Tag nach der Demonstration ihre Bereitschaft aus, sich an Aktionen der Friedensbewegung zu beteiligen. Es ist jetzt unsere Aufgabe, diese Menschen anzusprechen und in unsere Arbeit einzubeziehen. Dies wird im November dieses Jahres während der mehr als 1000 örtlichen Friedenswochen geschehen, zu der die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste aufruft.

12. Wir bitten NRW-Kultusminister Girgensohn, den Schülern und Lehrern, sie sich an der Demonstration beteiligt haben, daraus keinen irgendwie gearteten Nachteil erwachsen zu lassen.

13. Die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen wird gegen den Willen großer und wachsender Teile der Bevölkerung nicht durchzusetzen sein. Vielleicht finden wir alle dadurch einen Weg, die Menschheit von der Drohung mit der gegenseitigen Totalvernichtung und vom Rüstungswahnsinn zu befreien.

Für die Veranstalter Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden:

Andreas Zumach, Volkmar Deile, Ulrich Frey

Ansprachen auf der Kundgebung im Bonner Hofgarten (Auszüge)

Erhard Eppler

Friedensbewegung, das ist das Bündnis derer, die nichts mehr von Rüstung wissen wollen mit denen, die zu viel davon wissen. Friedensbewegung, das ist der Zweifel, ja die Verzweiflung über eine Sicherheitskonzeption, die letztlich nur mit dem eigenen Selbstmord drohen kann. Friedensbewegung weiß: Der Friede ist eine viel zu ernste Sache, als daß man ihn militärischer Strategie und politischer Taktik, den Raketenzählern und Lobbyisten überlassen dürfte.

Zusammen führt uns der Wille, die Kette der Vor- und Nachrüstungen aufzubrechen, die uns alle in Richtung Abgrund zerrt. Es kann doch kein Naturgesetz sein, daß Ost und West in gleicher Weise die eigene Rüstung immer als unvermeidliche Nachrüstung deklarieren, während die Rüstung des andern der größenwahnsinnige Versuch sein soll, ein ohnehin gewaltiges Übergewicht noch weiter auszubauen. Wir wollen diese Kette zerschlagen, wo wir sie zerschlagen können, hier in Westeuropa, in Deutschland. Und dies läßt sich verantworten, weil der Westen dem Osten in der atomaren Rüstung auch ohne neue Mittelstreckenraketen mehr als gewachsen ist. Wir lassen uns nicht mehr einschüchtern von Leuten wie Herrn Weinberger, der uns einmal Angst macht vor

der Dynamik der kommunistischen Weltrevolution und dann öffentlich darüber nachdenkt, ob das Sowjetsystem demnächst mit einem Knall oder mit einem Winseln verenden wird.

Man hat uns Einäugigkeit vergeworfen, weil wir uns vor allem an unsere Regierung wenden, nicht an die sowjetische.

Der Grund ist sehr einfach: Wir, die meisten unter uns, haben diese Regierung gewählt, nicht die sowjetische. Sie ist unser Ansprechpartner. Wenn der Bundeskanzler meint, wir wollten ihn drängen, so hat er recht. Ich frage mich nur: Läßt sich in einer Demokratie ein solches Drängen von der eigenen Wählerbasis her wirklich nicht anders deuten, denn als Kampfansage? Ein demokratisches Mandat – und die Regierung *hat* eines – ist schließlich kein Blankoscheck. Was die Weltmächte angeht, so halten wir uns weniger an ihre Worte als an ihre Interessen. Und wir vergleichen sie mit den unseren.

Natürlich liegt es im amerikanischen Interesse, von europäischem Boden aus die Zentren des europäischen Rußland zu bedrohen und dies bei einer Vorwarnzeit, die politische Entscheidungen über die sowjetische Reaktion nicht mehr möglich macht. . .

Auch wir sind dafür, daß die Weltmächte endlich über Mittelstreckenraketen verhandeln. Insofern stützen wir die Regierung. Ich respektiere den Friedenswillen derer, auch in meiner eigenen, der sozialdemokratischen Partei, die auf dem Weg über den Brüsseler Doppelbeschluß zu Verhandlungen kommen wollen. Es spricht allerdings einiges dafür, daß die Friedensbewegung die amerikanische Verhandlungsbereitschaft mehr gefördert hat als der Brüsseler Beschluß.

Verhandlungen sind gut. Aber das darf nun nicht heißen, daß drei, fünf oder sieben Jahre Argumente und Vorwürfe hin- und hergeschoben werden, während die Rüstungsspirale sich weiterdreht. Wir wollen verhindern, daß während der Verhandlungen das alte Spiel der Nachrüstungen und Nachrüstungen weitergeht, bis man dann als Ergebnis der Verhandlungen festschreibt, was inzwischen an neuem Vernichtungspotential angehäuft wurde . . .

Heinrich Albertz

. . . Ich stelle nur die Fragen: ist es richtig, daß Krieg heute in Europa die Vernichtung unseres Landes und allen Lebens bedeutet? Ist es richtig, daß also Verteidigung nur um den Preis der Zerstörung alles dessen, was wir gerade aufgebaut haben, möglich ist? Ist es richtig, daß es demnach für das, was man bisher die Zivilbevölkerung nannte, keinen Schutz, ja nicht einmal ärztliche Hilfe gibt? Ist es richtig, daß kein Deutscher im Ernstfall mit zu entscheiden hat, ob und wann und welche atomare Waffen eingesetzt werden? Wenn dies alles richtig ist, und ich fürchte, niemand wird das Gegenteil beweisen können, was bedeutet dann die Sicherheit, die die Supermächte der Bundesrepublik Deutschland und der DDR anzubieten haben? Ja, ich rede ausdrücklich und natürlich auch von der anderen Seite. Denn in keinem Land der Welt bedeutet Krieg zugleich die Zumutung, daß ein Teil des Volkes, zu dem wir doch angeblich noch alle gehören, den jeweils anderen als erstes Opfer umbringen soll. Diese Fragen sind zu stellen. Diese Fragen blieben bisher unbeantwortet. Wir werden nicht Ruhe geben, bis sie beantwortet sind.

Zweitens: wir sind hier, um denen, die unmittelbare politische Verantwortung tragen, ihr Gewissen zu schärfen, daß sie, wie es in ihrem Amtseid heißt, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden haben. Ich unterstelle niemand, daß sie dies nicht versuchen. Aber ich frage, ob nach allem, was seit den letzten Jahren geschehen ist, nach dem Nachrüstungsbeschluß, der Entscheidung für die Neutronenbombe und den entsprechenden Entscheidungen der Sowjetunion – sich die Interessen der Vereinigten Staaten und die der Europäer noch decken. Jedermann weiß, daß dies nicht so ist. Jedermann weiß, daß nach dem heutigen Stand der Rüstung und der strategischen Pläne Deutschland in seinen beiden Teilen der Schießplatz der Supermächte sein wird. Und dies im Zustand völliger Abhängigkeit, ohne volle Souveränität, ohne Friedensvertrag, in einem geteilten Land. Als ich dies in Hamburg den Bundeskanzler öffentlich fragte, löste ich Empörung aus. Nun ist es etwas stiller geworden in dieser Sache. Ein Ausschuß des Bundestages, höre ich, prüft den Deutschlandvertrag und den Truppenvertrag auf diese Frage. Ich bin gespannt, was dabei herauskommt. Ich frage dies alles übrigens als Deutscher, wenn Ihr wollt, als deutscher Patriot. Warum sollen wir die nationalen Interessen eigentlich immer der Reaktion überlassen? . . .

William Borm

. . . Ich spreche keinem verantwortlichen Politiker den Willen zum Frieden ab. Aber das ist das eine, der Wille muß ergänzt werden durch sichtbare Taten und es reicht nicht aus eine glatte Rhetorik. Wir wollen Taten sehen! Es geht also nicht um das „OB", es geht um das „WIE".

1. Und im Zeichen der Massenvernichtungsmittel können wir den Frieden nur politisch sichern, nicht etwa durch Auftürmen von immer mehr Atomwaffen, auch nicht durch Seuchenerreger und Giftgas! *Ich habe manchmal den Eindruck, als ob Atomtod alleine noch nicht zu genügen scheint.*

2. Soldaten mit ihren Waffen sind heute mehr als je dienende Faktoren der Politik und sie dienen zu deren Absicherung. Über nachgeordnete militärische Fachfragen hinaus haben sie keinerlei Entscheidungsbefugnis.

3. Gewalt und Gewaltandrohung beseitigen nicht die Vernichtungsgefahr, sie steigern sie bis zur Unkontrollierbarkeit. Deswegen, meine Freunde, rufe ich Euch zu:

Vom Eismeer bis zum Mittelmeer – vom Atlantik zum Ural – Unser altes Europa braucht keine Atomwaffen.

Für diesen kategorischen Imperativ haben wir einen Kronzeugen. Und das wird Sie verwundern, es ist unser heutiger Bundeskanzler. Er schrieb 1961 sein damals mutiges Buch „Verteidigung oder Vergeltung?". Dort steht auf Seite 108: „Landgestützte Raketen gehören nach Alaska, Labrador, Grönland oder in die Wüsten Lybiens oder Vorderasiens, keineswegs aber in dichtbesiedelte Gebiete. Und er schrieb weiter: „Sie sind Anziehungspunkte für die nuklearen Raketen des Gegners. Was Feuer auf sich zieht, ist für Staaten mit hoher Bevölkerungsdichte oder kleiner Fläche unerwünscht."

So schrieb Helmut Schmidt 1961!

Und an dieser zutiefst human-verantwortlichen Erkenntnis ändern weder sogenannte Sachzwänge etwas, unter denen die Politiker immer zu stehen behaupten, noch politisch wandelbare Konstellationen!

4. Ein Krieg zwischen Europäern ist schon seit langem Bürgerkrieg. Ein künftiger Weltkrieg ist Weltbürgerkrieg.

5. Meine Freunde, Europa ist weder Atomkolonie der USA, noch deren Erfüllungsgehilfe im weltweiten Ringen mit der Sowjetunion um die Macht. Wir Europäer, wir wollen nichts anderes als Frieden!

6. Die Entspannungspolitik hat den Frieden in Europa sicherer gemacht, als Divisionen oder Atomraketen es je könnten. Und es gibt zur Entspannung keine friedenssichernde Alternative, noch gibt es sie ohne die Möglichkeit, irgendwelche Probleme zu lösen.

7. Auch in der Sicherheitspolitik folgt soldatisches Denken eigenen Gesetzen und das sind keineswegs Gesetze des Friedens. Ein Europa frei von Atomwaffen ist heute kaum mehr als eine Utopie, aber dafür mit jedem Atemzug zu kämpfen, das ist unsere Realität!

8. Friede ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Friede heißt auch Freiheit und heißt Menschenwürde. Friede heißt Interessenausgleich zwischen West und Ost, zwischen Nord und Süd, zwischen Hunger und Überfluß. . . .

Wenn heute aus dem friedenspolitischen Bündnis der sozialliberalen Koalition eine Raketenkoalition würde, dann verlöre diese die Legitimation für ihre Existenz . . .

Alfred Mechtersheimer

Wer glaubt, dadurch Sicherheit schaffen zu können, daß er die atomare Vernichtung der Menschheit vorbereitet, darf sich nicht wundern, daß die Menschen Angst bekommen und sich auflehnen, wenn sie erfahren, wie mit ihrem Leben umgegangen wird. . .

In der Friedensforschung besteht heute fast völlige Übereinstimmung: Es gibt einen alarmierenden Trend, Atomwaffen militärisch einsetzbar zu machen. Der Atomkrieg wird wahrscheinlicher,

wenn man meint, ihn auf militärische Ziele und Regionen begrenzen zu können. Das Nein zu der NATO-Nachrüstung ist deshalb ein Nein zu einer Entwicklung, an deren Ende die Selbstvernichtung steht.

Der Hauptgegner der friedenspolitischen Diskussion ist die Ignoranz, diese wachsende Kriegsgefahr zu begreifen. Wer von Anti-Amerikanismus und Sowjetfreundlichkeit spricht, hat nicht begriffen, daß angesichts der Gefahr der atomaren Vernichtung das innenpolitisch und außenpolitisch Trennende zurücktreten muß.

Um das gemeinsame Übel Hitler zu bekämpfen, hatten die USA und die Sowjetunion eine Zweckkoalition geschaffen. Weshalb bilden sie nicht heute eine Interessengemeinschaft gegen den alles vernichtenden atomaren Holocaust? Weil die Regierungen bislang versagen, bilden die bedrohten Völker selbst eine weltumspannende Interessengemeinschaft für den Frieden.

Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik verwahrt sich gegen Streicheleinheiten aus Moskau, solange die aufkeimende Friedensbewegung in Osteuropa und in der DDR behindert wird. Wir sind entschlossen, die Nachrüstung zu verhindern. Aber noch haben zu viele Menschen bei uns Angst vor sowjetischen Raketen. Wenn die ganz neuen amerikanischen Atomwaffen wirklich verhindert werden sollen, muß die sowjetische Führung die Ängste, die ihre Atomrüstung bei uns hervorruft, durch konkrete Maßnahmen abbauen. Wir fordern daher von Breschnew, daß er bei seinem bevorstehenden Besuch hier in Bonn endlich den Schleier der Geheimniskrämerei lüftet und Qualität und Umfang der SS-20-Rüstung offenlegt und deutliche Kürzungen des sowjetischen Mittelstreckenpotentials ankündigt.

Niemand, der den enttäuschenden Verlauf der Rüstungskontrollverhandlungen und die unvereinbaren Positionen in der Mittelstreckenfrage kennt, kann im Ernst von den geplanten Verhandlungen eine Null-Lösung erwarten. Diese ist nur durch die innenpolitische Verweigerung der NATO-Nachrüstung bei gleichzeitigen Beschränkungen der Sowjetunion möglich. Wenn der Bundeskanzler eine auf diese Weise erzwungene Null-Lösung durch einen Rüstungskontrollvertrag absegnen will, dann darf er das gerne tun. Dann würde sich allerdings auch erweisen, daß Helmut Schmidt heute diejenigen bekämpft, die ihn allein vor der Einlösung seiner Rücktrittsdrohung bewahren können. . .

Helmut Gollwitzer

. . . Jetzt kommt eine neue, eine echte Weise von Demokratie: Wir kümmern uns selbst um unsere Sicherheit, wir informieren uns selbst, wir urteilen selbst, und wir mischen uns ein. Das erfordert freilich schwere Arbeit von uns allen: nicht nur emotional „Atom Pfui!" zu schreien, sondern uns sachkundig zu machen, damit wir von keiner Rüstungspropaganda mehr eingewickelt werden können. Demokratie heißt nicht: Vertrauen zur Obrigkeit, sondern: mißtrauische Kontrolle der Politiker durch die Bürger, heute erst recht. Denn heute ist am Tage, daß die Leute an der Macht in West und Ost samt ihren Experten die Menschheit an den Rand des Untergangs haben geraten lassen. Allein der Aufschrei der Völker kann das noch ändern – allein unsere Weigerung, das schwachsinnige Weitermachen auf dem Wege der Zerstörung der Erde und der Erhöhung der Kriegsgefahr weiter mitzumachen – allein unsere Entschlossenheit, das weitere Aufrüsten, angeblich um abzurüsten, zu verhindern.

Denn wir sind hier nicht eine der häufigen Protestdemonstrationen gegen alles mögliche Unrecht auf Erden, auch nicht gegen den Fehlweg der sowjetischen Rüstung. Wir sind eine Verhinderungsdemonstration. Wir demonstrieren mit dem konkreten Zweck, die Mittelstreckenraketen auf unserem Boden zu verhindern und dadurch eine Entwicklung in Gang zu bringen, die unseren Politikern hilft, endlich den Absprung von der Talfahrt in den Untergang zu finden.

Eine neue Qualität von Demokratie, für die der heutige Tag ein historisches Datum ist. Jahrelang demonstrierten wir gegen den Rüstungswahnsinn; die Leute am Straßenrand schauten gleichgültig zu, und wir stöhnten mit dem alten Spruch aus der Arbeiterbewegung: „Der Feind, den wir am meisten hassen, – das ist der Unverstand der Massen." Jetzt wachen die Menschen bei uns und in Europa auf aus dem Unverstand, in dem sie künstlich gehalten werden. Jetzt wird das Volk störrisch und erkennt, daß der Friede zu wichtig ist, als daß man ihn den Politikern überlassen dürfte.

Jetzt lassen wir uns nicht mehr auseinander dividieren in Sozialdemokraten, Konservative, Liberale, Grüne, Christen und Kommunisten; denn der Atomtod bedroht uns alle. Jetzt lassen wir uns auch nicht mehr durch Russenangst gegen die Russen aufhetzen. . . .

Uta Ranke-Heinemann

. . . Theoretisch kann man auf zweierlei Weise sich um den Frieden bemühen, mit atomaren Bomben und ohne solche Bomben. Die Frage ist nur, welches die bessere Weise ist. Jesus hat die selig gepriesen, die den Frieden schaffen. Aber er hat leider vergessen zu sagen, ob er die mit den Bomben oder die ohne Bomben meint. Da sind wir also auf's Raten angewiesen. Die Kirchen sagen: sowohl als auch. Man sieht: sie wissen auch nichts genaues. Aber die maßgebenden Politiker wissen es genau. Sie sagen: die Methode ohne Bomben ist falsch, das ist überhaupt keine Methode. Das ist Spinnerei und Illusion. Das ist Utopie. Und die, die Frieden ohne Bomben vertreten, sind von Moskau ferngesteuert. Da habe ich mich geschämt, denn ich neigte auch dazu, so etwas zu denken. Aber nun möchte ich aufhören zu denken. Denn ich will doch nicht von Moskau ferngesteuert sein. Und wenn mir dennoch die schwarzen Gedanken kommen und ich an die Opfer der ersten Bomben und an die unendlich große Zahl der kommenden Bomben denke und mir die Tränen in die Augen treten wollen, dann dränge ich sie zurück, weil ich Angst habe, noch meine Tränen könnten von Moskau gesteuert sein. . .

Aber inzwischen ist es vielen Menschen in der Welt immer mehr klar, daß es nicht um Abschrekkung, daß es nicht um Friedenssicherung durch solche Abschreckung geht, denn dazu reichen die vorhandenen Abscheulichkeiten längst aus. Es wird immer mehr Menschen klar, daß es um die Möglichkeit einer Kriegsführung und Kriegsgewinnung geht. Wir lesen in der amerikanischen Presse, daß die amerikanische Regierung sich instand setzen will, jeden denkbaren Atomkrieg zu gewinnen. Wir werden freilich einen solchen Krieg nicht mitgewinnen können. Unsere Karten sind zu schlecht gemischt. Die amerikanische Bevölkerung kann zu einem Drittel gerettet werden. Vielleicht sogar zu 2/3. Wenn es gelingt, schnell genug die Städte zu evakuieren. Aber wir haben keine Wüste von Nevada zur Hand, jedenfalls nicht in Friedenszeiten. Wenn die Regierung der USA die USA zur Nr. 1 in der Welt machen will, macht sie uns zur Nr. 1 in der Vernichtung. Wogegen wir uns wehren und was wir verhindern wollen, ist der sinnlose Opfertod unseres Volkes für fremden militärischen Größenwahn. . .

Petra K. Kelly

Meine lieben Schwestern und Brüder! Liebe Friedensarbeiter! „Wir lassen uns nicht zu Tode verteidigen!" (K. Bechert) Diese bundesweite, europäische gewaltfreie Demonstration ist ein Ausdruck unseres Mißtrauens, unserer Kritik bezogen auf *diese* Bundesregierung, angeführt von Bundeskanzler Helmut Schmidt! Dies ist sehr wohl eine *Anti-Schmidt*-Demonstration – eine Kundgebung, ein gewaltfreies Widerstehen gegen Militarisierung und Nuklearisierung im Osten wie im Westen! Helmut Schmidt sagte 1958: „Der Kampf gegen die Atomrüstung muß weitergehen" – 1977 gab er *endgültig* diesen Kampf auf, da er die sogenannte „Raketenlücke" entdeckte und uns dadurch zur vorgeschobenen Atomkolonie der Vereinigten Staaten, der NATO gemacht hat! . . .

Diese Erde hat keinen Notausgang – schon heute sind Militär und Rüstung die größten Verschwender von Energie, Rohstoffen, menschlicher Phantasie und Arbeit, von Gütern die bei der Rettung von Hungernden und bei der Förderung sozialer Gerechtigkeit fehlen?

Atomare und chemische Waffen entfalten ihre verheerende Wirkung nicht *erst* beim Einsatz im Kriegsfall, sondern machen uns schon heute zu Krebsopfern . . . bringen uns schleichend um, da es *keinen* Schutz von Radioaktivität gibt! Durch Lecks, Transportunfälle, Bedienungsfehler können diese Waffen ausgelöst werden!

Wir lehnen atomare Bomben und Reaktoren überall ab – sie sind *nicht* voneinander zu trennen – auch zivile Atomanlagen können der Verbreitung von Atomwaffen dienen, fördern die Gefahr eines Atomkrieges! Dank der zahlreichen AKWs bei uns und anderswo besteht aber auch die „Chance" aus einem ganz gewöhnlichen, konventionellen Krieg einen Atomkrieg zu machen! . . .

Gert Bastian

... Wir halten nämlich nichts davon, Rüstungsverzicht nur von anderen zu fordern, selbst aber die nukleare Aufrüstung zu beschließen.

Und wir lassen uns nicht länger weismachen, daß es eine „Vorrüstung" im Osten gebe, die zur „Nachrüstung" im Westen zwingen würde, denn die Tatschen widerlegen dieses Märchen, wenn man sie in ihrer Gesamtheit bewertet und nicht nur die zur eigenen Absicht passenden Ausschnitte herausgreift.

Darum bedanken wir uns für das Geschwätz jener Niggemeiers und Co., die uns Einseitigkeit vorwerfen, weil wir vor der eigenen Tür zu kehren beginnen, während sie selbst bedenkenlos zu allem nicken, was in Bonn und Washington für klug gehalten wird, und kein Wort über die Einseitigkeit derer verlieren, die dort mit fadenscheinigen Argumenten und nur halbwahren Dokumentationen zwar die Rüstung des Ostens überzeichnen, aber die im Geldwert höheren Rüstungsaufwendungen des Westens unterschlagen.

Wer Pershing sagt, muß eben keineswegs auch SS-20 sagen; denn zwischen diesen gleichermaßen abzulehnenden Rüstungsschritten gibt es keinen ursächlichen Zusammenhang. Doch wer SS-20 sagt, der muß auch Polaris und Poseidon sagen, wenn er ehrlich bleiben will, weil dies die vergleichbaren Nuklearpotentiale sind, mit welchen Tricks auch immer man das zu verschleiern sucht.

Natürlich wenden wir uns auch gegen diese Nuklearwaffen in Ost und West, in deren Schatten wir nicht länger leben wollen, weil wir nicht glauben, daß der angedrohte Völkermord den Frieden erhalten kann.

Darum fordern wir mit Nachdruck, daß sämtliche schon jetzt bei uns lagernden sowie Europa vom Atlantik bis zum Ural bedrohenden Nuklearwaffen beseitigt werden. Und wir begrüßen es, wenn Verhandlungen mit diesem Ziel letztendlich in Gang zu kommen scheinen, was freilich mehr dem Widerstand der Europäer gegen neue Nuklearwaffen, als der Weisheit ihrer Regierungen zuzuschreiben ist.

Aber wir lehnen es kategorisch ab, für den Beginn solcher Verhandlungen mit ungewissem Ausgang den viel zu hohen Preis eines deutschen Einverständnisses zur nuklearen Aufrüstung Westeuropas und vor allem unseres Landes zu bezahlen. Wer uns das als guten Handel andrehen will, kann nicht mit unserer Zustimmung rechnen, sondern stößt auf unseren kompromißlosen Widerstand! ...

Helmut Ridder

... Spätestens, wenn das Haus brennt – und in unserem deutschen und europäischen Haus züngeln schon jetzt die Flammen um die Abschußrampen! – und wenn es dann *einen* sicheren Rettungsweg gibt, spätestens dann muß Schluß sein mit der Praxis einer Apartheidspolitik, deren unheilige Einfalt die Benutzung gerade dieses einzigen Weges verbieten will, weil der politische Gegner ihn empfiehlt. Wir sind nicht so pro-kommunistisch, daß wir den Kommunisten das Denkmonopol einräumen und selbst zu Schrumpfdenkern werden, die nicht mehr erkennen und nachvollziehen können, was – seit dem Bombenabwurf auf Hiroshima – im atomaren Rüstungswettlauf jeweils Ursache und – sei es kluge, sei es auch unkluge – jedenfalls aber Reaktion gewesen ist, wer begonnen und wer nachgezogen hat.

Wir sind – durchaus mit dem so oft empfohlenen Augenmaß – nur so pro-kommunistisch, wie wir bei aller demokratischen Einseitigkeit pro-sozialdemokratisch, pro-freidemokratisch, pro-christdemokratisch, pro-konservativ und pro-amerikanisch sind. ..

Wir sind, solange das Militärische nicht total zum Abfallhaufen der Geschichte geworfen werden kann, für die Rückbesinnung auf das aufgeklärte konservative Genie eines Clausewitz, der das Militärische einer rationalen und humanen Politik unterwerfen wollte, und damit für ein Amerika, dessen Regierung sich nicht mehr von den waffentechnischen Möglichkeiten, die entmenschte Expertengehirne ausbrüten, erpresserische außenpolitische Ziele definieren und diktieren läßt, um ihrerseits verbündete Regierungen zu erpressen (die dann erstaunlicherweise die

Bergpredigt so wörtlich nehmen, daß sie sich gleich für die nächste Ohrfeige anstellen). Eine solche Politik kann niemals Entspannungspolitik sein; und sie muß auch zwangsläufig den Krieg als eine reale Möglichkeit einkalkulieren, heute den bewußten „regional (nämlich auf Europa) begrenzten" atomaren Krieg. Vor dreißig Jahren, damals als Gustav Heinemann ging, hat eine schon ähnliche Politik – noch weitab von Europa – erfolgreich den Korea-Krieg inszeniert, um ihre europäische Suppe zu kochen. Heute ist es diese Politik, die, wie niemand anders mehr, nach einer sowjetischen Intervention in Polen geradezu giert: Dann nämlich möchte die Gang aufräumen – in Cuba, in ganz Mittel- und Südamerika, in Angola und ganz Afrika usw.; das Schicksal dieses zentraleuropäischen Landes interessiert diese Menschenverächter für keine zwei Pfennige, aber mit der Flut der Krokodilstränen ließe sich den abermals erfolgreich und diesmal bis ins Mark geschockten Westeuropäern gleich das X-fache des bisherigen satanischen Waffenarsenals anschwemmen; und aus den schon züngelnden Flammen würde heller Brand.

Liebe Freunde! Bilden wir in diesem, unserem Land die Solidarität, die das verhindert! Die verhindert, daß diese Macht sich mit den nichtausgestorbenen Kräften in unserem Land verbündet, in deren aberwitziger Fantasie der III. Weltkrieg die Fortführung des II. zum „Endsieg" wäre! Denen der Friede die Fortsetzung des Krieges mit andern Mitteln ist! Wir können es verhindern, wenn wir die intellektuelle Kraft des Wissens und Durchschauens der Zusammenhänge und die moralische Kraft unseres Gewissens zusammenfügen und zusammenhalten!

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Rudolf Hickel, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Klaus Naumann, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,00), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,00. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 156,–; $ 36,–; Lit 33 000,–; dkr 210,–; nkr 180,–; skr 153,–; yen 7200,–; £ 15,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 12/1981 der „Blätter" wird am 14. 12. 1981 ausgeliefert. ISSN 0006-4416

Autoren dieses Heftes

Dr. Norman PAECH, geb. 1938; Professor für Politische Wissenschaft und Staatstheorie an der Universität Hamburg, Bundesvorsitzender der Vereinigung demokratischer Juristen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. ••• *Joachim EISBACH,* geb. 1950 in Leverkusen, Studium der Volkswirtschaftslehre in Köln, jetzt an der Universität Bielefeld tätig. ••• *Barbara JENTZSCH,* geb. 1942 in Kiel, seit 1974 freie Journalistin, vorher u.a. Tagesschau-Redakteurin, z.Z. in den USA ••• *Dr. Heinz-Jürgen AXT,* geb. 1946 in Dillenburg, Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Soziologie der TU Berlin, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zur Staats-, Weltmarkt- und EG-Problematik. ••• *Günter VOLLMER,* geb. 1917 in Berlin, Generalmajor der Bundeswehr a.D., erst Wehrpflichtiger, dann Berufssoldat im Zweiten Weltkrieg, vier Jahre sowjetische Gefangenschaft, danach Ausbildung zum Industriekaufmann. 1956 Eintritt in die Bundeswehr, Generalstabsausbildung, Truppendienst, Tätigkeit im Bundesministerium der Verteidigung, zuletzt Befehlshaber im Wehrbereich II, Sitz Hannover, 1977 in den Ruhestand getreten. Nach der Pensionierung Mitarbeit in der sogenannten De Maizière-Kommission zur Entbürokratisierung der Streitkräfte. ••• *Dr. Harold RASCH,* geb. 1903 in Berlin, Rechtsanwalt, Honorarprofessor für Wirtschaftsrecht an der Universität Frankfurt. Veröffentlichungen zur Ostpolitik: Die Bundesrepublik und Osteuropa, Bonn und Moskau ^{2}1965; Politik mit dem Osten, o.O., 1970; NATO-Bündnis oder Neutralität? Plädoyer für eine neue Außenpolitik, 1981. ••• *Oskar LAFONTAINE,* Vorsitzender des SPD Landesverbandes Saar, Oberbürgermeister der Stadt Saarbrücken. ••• *Nino PASTI,* geb. 1909 in Bologna (Italien); General der Luftwaffe i.R.; war stellvertretender Stabschef der italienischen Luftwaffe, Vorsitzender des Consiglio Superiore delle forze armate, Mitglied des NATO-Militärausschusses, Stellvertreter des Alliierten Oberkommandierenden in Europa (SACEUR) für Kernwaffenfragen; heute Mitglied des italienischen Senats. ••• *Dr. Werner GLINGA,* geb. 1945 in Bernburg/Saale, Studium der Romanistik, Germanistik und Publizistik in Münster, Paris und London; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, lebt als Journalist in Großbritannien. ••• *Czeslaw SAWICKI,* geb. 1941, Studium der Soziologie und Germanistik an der Hochschule für Planung und Statistik (SGPIS) und der Universität Warschau, später an der Freien Universität in Westberlin; Dissertation über die polnische Diskussion zwischen 1956 und 1968 über Plan und Markt; z.Z. wissenschaftlicher Assistent an der Universität Bielefeld. Fakultät für Soziologie ••• *Klaus DÖRRE,* geb. 1957 in Külte/Volkmarsen; Studium der Politikwissenschaft in Marburg. ••• *Günter NEUBERGER,* geb. 1945, Journalist in Köln, Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Die in diesem Jahr mehrfach gestiegenen Papierkosten sowie allgemeine Kostensteigerungen im Druckgewerbe machen leider eine Preiserhöhung der „Blätter" um 0,25 DM je Heft für Abonnenten und um 0,50 DM im Einzelverkauf vom 1. Januar 1982 an unumgänglich. Im Abonnement kostet das Einzelheft dann 4,75 DM (für Studenten, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende 4,25 DM), das Einzelheft im Buchhandel 6,50 DM. (Auch die Post erhöht ab 1. Januar 1982 die Gebühren für den Postzeitungsvertrieb. Diese Kostenerhöhung geben wir jedoch nicht weiter.)

Einbanddecken: Aufgrund zahlreicher Vorbestellungen können wir den Preis für die Einbanddecken (zwei Halbjahresbände, weinrotes Kunstleinen mit Rückenprägung) auf 10 DM senken (zuzüglich Versandkosten). Bestellungen werden bis zum 31. Dezember 1981 vom Verlag entgegengenommen. Die Auslieferung erfolgt im Januar 1982.

Mitteilung des Verlages: Gesucht werden Fotos von den großen Friedensdemonstrationen in der Zeit vom Dezember 1979 bis zum 10. Oktober 1981 in Bonn und danach. Zuschriften bitte an den Pahl-Rugenstein Verlag (Kontakt: Christa Herterich). D. Red.

G 1800 EX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt 11/81
Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51

01-395080-01-01 548
BERGER
KLAUS

POSTSTR. 9

5300 BONN 1

Aktion Abo '82

Ein wichtiges Buch für einen neuen Abonnenten*)

Für jeden neuen Abonnenten, der durch Ihre Vermittlung die „Blätter" bestellt, erhalten Sie kostenlos einen Titel Ihrer Wahl aus dem Programm des Pahl-Rugenstein Verlags im Wert von bis zu 20,– DM (Prospekt anfordern).

Die 80er Jahre haben als ein Jahrzehnt großer, grundsätzlicher Auseinandersetzungen begonnen. Die Frage Krieg oder Frieden stellt sich in neuer Schärfe. Vieles steht auf dem Spiel – all das, was an Fortschritten in Richtung Frieden und Abrüstung, Befreiung von Hunger und Unterentwicklung, in Richtung Demokratie und Emanzipation bisher erkämpft wurde bzw. heute durchsetzbar wäre.

In dieser Situation – das sagen alte und neue Leser – ist eine Zeitschrift wie die „Blätter" wichtiger denn je.

Die „Blätter" orientieren

– auf Schlüsselfragen, auf die politischen Brennpunkte der Auseinandersetzung, auf ihre Ursachen und Konsequenzen
– immer mit dem Blick auf das Wesentliche, auf Handlungsmöglichkeiten und Alternativen,
– auf Ansatzpunkte für ein effektives Zusammenwirken aller Strömungen der demokratischen Bewegung.

Die „Blätter" – ein „Zentralorgan der außerparlamentarischen Opposition" („Bayernkurier")

Vom Kampf gegen die Atombewaffnung in den 50er Jahren, gegen die Notstandsgesetze in den 60ern, für die Durchsetzung der Entspannungspolitik
bis zum Kampf gegen Neutronenbomben und „Nachrüstung", gegen alle Formen der Rechtsentwicklung, des Demokratie- und Sozialabbaus,
für die breite Entfaltung der neuen Friedensbewegung und für den überfälligen Durchbruch zur Abrüstung.

Die „Blätter", im dritten Jahrzehnt –

Monat für Monat für einen wachsenden Leserkreis: Analysen, Kommentare und Berichte, Dokumente und Chronik zu den wesentlichen Fragen der Politik und Gesellschaft in der Bundesrepublik, im westlichen und östlichen Ausland sowie in der Dritten Welt.

*) Wenn Sie einen neuen Abonnenten geworben haben, schicken Sie bitte die diesem Heft beiliegende „Blätter"-Bestellkarte ausgefüllt **und vom Abonnenten unterschrieben** an den Verlag. Sofern der neue Bezieher die „Blätter" für mindestens ein Jahr bestellt und sie im vergangenen Jahr nicht abonniert hatte, können Sie auf der Bestellkarte einen Buchwunsch angeben. Streichen Sie dazu auf der Rückseite der Karte die Zeile „Senden Sie bitte ein kostenloses Probeheft . . ." und ersetzen Sie sie durch das Wort „Werber". Darunter tragen Sie bitte in Blockschrift **Ihre** vollständige Postanschrift und in einer neuen Zeile Titel und Bestellnummer des von Ihnen gewünschten Buches ein.